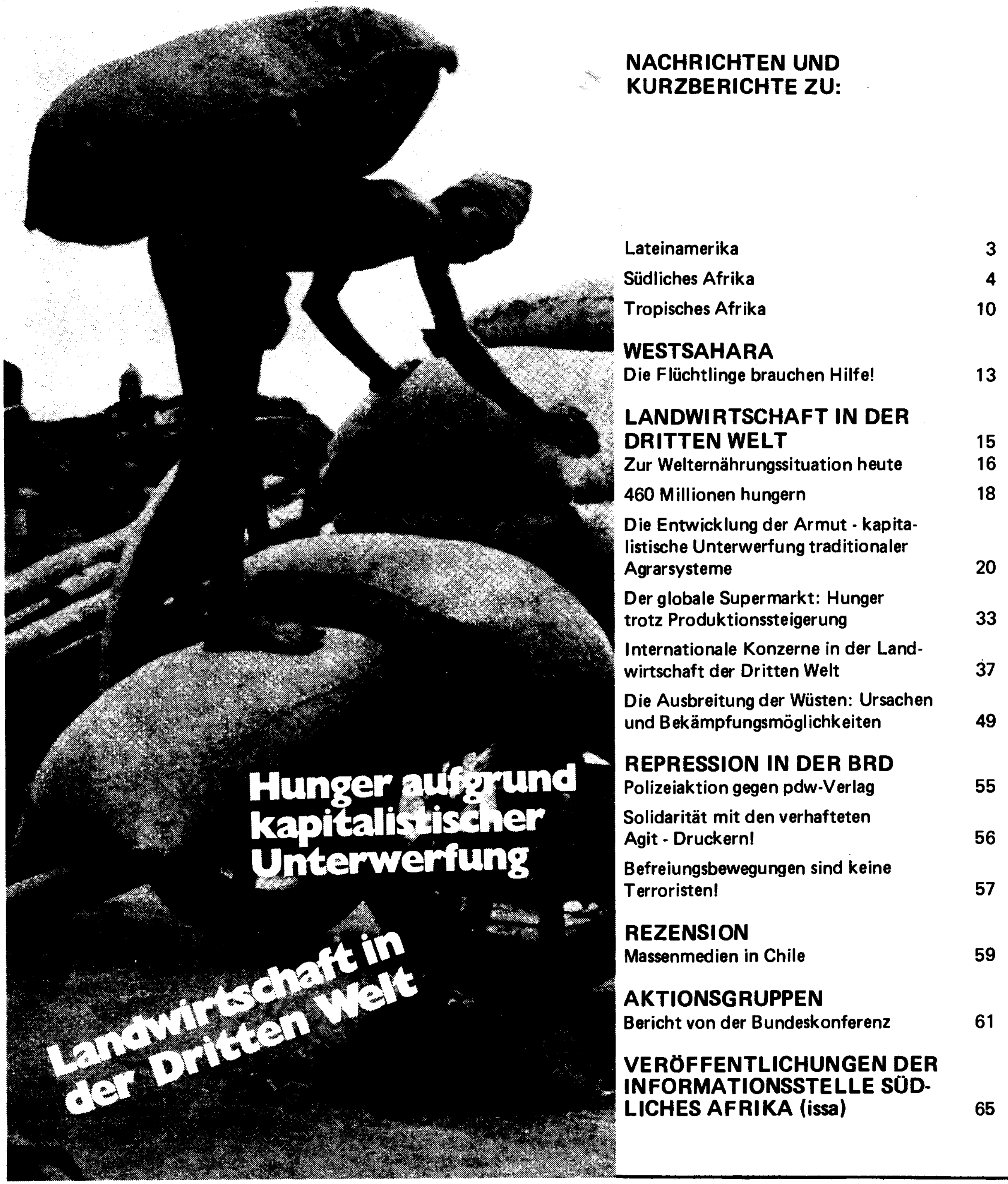
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Lateinamerika 3

Südliches Afrika 4

Tropisches Afrika 10

WESTSAHARA

Die Flüchtlinge brauchen Hilfe! 13

LANDWIRTSCHAFT IN DER DRITTEN WELT 15

Zur Welternährungssituation heute 16

460 Millionen hungern 18

Die Entwicklung der Armut - kapitalistische Unterwerfung traditionaler Agrarsysteme 20

Der globale Supermarkt: Hunger trotz Produktionssteigerung 33

Internationale Konzerne in der Landwirtschaft der Dritten Welt 37

Die Ausbreitung der Wüsten: Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten 49

REPRESSION IN DER BRD

Polizeiaktion gegen pdw-Verlag 55

Solidarität mit den verhafteten Agit - Druckern! 56

Befreiungsbewegungen sind keine Terroristen! 57

REZENSION

Massenmedien in Chile 59

AKTIONSGRUPPEN

Bericht von der Bundeskonferenz 61

VERÖFFENTLICHUNGEN DER INFORMATIONSSTELLE SÜDLICHES AFRIKA (issa) 65

Nr. 66 Dezember 1977 DM 2.50

IMPRESSUM

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 74003.

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Eberhrd Gohl, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Hartmut Jung, Clemens Jürgenmayer, Bettina Kocher, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Thomas Rau, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Matthias Rommel, Albert Sommerfeld, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/22580

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppe nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 34,40 bzw. 42,40; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 41,60 bzw. 49,60; Australien, Südpazifik DM 48,80 bzw. 56,80.
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Lateinamerika

ECUADOR

Die Regierung versucht die Gewerkschaften zu zerstören

Seit einiger Zeit werden die Menschen und die gewerkschaftlichen Rechte in Ecuador durch die herrschenden Gruppen, die die Regierung in der Hand haben, zunehmend verletzt.

Obwohl die Militärjunta in Übereinstimmung mit Carters Politik für Lateinamerika mit großer Propaganda einen Prozeß in Gang gesetzt hat, der mit der Übergabe der Regierungsgewalt an eine Zivilregierung 1978 enden soll, verschärft sich die Unterdrückung vor allem der organisierten Teile des Volkes und insbesondere der drei Gewerkschaftszentralen sowie der nationalen Lehrergewerkschaft.

Zwar ist die Situation weder so spektakulär noch so dramatisch wie in Chile, Argentinien oder Uruguay, sie läßt aber eine neue Strategie erkennen, die auf die Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation zielt und dies durch die Kriminalisierung und Gefangennahme ihrer Führer zu erreichen sucht.

Am 18. Mai 1977 organisierten die drei Gewerkschaftszentralen einen 24-stündigen Nationalstreik, um zu protestieren gegen

- die enorme Steigerung der Lebenshaltungskosten,
- die arbeiterfeindliche Politik des Arbeitsministers, der stillschweigend zusieht, wie die Unternehmer die Arbeitsgesetze unterlaufen,
- die Lähmung der Agrarreform,
- die Verschlechterung der Wohnsituation der einkommensschwachen Schichten,
- die Beibehaltung der Arbeitsgesetzgebung, die durch eine Reihe von Dekreten der Militärs die Rechte der Arbeiterschaft stark bescheinidet und ihre Errungenschaften zum Teil aufhebt.

Am selben 18. Mai trat die Lehrergewerkschaft (UNE, nationale Lehrergewerkschaft) in einen unbefristeten Streik und solidarisierte sich trotz der Drohungen des arbeitsministers und trotz einer massiven Pressekampagne mit den Arbeitern. Die Regierung nahm dies zum Anlaß, die Repression gegen die Arbeiter zu verschärfen. Zynischerweise suchte man dafür sogar eine legale Basis und erließ das Dekret 1475, das Ausführungsbestimmungen für den Artikel 105 der mehrfach außer Kraft gesetzten Verfassung von 1967 enthält. Dieser Artikel verbot regionale und nationale Streiks und sah eine Strafe von 2 –5 Jahren vor. Das Dekret 1475 bestellt die Polizeipräsidenten zu Sonderrichtern, die nun im Schnellverfahren, ohne Berufungsmöglichkeiten, die Gewerkschaftsführer im ganzen Lande beliebig bis zu 5 Jahren verurteilen können.

Während die Militärjunta versucht, im Ausland den Schein einer ernsthaften Rückkehr zur Demokratie aufrechtzuerhalten, versucht sie im eigenen Land mit vordergründigen juristischen Taktiken die politischen Organisationen des Volkes zunichte zu machen.

Zwei der Präsidenten der drei Gewerkschaftszentralen, Juan Vasquez (CTE, kommunistischer Gewerkschaftsbund) und Emilio Velasco (CEDOC, sozialistischer Gewerkschaftsbund) sind zu zwei Jahren bzw. 6 Monaten verurteilt worden und befinden sich im Untergrund. Der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft Anton (UNE) befindet sich in Guayaquil für zwei Jahre in Haft.

In verschiedenen Provinzen sind die Provinzsekretäre der Gewerkschaften zum Teil in Haft, zum Teil flüchtig. Überall wird versucht, auf die Gewerkschaften Druck auszuüben und ihre Aktivitäten zu unterbinden.

Im ganzen Land wird von den Parteien, der Kirche und den Berufsvereinigungen eine Amnestie für die politischen Häftlinge gefordert.

Da die Militärjunta auf ihr demokratisches Image im Ausland (Retorno) sehr viel Wert legt, bitten wir, unsere Kampagne solidarisch zu unterstützen und möglichst viele Briefe (siehe Kasten) an die ecuadorianische Regierung zu schicken.

Solidaritätsgruppe „ECUADOR"

An den
Ministro de Gobierno
Consejo Supremo de Gobierno
Palacio de Gobierno

Q u i t o
Ecuador

Ich protestiere gegen die Verfolgung von Gewerkschaften und Geschwerkschaftsführern, die seit dem nationalen Streik am 18.5.1977 von der ecuadorianischen Regierung durchgeführt wird. Ich sehe darin eine bewußte Kriminalisierung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Ziel, den Prozeß der gewerkschaftlichen Einigung zu unterbinden. Ich fordere die Beendigung der Verfolgung und Gefangennahme der Führer der Gewerkschaftszentrale und der Führer der Lehrergewerkschaft. Ich verlange eine Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Hochachtungsvoll

Protesto contra la persecucion de los sinicalistas y dirigentes sindicales que el regimen ecuatoriano realiza desde la huelga nacional del 18 de Mayo de 1977.
Yo veo en esto una criminalizacion consciente del movimiento sindicalista y el intento de poner fin al proceso de la unidad sindical.
Exijo que se termine con la persecucion y el encarcelamiento de los dirigentes de las centrales sindicales como de los dirigentes del magisterio.
Pido la amnestia para todos los presos politicos.
Atentamente

(Unterschrift)

KOLUMBIEN

Nationalstreik

Die vier zentralen Gewerkschaften in Kolumbien hatten für den 14. September zu einem nationalen Streik aufgerufen (paro civico-Streik unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung, bei dem nicht nur die Produktion stillgelegt wird, sondern auch Handel und Verkehr). Über 6 Millionen Arbeiter des 30-Millionenvolkes entsprachen dem Aufruf, was in den größeren Städten einen Stillstand der Produktion zwischen 80 und 95 % bedeutete. Große Teile der Bevölkerung, besonders in Elendsvierteln, bauten Barrikaden, veranstalteten Protestkundgebungen, streuten Nägel, um den PKW- und Busverkehr lahmzulegen.

Das brutale Eingreifen von Polizei und Militär forderte 80 Tote, 400 Verwundete und 4000 Festgenommene – nach bewährtem chilenischen Muster im Stierkampfstadion von Bogota eingesperrt.

Hintergrund des Streiks bildeten die unzumutbar gestiegenen Lebenshaltungskosten in Kolumbien: 1976 25 % und 1977 nach offiziellen Schätzungen 40 %. So waren auch die zentralen Forderungen aller beteiligten Gewerkschaften 50 % mehr Lohn und die „prima movil", d.h. die ständige Angleichung der Löhne und Sozialversicherung an die Lebenshaltungskosten. Außerdem galt eine zentrale Forderung der Aufhebung des Belagerungszustandes, in dem das Land sich befindet. Obwohl seit 1819 formell eine repräsentative parlamentarische Demokratie, herrschte z.B. zwischen 1958 und 1974 mehr als 11 Jahre lang der Aus-

nahmezustand mit besonderen Rechten der Regierung (z.B. Genehmigung jeder Versammlung).
Menschenwürdige Wohn- und Arbeitsbedingungen, hohe Analphabetismuszahlen (32 %), ein Arbeitslosenheer von ca. 1,3 Mill, (1976) Kolumbianern und vor allem Unterernährung und daraus resultierende Krankheitsanfälligkeit sind Folgen, die zeigen, daß der Streik ein Kampf ums Überleben war.
Vorausgegangen waren dem Generalstreik eine Reihe wichtiger lokaler Streiks; so am 27. Juli die Arbeiter von 7 Zementfabriken, am 28. August 11000 Petroleumarbeiter, gefolgt von den Arbeitern des agroindustriellen Betriebs Indupalma, am 22. August der nationale Streik der Lehrer im öffentlichen Sektor.
Bereits diese Aktionen riefen Repressionen der Regi erung hervor, deren Maßnahmen sich auf in den letzten 2 Jahren erlassene Dekrete stützten, die z.B. kollektive Verurteilungen vorsehen, Verhaftungen und Bestrafung von Anführern und Teilnehmern an Streiks erlauben, dabei ganze 10 Minuten Recht auf Verteidigung belassen.
Nicht genug mit Verhaftung von Gewerkschaftsführern, Massenentlassungen und Sanktionen bei oben erwähnten Streiks, die Regierung verbot jegliche Propaganda zum Generalstreik (also Zensur von Radio und Fernsehen) und erklärte den Streik selber für illegal.
Trotzdem gelang es dem Volk, Organisationsformen zu finden, die eine Einbeziehung verschiedener Repräsentanten der Arbeiter, der linken politischen Organisation der Studenten, der Landarbeiter, Kleinbauern und Delegierten der Elendsviertel erreichte, so daß regelrechte Stadtteilversammlungen stattfanden.
Maßgebend für die Streikvorbereitung war die der kommunistischen Partei nahestehende Gewerkschaft CSTC. Die anderen Gewerkschaften,besonders die zwei unternehmerfreundlichen UTC und CTC, zeigten eine schwankende Haltung, standen bis 11. August in Verhandlungen mit der Regierung, bildeten dann aber angesichts der unnachgiebigen Haltung des Präsidenten Alfonso Lopez am 21. August eine Koalition mit der CSTC.
Am 14. September kam es neben der oben erwähnten Arbeitsniederlegung vor allen Dingen zur Beteiligung breiter Kreise der Bevölkerung besonders aus den Elendsvierteln. Frauen und Jugendliche waren beim Barrikadenbau dabei, ja die Unorganisierten waren oft auslösend für die Aktionen. Die Eigendynamik, die der Streik entwickelte, führte dazu, daß die Kämpfe speziell in den Elendsvierteln bis zu 2 Tage nach dem 14. weitergingen. Gerade dort war auch die Beteiligung von Kindern groß, aber auch die Zahl der getöteten Kinder, von Soldaten erschossen.
Bezeichnend war die Reaktion der Regierung, die laut einer Rede des Präsidenten am 14. abends den Streik als völlig gescheitert bezeichnete und auch in der offiziellen Presse tags darauf sehr verharmloste. Von überall wurden ruhige Verhältnisse gemeldet, die Zahl der Toten und Verhafteten untertrieben, dabei waren besonders in großen Städten starke Polizei- und Militärkräfte aufgeboten. Diese griffen auch brutal durch, wie die Zahlen der Opfer zeigen. In der Hauptstadt Bogota bestand für die Nacht Ausgehverbot, dem durch dauernde Gewehrsalven Nachdruck verliehen wurde.
Ein Ereignis, das zeigt, daß der Streik doch nicht so harmlos war, wie von der Regierung dargestellt, war dann die Anfang Oktober erfolgte Kabinettsumbildung, bei der – außer dem Rücktritt des Innenministers wegen scharfer Kitik an seinem Vorgehen beim Generalstreik – 10 weitere Kabinettssitze von 13 insgesamt neu besetzt wurden.

Ergebnisse des Streiks
Die Forderungen der Gewerkschaften sind nicht erfüllt worden, dennoch hatte der Nationalstreik für den Klassenkampf in Kolumbien große Bedeutung:

1. Es kam zu einer Aktionseinheit der 4 großen Gewerkschaftsverbände, Verhandlungen über eine einheitliche Zentrale sind aufgenommen.
2. Organisierte und Unorganisierte kämpften gemeinsam, die Auseinandersetzung blieb nicht auf Betriebe isoliert, sondern fand in den Straßen statt, unter Beteiligung der ganzen Bevölkerung.
3. Es sind Erfahrungen gemacht worden mit neuen Organisationsformen, die eigene Kraft wurde bewußt; Lehren für künftige Aktionen können gezogen werden, damit sie noch wirkungsvoller, einheitlicher ablaufen.

Welche Auswirkungen die Erfahrungen des Generalstreiks auf die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der Linken bei den im Frühjahr anstehenden Wahlen haben werden, muß man abwarten.

kjä

Südliches Afrika

SÜDAFRIKA

I. Die schwarze Bevölkerung leistet Widerstand gegen das rassistische Regime

Das Bantu-Erziehungssystem: Hebel der Unterdrückung

Zur Zeit geht der aktivste Widerstand von schwarzen Schülern und Studenten aus. Sie wehren sich gegen das Bantu-Erziehungssystem, das ein Hebel des rassistischen Regimes zur Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit ist.

Schwarze und weiße Kinder werden natürlich in getrennten Schulen unterrichtet. In den weißen Schulen kommen auf einen Lehrer 22 Schüler, in den schwarzen Schulen ist das Verhältnis eins zu 53. Die wenigen schwarzen Lehrer, die ähnlich qualifiziert sind wie ihre weißen Berufskollegen, bekommen nur 60% von deren Gehalt. Eine Schulpflicht für schwarze Kinder gibt es nicht. Ihre Eltern müssen die Schulgebühren und Lernmittel selbst bezahlen. Für die Schulbildung eines weißen Kindes gibt die Regierung im Jahr rund 2000 Mark aus, für ein schwarzes Kind lediglich 120 Mark. Nur 0,5 Prozent der schwarzen Schüler erreichen das Abitur. Und auch die Inhalte des Bantu-Erziehungssystems diskriminieren die Afrikaner: In den ersten sechs Volksschulklassen werden sie nicht in Englisch, sondern in ihrer jeweiligen Stammessprache unterrichtet. Dadurch werden die Stammesunterschiede bewußt konserviert, die eine wichtige Voraussetzung für die Bantustan-Politik des Vorster-Regimes sind, die die Afrikaner im eigenen Land zu Ausländern machen will. Auch die Lehrpläne und Schulbücher sind verschieden. Im Geographieunterricht zum Beispiel lernen die weißen Schüler die Weltkarte und die Lebensgewohnheiten fremder Völker kennen, während die Afrikaner nur mit den Besonderheiten ihres Stammesgebiets vertraut gemacht werden. Ihnen wird vorgemacht, daß nur die Weißen etwas zur Geschichte und Literatur Südafrikas beigetragen haben. Das Bantu-Erziehungssystem zielt also darauf ab, die Afrikaner auf einem niedrigen Ausbildungsniveau zu halten und sie daran zu hindern, ein eigenes Selbstbewußtsein als Schwarze zu entwickeln. Sie sollen ohne Qualifikation bleiben, damit es gerechtfertigt erscheint, daß sie unterbezahlte Arbeit leisten; und sie sollen sich den Weißen gegenüber minderwertig fühlen, damit sie sich freiwillig unterordnen. (FR, 28. 10. 77)

Die schwarzen Schüler streiken

Im Schwarzenghetto Soweto bei Johannesburg begannen die Schüler im August, den Unterricht zu boykottieren. Viele



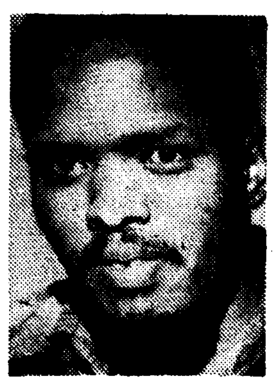
Aus Protest gegen das sie benachteiligende Erziehungssystem verbrennen schwarze Schüler in Soweto ihre Schulbücher.

blieben der Schule ganz fern, andere schrieben Parolen wie „Weg mit dem Bantu-Erziehungssystem" an die Wandtafel oder verbrannten ihre Schulbücher. Den Streikenden drohte die Regierung, sie von den Abschlußprüfungen auszuschließen. Die Schüler ließen sich dadurch jedoch nicht einschüchtern, im Gegenteil: ihr Widerstand nahm zu. Darauf übernahm das Bantu-Erziehungsministerium die unmittelbare Aufsicht über die bisher kommunal geleiteten Schulen in Soweto. Alle Schüler sollten sich bis zum 19. September neu registrieren lassen und damit versprechen, die repressive Schulordnung anzuerkennen. Auch das blieb ohne Erfolg: Nur 3000 Schüler kamen der Aufforderung der Regierung nach, die anderen (rund 25 000) streiken weiter. 500 der 700 Lehrer an den 40 Oberschulen Sowetos haben sich inzwischen mit den Schülern solidarisiert und ihren Dienst gekündigt. Sie nehmen damit die Aussicht auf Arbeitslosigkeit und eine unsichere Zukunft auf sich. Und auch in anderen Schwarzenghettos wie Dimbaza (bei King Williams Town), Mamelodi (bei Pretoria) und New Brighton (bei Port Elizabeth) sowie in den „homelands" streiken die Schüler und gehen militant gegen Einrichtungen der Bantu-Verwaltung vor. Das Oberschulsystem für schwarze Schüler ist zusammengebrochen. Im ganzen Land bleiben rund 200 000 Schüler dem Unterricht fern. (FR 28. 10. 77; NZZ 9. 9., 16. 9., 4. 10., 14. 10., 18. 10. 77; SZ 15. 9., 29. 9. 77)

Die Black-Consciousness-Bewegung und der Tod Steve Bikos

Eine bedeutende Rolle bei der Organisation dieser Streiks spielt die SASM (South African Students Movement), ein Zusammenschluß der schwarzen Oberschüler, die zur Black-Consciousness-Bewegung (Bewegung zur Entfaltung des Schwarzen Selbstbewußtseins) gehört. Zu dieser Bewegung, die Anfang der siebziger Jahre in einer Phase vermehrter Streiks entstanden ist, gehören ferner die Gewerkschaft „Black Allied Workers Union", verschiedene Selbsthilfeorganisationen, die z.B. Alphabetisierungskampagnen durchführen, sowie die politische Partei BPC (Black Peoples Convention). (Interview mit PAC (Pan African Congress) ZK-Mitglied Makoti in KVZ 24. 10. 77).

Steve Biko, einer der Führer der Black-Consciousness-Bewegung und der BPC (zu seinem politischen Konzept vgl. seinen Artikel „Schwarzes Bewußtsein und die Suche nach wahrer Humanität" in blätter des iz3w, Nr. 65, S. 12 ff) starb am 12. September 1977 im Gefängniskrankenhaus von Pretoria; er wurde seit dem 18. August 77 aufgrund des sogenannten „Anti-Terror"-Gesetzes, das die unbefristete Inhaftierung „Verdächtiger" ohne richterliches Urteil erlaubt, von der südafrikanischen Sicherheitspolizei in Haft gehalten. Dies ist seit März 1976 der zwanzigste bekanntgewordene Fall, in dem ein politischer Häftling unter höchst rätselhaften Umständen in den Händen der Polizei ums Leben gekommen ist. Justizminister Kruger behauptete zunächst, Biko sei an den Folgen eines einwöchigen Hungerstreiks gestorben. Angesichts der Widersprüche, in die Kruger sich später verwickelte, des Aufrufs Bikos an seine Genossen, auch im Gefängnis auf die Gesundheit zu achten und so gut wie möglich zu essen, und der Autopsie, die Kopfverletzungen an den Tag brachte, ist jedoch davon auszugehen, daß Biko das Opfer polizeilicher Folterungen wurde. Sogar die Amtsärzte haben mittlerweise zugegeben, daß sie Biko am 11. 9. trotz Anzeichen für schwere Gehirnverletzungen noch 1200 km weit von seiner Haftanstalt ins Gefängniskrankenhaus nach Pretoria transportieren ließen. Sie hätten damit den ärztlichen Eid den Sicherheitsinteressen des Landes untergeordnet. (FR 17. 9., 20. 9., 21. 9., 25. 11. 77; NZZ 16. 9., 10. 10. 77; SZ 17./18. 9., 10. 10., 27. 10. 77)



Steve Biko

An der Beerdigung Steve Bikos in King Williams Town am 25. September nahmen mindestens 20 000 Schwarze aus allen Gegenden Südafrikas teil. Auf dieser und anderen Gedenkfeiern für Steve Biko wurden in den Kirchen unter den Augen der politischen Polizei revolutionäre Reden gehalten, revolutionäre Lieder gesungen und die Fäuste erhoben. Auch daran läßt sich erkennen, daß der Widerstand gegen das rassistische Regime lebendig ist. Daß die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung und ihre teilweise illegalen Organisationen sich zusammenschließen, um gemeinsam zu kämpfen, zeigt die Liste der Redner bei der Beerdigung Bikos. Es sprachen u.a. Desmond Tutu (Bischof von Lesotho), Farouk Meer (Vorsitzender des südafrikanischen Inder-Rates), Fikele Bam (er

gehört dem Verwaltungsrat des Zimele-Fonds an, der ehemalige Internierte und ihre Familien unterstützt), Faith Matlaupane (Vorsitzender der schwarzen Studentenorganisation SASO), der SWAPO-Öffentlichkeitsreferent Nthlabanelo und Natho Motlana (Präsident des Black Community Programme). Fikele Bam drückte den Willen zum Widerstand offen aus: „Wir haben uns immer zurückgehalten, wir Schwarzen, aber vielleicht bleibt das nicht mehr lange so. Warum sollten wir uns zurückhalten, wenn Jimmy Kruger seine Sicherheitspolizei nicht zurückhalten kann?" (NZZ 27. 9. 77; SZ 27. 9. 77; KVZ 26. 9. 77; FR 28. 9. 77)

Die Lage wird für das Apartheid-System bedrohlich

Diese offenen Aktionen der Schwarzen zeigen, daß das Apartheid-Regime im Begriff steht, des wirksamsten Instruments beraubt zu werden, mit dem es die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bisher ausgebeutet und unterdrückt hat: die Angst der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Die Angst, nicht zum Abschlußexamen in der Schule zugelassen zu werden, die Angst vor der Arbeitslosigkeit, die Angst vor dem Gefängnis, ja die Angst vor dem Tod. Die seit Jahren verbotene Befreiungsbewegung PAC (Pan African Congress) vertritt die Auffassung, daß das südafrikanische Volk heute in einer Phase der Vorbereitung des bewaffneten Befreiungskampfes steht. (Interview mit PAC ZK-Mitglied Gqobose in KVZ 12. 9. 77)

Daß die Situation für das Regime Vorster allmählich bedrohlich wird, zeigt sich immer wieder an unverkennbaren Symptomen, die meistens nur am Rande in der Presse erscheinen: Das für weiße Einwanderer stets offene Südafrika hat im ersten Halbjahr 1977 einen Auswandererüberschuß von 1000 Personen gehabt. Insbesondere Ärzte und Angehörige anderer hochqualifizierter Berufe verlassen das Land. Im ersten Halbjahr 1976 hatte es noch einen Einwandererüberschuß von 23 000 gegeben. Außerdem sehen sich die in Südafrika ansässigen Unternehmen zu Zugeständnissen an ihre Arbeiter gezwungen: VW Südafrika zum Beispiel, wo kürzlich wiederholt gestreikt worden war, mußte jetzt die schwarze Gewerkschaft UAW (Unites Automobile and Rubber Workers Union) anerkennen und für die Hälfte der rund 1800 farbigen Beschäftigten Gewerkschaftsbeiträge abführen. (SZ 5. 10. 77; FR 8. 10. 77)

Die Schwäche und Angst der Rassisten drückt sich aber vor allem darin aus, daß ihr Regime zu immer verzweifelteren Maßnahmen greifen muß, um der Lage Herr zu werden.

II. Die Taktik der Regierung Vorster: Zuckerbrot und Peitsche

Kosmetische Korrekturen an der Apartheid

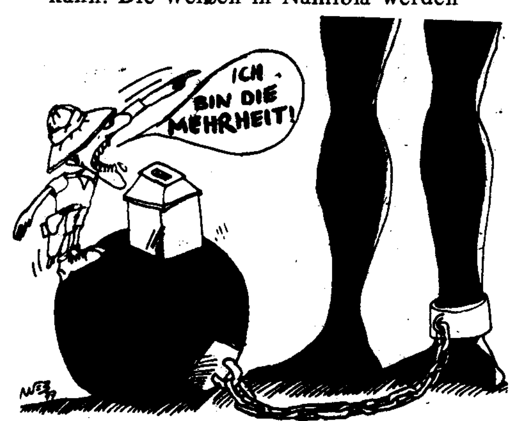
Um die Bevölkerung zu täuschen und zu spalten und das Gesicht vor der Weltöffentlichkeit zu wahren, versucht das Vorster-Regime es einerseits mit kosmetischen Korrekturen am System der Apartheid. So hob sie die sogenannte „kleine Apartheid" auf, das heißt die Rassentrennung auf Parkbänken, in Luxushotels und Erste-Klasse-Zügen. Die politische Rechtlosigkeit und ökonomische Ausbeutung der 18 Mio Schwarzen, 2,4 Mio Mischlinge und 727 000 Inder bleibt davon unberührt; ihnen stehen 4,2 Mio Weiße gegenüber, die allen Nutzen aus diesem System ziehen. (Interview mit PAC ZK-Mitglied Makoti in KVZ 24. 10. 77; AK 5.9.77)

Ein neuer Versuch in dieser Richtung ist der Plan der Regierung, die Verfassung so zu ändern, daß neben den Weißen auch die Mischlinge und die Inder je ein eigenes Parlament wählen dürfen; die Mehrheitsparteien der drei Parlamente sollen einen Staatspräsidenten wählen, der angesichts der zahlenmäßigen Stärke der drei Rassen mit Sicherheit ein Weißer wäre. Die Exekutive bliebe also fest in der Hand der Weißen, auch wenn im von der Regierung ebenfalls vorgesehenen 13-köpfigen „Kabinettsrat" ein paar Mischlinge und Inder mitreden dürften. Die offiziellen Vertretungen der Mischlinge (CRC) und Inder (Inder-Rat) lehnen den Verfassungsplan Vorsters jedenfalls mit der Begründung ab, daß die 18 Mio Schwarzen darin nicht berücksichtigt sind und der Staatspräsident diktatorische Vollmachten erhalten würde. Der stellvertretende Vorsitzende des Inder-Rates, Farouk Meer, rief bei der Trauerfeier für Steve Biko zu einem nationalen Treffen aller Rassen auf, um ein freies Azania zu errichten: „Vorsters Weg führt dieses Land in Verzweiflung, Gewalt und Blutvergießen." (FR 14.9., 28. 9.; NZZ 17. 9., 22. 9., 5. 10. 77; SZ 4. 11. 77)

Es ist zu hoffen, daß der Versuch der Regierung, die Mischlinge und Inder mit Hilfe formaler Verfassungskorrekturen aus der gemeinsamen Front des Widerstandes herauszulösen, damit endgültig gescheitert ist. Gefährlich ist allerdings eine im schwarzen Widerstand verbreitete Ideologie, die Mischlinge und Inder pauschal als Verräter und Kompromissler verdächtigt und die Hautfarbe zum Maßstab der Klassenzugehörigkeit macht. (AK 5. 9. 77)

Neuwahlen

Ein anderes Mittel, um ihren nach wie vor auf schärfste Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit hinauslaufenden Kurs zu rechtfertigen und die weiße Opposition zu schwächen, sieht die Regierung Vorster in Neuwahlen, die - um ein Jahr vorgezogen – auf den 30. November angesetzt sind. Obwohl Vorsters „National Party" heute bereits über 123 von 171 Parlamentssitzen verfügt, wird erwartet, daß sie den zerstrittenen Oppositionsparteien „New Republic Party" (24 Abg.), „Progressive Federal Party" (weiße Anti-Apartheid-Partei, 16 Abg.) und „South African Party" (6 Abg.) weitere Sitze abnehmen kann. Die Weißen in Namibia werden



zum ersten Mal keine Abgeordneten in das südafrikanische Parlament wählen können. Der extrem rassistische Minister für Bantu-Angelegenheiten, Michiel Botha, kandidiert nicht mehr und wird damit automatisch aus der Regierung ausscheiden. Trotz alledem versteht es sich für die Rassisten auch diesmal von selbst, daß weder Schwarze noch Mischlinge oder Inder wahlberechtigt sind. Die Regierung hat es auch abgelehnt, die Wahlen für den „Repräsentativrat der Mischlinge" (CRC) ebenfalls vorzuziehen, der ja den neuen Verfassungsplan als Täuschungs- und Spaltungsmanöver verurteilt. (NZZ 22. 9., 5. 10., 6. 10. 77 SZ 22. 9. 77)

Daß das rassistische Regime sich immer wieder vergeblich um eine demokratische Maske bemüht, zeigt sich auch an weniger bedeutenden Aktivitäten und Versprechungen der Regierung: Nachdem Biko in der Haft umgekommen war, kündigte Justizminister James Kruger großspurig an, bei der Sicherheitspolizei würden „Köpfe rollen". Taten folgten diesen Worten nicht. Die Vorbereitungen für die „Unabhängigkeit" des Bantustans Bophuthatswana nach dem Muster der Transkei (vgl. blätter des iz3w, Nr. 57, S. 12) am 6. 12. 77 nehmen ihren Fortgang. Am 29. 9. 77 machten Vorster und Chief Lucas Mangope, der Präsident des künftiges „Staats", in Pretoria erneut die Bedingungen unter sich aus. Das südafrikanische Militär untersagte rund 300 deutschstämmigen Einwanderern die Aufstellung eines „germanischen Freikorps" mit der Begründung, daß die Truppe „zu elitär" sein würde. Die Initiatoren forderten eigene Uniformen, deutsch als einzige Dienstsprache, Ausbildung nach Bundeswehrmethoden und selbstgewählte Offiziere. (FR 19. 9., 29. 9. 77; SZ 19. 9. 77; Monitor-Dienst 28. 9. 77; NZZ 31. 10. 77)

Das Regime verschärft die Repression

Andererseits muß das Regime zu immer härterer Repression Zuflucht nehmen; dabei zeigt es sein wahres Gesicht:

Demokratische Freiheiten gab es schon bisher in der „Republik" Südafrika nicht. Seit 1963 dürfen Verdächtige aufgrund einer Reihe von Gesetzen mit wohlklingenden Namen („Anti-Terror-Gesetz", „Gesetz zur inneren Sicherheit" usw.) ohne Gerichtsverfahren und teilweise sogar ohne Beistand eines Anwalts beliebig lange inhaftiert werden. Die Zahl der ohne Verfahren festgehaltenen Personen hatte nach Angaben des heute noch nicht verbotenen Instituts für Rassenbeziehungen Ende September 1977 bereits eine Höhe von 662 erreicht. Auf der Insel Robben Island befinden sich 370 politische Gefangene in Haft, darunter der frühere Präsident der Befreiungsbewegung African National Congress (ANC), Nelson Mandela. Seit 1963 sind mindestens 61 Inhaftierte unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

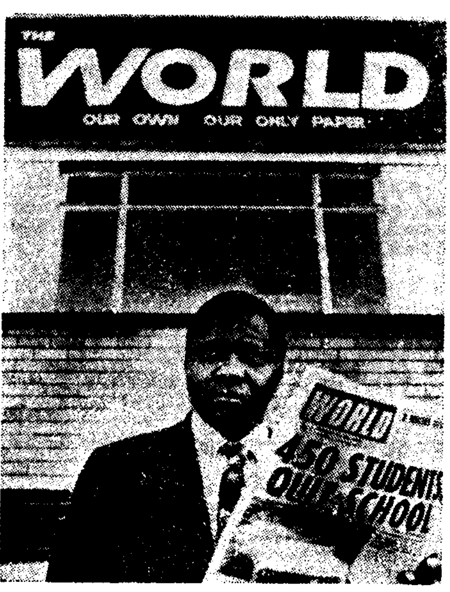
Daß die Polizei foltert, bestreitet niemand außer ihr selbst. Neben der Inhaftierung hat sich das rassistische Regime auch die Möglichkeit geschaffen, politische Gegner zu „bannen". Sie werden dann in einen anderen Teil des Landes geschickt, müssen sich laufend bei der Polizei melden, dürfen sich nicht öffentlich äußern oder zum Gegenstand öffentlicher Äußerungen gemacht werden, können nicht reisen und keine Versammlungen besuchen. Bei Streiks, Demonstrationen und Gedenkfeiern für Widerstandskämpfer wie Steve Biko pflegt die Polizei mit brutaler Gewalt vorzugehen: daß sie schwarze Demonstranten erschießt, steht auf der Tagesordnung. Harmlosere polizeiliche Mittel, „Sicherheit und Ordnung" zu garantieren, sind Peitschenschläge, Vergewaltigungen und Durchsuchungen, nach denen ein Chaos zurückbleibt. Die Befreiungsbewegungen ANC und PAC sowie die kommunistische Partei Südafrikas sind seit langem verboten. Auch formal hat es also schon bisher keine Organisations-, Demonstrations-, Streik- oder Meinungsfreiheit gegeben. (FR 2. 9., 24. 10. 77; SZ 2. 9., 28. 9. 77; NZZ 24. 9. 77; AK 3. 10. 77)

Aufgespießt

Anwalt: „Welches Recht hatten Sie, einen Mann 48 Stunden lang in Ketten zu halten ... Ich frage nach einer Gesetzesvorschrift." Zeuge: „Wir arbeiten nicht nach Gesetzesvorschriften. Anwalt: „Ich danke Ihnen sehr, Colonel. Das hatten wir immer befürchtet."

Dialog laut US-Nachrichtenmagazin „Time" zwischen dem Anwalt der Familie des in südafrikanischer Haft gestorbenen schwarzen Bürgerrechtlers Steve Biko und dem Polizeichef von Port Elizabeth, Pieter Johannes Goosen.

Der wachsende Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung hat das Regime nun zu neuen Unterdrückungsmaßnamen getrieben. Am 19. Oktober wurden 18 weitere Organisationen verboten, von denen die meisten zur Black-Consciousness-Bewegung gehören; es sind darunter: SASO, SASM, BPC, der Gefangenenhilfsfonds Zimele, der Rat der Studentenvertretung von Soweto, der Verband schwarzer Eltern, der Bund schwarzer Frauen, der Schriftstellerverband Medupe, die Gewerkschaft schwarzer Journalisten und sogar das Christliche Institut von Südafrika. Außerdem wurden 3 für die schwarze Bevölkerung bestimmte Publikationen verboten, darunter die Tageszeitung „The World" und die Wochenzeitung „The Weekend World". Bei landesweiten Razzien wurden mindestens 60-70 Vertreter dieser Organisationen und Publikationen sowie andere oppositionelle Priester, Anwälte, Journalisten und Bürgerrechtler festgenommen oder mit dem „Bann" belegt. Die prominentesten unter ihnen sind der Chefredakteur von „The World", Percy Qoboza, und der Direktor des Christlichen Instituts, Beyers Naude, sowie die führenden Repräsentanten von Soweto („Komitee der Zehn"). Auch oppositionelle weiße Politiker wie Helen Suzman und Rene de Villiers sowie der Erzbischof von Kapstadt, Kardinal Owen McCan, und sogar bisher regierungsfreundliche Zeitungen wie „The Citizen" übten scharfe Kritik an diesen erneuten Repressionsmaßnahmen der Regierung Vorster, die sich wie üblich mit ihrer Verpflichtung zu rechtfertigen versuchte, „Ruhe und Ordnung in Südafrika und damit den Frieden auf dem Subkontinent zu gewährleisten." Außerdem sei sie in einer ähnlichen Lage wie die Regierungen der Bundesrepublik oder Großbritanniens, die sich des Terrors der RAF oder der IRA zu erwehren hätten. (FR 20. 10. 77; SZ 20. 10., 21. 10., 24. 10. 77; Monitor-Dienst 20. 10. 77; NZZ 22. 10. 77)



«World»-Chefredaktor Percy Qoboza

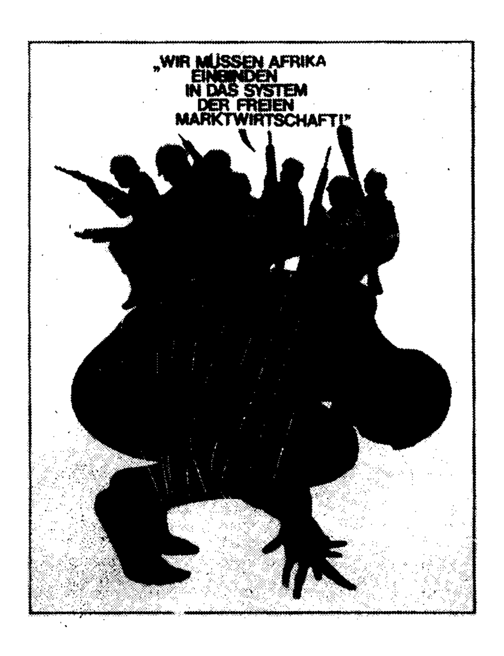
Verurteilungen von außen kamen vor allem vom Weltkirchenrat in Genf und UNO-Generalsekretär Waldheim, aber auch von Regierungen westlicher Industrieländer wie USA oder BRD, deren Bourgeoisie erhebliches Kapital in Südafrika investiert hat. Worauf ist das zurückzuführen? (NZZ 22. 10. 77)

III. Die internationale Lage: Kapitalistische Industrieländer gehen zu Sanktionen über

Verbale Kraftmeierei gegen die Rassisten

Lautstarke Kritik an der Apartheid ist auch aus westlichen Industriestaaten nichts Neues. Allerdings hat sie bisher vor allem dazu gedient, Tatenlosigkeit zu verschleiern. Die Regierungschefs aller imperialistischen Länder werden nicht müde, das Apartheid-System als „illegal" zu brandmarken, ihrer „großen Besorgnis" über die Entwicklung in Südafrika Ausdruck zu geben und Wahlen nach dem Muster „ein Mensch - eine Stimme" zu verlangen. Das hat aber zum Beispiel die englische und die französische Regierung vor zwei Jahren nicht daran gehindert, im Sicherheitsrat der UNO ihr Vetorecht zu benutzen, um Anträge verschiedener Länder der Dritten Welt auf verbindliche materielle Sanktionen gegen das rassistische Regime (z.B. ein Waffen- oder ein allgemeines Handelsembargo) zu Fall zu bringen.

Vor etwa einem Jahr beschloß der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel, eine internationale Protestwoche gegen das Apartheidregime durchzuführen, die einen Abfertigungsboykott von Schiffen und Flugzeugen, industrielle Aktionen (z.B. Arbeitsniederlegungen) sowie einen Konsumentenboykott einschließen sollte. Das einzige, was die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mitglied des IBFG und Befürworter dieses einstimmigen Beschlusses, in der Protestwoche im Januar 1977 dann tatsächlich durchführte, war eine Pressekonferenz. (Vgl. den Offenen Brief der Aktion Dritte Welt an den DGB in blätter des iz3w, Nr. 59, S. 8) Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft verabschiedete im September '77 einen „Verhaltenskodex" für Firmen aus dem EG-Bereich, die in Südafrika Zweigwerke errichtet haben. Die Firmen sollen schwarze und weiße Arbeiter formal gleich behandeln und so zur Abschaffung der Apartheid beitragen. Als der BDI (Bund Deutscher Industrie) von der Sache Wind bekam, lehnte er den „Verhaltenskodex" sofort ab. Kein Wunder: Weil die deutschen Industrieunternehmen in Südafrika (z.B. Bayer, Hoechst, BASF, AEG, VW, Daimler-Benz) ihren schwarzen Arbeitern nur extrem niedrige Löhne - zum großen Teil unter dem Existenzminimum - zu bezahlen brauchen, können sie dort besonders fette Profite machen. Erst als der BDI merkte, daß es sich bei dem „Verhaltenskodex" ja nur um Empfehlungen ohne rechtliche Verbindlichkeit handelt, gab er seinen Widerstand auf. Die imperialistischen Westmächte lassen sich von der Vorster-Regierung immer wieder das Versprechen geben, daß Südafrika sein nukleares Potential nur zu friedlichen Zwecken nutzen wird. Dabei rüsten sie das rassistische Regime selbst mit Nukleartechnologie aus und wissen ganz genau, daß Südafrika die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages nicht umsonst ablehnt. (Zur nuklearen Zusammenarbeit und zum Waffenhandel zwischen der BRD und Südafrika vgl. blätter des iz3w, Nr. 63, S. 36) Wenn Genscher oder Carter die jüngsten Repressionsmaßnahmen verurteilen, so liegt das also durchaus auf der heuchlerischen Linie der bisherigen Politik: Sie kritisieren das Apartheid-System verbal, um ihre eigene Legitimität aufzupolieren, die u.a. auch dadurch in Frage gestellt ist, daß sie es um der Extraprofite der US- oder BRD-Firmen dort materiell unterstützen. (SZ 1. 9., 13. 9., 4. 10., 7. 10., 29. 10. 77; FR 3. 9., 21. 9., 23. 9. 77; NZZ 20. 9., 27. 10. 77)



UNO beschließt verbindliches Waffenembargo

Nach den jüngsten Repressions-Maßnahmen des Vorster-Regimes sind die Reaktionen der kapitalistischen Industrieländer allerdings handfester geworden. Man beschränkt sich jetzt nicht mehr nur auf verbale Kritik, sondern läßt auch gewisse Taten folgen. Die Niederlande zum Beispiel haben aus Protest gegen das Verbot der 18 schwarzen Organisationen und Zeitungen nicht nur – wie die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik oder Frankreich – ihren südafrikanischen Botschafter zeitweilig zurückgerufen, sondern darüber hinaus auch ihr Kulturabkommen mit der RSA gekündigt. Die Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens ist von der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik bisher vergeblich gefordert worden. (SZ 24. 10. 77; FR 25. 10. 77; NZZ 27. 10. 77)

Wichtigstes Anzeichen dafür, daß die kapitalistischen Industriestaaten – wenn auch zögernd – zu härteren Sanktionen bereit sind, ist das von der UNO beschlossene Waffenembargo. Bisher ließen alle imperialistischen Westmächte nur unverbindliche Sanktionsbeschlüsse zu, deren Befolgung für die UNO-Mitgliedsstaaten freiwillig war. Als eine Reihe von Staaten aus der Dritten Welt und Osteuropa Anfang November wiederum auf zwingende Sanktionsbeschlüsse drängte, ließen die USA durchblicken, daß sie diesmal einem auf sechs Monate befristeten, für alle UN-Mitglieder verbindlichen Stop von Waffenlieferungen an Südafrika zustimmen würden. Die Länder der Dritten Welt verlangten demgegenüber einen unbefristeten Stop jeglichen Handels, vor allem jeglicher Öllieferungen. Auf Antrag Kanadas und der BRD beschloß der Sicherheitsrat schließlich ein für alle UN-Staaten obligatorisches unbefristetes Waffenembargo, das auch Ersatzteile und Produktionslizenzen umfaßt. Es ist das erste Mal, daß die Vereinten Nationen eine derartige Maßnahme gegen ein Mitgliedsland ergreifen. Seine erste praktische Auswirkung findet der Beschluß in der Ankündigung des französischen Verteidigungsministeriums, 4 im Bau befindliche Kriegsschiffe (zwei U-Boote und zwei Korvetten, die bereits im Atlantikhafen Lorient erprobt werden) nicht an Südafrika auszuliefern. Die kapitalistischen Industrieländer sind also offenbar entschlossen, die Regierung Vorster tatsächlich unter Druck zu setzen. (SZ 27. 10., 29./30. 10., 2. 11. 77; NZZ 29. 10., 1. 11., 6./7. 11., 10. 11. 77)

Das dürfte allerdings nicht einfach sein, zumal mit einem Waffenembargo: Erstens ist Südafrika auf absehbare Zeit nicht auf Waffenimporte angewiesen, weil es einen großen Teil seiner Rüstung – vor allem die leichteren Waffen wie Pistolen, Gewehre und Handgranaten, die zur Unterdrückung des inneren Widerstandes eingesetzt werden – selbst produziert. Neuerdings werden sogar Raketen in Südafrika hergestellt; und weil sich das Vorster-Regime natürlich schon seit langem auf diesen Fall vorbereitet und ein großes Arsenal von modernen Rüstungsgütern angelegt hat. Zweitens ist auf dem grauen internationalen Waffenmarkt für genügend Geld so ziemlich alles zu haben, auch wenn offizielle staatliche Genehmigungen nicht vorliegen. Ein wichtiger Produzent und Exporteur von Waffen, die Schweiz, ist kein UNO-Mitglied und braucht sich daher – auch rechtlich gesehen – nicht an das Embargo zu halten. Drittens hat Südafrika einige Möglichkeiten, seinerseits zu wirksamen Gegensanktionen zu greifen, da es über strategisch wichtige Metalle verfügt. Sperrt es seine Platin-, Mangan- oder Chromlieferungen, würde das die Wirtschaft der kapitalistischen Industrieländer empfindlich treffen, da der zweite Weltexporteur dieser Rohstoffe, die UdSSR, ein Preismonopol erhielte. Falls das Waffenembargo der UNO tatsächlich strikt eingehalten wird, kann es für die herrschenden Rassisten langfristig dennoch unangenehme Auswirkungen haben. Daß das Vorster-Regime sich davor fürchtet, zeigt die scharfe Reaktion seiner Politiker auf den UN-Beschluß: Außenminister Roelof Botha bezeichnete das Embargo als Beitrag, den Widerstand der Weißen in Südafrika gegen Einmischungen von außen zu verstärken und als „Aufforderung zur Gewalt." (SZ 29./30. 10. 77; NZZ 8. 11., 9. 11. 77)

Das Apartheid-Regime ist dem Imperialismus ein Dorn im Auge: es fordert Widerstand heraus

Was können die Beweggründe für die kapitalistischen Industrieländer sein, einen härteren Kurs gegenüber dem Apartheid-Regime einzuschlagen, obwohl das Apartheid-System rein ökonomisch gesehen die profitabelsten Bedingungen für die Verwertung ihres investierten Kapitals bietet?

Zunächst einmal neigen besonders die kleineren kapitalistischen Industrieländer dazu, sich mit Befreiungsbewegungen zu zu stellen, wenn sich die Möglich-

keit abzeichnet, daß diese irgendwann die Macht übernehmen werden. Die kleineren west- und nordeuropäischen Länder, deren Einfluß zu gering ist, um bestimmte Regime in der Dritten Welt von sich aus zu halten oder zu stürzen, versuchen sich durch diese Anbiederungstaktik wenigstens bei fortschrittlichen Staaten der Dritten Welt Vorteile gegenüber ihren großen Konkurrenten zu verschaffen. (Vgl. den Artikel zur Rolle Dänemarks in blätter des iz3w, Nr. 65, S. 16) Daß gerade die Niederlande als kleineres westeuropäisches Land ihr Kulturabkommen mit Südafrika gekündigt haben, dürfte kein Zufall sein. Insofern kann dies auch als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß es mit dem Vorster-Regime allmählich zu Ende geht.

Der wichtigere Grund ist darin zu suchen, daß sich im südlichen Afrika gegenwärtig der stärkste Widerstand der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus erhebt. Nachdem Indochina befreit ist, konzentriert sich die antiimperialistische Bewegung in aller Welt auf die Solidarität mit den Völkern Zimbabwes, Namibias und Azanias. Von dieser Solidaritätsarbeit gehen auch mancherlei Impulse für den Widerstand in den kapitalistischen Industrieländern selbst aus, dem sich nicht nur sozialistische, sondern auch andere demokratische Kräfte anschließen, solange von den westlichen Regierungen derart rassistische und grobschlächtige Ausbeutungssysteme wie das südafrikanische unterstützt werden.

Mit jedem Tag, den Vorster und Smith länger an der Macht sind und den Völkern im südlichen Afrika selbst formale demokratische Freiheiten und Menschenrechte vorenthalten, müssen die Regierungen der westlichen Industrieländer mehr um ihre eigene Legitimität fürchten: mit jedem Tag, den Vorster und Smith noch länger mit unverhüllter brutaler Gewalt erzwingen, daß Afrikaner eine minderwertige Ausbildung erhalten, nur einen Bruchteil des Lohns der Weißen verdienen oder von der Landwirtschaft in winzigen und unfruchtbaren „homelands" ihr Leben fristen, müssen die internationalen Konzerne mehr befürchten, daß der Widerstand im südlichen Afrika vollends zu einer sozialrevolutionären Bewegung wird, die sich nicht mehr mit der formalen Unabhängigkeit und dem Wahlrecht für alle begnügt, sondern darüber hinaus die großen Kapitale enteignet und das Volk tatsächlich an die Macht bringt.

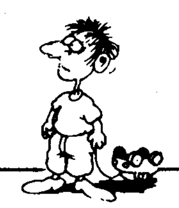
Um dem Widerstand im südlichen Afrika und der internationalen Solidaritätsbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, sind die Regierungen der imperialistischen Länder deshalb jetzt bereit, das Vorster-Regime (und natürlich auch Smith) fallen zu lassen, selbst wenn das für die internationalen Konzerne etwas weniger fette Profite bedeutet als bisher. Daß ihre Sanktionen so zögernd und so halbherzig erfolgen, liegt erstens daran, daß sie sich untereinander offenbar noch nicht ganz einig sind (es handelt sich mehr um eine Tendenz der langfristigen, weltweiten imperialistischen Strategie als um ein konkretes Komplott), und zweitens an der Widerspenstigkeit von Vorster und Smith, die ja selbst auch einige Machtmittel in der Hand halten.

Denn während die Abschaffung des Apartheid-Systems und die Einführung formaler Gleichheiten und Freiheiten für die internationalen Firmen zwar Profiteinbußen mit sich bringen, aber keineswegs ihr Geschäft oder gar ihre Existenz bedrohen würde (ihre Gewinne würden schlimmstenfalls auf die Durchschnittsrate in anderen Teilen der Welt sinken), ist die weiße südafrikanische Klein- und Mittelbourgeoisie auf das ungemilderte Apartheid-System angewiesen. Nur die gegenwärtige extreme Ausbeutungsrate, die sich bei einer Regierungsbeteiligung der schwarzen Mehrheit nicht mehr aufrechterhalten ließe, erlaubt den südafrikanischen Farmern und kleineren Unternehmern ihren hohen Lebensstandard, nur sie macht sie gegenüber dem internationalen Kapital auf dem Weltmarkt überhaupt konkurrenzfähig. Wenn sich die Vertreter der harten Linie, die „Verkrampten" mit ihrer burischen Treckideologie in der „National Party" Vorsters und in der Regierung Vorster immer wieder durchsetzen, so bedeutet das, daß es der weißen Klein- und Mittelbourgeoisie gelingt, den Partei- und Staatsapparat für ihre Klasseninteressen einzusetzen. Da diese Interessen zur langfristigen Globalstrategie des internationalen Kapitals in Widerspruch stehen, entwickeln sich Konflikte zwischen der südafrikanischen Regierung auf der einen Seite und den Regierungen der USA, der BRD, Frankreichs oder Großbritanniens auf der anderen. (was tun, 27. 10. 77)

Es wäre sicher falsch, in diesen Widersprüchen ein Anzeichen dafür zu sehen, daß die Regierungen der westlichen Industrieländer für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas eintreten. Ihnen geht es lediglich darum, eine neokoloniale „Lösung" durchzusetzen, bevor der Widerstand in Südafrika und die internationale Solidarität mit ihm ihr Bewußtsein und ihre physische Stärke so weit entwickelt haben, daß sie sich mit formalen demokratischen Freiheiten und einer Beteiligung an der Regierung allein nicht mehr abspeisen lassen. Dennoch können auch solche Nebenwidersprüche zwischen verschiedenen Flügeln der Bourgeoisie den Befreiungskampf eines Volkes weiterbringen, wenn sie geschickt ausgenutzt werden.

hpö





Beste Hilfe

Fünf Jahre lang warteten die Männer der Grenzschutzgruppe 9, bis sie am 18. Oktober in Mogadischu ihren großen Auftritt hatten. Wie sich der Kommandotrupp zuweilen die Wartezeit vertrieb, geht aus einem Dankesbrief der südafrikanischen Botschaft hervor.

Unter dem 17. April 1975 schrieb der Stellvertretende Militärattaché F. S. Bellingan dem Kommandeur der GSG 9, Ulrich Wegener, unter anderem:

> Sehr geehrter Herr Oberstleutnant,
>
> da unser Botschafter zur Zeit abwesend ist, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um Ihnen noch einmal sehr für die Hilfe zu danken, die Sie uns beim Transport unserer empfindlichen Gegenstände von Köln zu unserer neuen Botschaft in Bad Godesberg gewährten ...
>
> Ich bin froh, daß es für Ihre Soldaten wenigstens ein Art „Übung" war. Da ich das Vorrecht hatte, mit Ihrem Zugführer zu fahren, hatte ich natürlich einen großartigen Überblick über den gesamten Vorgang, der übrigens sehr eindrucksvoll war und ohne irgendwelche Probleme verlief. Der Zugführer ist ein ausgezeichneter Mann.
>
> Das, was ich gesehen habe, hat mich überzeugt, daß, wer immer in einem dringenden Fall um Ihre Hilfe bitten mag, sehr sicher sein kann, daß er mit diesen Soldaten die beste Hilfe und die sichersten Beschützer bekommt, die er überhaupt haben kann.

Bei dem Umzug kamen der Botschaft mehrere Kartons mit Geheimakten abhanden. Die Papiere enthüllten, daß der deutsche Nato-General Günther Rall eine als privat getarnte, aber teilweise von Pretoria finanzierte Südafrika-Reise machte; Rall wurde in den Ruhestand versetzt. Die Akten deckten ferner die jahrelange atomare Zusammenarbeit zwischen deutschen Firmen und der Atombehörde Südafrikas sowie eine enge Kooperation zwischen Bundeswehr-Dienststellen und dem Apartheid-Staat auf.

Wie die Geheimdossiers verschwanden, konnten weder der südafrikanische Geheimdienst noch die Bonner Staatsanwaltschaft klären, die im Sommer ein Ermittlungsverfahren wegen des Diebstahls einstellte.

DER SPIEGEL, Nr. 45/1977

Tropisches Afrika

ERITREA

NAHES ENDE DER KÄMPFE

In Äthiopiens Nordprovinz Eritrea stehen die Befreiungsbewegungen vor der Provinzhauptstadt Asmara und bereiten den dort stationierten äthiopischen Truppen und Volksmilizen eine Niederlage nach der anderen. In 20 km Entfernung von der Stadt beginnen die Stellungen der Guerilla. Außer der Provinzhauptstadt hält die Zentralregierung nur noch die Hafenstädte Massawa und Assab sowie einige Stationen an der Hauptstraße von Asmara nach Massawa. Die rückwärtigen Verbindungen von Asmara nach Äthiopien sind bedroht. An den beiden großen Straßen nach Süden sind zahlreiche Ortschaften bereits in den Händen der Befreiungsbewegungen und die Äthiopier können sich nur noch in Konvois auf ihnen bewegen (NZZ 5.10.77).

Die konventionelle Kriegsführung der äthiopischen Zentralregierung versagt zusehends: Flugangriffe etc. treffen die Zivilbevölkerung, was durchaus auch der Absicht der Regierung entspricht, die eine Politik der verbrannten Erde verfolgt, damit aber auch die gesamte Zivilbevölkerung auf die Seite der Befreiungsbewegungen treibt, aber sie schlagen nicht die mobilen Guerillatrupps. Da die reguläre Armee versagt hat, hat die Zentralregierung zwangsweise Bauernmilizen aufgestellt und ebenfalls nach Eritrea geschickt – aus Eritrea sollen wiederum Volksmilizen in den Süden gegen die Somalis geschickt werden, jede Familie soll zur Bereitstellung wenigstens eines Milizsoldaten gezwungen werden, schlecht ausgerüstet,unzureichend ausgebildet. Beide Militärverbände, Miliz und Truppe, kooperieren oder konkurrieren miteinander. Die Doppelpräsenz macht das Chaos nicht kleiner. Trotz eines ausgebauten Wachsystems gelingt es immer wider, Flüchtlingen aus der Stadt Asmara oder auch aus der Armee, zu den Befreiungsbewegunge zu stoßen.Sie werden politisch geschult und dann möglichst in die Befreiungsbewegung oder in die revolutionäre äthiopische Volksbewegung (EPRP) eingegliedert. Mit den Kriegsgefangenen geht man ebenso vor. (Vermutung eines äthiopischen Leutnants in EPLF-Gefangenschaft: 20 - 30 % der Armee sind Sympathisanten der regimefeindlichen EPRP.) (vgl. iz3w Nr. 57 und 59 zur Einschätzung der EPRP).

In Eritrea operieren mittlerweile 3 verschiedene Befreiungsbewegungen: Die älteste ist die ELF (Eritreische Befreiungsfront), die seit 1962, der endgültigen Aufhebung der eritreischen Autonomie durch Addis Abeba, gegen die Zentralregierung kämpft; außerdemdie EPLF (Eritreische Volksbefreiungsfront), die seit 1970 insbesondere in den Städten Aktionen und Kämpfe organisiert; und eine neuere, zahlenmäßig ganz unbedeutende Splittergruppe, die EPLF/PLF. Einigungsversuche zwischen ELF und EpLF hat es imm er wieder gegeben, bisher ohne Erfolg. Alle Gruppen werden vom Sudan und anderen arabischen Staaten unterstützt. Sie verlangen einen unabhängigen eritreischen Staat und wollen eine sozialistische Regierung aufbauen. Keine dieser Gruppen wird von der UdSSR unterstützt. Inzwischen scheinen sich die Konflikte zwischen den Gruppen zuzuspitzen – nur mühsam durch den gemeinsamen Gegner scheinen offene Auseinandersetzungen noch unterdrückt zu werden. Die stärkere EPLF wirft der ELF vor, daß sie nach der Befreiung nicht einen sozialistischen, sondern einen bürgerlichen Staat errichten will. Die ELF wiederum erklärt, die EPLF benachteilige die Moslems (ca. 60 % der Bevölkerung gehören zum Islam, 40 % zum Christentum). Die sozialen Modelle, die beide Bewegungen in den von ihnen befreiten Gebieten aufgebaut haben, machen die unterschiedlichen Tendenzen deutlich.

Die ELF hat in ihrem neuen Hauptquartier Ali Cidr, einer Baumwollplantage, die in den Kämpfen zum Teil von den äthiopischen Truppen zerstört worden ist, den Mindestlohn für die Arbeiter von ca. 1 auf 2 äth. $ (= 2,40 DM) pro Tag erhöht und das Gehalt der Spezialisten um 2 Drittel gekürzt, kostenlose Unterkünfte und medizinische Betreuung eingeichtet, feste Preise eingeführt und den Schwarzmarkt verboten. Ihr Führer Yassin zeigt sich kompromißbereit gegenüber Äthiopien: Nach einem Sieg könne man über einen Zugang zum Meer verhandeln, „wir wollen das äthiopische Volk nicht strangulieren." (FR 19.10.77)

Die EPLF hat in der jetzt befreiten, zweitgrößten Stadt Eritreas, Keren, ein Modell für die künftige Organisation der Hauptstadt und des gesamten Landes aufgebaut: Vor den Kämpfen hatte sie Zellen in der Stadt gegründet, die die Bevölkerung politisch schulten und vor den eigentlichen Kampfhandlungen nachts evakuierten. Gebäude, Ernten etc. wurden geschont. Nach den Kampfhandlungen wurden zuerst von Handwerkern die wichtigen Reparaturen durchgeführt, damit die Bevölkerung ihr normales Leben wieder aufnehmen konnte.



Die Stadt wurde in 6 Bezirke aufgeteilt und die Bevölkerung dort in Sozialgruppen eingeteilt, in die Sektionen der Bauern, Arbeiter, Kleinbourgeoisie (Lehrer etc.), Frauen und Jugendliche und Untergruppierungen zur politischen Schulung wurden eingerichtet. Alle Assoziationen sollen Exekutivkomitees bilden und auf der höchsten Ebene soll eine Volksversammlung gebildet werden. Politisches Prinzip ist die Selbstregierung des Volkes, unter Vorrangstellung der Arbeiter und Bauern. (Guardian, 19.10.77) Dan Conell, Sonderkorrespondent des Guardian bei der EPLF, sieht den Unterschied zwischen den beiden großen Befreiungsbewegungen so: Die ELF wird eine national-eritreische, aber bürgerliche Regierung bilden, die EPLF hingegen eine nationale, sozialistische Volksregierung (ebenda). Laut FR verhandeln inzwischen ausländische Unternehmen wie AGIP (Italien) und Nippo Koei (Japan) mit der ELF über die Ausbeutung der reichen Bodenschätze (Erdöl, Kupfer etc.) nach der Befreiung. Diese Verhandlungen werden noch dementiert, weil die ausländischen Gesellschaften nicht glauben, sich jetzt schon einen Affront gegen die äthiopische Regierung leisten zu können.

Die Beziehungen zwischen den Befreiungsorganisationen haben sich seit der ELF-Niederlage bei Asmara zugespitzt: Die EPLF die die Gefahr erkannt hatte und mit der ELF hatte zusammen kämpfen wollen, was abgelehnt worden war, war durch das Zurückweichen in Gefahr geraten. Se wirft der ELF bewußtes Versagen vor. „They are traitors to the revolution." (Guardian, 26.10.1977).

Bisher operierte die ELF besonders im Westen , die EPLF im Osten. Die Spannungen zwischen den Gruppen vor Asmara könnten zu übereilten militärischen Aktionen in der Provinzhauptstadt führen, sehr zum Nachteil der Zivilbevölkerung. Wahrscheinlich werden die Gruppen bis zum endgültigen Sieg einen internen Frieden bewahren. Nach der Befreiung aber werden sicher Auseinandersetzungen kommen. Die EPLF hat gute Chancen: Sie hat viele Zellen in der Hauptstadt aufgebaut und dem Land eine soziale und politische Basisstruktur gegeben. Aber auch die traditionsreichere ELF verfügt über einen starken Rückhalt in der Bevölkerung.

(Artikelserie des Guardian: 5.10., 12.10., 19.10., 26.10.; Monitor-Dienst 5.10.; NZZ, 5.10; FR, 19.10.) (Vgl. zu Eritrea iz3w Nr. 52, 57).

sha

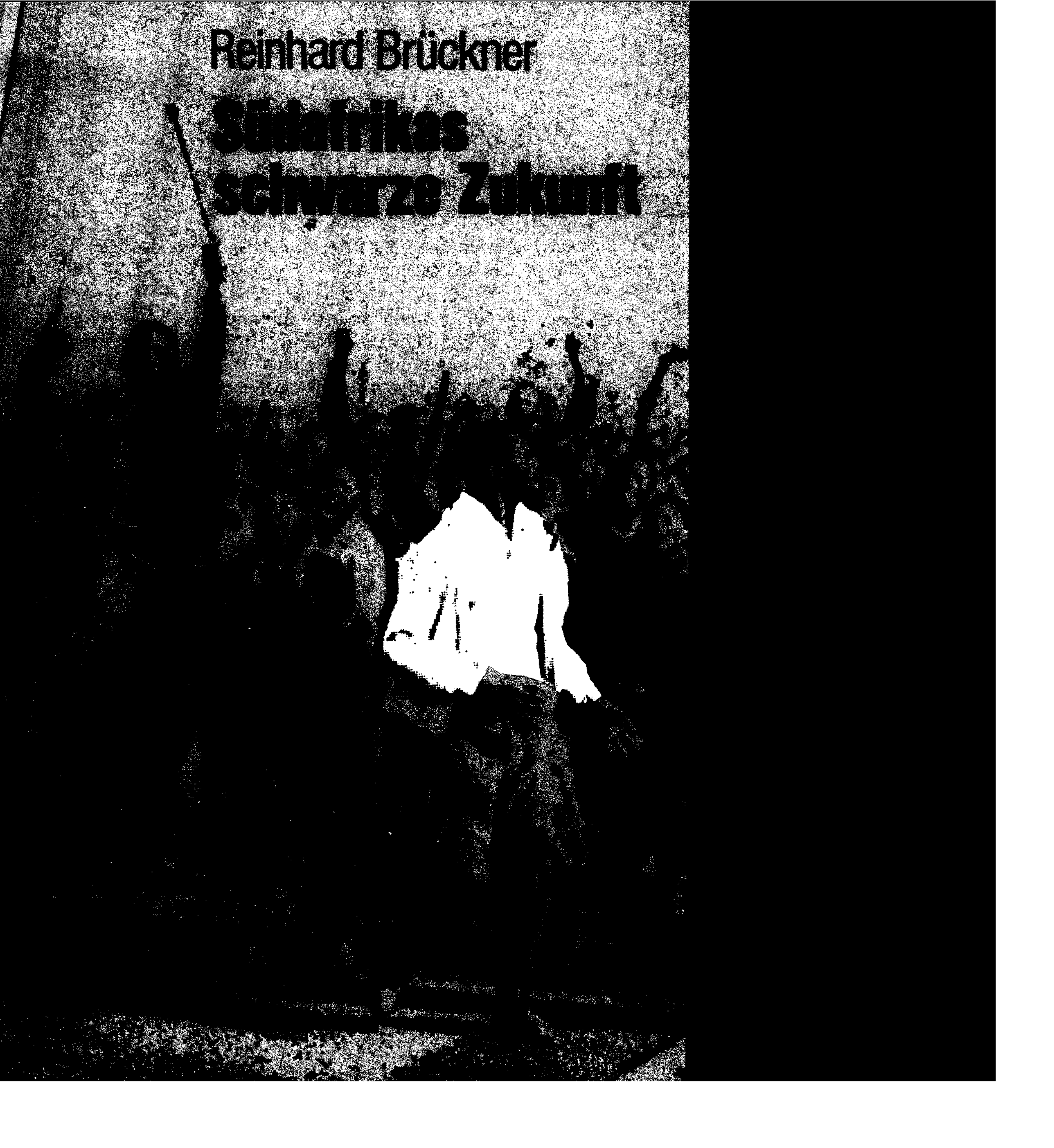
MADAGASKAR

eigener Bericht
vgl. Nr. 61

Die aus der Revolution hervorgegangene madegassische Regierung bemüht sich, die neokolonialen Strukturen in allen Bereichen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens zu zerstören und eine sich nur auf die eigenen Kräfte des madegassischen Volkes stützende sozialistische Entwicklung in Gang zu bringen. Hierüber haben wir bereits ausführlich in den „Nachrichten und Kurzberichten" und im Themenheft Nr. 53 berichtet. Die neue Regierung hält es mit Recht für erforderlich, die staatliche Herrschaftsausübung stärker durch das Volk legitimieren zu lassen.

Bis zum 15. Oktober 1977 soll deshalb die Bürokratie des Landes weitgehend durch ein Selbstverwaltungssystem ersetzt werden. Die teils direkt, teils indirekt gewählten Selbstverwaltungsräte übernehmen – von kleineren Ausnahmen abgesehen – alle Aufgaben der Inneren Verwaltung. Die entmachteten leitenden Beamten werden teils entlassen, teils als Berater der neuen Räte beschäftigt. Um ihren erwarteten Widerstand zu brechen und das unausweichliche organisatorische Durcheinander möglichst schnell in den Griff zu bekommen, haben die Vorsitzenden der Selbstverwaltungsräte umfassende Befugnisse, einschließlich des Rechts der vorläufigen Festnahme. Die unglaublich kurze Frist, die die Regierung für diese Reformen gesetzt hat, läßt befürchten, daß sie den passiven Widerstand vieler Betroffener hervorruft und die neuen, wenig geschulten Kader überfordert sind. Die zu erwartende vorübergehende Verschlechterung staatlicher Leistungen könnte weite Teile der Bevölkerung gegen das Programm aufbringen.

Die in den „blättern" Nr. 61 geschilderte erfreuliche wirtschaftliche Lage ist weiter stabil geblieben. Die Inflationsrate ist relativ gering, gravierende Versorgungsengpässe bestehen nicht mehr. Leider reicht die Reisproduktion immer noch nicht zur


Reinhard Brückner
Südafrikas
schwarze Zukunft

Was geschieht in **Soweto?**

Reinhard Brückner

Südafrikas schwarze Zukunft

Die Jugendunruhen seit 1976 – ihre Ursachen und Folgen
135 Seiten, 8 Bildseiten DM 9,80

Seit den Unruhen in Soweto im Juni 1976 wissen die Schwarzen in Südafrika, daß ihre Stunde gekommen ist. Schwarze, Farbige und Inder zielen in steigendem Selbstbewußtsein und in wachsender Gemeinsamkeit auf einen Machtwechsel. Diese Zukunft ist schwarz, weil sie der schwarzen und farbigen Mehrheit gehört. Sie wird vor allem durch die ungeduldige Jugend repräsentiert, die schwerer als die Erwachsenen an der Erfahrung des gesetzlich fundierten Unrechts trägt. Das volle Ausmaß ihrer Benachteiligung wird gerade der Jugend heute immer deutlicher bewußt. Auf eine Übernahme technischer, wirtschaftlicher und politischer Macht ist sie bildungsmäßig nur völlig unzureichend vorbereitet, und es gibt wenig Zeichen für eine Bereitschaft der südafrikanischen Regierung, dieses Bildungsdefizit zu beseitigen.

Im Mittelpunkt dieses Bandes stehen die Juni-Unruhen 1976 in Soweto, der Schulstreik gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache. Die rasche Ausbreitung dieser Jugendunruhen und ihre brutale Unterdrückung durch die Polizei sind wenig bekannt. Auswirkung und Ziele der Bewegung für schwarzes Selbstbewußtsein (Black Consciousness Movement) werden ebenso dargestellt wie die Ideologie und Existenzangst der Weißen, die Rolle der Kirchen, der Parteien und der Gewerkschaften.

Das Buch ist den Menschen gewidmet, die unter dem Apartheidssystem – einem organisierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit – unsagbar gelitten haben und noch leiden werden. Die jetzige Generation ist entschlossen, eine menschlichere, vielrassige Gesellschaft zu schaffen, und darin kann sie niemand aufhalten.

Aus dem Inhalt:

Schüler demonstrieren – Polizei schießt
- 16. Juni 1976: Soweto explodiert
- Über fünfhundert Tote in zwei Tagen
- Die Unruhen ergreifen viele townships
- Zusammenfassende Zahlen und Reaktionen

„Bantu-Erziehung" – wesentliche Ursache der Unruhen
- Es begann mit Afrikaans
- Schulsystem, Oberschulen in Soweto, Farmschulen
- Unterlassene Handwerker- und Technikerausbildung
- Schwarze Studenten müssen in Stammes-„Universitäten"
- Weiße Studenten im Rahmen des Systems

Soweto – Modell aller städtischen Gettos

Homelands – Bevölkerungsreservate für Südafrikas Industrie und Landwirtschaft
- Die Transkei wird „unabhängig"
- Entstehung der homelands
- Modellfall Transkei
- Die anderen homelands

Streiks, Boykotts und wieder Tote
- Soweto streikt dreimal drei Tage
- Jugendliche fordern Freilassung ihrer Mitschüler
- Der fünftägige Streik mißlingt
- Schul- und Weihnachtsboykotts in Soweto und am Kap
- Die Unruhe schwelt – Ereignisse bis August 1977

Die Black Consciousness-Bewegung
- Bewußtes Schwarzsein befreit
- Schwarze Theologie zwischen West und Ost
- Black Communalism als neue Gesellschaftsform?

Konzessionen und „Laager"-Mentalität der Weißen
- Konzessionen statt Gleichberechtigung
- „Laager"-Mentalität heute
- Die Systemsicherung der Nationalen und die Opposition
- Gewerkschaften und Arbeiterkomitees zugunsten des Systems

Sind die Kirchen irrelevant?

Gewalt im südlichen Afrika
Ein Bericht herausgegeben von Hans W. Florin
147 Seiten 1971 DM 7,50

Markus Braun
Das schwarze Johannesburg
Afrikaner im Getto
297 Seiten, 8 Bildseiten, 4 Karten 1973 DM 18,—

Rhodesiens Zukunft heißt Zimbabwe
texte 13 zum kirchlichen Entwicklungsdienst
Mit Beiträgen von Ruth Weiß, William Minter, Hans Detlef Laß und Dokumentation
ca. 140 Seiten 1977 DM 6,50

Julius K. Nyerere
Bildung und Befreiung
texte 14 zum kirchlichen Entwicklungsdienst
Mit einer Einleitung von Volkhard Hundsdörfer
139 Seiten 1977 DM 6,50

Bestellung

Hierdurch bestelle ich aus dem Verlag Otto Lembeck, Leerbachstraße 42, 6000 Frankfurt am Main 1

________ Expl. Brückner,
Südafrikas schwarze Zukunft DM 9,80

________ Expl. ________________________

Name ________________________

Adresse ________________________

____

Durch Buchhandlung ________________________

____

____
Datum Unterschrift

Selbstversorgung aus, da die von „oben" verordnete „Reisschlacht" („blätter" Nr. 56) bei der Bevölkerung wenig Resonanz fand und zum Debakel wurde. Die fortbestehenden Infrastrukturprobleme und der faktische Investitionsstop hemmen die industrielle Entwicklung.
Die kommunalen und Parlamentswahlen der letzten Monate wurden zu einem erdrückenden Sieg der Regierungskoalition



„Nationle Front zur Verteidigung der Revolution", in der Präsident Ratsirakas AREMA-Partei dominiert. Ratsiraka erreichte es, den einflußreichen Chef der verbotenen revolutionären Partei MFT-MFM in den Obersten Revolutionsrat zu integrieren. Dieser stellt das eigentliche Machtzentrum dar und kontrolliert alle Ministerien. Die MONIMA-Partei, die 1971 im Süden der Insel einen Volksaufstand gegen das Tsiranana-Regime organisierte, trat wegen ihres schlechten Abschneidens aus der „Front" aus und forderte Neuwahlen. Ratsiraka hielt die „Front" für einen Widereintritt der MONIMA offen und provozierte damit einen Beschluß des Zentralkomitees der MONIMA, zur Regierungskoalition zurückzukehren.
Die überstimmte Minderheit der MONIMA, geführt vom parteivorsitzenden Monja Jaona, hatte der AREMA nicht zu Unrecht vorgeworfen, viele der Anhänger des alten Regimes aufzunehmen und Karrieristen zu begünstigen. Jaona könnte mit seiner Minderheitsfraktion als einzige nicht in die „Front" eingebundene Oppositionsgruppe durchaus gefährlich werden.
Während allgemein innerhalb der Linken ein gewisses Abflauen der Richtungskämpfe zu beobachten ist, können sich gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wie das Massaker an ca. 3000 Komorianern in Majunga im letzten Dezember, jederzeit wieder ereignen, was gelegentlich aufflackernde Konflikte zeigen.
Viehdiebe und Räuberbanden, in der Tradition verwurzelte Erscheinungen, verunsichern verstärkt weite Landstriche und provozierten den Ausbau des Polizeiapparates, die Erweiterung des Notwehrrechts, ein Gesetz gegen Kriminelle Vereinigungen sowie eine Verschärfung des Haftrechts. Die berechtigte Angst der Bevölkerung wird in der Hauptstadt Antananarivo durch den massenhaften Versand von anonymen Drohbriefen geschürt. Die meistgehandelte Erklärung ist, daß Armeekreise versuchen, die Bevölkerung durch Angsteinflößung zur stärkeren Selbstorganisation in den sozialistischen Dorf- und Stadtteilkomitees (Fokonolona) zu bewegen, die Teil der neuen Selbstverwaltungsorganisation sind. Hierauf zielt auch die offzielle Propaganda. Vielerorts ist so die Entstehung von Fokonolona-Bürgerwehren zu beobachten.

as

ZAIRE

Deutsche Raketen

I) Am 17. Mai 1977 startete im Südosten Zaires die erste deutsche Großrakete seit der V 2 im zweiten Weltkrieg, gebaut und montiert von der bundesdeutschen Firma OTRAG (Orbitale Transport- und Rakteten-Aktiengesellschaft). Hinter dem Projekt steht ein von langer Hand geplantes Raketentechnologie-Konzept der deutschen Industrie.

Ökonomisch interessant ist die neue Konzeption offensichtlich deshalb, weil durch Verwendung verhältnismäßig billiger Teile und technologischer Neuerungen deutliche Kostenvorteile gegenüber den bisherigen Großraketen entstanden waren. Als Treibstoff verwendet die OTRAG eine Mischung von Dieselöl und Salpetersäure, die – bei geringfügig niedrigem Schub – nur etwa ein Dreißigstel des herkömmlichen Raketentreibstoffs kostet. (Informationen nach: Stern v. 2. 6. 77; Dritte-Welt-Magazin v. September 1977)

II) Das Firmengelände der OTRAG am Westufer des Tanganjika-Sees hat etwa die Größe der DDR und ist von 300 000 Menschen bewohnt.

Der zairische Staat hat in einem Vertrag vom 6. 12. 1975 der OTRAG das „Recht zur ausschließlichen Nutznießung" des Firmengeländes zugestanden. Dieses Recht erlaubt der OTRAG, einen eigenen Staat zu gründen, u.a. hat sie das Recht, das Gelände durch Baumaßnahmen aller Art (Straßen, Eisenbahnen, Siedlungen etc.) zu erschließen. Selbstverständlich zahlt die OTRAG weder Zoll noch Steuern, die nicht zairischen OTRAG-Mitarbeiter desgleichen, darüberhinaus unterliegen sie nur der Disziplinargewalt der OTRAG und genießen gegenüber Zaire diplomatische Immunität.

Artikel III des Vertrages bestimmt:

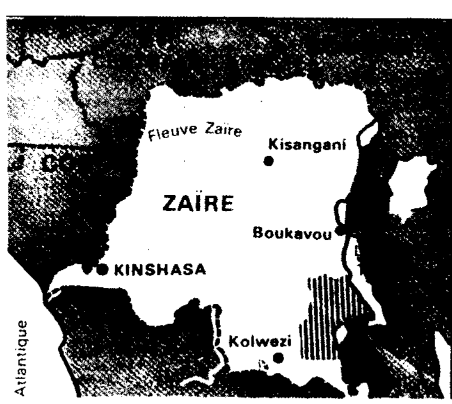
1. Auf dem Firmengelände dürfen sich allein die Personen aufhalten, die hier ausdrücklich von der ORAG ermächtigt sind. Sie ist berechtigt, die Aufenthaltserlaubnis auf bestimmte Zonen zu beschränken.

2. Der Staat (Zaire) ist auf Aufforderung der OTRAG gehalten, alle anderen Personen vom Gelände zu evakuieren und sie davon fernzuhalten. Darüber hinaus ist es Sache des Staates, alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um auf dem gesamten Gelände die Sicherheit der Anlagen und der dort von der OTRAG zugelassenen Personen zu garantieren. Diese Maßnahmen müssen mit der OTRAG abgesprochen werden, wenn sie durch die Operationen der OTRAG bedingt werden.

3. Auf Verlangen der OTRAG müssen von ihr bezeichnete Orte und Personen vom Staat Zaire unter besonderen Schutz gestellt werden.

4. Jede Verlautbarung über das Gelände, sei es in Bild-, Ton- oder Schriftform, ist ohne Ermächtigung durch die OTRAG unzulässig. (Text aus: afrique-asie v. 8. 8. 1977)

Hier wird also die Existenz von 300 000 Menschen (AK, 31. 10. 1977) für illegal erklärt und dem zairischen Staat die Legitimation zur Vertreibung gegeben. Das Firmengelände liegt im Operationsgebiet der ostzairischen Guerilla, was erhellt, daß es aus zairischer Regierungssicht nicht schlecht plaziert ist. Die aus westdeutschen Entwicklungshilfegeldern geförderte infrastrukturelle Erschließung ermöglicht counter-insurgency Strategie, erleichtert die Subvention der Regierungs-Kriegsführung durch westliche Mächte, zwingt schließlich vor allem die BRD, durch Mithilfe an der Zerschlagung der Guerilla ihre Interessen zu wahren.



Schraffiert: Das Konzessionsgebiet der OTRAG in Zaire.

Die zairische Armee verfolgt nach verschiedenen Berichten eine Vernichtungsstrategie gegenüber den Bewohnern der Aufstandsgebiete in Süd- und Ostzaire. Aus Angola wurde berichtet, daß dort bis September 1977 etwa 220 000 Flüchtlinge eingetroffen waren, die z.T. aus dem OTRAG-Imperium vertrieben worden waren (Marches tropicaux, 16. 9.; Radio Maputo, 28. 9., AK 31. 10.).

III) Verbindungsmann zwischen den Betreibern des Raketenprojektes und der zairischen Regierung ist nach Spiegel-Berichten (10.10. 77) Fred Weymar, ein enger und langjähriger Bekannter des CSU-Chefs Strauß und Finanzberater Mobutus. Strauß ist selber mit Mobutu befreundet; die CSU – nahe Hans-Seidel-Stiftung ist ebenfalls in Zaire aktiv. Der AK ermittelte (13. 9. 1977), daß die zairische Regierung seit Jahren immer wieder Repräsentanten nach Stuttgart (OTRAG-Sitz) und München schickt. Strauß ist selber stark bei der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie beteiligt.

IV) Die Entstehung der OTRAG reicht bis in die NS-Zeit zurück und wurde vom AK recherchiert, dessen Ausgabe vom 31. 10. 1977 die meisten Informationen dieses Abschnittes entnommen sind; weitere Informationen stammen von Wolff Geissler (3WM).

Die OTRAG-Raketenbauer rekrutieren sich aus dem Kreis der V 2-Experten, die nach dem Zusammenbruch des Faschismus ins Ausland gegangen oder kurze Zeit in anderen Tätigkeitsfeldern untergetaucht waren. Schlüsselfiguren sind nicht der OTRAG-Chef Lutz T. Kayser, mit 48 Jahren politisch nicht vorbelastet, sondern die Gruppe um die Nazi-Experten Eugen Sänger, Dr. Irene Sänger-Bredt – dessen Ehefrau – und Pilz. Eugen und Irene Sänger erhielten bereits 1936 vom Reichsluftfahrtministerium den Auftrag, ein geheimes militärisches Raketenforschungszentrum in Trauen/Lüneburger Heide aufzubauen. Von 1942 – 1945 arbeiteten sie im bayerischen Ainring an Raketenprojekten.

1954 kehrten die beiden nach Westdeutschland zurück und übernahmen kurze Zeit darauf leitende Funktionen in der 1948 (!) gegründeten „Deutschen Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt", Gleichzeitig begannen sie mit den Aufbauarbeiten für das 1956 in Stuttgart gegründete „Institut für die Physik der Strahlenantriebe" (IPS). Das IPS stand unter der Schirmherrschaft eines Konsortiums von 22 Großunternehmen unter Führung der Daimler Benz AG und vereinte zahlreiche qualifizierte Wissenschaftler, dazu bekannte Größen der NS-Zeit. Finanziert und unterstützt wurde das Projekt von Bonner und Stuttgarter Regierungsstellen. Das IPS unterstützte ägyptische, indische und argentinische Raketenprogramme. Die 1957 an der TH Stuttgart von Sänger gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Raketentechnik und Raumfahrt" diente wohl der Nachwuchsförderung

und brachte auch den OTRAG-Chef Kayser hervor.

Nach Sängers Konzeption sollte das Raketenprogramm vor allem militärischen Charakter haben: „Die einzig mögliche Gegenwehr gegen ballistische Fernraketen (besteht) im Augenblick in einer ebenso massiven Gegendrohung mit derselben Waffe", (FAZ, 3. 2. 1958).

Den Anschluß an die militärische Raketentechnologie haben die deutschen Raketenbauer wohl nicht erreicht bzw. erreichen dürfen. Dagegen wurde der privatwirtschaftliche Aspekt immer wichtiger. Ähnlich wie beim Kernkraftwerksbau versuchte die deutsche Großindustrie in technologische Nischen zu stoßen und dadurch einen Markt zu erschliessen, in dem sie trotz des Lohnkostendrucks und verschärfter internationaler Konkurrenz hohe Gewinne machen konnte. Hierbei kam es darauf an, die Forschungsinvestitionen und -risiken anfangs vom Staat tragen zu lassen, um die gewinnträchtigen Ergebnisse dann zu privatisieren. Etwa um 1960 muß sich gezeigt haben, daß die Raketentechnik der deutschen Industrie interessante Chancen bot, denn da setzte die Privatisierung ein. Sänger gründete die „Technologieforschung GmbH", der alsbald reiche, vor allem baden-württembergische Unterstützung zuteil wurde (Stuttgarter Zeitung, 31. 12. 1974). Die Technologieforschung GmbH beschäftigte sich mit der Weiterentwicklung des Sänger/Pilz-Projektes zu einer Billig-Rakete. Hierbei arbeitete sie, wie die später gegründete OTRAG, mit der „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" zusammen.

Den handfesten privatwirtschaftlichen Interessen an einer Raketenproduktion standen einige Probleme gegenüber: In den Verträgen von Brüssel und Paris vom 23. Oktober 1954 hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine „weitreichenden Geschosse und gelenkten Geschosse" (mehr als 32 km) herzustellen. Die Subventionierung der Raketenproduktion durfte also nur geheim geschehen, Starts in der BRD warne nicht möglich. Da die Ausfuhr von Raktenteilen der Überwachung durch die Bundesregierung unterliegt, mußte diese Unwissenheit vorschützen und von der OTRAG ebenso wenig wissen wie die Finanzbehörden, die Abschreibungen genehmigen. Dies erklärt auch, warum die BRD-Regierung nicht eingeschaltet wurde, als Mobutu einen Teil seines Territoriums an die OTRAG verpachtete. Die Entwicklung nach 1960 ist nur bruchstückhaft bekannt und läßt dennoch den Schluß zu, daß das Raketenprojekt weiter von langer Hand geplant und finanziert wurde:

Die Technologieforschungs-GmbH erhielt vermutlich weit über 100 Mio DM von der BRD-Regierung. Die Nachweise sind schwierig zu führen, weil die Subventionen in zahlreichen Kostentiteln verschiedener Ministerien zu suchen sind.

1964 wurde beschlossen, im Rahmen der BRD-Entwicklungshilfe, vermutlich vor allem mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau, zwei Brücken ins heutige OTRAG-Gelände zu bauen. Den Auftrag erhielt Krupp; diese Firma baute bei Kongolo eine Brücke über den Lualaba-Fluß und begann bei Kabeya Mayi eine Brücke über den Lukuga-Fluß. Die zweite Brücke wurde wegen Hochwassers und Guerilla-Aktivitäten nicht fertig. 1969 begann die Fa. Stewering und Söhne, Borken/Westfalen, eine 100%ige Tochter der Westdeutschen Landesbank, mit dem Betrieb eines Steinbruchs in der Sgaba-Provinz, der etwa 400 Arbeiter beschäftigte. Nachdem 1972 neue Kreditzusagen für die Fertigstellung der Brücke ergingen, erging an Stewering 1974 der Auftrag, diese fertigzustellen. Wenige Tage später wurde die OTRAG gegründet, mit 800 Mio DM Kapital aus der Privatwirtschaft, z.T. durch Bundesbürgschaften abgesichert. Während die Vertragsverhandlungen mit Mobutu laufen, erhält die OTRAG Abschreibungsmöglichkeiten von 260%, später sogar von weit über 300% durch das sozialdemokratische Hessen zugestanden (Zeit, 6. 5. 1977).

Hierdurch wird den Eigentümern der OTRAG gestattet, Steuern zu sparen und das Ersparte vermögensbildend anzulegen, und zwar in einem einzigartigen Umfang. Die OTRAG übernimmt 1975 die Technologie-Forschungs-GmbH und 1977 die Fa. Stewering-Zaire, während Stewering in der BRD liquidiert wird.

V) Auch das Auswärtige Amt subventionierte die OTRAG. Im Auftrag des Bundes flog die OTRAG - Fluglinie ORAS „Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff" in die Städte Kolwezi, Sandoa, Kamina und Kapanga, offensichtlich um die zairischen Bemühungen, den Befreiungskampf in Shaba zu ersticken, zu unterstützen. Die ORAS erhielt dafür 945 000 DM von Bonn (Spiegel, 10. 10. 1977). Außenminister Genscher weilte just zum Start der ersten OTRAG-Rakete im Startgebiet und unterhielt sich mit Mobutu über die Lage.

VI) Der Vertrag Zaire-OTRAG war der BRD-Regierung offensichtlich nicht nur bekannt, sondern auch schon lange geplant. Sie läßt somit zu:

- daß im südlichen Afrika ein Raketenstützpunkt entsteht, der bei militärischer Nutzung eine Dominierung befreiter Gebiete und Länder durch Nato-Interessen zuläßt
- daß eine BRD-Firma eine eigene Afrika-Kolonie gründet
- daß dadurch Hunderttausende, die den Expansionslüsten des Kapitals (und der Mobutu-Diktatur) im Wege stehen, getötet oder vertrieben werden.

VII) Der Nutzen dieses Projektes für die BRD-Wirtschaft liegt nicht in der möglichen Schaffung einer Raketenbasis gegen ein befreites Südliches Afrika oder gar der angelaufenen Vertreibung Hunderttausender.

Raketenbau ist ökonomisch hochprofitabel, da die USA ihr faktisches Monopol in dieser Technologie ausnutzen, um Monopolpreise zu fordern. Relativ billige Raketen vom OTRAG-Typ können der kommerziellen Nachrichtenübermittlung, der Spionage, der Wetterbeobachtung, der Forschung nach Bodenschätzen und vor allem als Träger nuklearer Sprengköpfe dienen. Der Markt bietet große Möglichkeiten.

Für die BRD heißt das, daß bei fragwürdigem gesamtwirtschaftlichen Nutzen (einige 10 000 Arbeitsplätze vielleicht) wieder einmal Millionen ohne gesellschaftliche Kontrolle in die Privatwirtschaft gepumpt worden sind. Offen hätte niemand diese Art des Profites, über Leichen – auch die künftiger Kriege mit OTRAG-Raketen – zu gehen, unterstützen können.

So wird immer noch vertuscht, wer eigentlich hinter der OTRAG steht. Sicher ist die Beteiligung von Daimler-Benz und Krupp, wahrscheinlich die von MBB und Westdeutscher Landesbank.

as

Abkürzungen für verwendete Quellen

NfA	:	Nachrichten für Außenhandel
FR	:	Frankfurter Rundschau
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft
SZ	:	Süddeutsche Zeitung
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
LM	:	Le Monde (Paris)
Habla	:	Handelsblatt
DWMD	:	Deutsche Welle – Monitor Dienst
IHT	:	International Herald Tribune (Paris)
FT	:	Financial Times (London)
Guard.	:	The Guardian (New York)
AfAs	:	Afrique-Asie (Paris)
JAF	:	Jeune Afrique (Paris)

WESTSAHARA

Die Flüchtlinge brauchen unsere Hilfe!

Dr. Peter Wallauer, Arzt und Geschäftsführer von medico international, die die humanitäre Hilfe zugunsten der Sahauris in der Bundesrepublik koordiniert, besuchte mit einer Delegation in der ersten Oktoberhälfte erneut die Flüchtlingslager der Sahauris in Westalgerien, nahe der marokkanischen und mauretanischen Grenze.
Der folgende Artikel besteht aus Auszügen aus seinem Reisebericht, die er für die iz3w zusammenstellte.

Seit meinem Besuch in den sahaurischen Flüchtlingslagern vor einem Jahr haben sich einige wesentliche Dinge zu ihrem Vorteil verändert, bzw. Ansätze, die damals schon sichtbar waren, konsequent weiterentwickelt. Dazu gehört auch, daß sich der Gesundheitszustand der gesamten Lagerbevölkerung dank der internationalen solidarischen Hilfe und der Organisationsfähigkeit der Sahauris wesentlich gebessert hat. Erwähnt werden muß jedoch noch, daß bei meinem Besuch die Unbilden des Wüstenwinters mit seinen Sandstürmen und den Temperaturstürzen noch nicht eingesetzt hatten.

Ganz eindeutig kann die Verbesserung des Gesundheitszustandes zurückgeführt werden auf eine mäßig verbesserte Versorgung der Gesamtlagerbevölkerung mit Nahrungsmitteln, deren regelmäßige Zubereitung jetzt auch eher gewährleistet ist als vor einem Jahr. Dies ist der Tatsache zu verdanken, daß die Algerier für jede einzelne Familie ausreichend Flaschengas und entsprechende Gaskocher zur Verfügung gestellt haben. Die Knappheit an Brennstoff, wie wir sie noch im vorigen Jahr beobachtet haben, konnte durch diese Maßnahme verhindert werden. Im vorigen Jahr mußten aus großer Entfernung einzeln in der Wüste stehende Bäume herantransportiert und in viel zu kleinen Mengen an die Bevölkerung als Brennmaterial ausgegeben werden.

Deutlich gebessert war der Ernährungszustand der Kinder, von denen wir jeden Tag Hunderte bei den Speisungen in den Kantinen gesehen haben. Das vermehrte Kalorien- und Proteinangebot in den Kantinen dürfte zu einer Verbesserung der Widerstandskraft der Kinder gegen Krankheiten geführt haben.

Die Organisationsstrukturen und die Räumlichkeiten für die regelmäßige Durchführung für diese Kinderspeisungen sind so ausgebaut worden, daß ein durchgehendes Funktionieren jetzt gewährleistet ist. Das gleiche gilt für den Auf- und Ausbau der Sanitätsposten. Da die notwendigerweise unzureichende Qualifikation der dort arbeitenden Pfleger nicht ausreicht, um mit schweren Erkrankungsfällen fertig zu werden, wird sehr frühzeitig die Weiterversorgung im neuen Nationalhospital veranlaßt. Andererseits ist durch die Auffangarbeit der Sanitätsposten für eine Filterung gesorgt, die eine Überflutung des Hospitals verhindert. Dieses System hat sich – gerade bei der unzureichenden Qualifikation der im Gesundheitsbereich Tätigen – an der Basis im Sinne der Gesunderhaltung und Früherkennung der Krankheiten als sehr funktionsfähig erwiesen. Innerhalb dieses Systems konnte auch eine recht konsequente Behandlung z.B. der Tuberkuloseerkrankungen erreicht werden.

Wenn man in diesem Zusammenhang nach dem Sinn und der Effizienz einer Hilfe von außen fragt, so kann die klare Antwort darauf nur sein, daß mit Hilfe der eingesetzten Hilfsgüter ein maximaler Effekt im Gesundheitsbereich erzielt werden konnte. Andererseits muß ganz klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die vorhandenen Organisationsstrukturen in dem Moment völlig sinnlos werden, wo ihnen der materielle Nachschub durch die Hilfsorganisationen entzogen wird. Das heißt, daß die Sahauriflüchtlinge weiterhin neben der Versorgung durch die Algerier mit Grundnahrungsmitteln, Energie und anderem auf die weitere massive Unterstützung der Hilfsorganisationen mit Medikamenten und hochwertigen Zusatznahrungsmitteln angewiesen sind, um unter den extrem schwierigen Bedingungen weiter überleben zu können. Da sich zur Zeit noch keinerlei politische Lösung im Sinne einer Rückkehr in ihr Land abzeichnet, muß in dieser Richtung zumindest mittelfristig für das nächste halbe Jahr weiter geplant und versorgt werden. Neben dem unmittelbaren Bedarf im Gesundheits- und Ernährungssektor sollte so weit wie möglich auch weiterhin Hilfe im Bereich der Unterkünfte (Zeltmaterial) und im Bereich der Kleider (warme Kinderkleidung) geleistet werden. Daneben besteht ein dringender Bedarf an einfachem Untersuchungs- und Behandlungsgerät für das neue Nationalkrankenhaus und das etwas fernere Krankenhaus im Lagerbezirk Dahla. Auch fehlen dringend für diese Krankenhäuser Betten.

Dabei handelt es sich keineswegs um ein Luxusbedürfnis, sondern um eine hygienische Notwendigkeit.

Wie oben bereits erwähnt, die Verbesserung des Allgemeinzustandes der Flüchtlinge ist wesentlich auf die Organisationsfähigkeit der Sahauris, die Einbindung der gesamten Bevölkerung in einen

demokratischen Willensbildungsprozess bis hin zur politischen Führung und ihren festen Willen, zu überleben und in ihre angestammten Wohngebiete zurückzukehren, zurückzuführen.

Zu diesen besonderen gesellschaftlichen Strukturen in den Lagern gehört auch die sich verändernde Rolle der Frau. Die starke politische Motivation der Frauen in den Lagern, die im Laufe des vergangenen Jahres und immer noch einen auch für den äußeren Betrachter beeindruckenden Emanzipationsprozess vollziehen, ist eine entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren der Basisstrukturen. In und mit diesem Emanzipationsprozeß werden in bester Weise die menschlichen Ressourcen in den Lagern gesamtgesellschaftlich genutzt, so daß trotz der extrem schwierigen Überlebensbedingungen in den Lagern erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten.

Dieser demokratische Willensbildungsprozess in den Lagern schlägt sich unter anderem in konkreten Projekten nieder, die kollektiv durchgeführt werden.

ZUR ERSCHEINUNGSWEISE DER „BLÄTTER DES IZ3W"

Wir erhalten gelegentlich Zuschriften von Abonnenten, die sich darüber beschweren, daß sie in bestimmten Monaten kein Heft zugeschickt bekommen haben. Solche Beschwerden beruhen in der Regel auf der Annahme, daß die „blätter des iz3w" monatlich erscheinen. Deshalb möchten wir außer im Impressum auch hier noch einmal darauf hinweisen, daß dies nicht der Fall ist:
Seit 1970 erscheinen die „blätter" in 8 Ausgaben pro Jahr, das heißt zweimal im Vierteljahr!
Informationszentrum Dritte Welt Freiburg

AUFRUF

Entgegen den Beschlüssen der Vereinten Nationen und einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag wurde das Volk der Sahauris mit brutalen Mitteln wegen wirtschaftlicher Interessen aus seinen angestammten Wohngebieten in der ehemaligen spanischen Kolonie Sahara vertrieben.

Marokko und Mauretanien teilten sich das Gebiet und führen seither einen beispiellosen Vernichtungsfeldzug gegen die Wüstenbewohner. Mehr als 100.000 Menschen flüchteten quer durch die Sahara auf algerisches Gebiet. Dort leben sie in Lagern am Rand des Existenzminimums. Im Wüstenwinter 1975/76 starben täglich fast 50 Kinder an banalen Infektionen, da es an medizinischer und humanitärer Hilfe fehlte. Für die neue Winterperiode kündigt sich die gleiche Katastrophe an, wenn die Versorgung der Sahauris nicht durch internationale Solidarität fortgesetzt wird.

Mit Bestürzung erfahren wir jetzt, daß die marokkanische Regierung mit französischer Rückendeckung einen militärischen Angriff auf die Flüchtlingslager vorbereitet, um so ihre Behauptung von der Nichtexistenz einer angestammten Bevölkerung in diesem Gebiet unter grausamen Beweis zu stellen, indem sie diese Bevölkerung vernichtet.

Wir wenden uns deshalb an alle Bürger unseres Landes und fordern sie auf:

Helfen Sie mit, den drohenden Völkermord am sahaurischen Volk zu verhindern. Unterstützen Sie die humanitären Hilfeleistungen zugunsten der Sahauris. Spenden Sie auf das Konto 232 (medico international) bei der Stadtsparkasse Frankfurt unter dem Stichwort „Saharahilfe"

Jede Mark kann Leben retten!

Die Spenden werden eingesetzt um: Medikamente, Kleidung, Zeltmaterial, Nahrungsmittel und medizinisch-technisches Gerät zu beschaffen.

Der 'Arbeitskreis Politisches Lied und Literatur' (AkPoLi) lädt Interessenten zu seinem fünften Treffen herzlich ein. **Thema:** 'Wie kann der Problemkreis Dritte Welt künstlerisch angegangen werden (speziell dessen Vermittlung über Lieder und Texte)?' **Zeit:** 3./4.12.1977, **Ort:** voraussichtlich ESG, M 1, 8-9, in Mannheim. **Beginn:** 14 Uhr. Näheres ist zu erfahren bei: Reno Rebscher, Johann-Schillstr. 24, 7801 MARCH 2; Tel.: 07665/2754.

LANDWIRTSCHAFT IN DER DRITTEN WELT

EINLEITUNG beginnt mit LETZTEM ABSCHNITT auf dieser Seite

Hunger aufgrund kapitalistischer Unterwerfung

Diese Einschätzung der Situation erscheint zweifelhaft, das tatsächliche Vorgehen jedoch ist regelrecht lebensbedrohlich für die Bevölkerung der armen Länder. Unserer Ansicht nach ist Hunger kein primär technisches Problem, das durch eine Mehrproduktion mit Hilfe moderner Technologie gelöst werden kann, sondern eher ein soziales Problem, das durch die unterschiedliche Verfügungsmacht über landwirtschaftliche Ressourcen entstanden ist. Zugespitzt heißt das: es wird nicht zuwenig produziert, sondern das Produzierte wird ungerecht verteilt; es wird nicht für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung produziert, sondern überwiegend für städtische und ausländische Märkte; die Produktion wird nicht von der arbeitenden Bevölkerung gelenkt, sondern von den Interessen der herrschenden Oberschichten und der multinationalen Konzerne. Auf diese Weise steht die Ernährung der einheimischen Bevölkerung hinter der Belieferung städtischer und ausländischer Märkte an letzter Stelle, aus diesem Grund treten in allen abhängigen Ländern der Welt immer wieder Hungersnöte oder zumindest bedrohliche Grundnahrungsmittelknappheiten auf.

Diese Position versuchen die ersten Artikel des folgenden Themenblocks näher zu erläutern. Zwei kurze Artikel verdeutlichen die aktuelle Welternährungssituation mit einigen Basisdaten über Nahrungsmittelproduktion und -verbrauch und versuchen darüber hinaus, die Mythen, die sich um „das Gespenst Welthunger" ranken, zu zerstören, vor allem die Behauptung, es würden zu wenig Nahrungsmittel produziert. Der folgende Artikel versucht dann zu belegen, wie die heutige Situation der ungleichen Besitzverhältnisse auf dem Land und der Produktion für fremde Interessen sich historisch, von den vorkolonialen Gesellschaften an, entwickelt hat; er stellt die Kolonialisierung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Länder als den entscheidenden Faktor heraus, der die eigenständige Entwicklung der abhängigem Länder verhindert und damit die heutige Situation der Unterernährung und Verelendung weiter Bevölkerungsschichten maßgeblich gefördert hat.

Die aktuelle Ernährungssituation ist aber nicht nur schlecht, sie spitzt sich täglich weiter zu. Hauptursache sind zwei miteinander verbundene Folgen des Kolonialismus: die Aktivitäten der multinationalen Konzerne im Bereich der Landwirtschaft und die zunehmende Zerstörung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch rücksichtslose Überbeanspruchung der Böden.

Kaum einem Entwicklungsland ist es gelungen, die landwirtschaftliche Produktion in eigene Regie zu nehmen. Im Gegenteil, immer stärker werden die Bemühungen internationaler Konzerne, die Produktion wie auch die Verteilung von Nahrungsmitteln weltweit unter ihre Kontrolle zu bringen. Welche Konzepte dahinter stehen und welche Gefahren diese Strategien der Konzerne für die Sicherung der Ernährung – in Entwicklungsländern wie hier – letztendlich bedeuten, versuchen zwei Artikel zu belegen.

Daß schließlich die schnelle Ausbreitung der Wüsten und damit die Zerstörung landwirtschaftlicher Nutzflächen in weiten Gebieten der Welt zum großen Teil sozial-ökonomische Ursachen hat und wenige eine biologische Unausweichlichkeit darstellt, belegt der abschließende Artikel zur Weltwüstenkonferenz der Vereinten Nationen, die in diesem Jahr in Nairobi stattfand.

Mit den vorliegenden Artikeln wollen wir also vor allem folgende Fragen untersuchen: wie sieht die heutige Ernährungssituation aus, in welcher Beziehung stehen Besitzverhältnisse und Nahrungsmittelproduktion zueinander, wie hat sich die Situation entwickelt, was sind die historischen Ursachen des Hungers?

Auf diesen Versuch einer Analsyse der Welternährungslage folgt im nächsten Heft eine Einschätzung möglicher Maßnahmen zu ihrer Überwindung. Im einzelnen sind Artikel zur Modernisierung bzw. Technologisierung der Landwirtschaft, zu kapitalistischen Agrarreformen (Landverteilung, Genossenschaften usw.) am Beispiel Perus und einiger karibischer Länder sowie zu Problemen einer sozialistischen Agrarreform geplant.

„Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern sind vom Verhungern bedroht, weil die Landwirtschaft ihrer Länder nicht leistungsfähig genug ist" – das ist so etwa der Tenor, in dem hierzulande, in den sogenannten entwickelten Ländern, über Welternährungsprobleme geschrieben und gedacht wird. Als Folge dieser Einschätzung werden dann in akuten Hungersnöten Lebensmittelsendungen in die betroffenen Länder geflogen, während man sich langfristig bemüht, die Landwirtschaft der Entwicklungsländer mit Kunstdünger, neuem Saatgut, Schädlingsbekämpfungsmitteln, riesigen Bewässerungsanlagen, modernen Maschinen und technischer Beratung aufzupäppeln, sprich: „leistungsfähiger" zu machen.

Red.

Das Problem Hunger und die Welternährungssituation heute

Rund 25 % der Bevölkerung in den unterentwickelten Ländern sind unterernährt, d.h. sie bekommen nicht die erforderlichen 2000 Kalorien täglich, die als Existenzminimum gelten. (1) Darüber hinaus sind Millionen fehlernährt und bekommen nicht die notwendigen Nährstoffe wie Protein und Vitamine.

Im Ganzen lebt ein Drittel der Menschen in den Entwicklungsländern in absoluter Armut (als absolute Armut wird das tägliche Einkommen unter 30 Pfennig bezeichnet. (2)

Hunger und Unterernährung bedeuten nicht nur verminderte geistige Leistungen (z.B. hat die Unterernährung bei Kleinkindern gravierende Folgewirkungen auf die geistigen Funktionen), sondern bekanntlich auch gesteigerte Anfälligkeit für Krankheiten. Für uns in den Industrieländern harmlose Krankheiten wie Masern, Gruppe oder sogar einfache Verletzungen können für Unterernährte tödlich ausgehen, das der Körper keine Abwehrkräfte besitzt.

Erst die Dürrekatastrophe in der Sahel-Zone (1972-73) hat den Ernst der Ernährungssituation deutlich gemacht für die Industrieländer.

Zwar war schon vorher die Rede von Hunger und Nahrungsmittelknappheit, aber dies wurde zumeist als Naturphänomen, als von der Witterung bedingtes Problem angesehen. Es wurde (und wird) wenig nach den tatsächlichen Ursachen gefragt und vorbeugende Maßnahmen blieben undiskutiert. Man begnügte sich mit Lebensmittellieferungen an die Hungernden und forderte die Entwicklungsländer auf, durch Mechanisierung und Modernisierung ihre Agrarproduktion zu steigern.

Hungerprobleme sind keine Naturphänomene

Die Hungerkrisen sind aber keine vorübergehenden Naturphänomene, sondern sie waren voraussehbar.
Vielerorts sind sie schon historisch bedingt.
Die durch die Kolonialisten in vielen Ländern eingeführten Monokulturen bedeuten, daß nicht mehr Agrarprodukte für die einheimische Bevölkerung, sondern hauptsächlich landwirtschaftliche Export-waren produziert werden. (3)
Aber nicht nur die Kolonialisten, sondern auch die Regierungen vieler Entwicklungsländer haben durch ihre Agrar- und Wirtschaftspolitik dazu beigetragen, die Ernährungskrise zu forcieren oder sogar auszulösen (wie es zur Zeit der Fall ist in Ghana (4). In der Annahme, durch einige wenige agrarische Exportprodukte Devisen zu bekommen, oder durch die Konzentration der Unterstützungsmaßnahmen auf Großbetriebe, haben sie die Situation verschlechtert.
Bezeichnend ist, daß die Ernährungskrise fast ausschließlich die nichtsozialistischen Länder der Dritten Welt betrifft. In Ländern wie der VR China oder Kuba hat man die Ernährungsprobleme durch eine konsequente Politik und effektive Maßnahmen beseitigen können.

Die Behauptung, daß die hungernden Länder nicht genügend Ressourcen hätten, ist global gesehen falsch. Es gibt kaum ein Land auf der Erde, das nicht genügend Ressourcen besäße, um die eigene Bevölkerung ausreichend ernähren zu können. (5) Vielmehr liegt das Problem darin, ob und wie diese Ressourcen genutzt werden.

Der Mythos von den ungenügenden Ressourcen

Wie bereits erwähnt, sind viele der armen Länder heute auf einige wenige landwirtschaftliche Erzeugnisse konzentriert – auf Monokulturen –, die meistens dem Export dienen. So produziert Brasilien Kaffee, die karibischen Länder Zucker, Westafrika Kaffee und Kakao, Mittelamerika Kaffee und Bananen, Senegal Erdnüsse, Indien Tee, Bangladesh Sisal und Hanf. Die Erlöse aus dem Export dieser Produkte sind die größte Einkommensquelle jener Länder. Die Produkte, die z.T. gar keine Nahrungsmittel sind (sog. „non-food-products"), sind fast ausschließlich für Konsumenten in den reichen Ländern bestimmt. Aufgrund der „terms of trade" sind sie für die Industrieländer sogar recht preisgünstig.
Trotz der Tatsache, daß die große Masse der Bevölkerung verhungert, forcieren die volksfeindlichen und reaktionären Regierungen den Anbau von Monokulturen. Trotz der Hungerkatastrophe – die auch ein Hungerskandal war – stieg die Produktion von Baumwolle und Erdnüssen in der Sahel-Zone. In Brasilien wird der Zuckerrohranbau erweitert, in Guatemala die Getreideanbaufläche in Zucker- und Baumwollplantagen umgewandelt. (6) Aufgrunddessen sind diese Länder, die früher selbstverworgend waren, jetzt gezwungen, Lebensmittel zu importieren. Aber häufig sind die importierten Produkte so teuer, daß die Armen sie nicht kaufen können, und so wird der Hunger verstärkt.

Auf den GATT-Verhandlungen (7) in diesem Frühjahr forderten die Entwicklungsländer die Industriestaaten auf, ihre Zölle für Kaffee, Tee, Kakao sowie für andere „non-food-products" zu senken. Dies wird den Hungeropfern aber wenig helfen. Vielmehr wird durch niedrigere Zölle der Anbau von Monokulturen noch weiter erweitert; außerdem profitieren davon sowieso nur diejenigen, in deren Händen die Kontrolle über die Produktion liegt: die Großgrundbesitzer und die multinationalen Konzerne.

Der Anbau und Ausbau von Monokulturen beweist, daß die Entwicklungsländer Ressourcen haben, was das Klima, den Boden usw. betrifft. Die entscheidende Frage ist, warum gerade jene Exportprodukte und nicht Lebensmittel für die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung angebaut werden.
Entscheidend dafür ist, wer Macht und Besitz hat und daß die Mächtigen und Besitzenden nur ihren Profit im Auge haben. Damit ist auch das Verteilungsproblem eng verbunden.

Das Verteilungsproblem und wer kontrolliert die Produktion

Die weltweite Nahrungsmittelproduktion hat stetig zugenommen, aber das Wachstum beschränkt sich auf die Industrieländer (8). In den Entwicklungsländern ist der Produktionszuwachs mit einigen Ausnahmen entweder stagnierend oder rückläufig und durch die rapide Zunahme der Bevölkerung dort verschlechtert sich die Ernährungslage.
Dem steht die Situation in den reichen Ländern krass gegenüber. Die Überschußproduktion der Landwirtschaft in den EG-Ländern ist bis jetzt ein unlösbares Problem gewesen. In den USA, Kanada und Australien gibt es ebenfalls Überschüsse, die nicht vermarktet werden können. Diese Überschüsse werden aus agrar- und marktpolitischen Gründen entweder

USA schränken Getreideanbau ein

Preise sollen damit hochgehalten werden — Kein Trost für die Dritte Welt

Von unserem Korrespondenten Emil Bölte

Washington. Die USA werden ihre Getreideproduktion im nächsten Jahr um 20 % senken, um die Farmer vor weiterem Preisverfall zu schützen. Gleichzeitig will die Carter-Regierung eine „strategische Reserve" von 30 bis 35 Mill. t anlegen. 6 Mill. t davon sollen als internationale Nahrungsmittelreserve von der Regierung verwaltet werden. Der Rest kann auf den Markt gebracht werden, wenn die Preise zu stark anziehen.

In den USA hat es wiederholt Zeiten gegeben, in denen Bauern dafür bezahlt wurden, wenn sie bestimmte Früchte nicht anbauten. Der Überschuß wurde damit niedrig und der Preis für manche Erzeugnisse hoch gehalten. Carter kehrt im Grunde zu dieser Formel zurück, wenn er nun zum erstenmal seit 1973 die Getreideproduktion drosselt.

Russische Weizenkäufe in bis dahin nicht gewohnten Größenordnungen führten Anfang der siebziger Jahre zu einer Blütezeit für die amerikanischen Kornfarmer. Die Anbauflächen weiteten sich aus. Der Ertrag war so reich, daß die Reserven immer mehr zunahmen, als die Exporte wieder schrumpften. Die Preise auf dem Inlandmarkt fielen rapide.

Verständlicherweise opponiert das amerikanische Außenministerium, da Getreide künftig nicht mehr so großzügig als diplomatisches Kampfmittel eingesetzt werden kann. Möglicherweise ist man in der Umgebung von Cyrus Vance auch besorgt, daß die USA die Fähigkeit verlieren, auf Hungerkatastrophen weiterhin so schnell mit Hilfe zu reagieren, wie dies in vielen Fällen seit dem zweiten Weltkrieg geschehen ist. Ob Regierungsvorräte von 6 Mill. t dafür ausreichen, muß sich erst noch zeigen.

Badische Zeitung vom 6.9.77

verlagert oder vernichtet.
Die gegenwärtige Weltgetreideproduktion könnte wohl jeden Menschen auf der Erde ausreichend ernähren. (9) Getreide ist eines von den Grundnahrungsmitteln, aber in den reichen Ländern wird es auch zum Hauptfutter für das Vieh gebraucht.

Von den 1324 Tonnen Welternte 1976 wurden rund 450 Mio Tonnen an das Vieh verfüttert. (10) In den USA frißt das Vieh 90 %, in der BRD 63 % des Getreides.
Hierzu: Schaubild aus Strahm, S. 68

Dieser verschwenderische Verbrauch von Getreide als Futtermittel ist umso bedenklicher in Anbetracht der Tatsache, daß die Erzeugung von tierischen Kalorien ein Vielfaches an pflanzlichen Kalorien erfordert. So braucht man drei pflanzliche Kalorien, um eine Kalorie Schweinefleisch zu produzieren. Für Rindfleisch ist das Verhältnis 10:1, bei Milch 5:1, bei Hühnerfleisch sogar 12:1. (11)
Die Produkte, die in den reichen Ländern als Futtermittel verwendet werden, sind aber gerade Produkte, die sehr reich an Nährstoffen sind, wie Soja oder Mais.
In Brasilien wird Soja angebaut, das das Hauptnahrungsmittel der armen Bevölkerung darstellt. Nun wird es exportiert, und durch Spekulationen und künstliche Verknappungen sind die Sojapreise in die Höhe getrieben worden.
Das Ergebnis: Soja – einst das Nahrungsmittel des armen Mannes – ist für ihn zum Luxus geworden. (12)

Auf der anderen Seite wird – teilweise mit der Hilfe der importierten Futtermittel – in den reichen Ländern eine gewaltige Überschußproduktion erzielt. So lagern z.B. in den Ländern der EG allein 130 Mio Tonnen Rindfleisch oder 500 kg Pro-Kopf für jeden EG-Bürger. (13) Diese Lagerung kostet 1,13 Mrd. DM jährlich. (14) In der BRD hat jeder zweite Mensch Übergewicht, eine Tatsache, deren Folgekosten jährlich 17 Mrd. DM betragen. (15)

Die makabre Tatsache, daß in den Industrieländern Nahrungsmittel verschwendet werden, während in der Dritten Welt ein Nahrungsmitteldefizit besteht, wird häufig als Verteilungsproblem angesehen. Sicherlich könnten durch eine gerechte Verteilung auch die Bedürfnisse der Armen befriedigt werden. Aber die Verteilungsfrage ist nicht bloß ein technisches, sondern ein politisches Problem. Sie ist eine Machtfrage: Wer die Produktion kontrolliert, der hat Macht über die Verteilung. Das inhumane Ergebnis: wenn die Marktmechanismen es verlangen, wird anstatt für die Bedürfnisse der Armen für den Überkonsum der Reichen produziert. Dies betrifft sowohl die Industrieländer als auch die unterentwickelten Länder selbst.

Häufig wird in den Entwicklungsländern die landwirtschaftliche Produktion in großem Maßstab (z.B. Plantagen) gefördert oder die Agrar-Produktion der multinationalen Konzerne direkt dorthin verlagert. (16) Zwar kann dadurch die Erzeugung und der Absatz bestimmter Agrarprodukte zunehmen, aber den Hungernden kommt dies nicht zugute. Die gestiegene Produktion wird nämlich verwendet für

- den Export in die Industrieländer
- für Viehfutter
- für die Herstellung von alkoholischen Getränken, die sich nur die oberen Einkommensschichten leisten können (17).

So führt es nicht zur Beseitigung der Hungerprobleme, wenn durch die oben beschriebenen Methoden die Agrarproduktion – wenigstens statistisch erhöht wird.
Auch haben die traditionellen Agrarreformen die Probleme nicht lösen können. Was notwendig ist, ist eine grundlegende Änderung in der Agrarpolitik der armen Länder selbst: anstatt für andere zu produzieren, müssen die primären Bedürfnisse der Armen im eigenen Lande in den Vordergrund der Zielsetzung gestellt werden. Dies aber setzt eine radikale gesellschaftliche und politische Änderung in jenen Ländern voraus, was gleichzeitig auch die Loslösung von der Abhängigkeit von den kapitalistischen Strukturen und von den Industrieländern bedeutet.

rsg

Anmerkungen:

1) Rudolf H. Strahm, Überentwicklung – Unterentwicklung. Nürnberg 1975, S. 20
2) ebd.
3) So haben die Kolonialisten den Teeanbau nach Sri Lanka (Ceylon) eingeführt, wo früher Reis angebaut wurde. S. Anne-Marie Holenstein/Jonathan Power, Hunger. Welternährung zwischen Hoffnung und Skandal, Frankfurt 1976, S. 15
4) SZ 30.8.1977
5) Ernest Feder in Technologie und Politik 3, rororo aktuell 1942, 1976, S. 61
6) FR 4.6.1977
7) ebd.
8) FR 4.6.1977
9) Forum der Vereinten Nationen, Nr. 8, 1976, S. 3
10) FR 4.6.1977
11) Strahm, S. 68 f.
12) Romeo Rey, in Technologie und Politik 3, a.a.O., S. 187 f. und Holenstein/Power, a.a.O., S. 15.
13) Strahm, S. 73
14) ebd.
15) SZ 3./4.9.1977
16) So z.B. die US-amerikanische Firma Del Monte, die in Philippinen Obst- und Gemüseplantagen hat. Das Land erwarb sie unter Bedrohung von den einheimischen Kleinbauern. Guardian, 24.11.1976.
17) Forum der Vereinten Nationen, Nr. 8., 1976, S. 3

460 Millionen Menschen hungern

Peter Eisenburger

Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschfts-organisation der Vereinten Nationen, der FAO (Food and Agricultural Organisation) (1), hungern auf unserer Erde 462 Millionen Menschen, das ist jeder achte Mensch (2). Gar 2.000 Millionen Menschen, das ist ungefähr die Hälfte der Erdbevölkerung, leiden an Unterernährung (3).

1. Welche Menschen sind vom Hunger betroffen und wie wirkt er sich aus?

In Süd- und Südostasien und in Afrika sind es 25-30 % der Bevölkerung, die Hunger leiden, in den Industrieländern nur 3 % (4).

Nun werden in der Welt so viel Nahrungsmittel produziert, daß der Weltkalorienverbrauch 1969-71 104 % des Bedarfs ausmachte (5). Aber diese Statistik berücksichtigt nicht: a) Unterschiede verschiedener Regionen, b) Unterschiede verschiedener Länder, c) Unterschiede verschiedener Bevölkerungsgruppen:

a) Regionale Unterschiede

1970 verbrauchten in Prozent des Bedarfs:

Industrieländer	121
Entwicklungsländer	95
Lateinamerika	105
Süd- und Südostasien	94
Naher Osten	103
Afrika	94
	(6)

Die Unterschiede lassen sich auch im Pro-Kopf-Verbrauch an Getreide deutlich ablesen: 1970 verbrauchten die Industrieländer pro Kopf 497 kg, die Entwicklungsländer 194 kg (7).

b) Unterschiede verschiedener Länder

In allen Regionen gibt es Länder, die weit unter dem Durchschnitt liegen, z.B.:

Somalie	79 %
Bangla Desh	80 %
Bolivien	79 % (8).

c) Unterschiede verschiedener Bevölkerungsgruppen

Untersuchungen in Haiderabad/Pakistan ergaben, daß Schulkinder aus Familien mit niedrigem Einkommen 1376 cal. pro Tag verbrauchten und die aus Familien mit hohem Einkommen 2485 cal. (9).

Untersuchungen im Nordosten Brasiliens zeigen (10), daß die arme Bevölkerung der Städte am schlimmsten von Hunger und Unterernährung betroffen ist.

2. Tendenzen der Nahrungsmittelproduktion

„In 34 Entwicklungsländern oder fast 40 % der Gesamtzahl hielt der Anstieg der Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum seit 1952 (bis 1972) nicht Schritt. (11)

Dies bedeutet einen Rückgang der Pro-Kopf-Produktion. Z.B. sank diese 1973 in Haiti auf 91 %, in Chile auf 77 % (!), in Uruguay auf 83 %, in Bangladesh auf 87 % und in Sri Lanka auf 91 % des Standards von 1961-65. Am drastischsten verschlechterte sich die Situation in der Sahel-Zone Afrikas. Hier lauten die entsprechenden Daten: Mali 61 %, Senegal 68 %, Tschad 57 %. So ging auch die Pro-Kopf-Zunahme aller Entwicklungsländer von 1971 bis 1973 von 104 auf 102 zurück (100 = 1961 - 65). (12)

Man muß sich bei diesen nüchternen Zahlen stets vergegenwärtigen, daß es um das Leben von einigen hundert Millionen Menschen geht.

„Der langfristige durchschnittliche Anstieg der Weltnahrungsmittelproduktion ist seit dem 2. Weltkrieg immer größer gewesen als das Bevölkerungswachstum" (11).

Auch in den Entwicklungsländern stieg die Produktion zwischen 1961 und 1973 um rund ein Drittel, obwohl der Pro-Kopf-Anstieg kleiner war als der der industrialisierten Länder (1961-63 ein Drittel, 1971-73 nur noch ein Viertel der Pro-Kopf-Produktion der entwickelten Länder) (12).

3. Die aktuelle Lage und Ausblick

Die Weltnahrungsmittelproduktion sank 1972, insbesondere die Getreideproduktion um 33 Mio to (13).

„Als Ergebnis des gestiegenen Importbedarfs und der gesunkenen Exportvorräte schnellten die Nahrungsmittelpreise (1973; P.E.) in der ganzen Welt nach oben." (14)

Der Preis für US-Weizen stieg von Januar 1972 bis Juli 1974 von 60 Dollar auf 169 Dollar pro Tonne, fiel allerdings bis Mitte 1977 wieder auf 98 Dollar (15), was aber immer noch ein sehr hoher Preis ist.

„... vor dem 2. Weltkrieg ... waren die Entwicklungsländer als einheitliche Gruppe Nettoexporteure (! P.E.) für Getreide" (16). Diese Tatsache änderte sich in den 3

Weltgetreideproduktion

Länder	1961—65[1])	1974
	(in kg pro Kopf und Jahr)	
1. Niedriges Einkommen (Pro-Kopf-Einkommen unter 200 $)[2])	145	136
2. Mittleres Einkommen (Pro-Kopf-Einkommen über 200 $)	134	163
3. Alle Entwicklungsländer	143	147
4. Entwickelte Länder (Pro-Kopf-Einkommen über 2 000 $)	510	590
Disparitätsverhältnis		
Entwickelte/Entwicklungsländer (4÷3)	3,5	4,0
Entwickelte/Niedrigeinkommensländer (4÷1)	3,5	4,3
Mittlere Einkommen/Niedrigeinkommensländer (2÷1)	0,9	1,2

Quelle: U.S. Department of Agriculture.

[1]) Jahresdurchschnitt. Die Jahre sind Erntejahre (September 1961—August 1966).

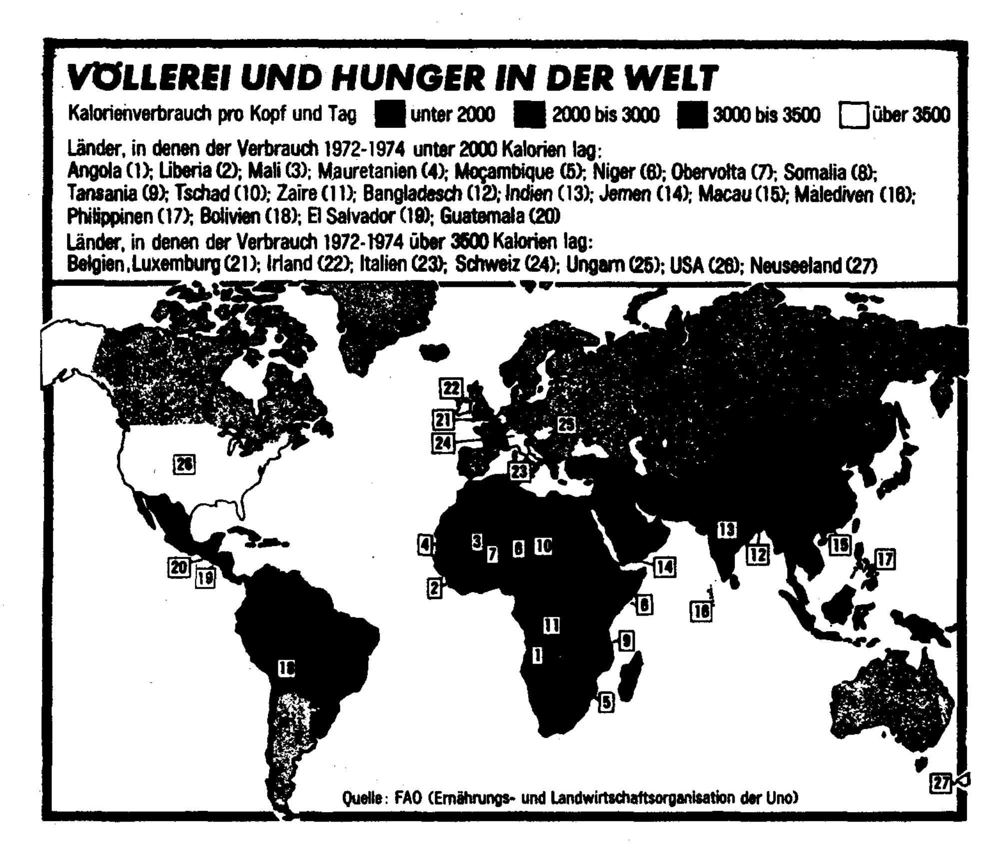
[2]) Niedrigeinkommensländer: Afghanistan, Äthiopien, Bangladesh, Benin, Bhutan, Burma, Burundi, Gambia, Guinea, Haiti, Indien, Indonesien, Arabische Republik Jemen, Demokratische Volksrepublik Jemen, Kambodscha, Kenia, Komoren, Laos, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Malediven, Mali, Mauretanien, Nepal, Niger, Obervolta, Pakistan, Ruanda, Sierra Leone, Sikkim, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Uganda, Sozialistische Republik Vietnam, Zaire, Zentralafrikanische Republik.

Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg, so daß 1969-71 37 % der Weltgetreideimporte auf die „Unterentwickelten Marktwirtschaften" (UNO-Jargon) fielen und nur 19 % der Exporte (17).

Deshalb waren die Entwicklungsländer auch von der Inflation für Getreide besonders hart betroffen: Sie mußten (ausschließlich der „asiatischen Planwirtschaften" VR China, Nordkorea, Nordvietnam) für ihre kommerziellen Getreideimporte 1971/72 3 Mrd., 1972/73 4 Mrd. und 1973/74 gar 9-10 Mrd. US-Dollar ausgeben (18).

zwischen Angebot und Nachfrage von 150 zu 145 (100 = 1969-71), denn bei den Industrieländern steht es 151 zu 127 (24). Aber in der Dritten Welt werden 1985, falls die Verhältnisse sich nicht wesentlich ändern, über 750 mio Menschen hungern (25).

Dieser Text ist der gekürzte Einleitungsteil einer längeren Untersuchung von Peter Eisenburger, die im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen mit dem Titel „Ernährungskrise und Agrarprobleme der Dritten Welt" als Zwischenprüfungsarbeit vorgelegt wurde.



Der Spiegel 31.5.1977

Die meisten Entwicklungsländer exportieren auch Agrargüter, wodurch sie wichtige Devisen einnehmen. Hier zeigt sich aber folgender Trend: Zwischen 1961 - 63 und 1970 - 72 stieg das Volumen ihrer Agrarexporte um 2 % jährlich, deren Wert aber nur um 3,3 % pro Jahr. In der gleichen Zeit stiegen die Agrarexporterträge der kapitalistischen entwickelten Länder im Wert um mehr als das Doppelte dieser Rate. Der Anteil der Entwicklungsländer an den Weltagrarexporten fiel zwischen 1961-63 und 1970-72 von 40 auf 30 %. (19)

1975, 1976 und 1977 verbesserte sich die Situation etwas bzw. gingen die Ausmaße der Katastrophe etwas zurück. In vielen Ländern konnten gute Ernten verzeichnet werden. In den Entwicklungsländern stieg die Nahrungsmittel- und landwirtschaftliche Produktion 1975 um 5 %. (20)

In den marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsländern lebten 1970 1775 Mio Menschen, 1985 werden es 2623 Mio sein (21). In diesen Ländern wird die Nachfrage (der tatsächliche Bedarf liegt häufig höher) jährlich um 3,6 % steigen. Das sind in 15 Jahren 70 %. (22) Da die Produktion aber, falls der heutige Trend sich nicht ändert, in diesen Ländern nur um 2,6 % jährlich steigt, ergibt sich für 1985 ein Fehlbedarf von 85 Mio to Getreide (23). Man muß bedenken, daß dies auch wieder nur Durchschnittszahlen sind.

Für die Erde insgesamt ergibt sich bis 1985 ein Verhältnis

Literatur:

1) Horst Schilling: Die FAO. Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft. In: IPW-Berichte 4/1973, 68-71
2) Zeitlupe, 6; Weltblick 5/1976. 200 Millionen Kinder leiden Hunger.
3) Welternährung 2/1976, September 1976. Ernährungslage besser, aber nicht ohne Probleme, 2.
4) United Nations World Food Converence (UNWFC), Assessment of the World Food Situation. Present and Futur. Rom, 1974, 5; Zeitlupe, 6-7.
5) UNWFC, a.a.O.
6) UNWFC, a.a.O.
7) Rudolf H. Strahm: Überentwicklung – Unterentwicklung, Stein/Nürnberg, 1975, Sonderausgabe für Brot für die Welt und Misereor.
8) Zeitlupe, 8.
9) UNWFC, 63; Transnational Institute. Bericht über den Hunger in der Welt. in: Technologie und Politik 3, Reinbek bei Hamburg, 1975, 71-144.
10) UNWFC, 60; Transnational Institute (TI), a.a.O., 82-83
11) a.a.O., UNWFC, 31.
12) Alle Zahlen nach Zeitlupe, 14.
13) TI, 71 - 71.
14) TI, 72; vgl. UNWFC, 20.
15) The Economist, 2.7.1977, a Bread-Bin for the World, 77-78.
16) TI, 80; vgl. UNWFC, 47
17) TI, 80.
18) UNWFC, 22.
19) Alle Zahlen nach UNWFC, 47-48.
20) Welternährung 2/1976, a.a.O.; Frankfurter Rundschau, 5.7.77, 6.
21) Weltbli ck, a.a.O., 16.
22) UNWFC, 78.
23) TI, 84-86.
24) Zeitlupe, 17.
25) TI, 87.

Die Entwicklung der Armut: Kapitalistische Unterwerfung traditionaler Agrarsysteme

Das Ziel des folgenden Artikels ist es, zu zeigen, daß die chronische Unterernährung eines Großteils der Weltbevölkerung nur zum geringen Teil durch natürliche Faktoren, etwa ungünstige ökologische Bedingungen, verursacht ist. Vielmehr lassen sich die „Unterentwicklung" der Landwirtschaft in den meisten Ländern der Dritten Welt, die Unterernährung und Arbeitslosigkeit weiter Bevölkerungsteile auf dem Land, zum Teil sogar vorhandene ungünstige ökologische Faktoren selbst, auf die Einbeziehung der abhängigen Länder in das kapitalistische Weltsystem zurückführen, die im 18. und 19. Jahrhundert stattfand und eine eigenständige (autozentrierte) Entwicklung dieser Länder blockierte.

Untersucht werden soll diese These, indem versucht wird,

1. die Produktionsweisen vorkolonialer Gesellschaftsformationen am Beispiel Afrikas und Lateinamerikas zu bestimmen,
2. Die Auswirkungen der Kolonialisierung dieser Länder auf ihre Agrarstrukturen zu beschreiben,
3. die im Zuge der kapitalistischen Durchdringung der Landwirtschaft entstandenen heutigen Produktions- und Besitzverhältnisse im Agrarsektor der meisten Länder Afrikas und Lateinamerikas zu kennzeichnen. Dabei sind Verallgemeinerungen natürlich nur eingeschränkt möglich, die Grundtatsache kapitalistischer Bestimmtheit ist aber in allen Ländern ähnlich (natürlich mit Ausnahme der Länder, die einen sozialistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben).

Vor allem folgende Fragen sollen geklärt werden: wer hat heute Verfügungsmacht über den Boden? Wer baut welche Produkte an? Mit welchen Methoden und für wen wird produziert? Welche sozialen Klassen gibt es auf dem Land und welche Interessengegensätze? Welche Ansatzpunkte für Veränderungen ergeben sich hieraus?

Wie die folgenden Artikel zu Agrarreformen näher darstellen werden, muß jede Agrarreform, die nicht ein Verständnis dieser historisch entstandenen Agrarstrukturen der abhängigen Länder einschließt und nicht an der Grundtatsache der kapitalistischen Bestimmtheit ansetzt, notwendigerweise ein punktuelles und oberflächliches Krisenmanagement bleiben. Dies erscheint uns Rechtfertigung genug für den im Vergleich zu anderen Themen dieses Block recht ausführlich geratenen Versuchs einer Analyse der landwirtschaftlichen Produktions- und Besitzverhältnisse in ihrer historischen Entwicklung.

Die vorkolonialen Gesellschaftsformationen

1. Afrika

1.1 Das System der gemeinschaftlichen Produktionsweise

Vor Ankunft der Europäer gegen Ende des 15. Jahrhunderts bestand die vorherrschende Produktionsweise in Afrika südlich der Sahara in gemeinschaftlich betriebenem Ackerbau sowie Viehzucht. (Zwar gab es auch Jäger- und Sammlerkulturen, doch interessieren uns hier nur Gesellschaftsformationen, die auf einer Bearbeitung des Bodens zum Zweck der Nahrungsmittelerzeugung basieren.) Die Produktionsweise auf der Ebene der Dorfgemeinschaften weist historisch verschiedene Formen auf (1), gemeinsam ist ihnen jedoch allen, daß Ackerbau und Viehzucht von Familien, Clans oder Stämmen betrieben werden, wobei „das wesentliche Arbeitsmittel, der Boden, kollektives Eigentum des Clans ist, dessen Nutzung allen, jedoch nach genauen Regeln, zusteht." (2)

In den dünn besiedelten Gebieten südlich der Sahara war Boden im Überfluß vorhanden, so daß eine Produktionsweise begünstigt wurde, in der weder der Erwerb privater Eigentumsrechte stattfand noch eine intensive Bearbeitung notwendig war.

Daraus resultierte zum einen, daß Zugang zum Boden allen Mitgliedern der Gemeinschaft zustand, jedoch nicht unbedingt im gleichen Maße. „Die Stellung jedes Mitglieds einer afrikanischen Gesellschaft war genau durch seine Verwandtschaftsbeziehungen mütterlicherseits und väterlicherseits festgelegt ... Alle Mitglieder eines Gemeinwesens galten als direkte Abkömmlinge desjenigen, der sich als erster auf dem jeweiligen Land niedergelassen hatte ... Gewöhnlich bestellte eine einzelne Familie oder eine Großfamilie ihr eigenes Land und teilte sich mit anderen Mitgliedern der Großfamilie oder der Sippe in bestimmte Arbeiten ..." (3), etwa die Jagd, das Fischen oder die Herstellung von Gebrauchsgegenständen. Die Nutzung des Bodens, die Verteilung der Ernte und anderer Güter innerhalb der Gemeinschaft sowie eventuell das Recht, Arbeitskraft zu erwerben bzw. die Verpflichtung, Arbeitskraft zu liefern, bestimmte sich für jedes Mitglied der Gemeinschaft ausschließlich nach seiner Stellung im Verwandtschaftssystem. Gewöhnlich waren die ältesten

Gliederung:

Die vorkolonialen Gesellschaftsformationen
1. Afrika
1.1. Das system der gemeinschaftlichen Produktionsweise
1.2 Der Handel und die Entstehung sozialer Klassen
2. Lateinamerika

Die kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft
1. Afrika
1.1 die vorkoloniale Zeit
1.2 die Folgen der Kolonialisierung
a) Wanderarbeit
b) Entstehung einer neuen bäuerlichen Klasse
c) Plantagen
d) Zerstörung des Bodens
2. Lateinamerika
3. Hintergründe der kapitalistischen Durchdringung der Entwicklungsländer

Die heutige Situation: Tendenz zur Entwicklung eines agrarischen Kapitalismus
1. Afrika
2. Lateinamerika

Funktionen einer abhängigen Landwirtschaft in Entwicklungsländern für das kapitalistische System

Zusammenfassung: Systematisierung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der abhängigen Länder

Mitglieder der Gemeinschaft hochgeachtet und konnten von da her einige Macht ausüben, doch gab es auch Gemeinschaften, in denen ganze Familien oder Clans an der Spitze einer Hierarchie standen. Nie war jedoch ein Mitglied von der Nutzung des kollektiven Bodens ausgeschlossen. Soziale Klassen, auf dem Prinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln basierend, hatten sich noch nicht herausgebildet.

Eine weitere Folge des reichlich vorhandenen Bodens war eine als „Wanderfeldbau" bezeichnete Produktionsweise: Land wird durch Verbrennen von Sträuchern oder Bäumen gerodet, auf der daraus entstandenen Humusschicht wird ausgesät, nachdem der Boden mit Hilfe von Grabstöcken oder Hacken notdürftig aufgelockert worden ist. Nach einigen Jahren, wenn die meist dünne Humusschicht erschöpft ist und nicht mehr genügend Ertrag gibt, um die Produzenten zu ernähren, wird neues Land gerodet, und die erschöpften Böden können sich regenerieren. Auf diese Weise entstand ein Kreislauf, der ein totales Auslaugen der Böden verhinderte und die Ernährung der Stämme auch ohne große Produktivitätsfortschritte ermöglichte. (vgl. hierzu auch iz Nr. 57 – Frauen in der Produktion – Landwirtschaft und Markthandel)

Die Produktionsweise, die vornehmlich zur Deckung des Eigenbedarfs dient, wird als „Subsistenzproduktion" bezeichnet. Über das zu ihrer Ernährung notwendige Maß hinaus konnten aber viele Dorfgemeinschaften zusätzlich Überschüsse erzeugen. „In einigen Gebieten wurden fortschrittliche Techniken angewandt, wie z.B. Terrassenanbau, Fruchtwechsel, Gründüngen, Mischkultur und regulierte Trockenlegung." (4) Sehr wichtig für die landwirtschaftliche Entwicklung wurde die Einführung von Eisenwerkzeugen, besonders Axt und Hacke, durch die die primitiven Holz- und Steinwerkzeuge ersetzt wurden. Aus Wildgetreide wurden Reis und Hirse, aus wilden wurzeln die für die Yam-Wurzel gezüchtet. Nicht zuletzt zeugen die Anwendung von Fruchtwechsel und die Bodenbearbeitung mittels Hacken von genauen Kenntnissen der Bodenbeschaffenheit. Dennoch hat die afrikanische Landwirtschaft nie das technische Niveau bestimmter asiatischer und lateinamerikanischer Gesellschaften erreicht, in denen landwirtschaftliche Produktivität und gleichzeitig staatliche Zentralisierung erheblich weiter fortgeschritten waren. Das scheint vor allem daran zu liegen, daß bei dünner Besiedelung weiter Gebiete Boden ausreichend vorhanden und zudem für alle Mitglieder einer Gemeinschaft verfügbar war, so daß kein unmittelbarer Zwang bestand, die Produktivität drastisch zu steigern.

(Im Gegensatz dazu wurden etwa in Ägypten, dessen Flußebene alljährlich mit fruchtbarem Nilschlamm versorgt wurde, sehr früh Produktivitätsfortschritte notwendig, da abseits des Flußlaufes kein Anbau möglich war, der kostbare Schlamm also genutzt werden mußte. Seit ca. 3000 v. Chr. läßt sich daher in Ägypten ein regelmäßiger und intensiver Ackerbau nachweisen. (5) Gleichermaßen notwendig wurde dadurch ein bürokratischer Zentralstaat, dessen Beamte die Nutzung des technischen Fortschritts sowie die Organisation der Produktion und der Verteilung kontrollierten. Auf diesem Staatsgebilde baute die ganze Kultur der ägyptischen Pharaonen auf.)

1.2 Der Handel und die Entstehung sozialer Klassen

Die Selbstversorgungswirtschaft war für einen großen Teil der afrikanischen Dorfgemeinschaften jedoch nicht die einzige materielle Basis. Gelingt es, landwirtschaftliche oder handwerkliche Überschüsse zu produzieren, so ist immer ein Handel mit anderen Gemeinschaften möglich. So kann etwa eine Gemeinschaft, deren Lebensgrundlage im Anbau von Hirse und Yam-Wurzeln besteht, durch den Handel Güter eintauschen, an denen es ihr mangelt, etwa Eisen oder Salz oder getrockneten Fisch. In der Tat läßt sich bereits für die Zeit vor Ankunft der Europäer ein über ganz Afrika verzweigtes System von Handelsbeziehungen nachweisen. Häufig blieb der Handel auf benachbarte Siedlungen begrenzt, doch sind etwa die großen Handelsstraßen durch die Sahara ein Indiz dafür, daß auch der Fernhandel recht verbreitet war.

Mit der Ausdehnung des Handels machte der Naturaltausch zunehmend verschiedene Formen des Geldaustausches Platz. In einigen Gebieten (etwa Nordafrika, Äthiopien, Kongo) entstanden richtiggehende Währungssysteme, in der Regel galten aber einige kostbare Güter als allgemeines Tauschmittel: Gold, Kupfer, Salz, Stoffe, Eisenwerkzeuge. Die wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen, die auf da Aufblühen des Handels zurückgehen, sind zweifelsfrei die zunehmende Schichtenbildung und das Aufkommen von Staatswesen. Wie „die Einführung des Eisens zum Beispiel ... jenen Gruppen wirtschaftliche und militärische Stärke (gab), die es gewinnen oder erwerben konnten" (6), so wurde die Schichtenbildung auch durch Kontakt zwischen unterschiedlichen Lebensformen gefördert. „Fischer mußten mit Ackerbauern und diese wiederum mit Viehzüchtern in Verbindung treten ... Das Verhältnis war oft friedlich. In vielen Teilen Afrikas entstand eine sogenannte 'Symbiose' – das soziale Zusammenleben von Gruppen, die ihren Lebensunterhalt auf unterschiedliche Weise bestritten – d.h. sie kamen überein, Güter zu tauschen und zu ihrem gegenseitigen Nutzen nebeneinanderzuleben. Doch gab es auch beträchtliche Konfliktmöglichkeiten. Wenn eine Gruppe sich gewaltsam einer anderen Gruppe aufdrängte, so war das Ergebnis unweigerlich die Herausbildung gesellschaftlicher Klassen mit den Eroberern an der Spitze und den Besiegten ganz unten in der Hierarchie.
Die meisten Zusammenstöße zwischen unterschiedlichen Lebensformen ereigneten sich zwischen Hirtenstämmen und ackerbautreibenden Stämmen ..." (7) Manchmal behielten die Ackerbauern die Oberhand, wie z.B. die Haussa in Westafrika, die lange Zeit, bis ins frühe 19. Jahrhundert, die viehzüchtenden Fulani beherrschten. Im Saharagebiet dagegen wurden seßhafte ackerbautreibende Stämme von Kriegervölkern wie den Tuareg oder den Mauren unterworfen und tributpflichtig gemacht.
„In jedem Falle folgte daraus, daß eine verhältnismäßig kleine Gruppe das Land, das Vieh (wo es von Bedeutung war), die Bergwerke und die Überlandhandel beherrschte. Das hieß auch, daß diese Minderheit von ihren Untertanen Arbeitskraft fordern konnte, und zwar nicht aufgrund ihrer Verwandtschaftsbeziehungen, sondern aufgrund des Verhältnisses zwischen Herrschern und Unterworfenen." (8)
Von einigen mächtigen Gruppen wurde so auch der Fernhandel an sich gerissen, was z.B. in Westafrika zur Bildung einer Reihe mächtiger „Staaten" oder „Reiche" führte. (Allerdings sind diese Reiche nicht mit europäischen Reichen der Feudalzeit zu vergleichen; sie waren geographisch meist relativ begrenzt, und bis auf einige wenige Ausnahmen lösten sie einander, meist bedingt durch eine Verlagerung der Handelswege, in rascher Folge ab.)
Bis zur Eroberung Amerikas lagen in Westafrika die bedeutendsten Goldvorkommen für die arabische und europäische Welt. Die Kontrolle des Goldtransportes durch den Transsahara-Handel bildete so für die entstehenden westafrikanischen Staatswesen die Grundlage ihrer Organisation. Sie verkauften das Gold an die arabischen Zwischenhändler der Sahara, die es ihrerseits wieder an die Mittelmeergebiete und Europa weiterleiteten; von den Zwischenhändlern wiederum kauften sie Waren aus Europa und dem Mittelmeergebiet, häufig Luxusgüter wie Salz, Datteln, Duftstoffe, Tuche, aber auch Waffen, Pferde, Kupfer und Eisenstangen. (9)
Der Handel begünstigte so vor allem die Herausbildung sozialer Unterschiede und die Entstehung von Staatswesen. Gleichzeitig blieb aber die landwirtschaftliche Produktion auf Dorfebene erhalten: nur wurde jetzt ein Großteil der produzierten Güter von den jeweils herrschenden Gruppen beansprucht, die von den Gemeinschaften Tribute, Fronarbeit und militärische Dienste forderten. Die gutorganisierten Staatswesen mit ihren reichen Städten und einer blühenden Kultur, welche den ersten Europäern, die nach Afrika kamen, erhebliche Bewunderung abnötigte, beruhten allesamt auf der Kombination von gemeinschaftlicher Produktionsweise und Kontrolle des Fernhandels durch einige privilegierte Gruppen. Häufig wird diese Produktionsweise als „afrikanische Produktionsweise" bezeichnet. (10) Sie konnte sich halten, bis die Europäer in Afrika eindrangen, „die die wichtigsten Handelszweige unter ihre Kontrolle brachten, ihrem eigenen Profitstreben unterwarfen und damit das traditionelle Mittlergeschäft des Handels zerstörten." (11)

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß Arbeitsteilung, Klassenbildung und Entwicklung bürokratischer Staatsapparate mit Tributpflicht der unterworfenen Klassen in einigen Teilen Afrikas im 15. und 16. Jahrhundert durchaus fortgeschritten waren, wobei jedoch Ackerbauern und Viehzüchter nach wie vor Zugang zu dem Land hatten, das sie bearbeiteten. Ob die afrikanischen Gesellschaftsformationen selbständig, d.h. ohne die Unterwerfung durch die Europäer, die kapitalistische Produktionsweise hätten entwickeln können, bleibt Spekulationen überlassen. (12) Festzuhalten ist jedenfalls, daß die Klassenbildung durch das Eindringen der Europäer beschleunigt wurde und daß die afrikanischen Gesellschaftsformationen mit der Integrierung in das entstehende kapitalistische Weltsystem zerschlagen wurde und sich seit dieser Epoche zurückentwickeln (s.u.)

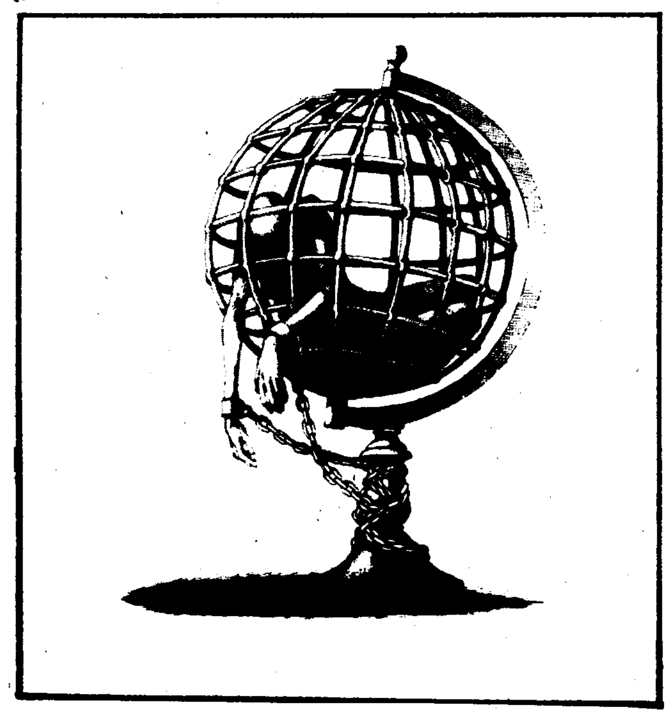
2. Lateinamerika

Ganz anders als in Afrika verlief die Entwicklung Lateinamerikas vor der Eroberung durch Spanier und Portugiesen. Auch hier bildeten zwar ursprünglich dörfliche Gemeinschaften (comunidades) die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion. Doch konnten „in Teilen Lateinamerikas ... aufgrund ausgeklügelter Techniken der künstlichen Bewässerung (wie in Mexiko), der Terrassenkultur (bei den Inkas) oder des intensiven Gartenbaus (wie in Venezuela und bei den Völkern des Amazonasgebietes) beachtliche Überschüsse erzielt werden." (13)
Diese Überschüsse ermöglichten bereits sehr früh die Herausbildung deutlich voneinander abgegrenzter sozialer Klassen und – in einigen Gegenden – zentralisierter Staatswesen mit ausgedehnten Bürokratien. Diese Staatswesen Amerikas unterscheiden sich insofern von den afrikanischen Reichen, als sie sich über längere Zeit und über größere Gebiete erstreckten als die afrikanischen Staaten. Vor allem aber bauten sie auf dem landwirtschaftlichen Mehrprodukt ihrer Bevölkerung auf, während die afrikanischen Staaten sich vor allem auf den Fernhandel gründeten. Sowohl von ihrer Entstehungsgeschichte als auch von der Komplexität ihrer Organisation lassen sich die zentralamerikanischen Staaten eher mit Ägypten (s.o.) oder China als mit den afrikanischen Staatswesen vergleichen. In marxistischer Terminologie werden sie auch als Bewässerungsgesellschaften oder allgemein als asiatische Produktionsweise bezeichnet. Trotz Unterschieden im Detail handelt es sich bei diesen Gesellschaftsformationen immer um solche, in denen ein hohes Niveau technischen Fortschritts und draus resultierend landwirtschaftliche Überschüsse es einigen Mitgliedern der Gemeinschaft erlauben, auf Kosten der anderen zu leben, selber also nicht zu produzieren, sondern sich einen Teil der Produktion durch Machtausübung anzueignen. Diese Gruppen schaffen sich in der Regel einen Beamtenapparat, der in ihrem Auftrag Steuern oder Natural-

atribute – auch Arbeitsleistungen – von der Bevölkerung eintreibt und den Bau und Erhalt der „Infrastruktur" – Straßen, Dämme, Kanäle, Bewässerungssysteme, Prachtbauten usw. – organisiert.
Die Herausbildung zentralisierter Staatswesen findet sich, wie bereits erwähnt, jedoch nur in einigen Teilen Lateinamerikas, etwa in Zentralmexiko, Mittelamerika allgemein und Peru. „In abgelegenen Gegenden Mittelamerikas bildeten weniger bedeutende Bewässerungssysteme die Grundlage einer Reihe von relativ unabhängigen 'Stadtstaaten'. " (14)
Daneben gab es weite Gebiete,etwa Teile des Amazonastieflandes, in denen die Organisation der Gesellschaft weniger komplex war und weitgehend auf unabhängigen lokalen Gemeinwesen beruhte. (15)
Hier interessieren aber mehr die Gesellschaften, die nach der Eroberung durch die Spanier der direktesten Ausbeutung durch europäische Kapitalinteressen unterworfen waren, also die mittelamerikanischen Staaten. Die berühmten Hochkulturen des präkolumbianischen Amerika basieren allesamt auf den Überschüssen der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die grandiosen kulturellen Leistungen der Maya, Inka und Azteken (Pyramiden, Tempel und sonstige Prachtbauten, die großen Bewässerungsanlagen und Straßensysteme) waren nur dadurch möglich, daß der Staat die lokalen Produktionsgemeinschaften zur Zahlung von Tributen und zur Zwangsarbeit („mita" bei den Inkas; „cuatequil" bei den Azteken) verpflichtete.Wir werden im folgenden aufzeigen können, wie sich die Europäer dieser ökonomischen und politischen Strukturen zu ihren Zwecken bedienen konnten und welche Folgen das für die Landwirtschaft dieser Länder haben sollte.

Die kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft
1. Afrika
1.1. Die vorkoloniale Zeit
Europäisch afrikanische Beziehungen datieren zurück bis zum Ende des 15. Jahrhunderts, als vor allem die Portugiesen, später aber auch Engländer, Holländer und Franzosen die afrikanischen Küsten zu erforschen begannen und Handelsniederlassungen in den Küstengebieten gründeten. So errichteten etwa die Portugiesen 1481 ihr erstes Fort an der Goldküste, das ihnen lange Jahre die Ausbeutung afrikanischer Goldvorkommen ermöglichte. (16) Doch verliefen diese allerersten Begegnungen noch einigermaßen friedlich, d.h. die Europäer versuchten, sich die Gunst der afrikanischen Herrscher zu erhalten, indem sie diplomatische Gesandte mit Geschenken und europäischen Waren zu ihnen schickten und freundschaftlichen Austausch zwischen ihren jeweiligen Staaten vereinbarten. (17)
Indes ging der friedliche Charakter dieser Beziehungen bald verloren, als die Bedeutung afrikanischen Goldes für den expandierenden europäischen Kapitalismus und später, etwa ab 1700, vor allem die Wichtigkeit afrikanischer Arbeitskräfte für die Plantagen der eroberten westindischen Inseln und Südamerikas erkannt wurde. Auf Jahrhunderte waren die europäisch-afrikanischen Beziehungen dann durch die brutale Jagd auf afrikanische Sklaven, den berüchtigten „Dreieckshandel" (18) zwischen Europa, Afrika und den westindischen Inseln geprägt.
Der Dreieckshandel sah folgendermaßen aus: Europa transportierte afrikanische Sklaven auf die Plantagen Amerikas und importierte von dort Rohstoffe wie Zuckerrohr, Tabak, Rum, Baumwolle usw. In Europa selbst wurden schließlich billige Fertigwaren hergestellt, die neben Waffen zum „Kauf" afrikanischer Sklaven verwendet wurden.
Einzelheiten des Sklavenhandels sollen hier nicht behandelt werden (19), uns interessiert vor allem, wie sich die Verschleppung von Millionen afrikanischer Arbeitskräfte auf die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion im Inneren des Kontinents auswirkte.
Da nach afrikanischem Brauch nicht Angehörige des eigenen, sondern nur solche eines anderen Stammes an die Sklavenhändler „verkauft" werden konnten, setzte sich der von den Europäern an der Küste betriebene Sklavenhandel im Landesinnern zwischen den Stämmen fort: die Tendenz zur kriegerischen Auseinandersetzung, die bereits vor Ankunft der Europäer teilweise vorhanden war, verstärkte sich zu regelrechten Beutezügen zwischen den Stämmen, deren Ziel darin bestand, möglichst viele Gefangene zu machen und diese an die europäischen Sklavenschiffe zu verschachern. Auf diese Weise kam es zur Entstehung einer Krieger- und Händlerklasse, ohne daß sich an der Produktionsweise der dörflichen Gemeinschaft viel änderte. Insgesamt wurde das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung durch den Raub von Millionen von Arbeitskräften spürbar verlangsamt, da die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung nicht nur dezimiert wurde, sondern neben der schon vorhandenen Stammesbürokratie auch noch die sich ausdehnende Händler- und Kriegerklasse unterhalten mußte. Die dörfliche Basis der landwirtschaftlichen Produktion aber blieb im Kern unangetastet.

1.2. Die Folgen der Kolonialisierung
Zu Anfang des 19. Jahrhunderts wurde der Sklavenhandel von Großbritannien und später von anderen europäischen Staaten abgeschafft. Das war vor allem ein Ergebnis der Wandlungen der europäischen Produktionsweise, die nach Einführung der industriellen Fertigwarenproduktion eher auf Rohstoffe und Absatzmärkte, auch und gerade in Übersee, angewiesen war als auf Sklavenarbeit auf Plantagen in der Karibik.
Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts gelang es den europäischen Mächten – allen voran Großbritannien, Frankreich, Belgien, aber auch Portugal, Deutschland, Spanien und Italien, – praktisch das ganze Afrika südlich der Sahara (mit Ausnahme Liberias und Äthiopiens) mit Waffengewalt oder einfach durch Annektion unter ihre Oberherrschaft zu bringen.



In Westafrika bewirkten die Abschaffung des Sklavenhandels und die Errichtung von Kolonien eine tiefgreifende Änderung der Handels- und Produktionsstruktur. „An die Stelle der Sklaven traten nun Kolanüsse, Palmöl und andere Waren, und statt wie zuvor Krieg und Raub hatte nun die Produktion dieser Güter Vorrang. Zahlreiche ländliche Gemeinden, die zuvor für den Eigenbedarf produzierten, wurden jetzt zu Erzeugern von Handelsgewächsen, ohne daß dies ihrer sozialen und politischen Organisation irgendeinen sichtbaren Schaden zufügte." (20)
Die westafrikanischen Gebiete, die bislang Sklaven für die Europäer geliefert hatten, kamen so sehr schnell unter die Herrschaft des europäischen Handels mit Agrarprodukten. Im Gegensatz dazu blieben Handel und Produktion im Innern des Kontinents vorerst überwiegend in afrikanischer Hand – eine Herausforderung für die Europäer, die ihre Kolonialverwaltungen in der Folgezeit speziell darauf ausrichteten, neben der direkten Ausbeutung afrikanischer Rohstoffe und Arbeitskräfte Absatzmärkte in Afrika für europäische Produkte zu schaffen.
Die Auswirkungen der Kolonialzeit auf die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse lassen sich vor allem an vier wichtigen Veränderungen aufzeigen:

a) am Entstehen einer Schicht halbproletarischer wandernder Landarbeiter
b) am Auftreten einer neuen bäuerlichen Klasse, die nur noch Handelsgewächse anbaut
c) an der Einführung der Plantagenwirtschaft
d) an der zunehmenden Zerstörung des Bodens.

a) Wanderarbeit

Die Einführung der Geldwirtschaft und die Erhebung von Steuern durch die Kolonialverwaltung zwang eine beträchtliche Anzahl afrikanischer Bauern dazu, in die Stadt oder allgemein in den „kapitalistischen" oder „modernen" Sektor abzuwandern – etwa in den Straßen- und Bergbau, in den entstehenden Dienstleistungssektor oder auf die großen Plantagen der Kolonialherren. Während bislang die lokale Subsistenzproduktion die Bedürfnisse der Bevölkerung gedeckt hatte, wurde für die Steuerzahlungen, aber auch für den Kauf von Fertigwaren jetzt Geldeinkommen benötigt. Die eigentliche Lebensgrundlage eines Großteils der ländlichen Bevölkerung blieb zwar nach wie vor die heimische Subsistenzproduktion – häufig ausschließlich von Frauen und Kindern betrieben, vgl. iz Nr. 57, Frauen in der Landwirtschaft – doch war eine Familie zusätzlich auf das Geldeinkommen angewiesen, das Familienmitglieder in der Stadt verdienen konnten.
Auch heute „ist die temporäre Abwanderung der Arbeitskräfte aus dem Subsistenz- in den kapitalistischen Sektor in Afrika weitverbreitet und geht häufig über die nationalen Grenzen hinaus. Manche Länder (wie z.B. Obervolta) scheinen in der Tat für die kommerziell genutzten landwirtschaftlichen Gegenden der westafrikanischen Küstenzonen die Rolle der Arbeitskraftreserven zu spielen ... Es wandern vor allem erwachsene männliche Arbeitskräfte ... Gewöhnlich werden kurzfristige Arbeitsverträge abgeschlossen ... Häufig wird der Arbeitsplatz über große Entfernungen hinweg gewechselt .. In der Kolonialzeit war die Arbeitskräftefluktuation oft mit offener oder versteckter Zwangsarbeit verbunden ... Die Fluktuation der Arbeitskräfte führt in zahlreichen Dörfern zu gravierenden Störungen des demographischen Gleichgewichts." (21)
Das häufige Wechseln des Arbeitsplatzes erschwrt darüber hinaus eine gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter und ermöglicht ein niedriges Lohnniveau.

Schließlich veränderte sich seit der Institutionalisierung der Wanderarbeit auch der Charakter der Subsistenzproduktion. Lieferte ursprünglich die Wanderarbeit eine finanzielle Ergänzung zur Subsistenzproduktion, so ist es heute umgekehrt: die heimische Subsistenzwirtschaft sichert das Überleben der Arbeitskräfte im kapitalistischen Sektor bei niedrigen Löhnen, vor allem aber auch bei konjunktureller oder saisonaler Arbeitslosigkeit. Der Kapitalismus tendiert also sowohl dazu, die Subsistenzwirtschaft zu erhalten, als auch dazu, sie zu zerstören, indem er immer mehr Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abzieht. Für viele Länder, nicht nur in Afrika, ist somit ein rudimentärer Subsistenzsektor typisch, der für den Lebensunterhalt der ländlichen Bevölkerung nicht mehr ausreicht, sondern nur eine Ergänzung zu den niedrigen und oft unregelmäßigen Einkommen aus dem modernen „Sektor darstellt, was durchaus im Sinne des Kapitals ist (vgl. etwa die Homelands in Südafrika).

b) Entstehung einer neuen bäuerlichen Klasse

Die dörflichen Gemeinschaften hatten zwar schon vor der Ankunft der Europäer teilweise über ihren Bedarf hinaus und für den Fernhandel produziert. Für eine systematische Umstellung der Landwirtschaft auf den Anbau von Handelsgewächsen sorgten aber erst die Europäer. Wo früher Hirse und Yam-Wurzeln wuchsen, da wurden jetzt Kakao, Kaffee, Erdnüsse, Kolanüsse, tropische Früchte angebaut und Palmöl gewonnen. Die meisten dieser Produkte gelangten durch ausländische Handelsunternehmen in den Export (22), zumindest jedoch in die städtischen Zentren mit hoher Kaufkraft. Diese Umstellung geschah zum Teil durch Zwang und gegen den Widerstand der Bauern; einigermaßen gefestigt wurde das neue System erst durch die Ausbreitung der Marktwirtschaft und die zunehmende Privatisierung des ursprünglichen Gemeineigentums an Boden. Oft wurde das Land von den Kolonialherren regelrecht neu verteilt, wobei die besten Böden an die Pflanzungen der Europäer fielen. Auf diese Weise wurde vielen Bauern der ihnen seit Urzeiten zustehende Zugang zum Land versperrt. (23)
Durch diese drei Faktoren – Privatisierung des Bodens, Aus breitung der Geldwirtschaft und Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf Marktfrüchte zur Befriedigung ausländischer Nachfrage – wurden die traditionellen agrarischen Produktionsverhältnisse einem grundlegenden Wandel unterworfen. Die alte Familien- bzw. Clangemeinschaft ist aufgebrochen; „das Gewinnstreben ist zu einer mächtigen Triebfeder für den individuellen Aufstieg geworden und tritt in Konkurrenz oder gar in Gegensatz zum herkömmlichen Wertsystem. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben Einzug gehalten (mit Lohnarbeit, Kapitalakkumulation, Marketing, Kredit, Hypotheken, Veräußerung von Bauernhöfen und sogar Land etc.). Der Aufstieg des Handel treibenden Farmers bedeutet den Aufstieg einer neuen gesellschaftlichen Klasse in der afrikanischen Landwirtschaft – einer Klasse, die nicht nur eine ökonomische und soziale Rolle spielt, sondern in vielen Ländern auch eine politische Funktion hat" (24), auf jeden Fall die sozialen Unterschiede zwischen den Bauern verstärkt. (25)

c) Plantagen

Plantagen wurden von der Kolonialverwaltung bzw. direkt von europäischen Kapitalgesellschaften in Afrika eingerichtet, allerdings nur in einigen Gebieten, hauptsächlich in Ost- und Südafrika. In Westafrika sind als Plantagen betreibende Großunternehmen vor allem Firestone in Liberia (Großexporteur von Gummi) und Unilever (Verarbeitung von Palmöl zu Seife, Putzmitteln usw.) zu nennen.

Die Einführung von Plantagen mit fortgeschrittener Arbeitsteilung erfordert neben hohen Investitionen ein zahlenmäßig starkes und gut ausgebildetes Heer von Arbeitskräften, den Einsatz moderner Technologien, sowie eine zentralisierte Verwaltung und die Garantie, daß die produzierten Güter auch am Weltmarkt abgesetzt werden können. „Ihrem Charakter nach und von der Art und Weise ihrer Einführung in kolonialen oder unterentwickelten Ländern her sind Plantagen typische Enklavenwirtschaften; sie bilden den 'modernen' Sektor im Rahmen der ..Volkswirtschaften zahlreicher unterentwickelter Länder." (26)
Das bedeutet, daß Plantagen auf die herkömmlichen Produktionsverhältnisse der afrikanischen Landwirtschaft nicht nur aufgepropft wurden, sondern zur Auflösung dieser Verhältnisse entscheidend beitragen, da ihre Einrichtung praktisch immer mit der Enteignung von Bauern einhergeht, d.h. mit der Trennung der Produzenten von ihrem wichtigste Produktionsmittel, dem Boden. Aus ehemals selbständigen Bauern werden Lohnarbeiter, die zum Teil nur saisonal auf der Plantage beschäftigt werden. Nur selten haben Plantagenarbeiter ein Stückchen Land für ihren Eigenbedarf zur Verfügung; in der Regel werden sie mit Geld oder Unterkunft und Verpflegung entlohnt. Die Tendenz zur Verarmung und Proletarisierung eines Großteils der ländlichen Bevölkerung wird also durch die Plantagen entscheidend verstärkt.

d) Zerstörung des Bodens

Die ersten Europäer, die Afrikaner mit einfachen Hacken ihren Boden bearbeiten sahen, mochten diese in ihren Augen einfältige Technik verlachen; heute jedoch zeigt sich, daß das Verfahren des Wanderfeldbaus und des Hackbaus keineswegs unsinnig war. Die Einführung von Pflügen und anderen schweren landwirtschaftlichen Maschinen sowie die Errichtung von riesigen Monokulturen durch die Kolonialverwaltungen hat erheblich zur Zerstörung der dünnen Humusschicht auf den afrikanischen Böden beigetragen, indem der Boden völlig aufgerissen, durch die ständige Beanspruchung ausgelaugt und der Erosion preisgegeben wurde.
Durch die zunehmende Verwüstung des Bodens ist heute die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen bedroht (Vgl. den Artikel zur „Wüstenkonferenz" in diesem Heft.



Der Kreislauf der nationalen Wirtschaft zwischen Mutterland und Kolonien spart Devisen erhöht unsere Unabhängigkeit vom Auslande und sichert deutschen Arbeitern Lohn und Brot

2. Lateinamerika

Die Eroberung Lateinamerikas erfolgte zur Zeit des europäischen Merkantilismus, d.h. in der Epoche des aufstrebenden und expandierenden Kapitalismus, in der Spanien aber noch deutlich feudale Züge aufwies. Die Kolonialisierung Lateinamerikas stellt somit eine Kombination aus der Übertragung feudaler Institutionen zur direkten Ausbeutung des Kontinents und der Anpassung an kapitalistische Notwendigkeiten dar.
Unterstellt man zwei Phasen der Kolonialisierung, so ist die erste Phase durch direkten Raub mittels Institutionalisierung de Zwangsarbeit der indianischen Bevölkerung gegekennzeichnet, ohne daß die traditionelle landwirtschaftliche Produktionsweise der indianischen Gemeinschaften in ihrem Kern angetastet wurden. „Im Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts entwickelten die spanischen Eroberer in den Gebieten, in denen die indianische Bevölkerung am stärksten konzentriert war eine Reihe von Institutionen, mit deren Hilfe sie sich die überschüssigen Produkte und die Arbeitskräfte der lokalen agrarischen Gemeinschaften verfügbar machten ... Die Institution der 'encomienda' wurde zu einem wichtigen Instrument der Ausbeutung ... insofern, als die indianischen Bauern zum Nutzen einer privilegierten Klasse spanischer Kolonisatoren, den 'encomenderos' Tribut und Zwangsarbeit leisten mußten. Das unter der Bezeichnung 'repartimiento' bekannte System war ebenfalls ein Instrument, einheimische Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in Bergwerken, beim Bau von Kirchen, Straßen und öffentlichen Gebäuden und sogar in der elementaren Industrieproduktion heranzuziehen; das ging so vor sich, daß die indianischen Gemeinden aufgefordert wurden, den Bedürfnissen der Kolonialverwaltung entsprechend periodisch eine bestimmte Anzahl körperlich kräftiger Arbeiter zur Verfügung zu stellen." (27)
Offensichtlich konnten die Spanier relativ mühelos an die schon im präkolumbianischen Amerika vorhandenen Formen der Zwangsarbeit und der Tributzahlungen anknüpfen, sobald sie sich an die Stelle der einheimischen Herrscher gesetzt hatten. Die Ausschaltung der indianischen Führer erfolgte, wie etwa in Mexiko oder Peru, meist durch Vortäuschung friedlicher Absichten und roher Gewalt.
Die Funktion der lateinamerikanischen Kolonien war klar: sie sollten dem europäischen Handelskapital das für seine Expanion so wichtige Geldkapital sichern, entweder in Form des direkten Abbaus von Silber, Gold und Kupfer, oder vermittelt durch die Produktion gewisser exotischer Produkte (Zucker, später Baumwolle usw.). (28)
Die Verfügungsmacht über Geldkapital war für das aufstrebende Handelskapital deshalb so wichtig, weil es nur mit Gold und Silber etwa die aus Asien oder den arabischen Ländern eingeführten Luxusgüter, an denen es in Europa mangelte, bezahlen konnte und auch später die Abrüstung seiner Schiffahrtsflotten so finanzieren mußte.
Millionen von Menschen wurden in die Bergwerke geschickt, um dort für die Spanier die begehrten Edelmetalle abzubauen. Der Wert der geraubten Metalle läßt sich nicht genau ermitteln, er muß aber ein beträchtliches Ausmaß erreicht haben. (29) Ein Großteil der in den Bergwerken Beschäftigten verlor unter der fürchterlichen Zwangsarbeit sein Leben. Man schätzt, daß etwa in Peru die Hälfte der Bevölkerung innerhalb von 30 Jahren nach der Eroberung umkam. (30) Aber nicht nur in den Bergwerken, sondern auch auf den Zuckerrohrplantagen im feuchtheißen Klima der westindischen Inseln und der südamerikanischen Küstengebiete wurden die Indios praktisch lebendig begraben (weshalb später dort afrikanische Sklaven eingesetzt wur-

den, die das Klima bessser vertrugen).
„Zum Teil infolge des katastrophalen demographischen Rückgangs der indianischen Bevölkerung ... und zum Teil infolge der Bedürfnisse der sich wandelnden Kolonialwirtschaft verloren 'encomienda' und 'repartimiento' wie auch andere vergleichbare Institutionen gegen Ende des 17. Jahrhunderts ihre Bedeutung." (31) Die Ausbeutung in der zweiten Phase der Eroberung findet dann vor allem statt durch die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion in Form von Großgrundbesitz. Die Bewohner vieler lokaler Gemeinschaften verloren ihr bis dahin kollektiv bestelltes Land und ihre Unabhängigkeit an die Besitzer der großen Landgüter (Haziendas oder Latifundien), bei denen sie häufig als Tagelöhner beschäftigt wurden. Ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung fand aber nur in Saisonspitzen, etwa zur Erntezeit, Arbeit;wie in Afrika nahmen Wanderarbeit und Abwanderung in die Städte in dieser Periode ihren Anfang. Die großen im Privatbesitz befindlichen Landgüter bildeten seither die vorherrschende, wenn auch nicht die einzige, Organisationsform der lateinamerikanischen Landwirtschaft.
Es ist oft behauptet worden, das Latifundiensystem sei ausgesprochen feudalistischen Charakters – das Tagelöhnersystem und die Tatsache, daß ein bedeutender Teil der auf den Latifundien erzeugten Güter an Ort und Stelle verbraucht wurde, scheint diese Einschätzung zu stützen. Tatsächlicher haben aber die Latifunden wohl doch von Anfang an im Dienste des sich entfaltenden europäischen Kapitalismus gestanden: so lieferten die Haziendas in den lateinamerikanischen Küstengebieten Nahrungsmittel und sonstige Agrarprodukte zum Unterhalt der im Bergbau beschäftigten Bevölkerung, d.h. sie produzierten mittelbar für die Interessen der Spanier. Später dann, als der direkte Raub an Edelmetallen zugunsten einer Ausbeutung der landwirtschaftlichen Ressourcen zurücktrat, gingen die Latifundien häufig zu exportträchtigen Produkten wie Zucker, Baumwolle und Rindfleisch über. Diese Form der Bewirtschaftung, speziell die Viehwirtschaft, die riesigen Flächen potentiell für Ackerbau nutzbaren Landes als Weideland beanspruchte, kam der einheimischen Bevölkerung erst recht nicht zugute. Wenn die Haziendas nicht von Anfang an einen eindeutig kapitalistischen Charakter hatten, so lag das eher daran, daß der europäische Kapitalismus sich noch entwickeln mußte und nicht daran, daß die Haziendas eine von den „Mutterländern" unabhängige feudale Produktionsweise verköpert hätten.

Die Nigritten werden auß Mohrenland in die newe Insel zum Bergwerck / geschickt. I



Neben den Latifundien errichteten die Europäer Plantagen, die auf hohem technischen Niveau als Enklavenwirtschaften, wie wir sie am Beispiel Afrikas beschrieben haben, mit der Arbeitskraft von Sklaven oder Lohnarbeitern, Exportprodukte wie Zuckerrohr, Bananen und andere tropische Früchte, Kaffee, Kautschuk usw. herstellten.

Valboa wirfft etliche Indianer / welche die schreckliche Sünd der Sodomey begangen / den Hunden für sie zuzerreissen. XXII.



„Während des Zuckerbooms im 17. Jahrhundert verwandelte sich Barbados (Insel in der Karibik, S. H.) von einer kleinbäuerlich strukturierten Kolonie in eine Zuckerfabrik; die Anzahl der schwarzen Sklaven stieg von 5680 im Jahre 1645 auf 82023 im Jahre 1667. Im ekuadorianischen Küstengebiet wurden die Kakaoplantagen im Anbauauslösungssystem betrieben: Kleinbauern und Landlose siedelten sich in den großen Haziendas an und bebauten das Land gegen Bezahlung.Sobald die Kakaobäume Frucht zu tragen begannen, wurden sie von den Eigentümern ausgelöst. Dieses System der 'Sembradores' kam auch im Bananenanbau vor... In Mittelamerika baut dagegen die United Fruit Company die Bananen in kapitalistischen Plantagen oder über Kontrakte mit kleinbäuerlichen Betrieben an, wobei der Kleinbauer de facto Angestellter des Trusts ist. . .
Mancherorts entstand auch eine mittel- und kleinbäuerliche Landwirtschaft. Dies war z.B. in den Kaffeeanbaugebieten Kolumbiens der Fall, wo europäische Siedler ... im Verlauf der Unabhängigkeitsbewegung das ehemalige Indianerland übernahmen". (32)
Schließlich existierte noch das sog. Minifudiensystem, d.h. ein System bäuerlichen Kleinstbesitzes, das sich neben den Latifundien mehr schlecht als recht halten konnte. Ein Großteil der „minifundistas", de Kleinbauern oder Pächter wurde infolge der ständigen erbbedingten Aufsplitterung des Bodens oder infolge finanzieller Verschuldung zunehmend vom Großgrundbesitz aufgesogen.
Auch für Lateinamerika läßt sich somit bereits nach diesem kurzen Überblick feststellen, daß die Kolonialisierung durch die Europäer die traditionelle Agrarstruktur entscheidend in Richtung auf eine Produktion für die Bedürfnisse des (kapitalistischen) Weltmarktes verändert hat. Weite Teile der ländlichen Bevölkerung wurden in diesem Prozeß des Landraubs und der Umstellung von Eigenbedarfsprodukten auf Exportgüter ihrer materiellen Existenzgrundlage beraubt. Sie fristen seither ein mühevolles, stets von Hunger bedrohtes Leben als Tagelöhner oder kleine Pächter auf den Latifundien oder Plantagen. Zementiert wurde dieses System durch die im 19. Jahrhundert erkämpfte politische Unabhängigkeit Lateinamerikas von den europäischen „Mutterländern" Spanien und Portugal, wodurch an die Stelle der ausländischen Ausbeuter die einheimische Bourgeoisie trat.

3. Hintergründe der kapitalistischen Durchdringung der Entwicklungsländer

Nachdem wir gesehen haben, wie es Europa im Lauf von gut zwei Jahrhunderten gelang, sich praktisch ganz Afrika und Lateinamerika zu unterwerfen (hinzu kommt natürlich noch Asien, das wir hier gar nicht mehr berücksichtigt haben) und die traditionellen Agrarsysteme dieser Länder den Bedürfnissen des entstehenden kapitalistischen Weltmarktes anzupassen, drängt sich die Frage auf, warum diese Eroberung so erfolgreich verlaufen konnte. Die Kolonialmächte stießen ja in Afrika und Lateinamerika durchaus nicht auf primitive Urwaldstämme, sondern häufig sogar auf gut ausgebildete Staatswesen mit einer Kultur, die der europäischen oft durchaus ebenbürtig war. (33) Warum konnten diese Systeme dem Eroberungsdrang der Europäer nicht besser widerstehen?

Wir können diese Frage hier nicht mit einer zusammenhängenden Theorie beantworten, sondern allenfalls einige Elemente nennen, die uns für die noch ausstehende Klärung wichtig erscheinen.

Zunächst muß man sich die Situation in den europäischen Metropolen vor Beginn der kolonialen Expansion ins Gedächtnis rufen. Ausgangspunkt für die Ablösung des Feudalismus durch die kapitalistische Produktionsweise ist die sog. „ursprüngliche Akkumulation", d.h. die Entstehung und Anhäufung von Kapital, die ermöglicht wurde durch die Erzeugung eines ständig wachsenden gesellschaftlichen Mehrprodukts. Dies bestand überwiegend aus den Überschüssen, die im Handel realisiert werden konnten und zum geringeren Teil aus landwirtschaftlichen Überschüssen. (33a) Als Folge davon konnte ein Teil der Bauern im Zuge der Befreiung von persönlicher Abhängigkeit von ihrem Boden getrennt werden. Diese Bauern, die daraufhin die Klasse der Lohnarbeiter in den entstehenden Manufakturen bildete, wurde also frei im doppelten Sinn: frei von persönlicher Abhängigkeit, aber auch „frei" von ihrem Boden – d.h. ihres bis dahin wichtigsten Produktionsmittels beraubt. Die Enteignung der Bauer (in marxistischer Terminologie: „der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel" (34)) und ihre Rekrutierung als Lohnarbeiter war neben der Bildung eines inneren Marktes eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitalismus.

Für das schnelle Wachstum der industriellen Produktion erwies sich der innere Markt aber sehr bald als zu eng, äußere Märkte mußten gefunden werden. Eine weitere Schranke für die industrielle Entwicklung bildeten neben der Rohstoffknappheit Europas die tendenzielle Knappheit der Ware Arbeitskraft (trotz Bevölkerungsexplosion infolge medizinischen Fortschritts und geringerer Sterblichkeitsraten). Diese beiden Faktoren machten eine Expansion nach außen notwendig, die sich mit den Entdeckungsfahrten des frühen Merkantilismus bereits ankündigte und in der Kolonialisierung der „entdeckten" Gebiete ihren logischen Fortgang fand. Für die Weiterentwicklung des Kapitalismus war die Ausbeutung überseeischer Rohstoffe und Arbeitskräfte sowie später die Schaffung ausländischer Märkte also geradezu lebensnotwendig.

Daß diese Expansion so erfolgreich verlaufen konnte, mag zum Teil daran liegen, daß die Europäer über bestimmte Techniken und Kenntnisse – etwa der Seefahrt, der Kriegsführung usw. – verfügten, die andere Kulturen, mochten sie ansonsten auch hochentwickelt sein, nicht im gleichen Maße besaßen, die aber letztlich für die militärische und wirtschaftliche Unterwerfung ausschlaggebend waren. Man darf nicht vergessen, daß Europa mit seiner relativen Rohstoffknappheit schon sehr früh den Handel mit der arabischen und der asiatischen Welt gesucht hatte, um sich in den Besitz von Edelmetallen, Stoffen, Gewürzen, Waffen und ähnlichen kostbaren und in Europa nicht vorhandenen Güter zu bringen. Sicher ist bereits hierin ein Grund für die schon im 14. und 15. Jahrhundert sehr umfangreiche europäische Handelsschiffahrt zu sehen, die den Europäern genaue Kenntnisse der überseeischen Gebiete und Reichtümer brachte. Die dichte Besiedlung Europas mit hohem Druck auf den Boden ließ die Steigerungsmöglichkeit des landwirtschaftlichen Mehrproduktes als begrenzt erkennen und mag es ebenfalls die Entwicklung von Techniken zur militärischen und handelsorientierten Expansion gefördert haben.

Demgegenüber hat vermutlich für die reichen, auf Tributleistungen und Fernhandel beruhenden Gesellschaftsformationen Lateinamerikas und Afrikas – deren unzureichende Abwehrmöglichkeiten gegen die europäische Invasion wir ja hier untersuchen – in derselben Epoche, nämlich im 15. Jahrhundert und davor, keine derartige Notwendigkeit zur Entwicklung expansiver Techniken bestanden. Land und Bodenschätze waren reichlich vorhanden und konnten zusammen mit dem lokalen und dem Fernhandel die arbeitende Bevölkerung sowie die unproduktiven Klassen ernähren. In den zentralisitischen Staatswesen hatten die herrschenden Gruppen zudem genügend Macht, um eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse von innen heraus verhindern zu können. Oft ist deshalb behauptet worden, daß die Gesellschaften Lateinamerikas und Asiens – eingeschränkt auch Afrikas – stagnierende Gesellschaften gewesen seien. (35) Wenn diese These zutreffend wäre, ließe sich auch erklären, daß die ersten Europäer von der einheimischen Bevölkerung Lateinamerikas und Afrikas offensichtlich freundlich und ohne Mißtrauen empfangen wurden, was sie für ihre hinterhältigen Überrumpelungsmanöver ausnutzen konnten (vgl. etwa die Eroberung Mexikos oder Perus oder die Unterwerfung westafrikanischer Stämme).

Es sei jedoch nochmals betont, daß eine zusammenhängende Theorie des Entwicklungsstandes der heute abhängigen Länder in der vormerkantilistischen bzw. vorkapitalistischen Epoche der europäischen Geschichte noch nicht vorliegt.

Die heutige Situation: Tendenz zur Entwicklung eines agrarischen Kapitalismus

1. Afrika

In Afrika findet sich die Fortsetzung der in der Kolonialzeit initiierten kapitalistischen Entwicklung auch nach der Erlangung der politischen Unabhängigkeit der meisten Kolonien. Die Landwirtschaft ist durch schwerpunktmäßigen Anbau von ein oder zwei Handelsgewächsen gekennzeichnet, was eine chronische Nahrungsmittelknappheit zur Folge hat, die sich zu aktuellen Katastrophen auswachsen kann (vgl. die Hungersnöte in der Sahel-Zone und in Äthiopien zu Beginn der 70er Jahre). Ständige Nahrungsmittelimporte sind daher notwendig, was durch die laufende Verschlechterung der terms of trade negative Auswirkungen au die Zahlungsbilanz und damit auf die gesamte Volkswirtschaft hat. Somit sehen sich viele Länder gezwungen, gerade die Exportproduktion zu forcieren (Baumwolle, Kakao Erdnüsse, Vieh usw.), was zu einer Förderung großer Betriebseinheiten, vor allem aber zu einer rücksichtslosen Überbeanspruchung der Böden und Weiden führt. Besonders zerstörerisch wirken die großen Plantagen: „Die Böden im Nordsenegal, im Gebiet von Longa, sind schon ruiniert, und die Böden von Cayor im Zentralsenegal sind dabei, ruiniert zu werden. Die Schäden durch die Erdnußkulturen reichen über

die Grenzen Senegals hinaus, denn deren Felder werden zum Teil von Saisonarbeitern bestellt, die aus dem Sudan kommen, und die Arbeiter fehlen in der sudanesischen Landwirtschaft in der Regenzeit. Die Ausbreitung der Erdnußkulturen ist demnach ein trügerischer Reichtum, weil er die landwirtschaftliche Zukunft Senegals gefährdet und die Wirtschaft des Sudan aus dem Gleichgewicht bringt." (36)
Wie wir bereits gesehen haben, bewirkt die Ausrichtung auf Handelsprodukte neben der Verarmung der bisherigen Subsistenzbauern die Förderung einer Klasse bäuerlicher Kapitalisten, die in vielen Ländern auch die politische Macht ausübt.
Daß diese Entwicklung jedoch nicht in eine mit den lateinamerikanischen Verhältnissen vergleichbare Richtung gehen wird, dafür sprechen vor allem folgende Gründe: (37)
1. hat die Privatisierung des Bodens die traditionellen dörflichen Strukturen nicht so nachhaltig zerstören können wie in Lateinamerika
2. erfordert eine Kapitalakkumulation in dem auf Handelsgewächse ausgerichteten Sektor solange nicht die direkte Aneignung von Land in Form von Großgrundbesitz, als es möglich ist, flexible rechtliche Regelungen, z.B. Pacht- und Pfandverträge, abzuschließen, mit deren Hilfe Kapital, Kredite und Technologien genausogut kontrolliert werden können.
Dementsprechend sieht die staatliche Agrarpolitik vieler afrikanischer Länder aus: gefördert wird die (Neu-) Besiedelung ganzer Gebiete, in denen kleine Bauern Land pachten können.
Der Staat sorgt für Neulanderschließung, Be- und Entwässerungsarbeiten, Bereitstellung neuer Technologien, Einführung bestimmter ertragreicher Pflanzensorten, Vergabe von Krediten, Organisation von Vermarktungsmöglichkeiten, landwirtschaftliche Beratung usw. Bei dieser Form der „überwachten Produktion" wird den Bauern vorgeschrieben, was sie anzubauen haben, gefördert werden sie nur, wenn sie die staatlichen Auflagen erfüllen. Tendenziell werden auch hier Bauern zu Lohnarbeitern, die auf Anweisung aufgeblähter Bürokratien produzieren. Staatlicherseits erhofft man sich von derartigen aufwendigen Projekten (ein Beispiel ist etwa das Gezira Settlement Scheme im Sudan, das zur Förderung des Baumwollabbaus gegründet wurde) bessere Erträge und eine Förderung speziell kleiner und mittlerer Bauern. (Doch erscheint es langfristig als wahrscheinlich, daß sich auch im Rahmen dieser Projekte wieder Ungleichheiten zwischen den Bauern einstellen werden, daß also die bisher wohlhabenderen Bauern in der Lage sein werden, rasche Fortschritte zu erzielen, während eine wachsende Schicht verarmter Bauern zurückbleibt und über Verschuldung in Abhängigkeit von den reicheren gerät. Zudem können durch staatliche Programme nie alle Teile der ländlichen Bevölkerung erreicht werden.)
3. Eventuell bedeutsam für die staatliche Tendenz, die Entwicklung in Richtung kleinerer, zu einzelnen Projekten zusammengeschlossener Betriebe zu lenken, mag noch sein, daß der Widerstand der Bauern gegen die kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft in Afrika auf eine viel frühere Phase kapitalistischer Konsolidierung des Grundbesitzes trifft als in Lateinamerika, wo die Strukturen bereits seit 300 Jahren verfestigt sind. Möglicherweise ergeben sich daraus Chancen, eine Entwicklung zum Großgrundbesitz als vorherrschender Produktionsweise zu vermeiden. (38)





2. Lateinamerika
In Lateinamerika hat sich das Latifundiensystem seit über 300 Jahren festigen können. Nach groben Schätzungen kontrollierten 1960 17 % aller landwirtschaftlichen Betriebe 76 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche; die allergrößten von ihnen, die 2 % aller landwirtschaftlichen Betriebe darstellen, hatten allein 46 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ihrem Besitz. (39) Dabei sind in diesen Schätzungen noch nicht einmal die Millionen von Bauern berücksichtigt, die überhaupt kein Land zur Verfügung haben und als Landarbeiter auf den Haziendas oder Plantagen arbeiten müssen. Ansätze zur Agrarreform, die in den 60 Jahren in einigen Ländern halbherzig vorgenommen wurde, verpufften in der Regel ohne große Wirkung, da sie von der Klasse der Großgrundbesitzer torpediert wurden.
Dabei wäre eine Neuverteilung des Bodens schon aus Gründen der ineffektiven Landnutzung der Latifundien notwendig. Die Großgrundbesitzer, die häufig mit der städtischen Bourgeoisie identisch sind, und ihre wichtigsten ökonomischen Aktivitäten in den städtischen Sektor verlegt haben (Banken, Handel usw.) lassen oft einen Großteil ihrer Flächen brach liegen bzw. nutzen diese extensiv als Viehweiden (40), da die Fleischproduktion für städtische bzw. Auslandsmärkte sich profitabler erweist als der Anbau von Nahrungsmitteln. Gleichzeitig schießen überall Viehfarmen aus dem Boden, die ein lukratives Geschäft wittern. „Zwischen 1956 und 1972 verdoppelten sich die Preise für Rinder an der Börse in Buenos Aires, um sich dann allein zwischen August 1970 und Januar 1973 zu vervierfachen. Wer hohe Gewinne sucht, investiert in der Fleischproduktion in Entwicklungsländern ... Allein im brasilianischen Mato Grosso sind gegenwärtig 304 000 Bauernfamilien bedroht, ihre Grundstücke an die Besitzer der neuen Rinderfarmen zu verlieren, weil sie keine Rechtstitel geltend ma-

chen können. Von 20 000 Arbeitern, die zur Errichtung der Farmen eingesetzt werden, können nachher nur 15 000 einen Arbeitsplatz auf den Farmen finden." (41)
Aber auch die au Plantagen betriebenen Monokulturen tun ihr übriges, um Profite auf Kosten der einheimischen Bevölkerung zu machen: „Die Zuckermonokultur im Nordosten Brasiliens ist eines der besten Beispiele dafür. Dort liegt eines der wenigen tropischen Gebiete mit wirklich fruchbarem Boden und für die Landwirtschaft günstigen Klima. Ursprünglich war es mit besonders obstbaumreichem Wald bedeckt. Heute ist es eines der Hungergebiete des Kontinents. Die alles absorbierende Zuckerindustrie hat alle verfügbaren Ländereien mit Zuckerrohr bepflanzt und damit die völlige Aufgabe der Obst- und Gemüsekultur und der Viehzucht in einem Gebiet bewirkt, das über eine unbegrenzte Mannigfaltigkeit von Nahrungsmitteln verfügen könnte, wenn man es in Polykultur nützte." (42)
Auf der anderen Seite dieses von Großgrundbesitzern und Plantagen beherrschten Systems stehen Millionen von Kleinbauern, die ihren winzigen Parzellen das Äußerste abringen müssen, um wenigstens notdürftig ihre Ernährung zu sichern. Die Böden der „minifundistas" sind durch die intensive Bewirtschaftung schnell erschöpft und geben nur noch wenig Ertrag. Düngemittel, Saatgut und Bewässerung sind teuer und bringen den Kleinbauern nicht selten in totale Abhängigkeit von Geldverleihern, Großgrundbesitzern, Kreditinstituten und nicht zuletzt in Abhängigkeit von Agrobusiness-Firmen, die ihm Kredite geben, wenn er nach ihren Anweisungen wirtschaftet – sprich vom Bohnen- oder Maisanbau auf den Anbau von Zuckerrohr, Tomaten, Gewürzen usw. wechselt und sich damit auf das ungesicherte Dasein eines ausschließlichen Marktproduzenten einläßt.
In Lateinamerika sind somit die Klassenunterschiede im landwirtschaftlichen Bereich besonders krass, zumal die Modernisierung und Technisierung der landwirtschaftlichen Produktion in den letzten Jahren nur die Haziendas erreicht hat, die auf diese Weise gegenüber den kleinen Bauern noch mehr bevorzugt sind und diese buchstäblich zu Tode konkurrieren können.



Funktionen einer abhängigen Landwirtschaft in Entwicklungsländern für das kapitalistische System

Bisher ist die kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt beschrieben worden. Das Ergebnis: die heutigen Agrarstrukturen sind eine Folge der Unterwerfung dieser Länder unter kapitalistische Prinzipien.
Auch in Europa mußte die Landwirtschaft in den entstehenden Kapitalismus integriert werden. Der entscheidende Unterschied zwischen dem frühkapitalistischen Europa und der heutigen Situation in den abhängigen Ländern ist jedoch der folgende: in Europa war die Enteignung der Bauern ein wesentlicher Mechanismus der ursprünglichen Akkumulation. Die Bauern wanderten als Arbeitskräfte in den entstehenden Lohnarbeitssektor – eine Tendenz, die auch im heutigen Europa noch vorzufinden ist, wo jährlich ein bestimmter Prozentsatz der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung den eigenen Hof aufgibt und im Lohnarbeitssektor Beschäftigung findet.
In den peripheren Ländern dagegen findet keine oder nur eine beschränkte ursprüngliche Akkumulation statt, weil die wirtschaftliche Unterwerfung der abhängigen Länder unter das Kapital der Metropolen selbst ein Teil von dessen ursprünglicher Akkumulation war und ist; d.h. der bis heute andauernde Raub der Reichtümer der Entwicklungsländer fördert die kapitalistische Entwicklung der Metropolen und sichert auch heute noch die Bedingungen ihrer Existenz. Außerdem gibt es in den heutigen Peripherien keinen industriellen Sektor, in den die enteigneten bzw. aus der Landwirtschaft verdrängten Bauernmassen vollständig abwandern könnten. Wie wir gesehen haben, findet nur ein kleiner Teil von ihnen regelmäßige und finanziell ausreichende Beschäftigung im „modernen Sektor", der überwiegende Teil von ihnen muß sich mit Saisonarbeit, wenn überhaupt, begnügen.
Welche speziellen Funktionen hat nun die andauernde Ausplünderung der abhängigen Landwirtschaften für das kapitalistische System?

- Billige Beschaffung von Rohstoffen, die es in den Metropolen nicht oder nur sehr teuer erhältlich gibt
- Billige Nahrungsmittelimporte senken die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft in den Industrieländern
- Möglichkeit des Kapitalexports in die peripheren Landwirtschaften (wichtig für Unternehmen, die Landwirtschaftsmaschinen, Düngemittel usw. produzieren)
- Verlagerung unrentabler Produktionszweige in die abhängigen Landwirtschaften
- Das Überangebot an Arbeitskräften ermöglicht ein Niedrighalten der Löhne und damit Aufrechterhaltung des ungleichen Tausches
- Die Ausbeutung besonders billiger Rohstoffe ermöglicht eine Entwertung ihres Wertes und damit eine Entwertung des konstanten Kapitals in den Industrieländern (das wiederum wirkt sich positiv auf die dortigen Profitraten aus) (45)

Die Landwirtschaft der abhängigen Länder stellt also eine wichtige Quelle natürlicher Reichtümer und ein schier unerschöpfliches Arbeitskraftreservoir für Industrie, Agrobusiness und die Eliten der betreffenden Länder dar.
In dieser ihr gewaltsam von außen aufgedrängten Funktion ist die Landwirtschaft aber nicht mehr in der Lage, eine sichere und ausreichende Ernährungsbasis für die einheimische Bevölkerung der Entwicklungsländer darzustellen. Beispiele wie das der Sahel-Zone, in der 1974 eine drastische Erhöhung der Nahrungsmittel e x p o r t e (Tomaten, tropische Früchte) zu verzeichnen war, während gleichzei-

tig Tausende von Afrikanem einen qualvollen Hungertod erlitten, sind leider keine Einzelfälle mehr.
In fast allen Ländern der Dritten Welt findet sich heutzutage ein tödlicher Nahrungsmittelkreislauf: der einseitige Anbau von ein oder zwei Handelsgewächsen hat eine chronische Knappheit an Grundnahrungsmitteln zur Folge, zu deren Beseitigung Nahrungsmittelimporte erforderlich werden. Um die zur Bezahlung dieser Importe nötigen Devisen aufbringen zu können, sehen sich viele Länder gezwungen, gerade die Exportproduktion zu forcieren, was natürlich weitere Verelendung der ländlichen Bevölkerung und weiteren Hunger zur Folge hat, es müssen wieder Nahrungsmittel importiert werden ... usw. usw.
Das Ergebnis ist schließlich, daß landwirtschaftliche Produktionssteigerungen fast ausschließlich dem modern ausgerüsteten Exportsektor und den an ihm beteiligten Firmen zugute kommen. Die Nahrungsmittelproduktion steigt und der Hunger wächst – eine Situation, an der sich grundlegend nichts ändem wird, solange in der Landwirtschaft für kapitalistische Interessen produziert wird.

Zusammenfassung:
Systematisierung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der abhängigen Länder

Um die Einschätzung von Agrarreformen und anderen Ansätzen zur Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse in den Ländem der Dritten Welt zu erleichtem, scheint es uns nützlich, an dieser Stelle auf der Grundlage der vorangegangenen Ausführungen eine Typologisierung dieser Verhältnisse zu versuchen. Der Erfolg einer Agrarreform, die allen Menschen zu Nahrung, Arbeit und politischer Autonomie verhelfen soll, oder auch nur politische Arbeit mit Bauern, wird entscheidend von der Kenntnis der aktuellen Produktionsverhältnisse und von einer zutreffenden Einschätzung möglicher Ansatzpunkte für Veränderungen abhängen, deshalb scheint uns eine Schematisierung – und sei sie noch so grob – der vielfältigen agrarischen Produktionsverhältnisse sinnvoll. (46)

1. Feudalähnliches Produktionsverhältnis

Hierzu zählen alle Verhältnisse zwischen Großgrundbesitzern und persönlich abhängigen Pächtern oder Landarbeitem. Neben den Haziendas Lateinamerikas fallen in diese Gruppe Teile der asiatischen, nordafrikanischen und südeuropäischen Landwirtschaften. Dieses Produktionsverhältnis stellt ein Überbleibsel der alten feudalen Produktionsweise dar und enthält nur noch einzelne von deren Elementen. Gekennzeichnet ist es durch extensive Landnutzung, häufig Absentismus der Großgrundbesitzer, Löhne (oft in Naturalien), die gerade das Existenzminimum abdecken und politische Desorganisation der Landarbeiter. Häufig wird für den städtischen/ausländischen Markt produziert, dazu zählt auch Viehhaltung.

2. Feudalistisch-kapitalistische Übergangstypen

„Darunter fallen z.B. neu gegründete Haziendas mit intensiver Milchproduktion in der Nähe von Großstädten mit vorherrschender Geldentlohnung. Aber auch die traditionellen Haziendas werden z.T. durchkapitalisiert. Tendenziell werden die Pachtsysteme zunehmend durch Lohnarbeit ersetzt. " (47)

3. Kapitalistisches Produktionsverhältnis

Hier lassen sich weitere Unterscheidungen vornehmen:
a) Plantagen:
Kapitalistische Großbetriebe, die sich zumeist in ausländischem Besitz befinden und auf hohem technischen Niveau Monokulturen für den Export anbauen. Plantagen beschäftigen Lohn- und Wanderarbeiter, die in der Regel kein eigenes Land besitzen.
b) Kapitalistische Landwirtschaftsbetriebe weißer Siedler: mittelgroße Privatbetriebe, die häufig (wie Plantagen)für den Export produzieren (Beispiele: Südafrika, Rhodesien, Lateinamerika).
c) Einheimische kapitalistische Landwirtschaftsbetriebe: Diese Art von Betrieben wurde während der Kolonialzeit neu geschaffen. Beispiele sind die erwähnten Kakaobauern in Ghana (vgl. Anmerkung 25), Bananenproduzenten in Ekuador und Kaffeepflanzer in Kolumbien. Sie produzieren ebenfalls für den Weltmarkt, ihre ökonomische Kraft ist jedoch gering und von Krediten und Vermarktungsmöglichkeiten für ihre Produkte abhängig. Kurzfristige Preisschwankungen am Weltmarkt können für diese Gruppen von Betrieben den wirtschaftlichen Ruin bedeuten. Häufig steht derartigen Betrieben auch nur Land zur Verfügung, das die Klasse der Großgrundbesitzer nicht für sich beansprucht, also tendenziell schlechterer Boden. Da diese Gruppe von Bauern aber überhaupt Land und eine gewisse Kapitalausstattung besitzt, übt sie keinen Druck auf die herrschende Klasse aus, eine Agrarreform durchzuführen, sondern erweist sich in Bauemkämpfen eher als Puffer gegen die ärmeren Bauern. (48)
d) Einfache Warenproduktion:
Dieser Typus ist in Entwicklungsländem realtiv selten, zählt man nicht die große Masse der Subsistenzbauern dazu, sofern sie in lokale Austauschbeziehungen treten und von Großgrundbesitzern unabhängig sind. Ansonsten ließen sich ein Teil der weißen Siedler in Entwicklungsländem und einheimische Produzenten von Marktfrüchten für lokale Märkte zu dieser Kategorie zählen.
e) Übergangstypen von der einfachen Warenproduktion zum kapitalistischen Produktionsverhältnis:
„... Formen der Vertragslandwirtschaft, bei denen der Verarbeiter Kredite und Produktionsmittel liefert und Verarbeitung und Verkauf übernimmt, während der Bauer die Arbeitskraft und den Boden stellt ... Bei der 'Produktion unter genauer Aufsicht' (meistens in neu erschlossenen Siedlergebieten) ist eine Projektleitung der Integrator. Sie kontrolliert nicht nur den Anbau, sondem verpachtet das Land, kauft die Produkte auf und erledigt die mechanisierten Arbeitsvorgänge (Pflügen, Säen usw.). In beiden Fällen – vor allem im letzteren, wo der Bauer nur noch seine Handwerkszeuge besitzt – werden die Bauern tendenziell zu Lohnarbeitem." (49)
Auch hier kann man davon ausgehen, daß überwiegend spezialisierte Produktion von Marktfrüchten betrieben wird.
f) Kollektive Produktionsweise:
Überreste der asiatischen Produktionsweise, der afrikanischen Stammeswirtschaft und der indianischen Dorfgemeinschaft. In der Regel befinden sich diese Formen in Auflösung, in manchen Ländern machen sie noch einen kleinen Teil der Landwirtschaft aus. Kollektives Bodeneigentum bei individueller Bewirtschaftung existiert beispielsweise in den mexikanischen Ejidos oder anderen ähnlichen Zusammenschlüssen, die meist das Resultat von Agrarreformen sind.

sh

Anmerkungen

1) Eine differenziertere Darstellung der verschiedenen Formen dörflicher Produktionsgemeinschaften ist ebenso wie die der verschiedenen späteren Reiche in diesem Rahmen nicht möglich. Vgl. dazu ausführlich: Rodney, Walter, Afrika, Die Ge-

schichte einer Unterentwicklung. Berlin 1975
sowie Davidson, Brasil, Urzeit und Geschichte Afrikas. Reinbek 1961, Ferner Davidson, Brasil, Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung. Afrikanisch-europäische Beziehungen zwischen 1500 und 1900, Reinbek 1966
2) Amin, Samir, Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus. Dt. Ausgabe Hamburg 1975
3) Rodney, a.a.O., S. 29
4) ebenda, S. 32
5) vgl. Davidson, Urzeit und Geschichte..., a.a.O., S. 30 f.
6) Rodney, a.a.O., S. 36
7) ebenda, S. 37
8) ebenda, S. 38
9) vgl. Davidson, Urzeit und Geschichte..., a.a.O., S. 75 sowie Amin, a.a.O., S. 39
10) Coquery-Vicrovitch, Catherine, zitiert nach Stavenhagen, Rodolfo, Agrarische Strukturen und Unterentwicklung in Afrika und Lateinamerika, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.). Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1974, S. 276-297, hier S. 278
11) ebenda, S. 279
12) vgl. Amin, a.a.O., S. 41
13) Stavenhagen, a.a.O., S. 278
14) vgl. ebenda, S. 279
15) vgl. ebenda
16) vgl. Davidson, Vom Sklavenhandel..., a.a.O., S. 24
17) vgl. ebenda
19) vgl. zur Geschichte des Sklavenhandels ausführlich Davidson, Vom Sklavenhandel..., a.a.O.
20) Stavenhagen, a.a.O., S. 284
21) ebenda, S. 286
22) Vgl. Rodney, a.a.O., S. 132-139
23) Von vorneherein ausgenommen von der Neuverteilung des Bodens durch die Kolonialverwaltung waren die Frauen, in deren Händen bis dahin überwiegend die Produktion für den Familienbedarf gelegen hatte. Die Folge dieses Ausschlusses der Frauen war eine im Vergleich zu ihrer vorherigen relativen Selbständigkeit völlig rechtlose Stellung. Vgl. hierzu iz Nr. 57, Frauen in der Landwirtschaft.
24) Stavenhagen, a.a.O., S288
25) Ein berühmtes Beispiel für diese neue Klasse sind die kapitalistischen Kakaobauern in Ghana, die Kakao für den Export anbauen. Vgl. Hill, Polly, The Ghanaian capitalist cocoa-farmer, in: diess., Studies in rural capitalism,
Hill behauptet allerdings, die Bauern hätten die Exportproduktion aus eigenem Antrieb begonnen, eine These, die sie keinesfalls überzeugend vertritt und zum Teil sogar selbst widerlegt, indem sie Dokumente der englischen Kolonialverwaltung zitiert, die die Bauern dazu auffordert, die Kakaoproduktion zu ungunsten anderer landwirtschaftlicher Produkte aufzunehmen.
26) Stavenhagen, a.a.O., S. 289
27) ebenda, S. 280; vgl. auch Frank, Andre Gunder, Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1968, Kapitel S. 131 - 150 „Zum Indioproblem in Lateinamerika)"
28) vgl. Amin, a.a.O., S. 237
29) Schätzungen finden sich bei Mandel, Ernest, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968
30) Stavenhagen, a.a.O., S. 218
31) ebenda
32) Baumgärtner, U./Poppinga, O.-H., Grundzüge der Agrarstruktur im peripheren Kapitalismus, in: Brandes, Volkhard/ Tibi, Bassam (Hrsg.), Handbuch 2: Unterentwicklung. Frankfurt/Köln 1975, S. 207-240, hier S. 215 f.
33) vgl. hierzu ausführlich Rodney, a.a.O., aber auch die beiden Werke von Davidson zu Afrika
33a) Europa hat schon seit langer Zeit lebhaften Handel mit Asien und der arabischen Welt gepflegt; die italienischen Stadtrepubliken sind ein gutes Beispiel für die frühfrühe Blütezeit des europäischen Handels und für die Reichtümer, die sich daraus erwirtschaften ließen
34) Marx, Karl, Kapital Bd. 1, Berlin 1971, S. 742
35) vgl. Wittfogel, Karl A., Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte, 1932, ausführlich dargestellt bei Rahmanzadeh Ahad, zur politischen Ökonomie der Entwicklungsländer, Lampertheim 1974
36) Gouron, P., Les pays tropicaux, 1947 (!), zitiert nach Holenstein, Anne Marie / Power, Jonathan, Hunger. Welternährung zwischen Hoffnung und Skandal. Frankfurt 1976, S. 13
37) vgl. Stavenhagen, a.a.O., S. 294 f.
38) vgl. ebenda, S. 295
39) Feder, Ernest, The Rape of the Peasantry. Latin Americas Landholding System. Garden City, N. Q., 1971, S. 53
40) Nach Schätzungen Ernest Feders dienen in Lateinamerika etwa 60 % der in Großgrundbesitz befindlichen Flächen als Viehweiden. Vgl. Feder, a.a.O., S. 67
41) Holstenstein/Power, a.a.O., S. 18
42) Josue de Castro,zitiert nach Holenstein/Power, a.a.O., S. 15
43) entfällt
44) entfällt
45) vgl. Baumgärtner/Poppinga, a.a.O., S. 218
46) Wir übernehmen das Schema in Anlehnung an Baumgärtner/ Poppinga, a.a.O., S. 219 ff.
47) ebenda, S. 220
48) Diese Aussage läßt sich an dieser Stelle nicht empirisch nachweisen, sondern stellt eher einen Gedankengang dar, der bei der politischen Arbeit mit Bauern vielleicht wichtig sein könnte.
49) Baumgärtner/Poppinga, a.a.O., S. 222

17) vgl. ebenda
18) entfällt
19) vgl. zur Geschichte des Sklavenhandels ausführlich Davidson, Vom Sklavenhandel ..., a.a.O.

Abschließend zwei Hinweise auf Bücher, die umfassend und verständlich über den Problemkreis Unterernährung – Agrarpolitik informieren:

- *rororo-aktuell-Magazin Technologie und Politik Nr. 3, Dezember 1975, „Welthungerkatastrophe und Agrarpolitik", rororo 1942*
- *Holenstein, A.M./Power, J.: Hunger – Welternährung zwischen Hoffnung und Skandal, Frankfurt 1976, Fischer-Taschenbuch 1712*



EIN MILLIONENHEER VERARMTER KLEINBAUERN UND PÄCHTER

Situation der Landarbeiter in Brasilien

Wenn heute von den sozialen Problemen Brasiliens die Rede ist, geht es nicht allein um einige zehntausend Indianer im Amazonasgebiet, die durch wirtschaftliche Erschließungsmaßnahmen und eine hemmungslose Landspekulation aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben werden. Es geht vor allem um das Millionenheer verarmter Kleinbauern und Landarbeiter, die in totaler Abhängigkeit vom einheimischen Großgrundbesitz leben. Über die Hälfte der brasilianischen Landarbeiter sind Gelegenheitsarbeiter („bojas frias"), die ohne Arbeitsvertrag und ohne jede soziale Sicherung als Tagelöhner auf den riesigen Landgütern arbeiten.

Diese Kategorie von Landarbeitern war vor 1963 noch nahezu völlig unbekannt und nimmt jetzt Jahr für Jahr zu; allein von 1967 bis 1972 ist ihre Zahl um 50 % gestiegen. Die Hintergründe dieser Entwicklung: Mit Beginn der 50er Jahre begann in Brasilien eine rasche wirtschaftliche Umstrukturierung. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte blieben weit hinter den Preisen für Maschinen und Kunstdünger zurück, so daß vor allem die Kleinbauern ihre Betriebe nicht mehr produktiv bewirtschaften konnten. Millionen kleiner Bauern mußten ihre Familienbetriebe aufgeben und waren gezwungen, sich entweder als billige Arbeitskräfte auf den Landgütern der Großgrundbesitzer zu verdingen oder das Land zu verlassen und Arbeit in der Stadt zu suchen. ▶

Immer mehr Arbeitskräfte, immer weniger Arbeitsplätze

Zur gleichen Zeit gingen die Großgrundbesitzer in immer stärkerem Maße dazu über, ihre Betriebe zu mechanisieren, um den Ansprüchen des Exportmarktes zu genügen oder ganz einfach auch, um die Anforderungen der allmählich in Gang kommenden Sozialgesetzgebung zu unterlaufen. Die Leidtragenden sind die Landarbeiter: Heute drängt sich auf dem Land in Brasilien eine immer größer werdende Zahl von Arbeitskräften um eine immer geringer werdende Zahl von Arbeitsplätzen. Dieses Mißverhältnis öffnet dem Mißbrauch von Menschen, die über nichts weiter verfügen als ihre Arbeitskraft, Tür und Tor.

Der Arbeitsmarkt auf dem Land ist vielfach noch in der Hand von sogenannten „gatos" (Zwischenpersonen) die den Landarbeiter anwerben und je nach Arbeitsanfall für Tage, Wochen oder Monate an den Grundbesitzer vermitteln. Den „gatos" gehören in der Regel die Lastwagen, die den Transport der Arbeiter besorgen; sie bestimmen ausschließlich, wer mitfährt oder nicht. Nur der „gato" hat Kontakt zum Grundbesitzer; er kontrolliert und bezahlt auch die Arbeit.

Rechtlos und unterbezahlt

Da die meisten Landarbeiter, weil sie nicht ordnungsgemäß registriert sind, über keinen Berufsausweis (Carteira professional) verfügen, sind sie von der brasilianischen Sozialgesetzgebung, die seit 1963 auch für Landarbeiter gilt, ausgeschlossen. Nach geltendem Recht hat der registrierte Landarbeiter Anspruch auf einen achtstündigen Arbeitstag, einen Mindestlohn, ein dreizehntes Monatsgehalt, Krankenversicherung, einen wöchentlichen Ruhetag etc. Die tatsächliche Situation für die Masse der unregistrierten Arbeiter aber sieht so aus, daß sie bei Krankheit oder Betriebsunfällen für alle Unkosten selbst aufkommen müssen; sie arbeiten täglich zwischen 12 und 14 Stunden, müssen sich selbst verpflegen, kennen keinen bezahlten Ruhetag und das gesetzlich verordnete Mindestgehalt (zur Zeit zwischen 135 und 190 DM, unterschiedlich nach den Bundesstaaten) wird in der Regel nie gezahlt.

Gottfried Deelen
aus: Misereor - aktuell, 4/1977

Der globale Supermarkt: Hunger trotz Produktionssteigerung

Joseph Collins/ Frances M. Lappé

Man braucht eine Menge Gemüse, um einen DC-10-Jumbo-Jet zu füllen. Doch von Anfang Dezember bis Mai hebt driemal wöchentlich eine gecharterte Frachtmaschine vom Typ DC-10 von Senegals staubigem Flughafen in Dakar ab, beladen mit Auberginen, grünen Bohnen, Tomaten, Melonen und Paprika. Ihr Bestimmungsort? Amsterdam, Paris oder Stockholm. Diese Lufttransporte von Lebensmitteln aus der afrikanischen Sahelzone begannen 1972, dem vierten Jahr der bekannt gewordenen Dürre in dieser Region. Sie steigerten sich seither drastisch, während der Hunger sich ausbreitete.

1971 machte Fritz Marschall, Geschäftsführer der Brüsseler Tochtergesellschaft von Bud Antle, Inc., einen Besuch in Senegal. Vielleicht ist Bud Antle ein Begriff – eine weltweit agierende Handelsgesellschaft mit Sitz in Kalifornien. Als größter Eissalatproduzent der Welt ist Bud Antle die Gesellschaft, die dafür verantwortlich ist, daß Cesar Chavez 1970 für das Aufstellen von Streikposten (der US-amerikanischen Landarbeiter, d.Ü.) ins Gefängnis kam.

Marschall, ehemals Verkaufsmanager für Mercedes-Lastwagen, war von der Ähnlichkeit zwischen Senegals sonnenreichem Klima und dem des südlichen Kalifornien beeindruckt. Nur zwei Generationen zuvor hatten staatlich durchgeführte Bewässerungsprojekte und schlechtbezahlte mexikanische Arbeitskräfte geholfen, Kalifornien zu einem Wunderland des Agrobusiness zu machen. Als sich jedoch die Landarbeiter in Kalifornien zu organisieren begannen, sah sich Bud Antle, wie andere Konzerne auch, nach billigeren Arbeitskräften anderswo um. Vielleicht konnte Senegal Kalifornien ersetzen und die neue „Gemüsequelle" des Konzerns für den durch hohe Preise gekennzeichneten europäischen Wintermarkt darstellen.

1972 hatte es der deutschstämmige Marschall – im europäischen Gemüsegroßhandel als „der Pusher" bekannt – dann gemanagt, Bud Senegal als eine Tochtergesellschaft der Brüsseler Niederlassung von Bud Antle zu gründen. Indem er das ganze Unternehmen als „Entwicklung" ausgab, sicherte er sich die Unterstützung der senegalesischen Regierung und der Weltbank, die zusammen den Großteil des Kapitals aufbrachten. Die senegalesische Regierung stellte hilfreicherweise Polizei zur Verfügung, um die Dorfbewohner zu verjagen, die anmaßenderweise immer angenommen hatten, das Land gehöre ihnen, um dort Hirse für sich selbst und den lokalen Markt anzubauen. Das Peace Corps stellte vier Freiwillige, die bei der Vertreibung mithalfen.

Heute bewachen mehr als 60 bewaffnete Sicherheitskräfte nicht nur die Felder, sondern kontrollieren täglich die schlecht bezahlten Landarbeiter, meistens Frauen, um sicher zu gehen, daß diese keine Früchte für ihre Familien stehlen.

Auf dem Weg zum Globalen Supermarkt

Unter dem Banner von „Lebensmittelverflechtung" sind multinationale Agrobusiness-Gesellschaften wie Bud Senegal zur Zeit eifrig dabei, eine weltweite Farm zur Belieferung eines weltweiten Supermarktes aufzuziehen. Große Lebensmittelaufkäufer, weiterverarbeitende Unternehmen und Einzelhandelsketten haben erfreut festgestellt, daß die Kosten für Land und Arbeitskräfte in der Dritten Welt oft nur 10 % von den entsprechenden Kosten in den USA betragen.

Mit dem Entstehen eines weltweiten Supermarktes werden die Hungernden der Welt in eine immer direktere Konkurrenz mit den Guternährten und den Überernährten geworfen. Die Tatsache, daß ein Ernährungsprodukt im Überfluß gerade dort angebaut wird, wo sie leben, daß ihr eigenes Land seine Produktion subventioniert und daß sogar sie selbst es säen und ernten, bedeutet wenig.

Wie die weiblichen Saisonarbeiter auf den Gemüseplantagen von Bud Senegal, werden sie vermutlich nie ein Stück davon essen. Stattdessen wird das Produkt für irgendeine Zweigstelle des globalen Supermarktes bestimmt sein, wo jedermann auf der Welt, arm oder reich, es aus dem selben Regal nehmen muß. Jedes Gut hat einen Preis, und dieser Preis bestimmt sich, analog den Regeln des Marktsystems, danach, was die bessergestellten Kunden des Supermarktes zu zahlen bereit sind. Keiner ohne Geld wird ohne zu zahlen an der Kasse vorbei können. Die traurige Realität ist, daß selbst die meisten „kleinen Leute" in einem Land wie den USA alle Hungernden auf der Welt überbieten können.

Del Monte ist ein anderes Beispiel dafür, wie das Agrobusiness eine weltweite Farm für die Dienste eines globalen Supermarktes schafft. Obwohl ursprünglich mit Sitz nur in den USA, betreibt Del Monte heute Farmen, Fischerei und weiterverarbeitende Unternehmen in mehr als zwei Dutzend Ländern. Wie sein Boß, Alfred Eames Jr. in einem kürzlich erschienen Jahresbericht schrieb: „Unsere Firma stellt nicht nur Konserven her, sie ernährt Menschen." Aber welche Menschen? Del Monte ist beschuldigt worden, sich selbst versorgende philippinische Bauern von ihrem Land vertrieben zu haben, um dort Plantagen einzurichten, auf denen Bananen für Japan angebaut werden; Del Monte sichert sich reichen fruchtbaren Boden im nordwestlichen Mexiko, der bis dahin ein Dutzend lokaler Nahrungsmittel hervorgebracht hatte, um Spargelliebhaber in Frankreich, Deutschland, Dänemark und der Schweiz zu befriedigen; und Del Monte hat eine neue Plantage in Kenia eingerichtet, so daß kein Engländer in Zukunft ohne seine flugzeug-frischen Ananas, herumlaufen muß. Del Monte weiß auch, daß eine Ananas, die auf den Philippinen nur 8 Cents bringen würde, in der japanischen Abteilung des Welt-Supermarktes in Tokio 1,50 Dollar einbringt.

Indem die ganze Welt als eine einzige Farm angesehen wird, baut das Agrobusiness heutzutage auf solider kolonialer Tradition auf. Seit den frühesten Interventionen von außen ist die Landwirtschaft der kolonisierten Welt eher eine Fundgrube gewesen, aus der sich Reichtum abziehen läßt, als eine Grundlage für den Lebensunterhalt und die Ernährung der ortsansässigen Bevölkerung. Aber heute kontrollieren multinationale Agrobusiness-Firmen zusätzlich zu den traditionellen Exportfrüchten wie Kaffee, Zucker und Kakao auch Produkte, die bisher „zu Hause" in den USA oder Europa produziert wurden; Gemüse, Erdbeeren, Pilze, Fleisch und sogar Blumen.

Ermöglicht worden ist dies alles durch Frachtflugzeuge und schnelle Kühlschiffe. In Obervolta sahen wir sogar einen Zeppelin über den Feldern schweben, der von einer

deutschen Firma eingesetzt war, um schnellere Wege für den Transport frischen Gemüses zum Flughafen (für Jet-Flüge nach Frankfurt) auszuprobieren. Und so ist es nicht länger von Bedeutung, daß Erdbeeren hochverderblich sind oder daß Ananas mehr als 10.000 Meilen entfernt angebaut werden. Und während die Multis behaupten, die globale Farm erzeuge eine nie gehabte Vielfalt an Produkten, sieht es in der Realität so aus, daß der weltweite Supermarkt die Monotonie des „Jederzeit Alles" an die Stelle der vormaligen Erfahrung setzt, lokale, saisonal erhältliche Lebensmittel nur in einem bestimmten Rhythmus konsumieren zu können. Zudem läßt sich nicht verhehlen, daß die Tomate, die für eine Reise um die Welt gezüchtet wurde, oft nicht wie eine Tomate schmeckt.

Die weltweite Farm breitet sich schnell aus. In Mittelamerika und der Karibik bspw. wird heute mehr als die Hälfte des landwirtschaftlich genutzten Bodens – die bessere Hälfte – für die Exportproduktion genutzt. Dieser Exportschub geht weiter, und das trotz der Tatsache, daß bis zu 70 % der Kinder unter 5 Jahren in vielen dieser Länder unterernährt sind. Costa Ricas Rindfleischexporte in die USA – von diesem Fleisch wird ein großer Teil zu „Hamburgers" verarbeitet – sind auf mehr als 13 500 Tonnen jährlich gestiegen, während die Bevölkerung von Costa Rica selbst viel weniger Rindfleisch als früher ißt. Viele Leute essen überhaupt keins. (In dem großen Supermarkt gibt es jedoch, immer ein paar Regale für die armen Länder: eine kleine Anzahl wohlhabender Costa Ricaner kann es sich leisten, Rindfleisch aus Costa Rica genauso wie die Amerikaner zu essen: in einem der drei McDonald's Lokale in San Jose, der Hauptstadt Costa Ricas.)

Wer finanziert nun die Umwandlung von Ländern wie Costa Rica in Farmen und Futterkammern nach den Wünschen von Del Monte? Wir sind es – unter dem Namen der „ausländischen Hilfe."

Die Latin American Agribusiness Development Corporation (LAAD), im Besitz einiger der größten Agrobusiness-Firmen der USA, hat in den vergangenen vier Jahren mehr als 60 Projekte in Mittelamerika für die US-Abteilung des globalen Supermarktes in Gang zu setzen geholfen. Zwei Drittel seines Kapitals hat LAAD über die Agency for International Development (AID) aus Anleihen von den amerikanischen Steuerzahlern erhalten.

Während des Winters und frühen Frühjahrs kommt gut die Hälfte vieler Gemüsesorten in einem beliebigen amerikanischen Supermarkt aus Mexiko. Sie werden auf dem Land angebaut, das stattdessen Bohnen erzeugen könnte und dies in vielen Gebieten auch getan hat. In dem Maße, in dem Bohnen ersetzt werden und ihr Preis in Mexiko steigt, wird es für große Teile der ländlichen Bevölkerung schwierig, sich dieses grundlegende Hauptnahrungsmittel zu sichern. In ähnlicher Weise hat die brasilianische Militärregierung Cargill und andere riesige amerikanische Getreidehandelsfirmen ins Land gebracht, in einem beispiellosen Drang, die Sojabohnen-Exporte für den japanischen Viehfuttermarkt zu steigern. Diese Aktion ging auf Kosten der brasilianischen Bevölkerung, unter der es im letzten Jahr einige Aufstände gab, da die zum Export bestimmten Sojabohnen ihr Grundnahrungsmittel, schwarze Bohnen, verdrängt hatten. Und in Chile treibt die Junta Nahrungsmittelexporte energisch voran, während nach Schätzungen eines kanadischen Ökonomen 85 % der chilenischen Bevölkerung unterernährt sind.

Die globale Farm tut jedoch mehr, als Land dem Anbau der vielfältigen und nahrhaften Produkte zu entziehen, die bisher in den ärmeren Ländern angebaut und gegessen wurden. Landwirtschaftliche Produkte für den weltweiten Supermarkt monopolisieren die Geldmittel und Dienste, die von staatlichen Landwirtschaftsprogrammen zur Verfügung gestellt werden und vernachlässigen den Anbau einheimischer Grundnahrungsmittel. Schließlich stellt der weltweite Supermarkt noch den besten Anreiz für die einheimische Elite dar, die Umverteilung landwirtschaftlicher Ressourcen zu bekämpfen. Ohne ihr Wissen und unbeabsichtigt werden Supermarktkonsumenten in Ländern wie den USA so zu einer aussaugerischen Kraft, indem sie Boden und Arbeit absorbieren, die sonst Nahrungsmittel für die produzieren könnten, die sie am dringendsten benötigen.

Die Zerstörung des Bodens

Bud Senegal setzt riesige Caterpillar Bulldozer ein, um jahrhundertealte Baobab-Bäume aus dem Boden zu reißen, die oft 7 oder 8 m Durchmesser haben. Ein senegalesischer Wächter berichtet stolz, daß oft zwei „Cats" nötig sind, um einen einzigen Baum umzulegen. Die Bäume, so der Aufseher, müssen weg, um Bud's Traktoren Platz zu machen. Was hier verlorengeht, ist mehr als Schönheit. Die Wurzeln des Boabab sind wichtig, um den Boden gegen heftige Winde festzuhalten.

In ihrem Drang, neue Reichtümer zu ernten, behandeln die Agrobusiness-Unternehmen den Boden in der ganzen Welt rücksichtslos. Sie können sich das leisten, weil die Profite hoch sind und immer neues Land da ist, das man unter den Pflug nehmen kann, wenn auf dem alten Probleme entstehen. Im mexikanischen Zamora-Tal geht die Erdbeer-Export-Industrie so achtlos mit dem Land um wie sie es billig erworben hat. Zu viel Bewässerung und Versprühen von Schädlingsbekämpfungsmitteln haben einen verseuchten und erschöpften Boden zur Folge. Aber die wenigen Erdbeermillionäre rechnen einfach damit, neue Landflächen in Besitz zu nehmen, auf denen der Prozeß von neuem beginnen kann. In der Belieferung des großen Supermarktes konkurrieren Mexikos Erdbeerproduzenten mit der größeren Erfahrung derUS-Produzenten. Um sich in diesem Wettbewerb halten zu können, so eine größere Studie über die mexikanische Erdbeerindustrie, „plündern sie Ressourcen bis aufs letzte, d.h. sie holen das meiste aus ihnen heraus, ohne mehr als unbedingt nötig zu investieren ..."

In Brasilien wird eines der letzten noch erhaltenen großen natürlichen Gebiete, das Amazonasbecken, rapide seiner Wälder beraubt. Riesige multinationale Firmen wie Anderson Clayton, Goodyear, Volkswagen, Nestle, Liquigas, Borden, Mitsubishi and Universe Tank Ship (...) bearbeiten mit Bulldozern Hunderte von Millionen acres, um dort Rinder für den Export zu züchten. Liquigas plant, das Vieh auf Lastkähnen flußabwärts nach Belem an der Amazonasmündung zu verschiffen. Dort sollen Arbeiter die Tiere schlachten und das Fleisch schneiden, andere Arbeiter werden es schnell in Plastik hüllen und es komplett mit Gewichts- und Preisangabe (in Lira) verpacken. Das Fleisch wird dann zum sofortigen Verkauf in italienischen Supermärkten nach Mailand geflogen werden. Die Gesellschaft schätzt, daß sie bei der Kühlung einsparen kann, da das Fleisch bei einer Flughöhe von 9.000 m „natürlich" gekühlt wird.

Die ökologischen Folgen dieser Landrodungen zum Zweck der Viehzucht werden jedoch wahrscheinlich verheerend sein. Sich an einem tropischen Wald zu schaffen machen, so zeigt sich, ist nicht dasselbe, wie im gemäßigten Klima einige Bäume zu fällen. Sobald die vielfältige Vegetation des Waldes weggerissen ist, waschen die sturzbachartigen tropischen Regengüsse, die oft Niederschlagsmengen von 15 bis 20 cm am Tag mit sich bringen, den ungeschützten Boden aus, und die Sonne am Äquator verwandelt das, was

übrig bleibt, in ein ziegelsteinartiges Wüstenland. Ökologen warnen, daß durcheine so riesige Änderung des Amazonas-Waldes Entwässerung und Wasserverdunstung sehr wohl Kettenreaktionen in Gang setzen könnten, die das Klima in der ganzen Welt spürbar verändern könnten.

Ein Land, ein Produkt

Die meisten Amerikaner hörten im Geographieunterricht der High School von landwirtschaftlichen Monokulturen: jeder erinnert sich an die farbigen Weltkarten: eine Banane über Ecuador gelegt, ein Kaffeestrauch über Brasilien usw. Tatsächlich scheint etwas sehr logisches an dieser Vorstellung der „natürlichen Vorteile" zu sein. Warum sollte nicht jedes Land das produzieren, was es am besten kann, und das importieren, was es nicht anbauen kann? Warum nicht Ananas auf den Philippinen oder in Kenia anbauen, warum nicht Erdbeeren aus Mexiko beziehen oder Nelken aus Kolumbien einfliegen, wenn diese Länder sie billiger produzieren können?

Um heute zu lernen, müssen wir jedoch vergessen, was wir einst gelernt haben: landwirtschaftliche Exportprodukte für den Luxuskonsum anzubauen, ist weder „natürlich" noch stellt es einen „Vorteil" dar. Auf die meisten der unterentwickelten Länder angewandt, stellt sich die Idee des „natürlichen Vorteils" als eine immanente Täuschung heraus. Sie verbirgt, was sich tatsächlich abspielt: daß nämlich die, die von den Deviseneinnahmen profitieren, welche durch die landwirtschaftlichen Exporte ins Land kommen, nicht die Leute sind, deren Arbeit die exportierten Früchte produziert.

Selbst wenn ein Dritte-Welt-Land Teile seiner Deviseneinnahmen für Nahrungsmittelimporte aufwendet, werden in der Regel nicht Grundnahrungsmittel importiert, sondern westliche Lebensmittel und Delikatessen für die städtische Bourgeoisie. Im Senegal werden Bauern durch Besteuerung gezwungen, ihr besseres Land für den Erdnußanbau zum Export nach Europa zu verwenden. Einen guten Teil der hieraus entstandenen Exporterlöse verwendet die Regierung, um Weizen für im ausländischen Besitz befindliche Mühlen zu importieren, die daraus Mehl für französisches Weißbrot für die Stadtbewohner mahlen. In Niger stellten wir kürzlich fest, daß Deviseneinnahmen sogar für den Import von Eiskrem direkt aus einem Laden auf den Champs Elysees verwendet wurden!

Dieser Prozeß entschleiert einen Mythos, der in den Nachrichten dieser Tage häufig auftaucht: daß höhere Preise für die landwirtschaftlichen Exporte der Dritten Welt den Hungernden nützen werden. Gerade eine auf erfolgreichen Export ausgerichtete Landwirtschaft stößt die ländliche Bevölkerung oft in weiteres Elend. Dies liegt an der obenerwähnten Landspekulation: wenn die Preise für Waren steigen, wird das ursprünglich von Pächtern und Subsistenzbauern bewirtschaftete Land von großen Landbesitzern übernommen, die nun größere Profite machen können. Außerdem können die Löhne für Plantagenarbeiter dann real sinken. Ein Beispiel: als sich der Weltmarktpreis für Zucker 1974 mehr als verdoppelte, fiel der Reallohn eines Zuckerrohrschneiders in der Dominikanischen Republik tatsächlich auf weniger als 10 Jahre zuvor. Eine nominale Lohnerhöhung für die Zuckerrohrarbeiter konnte die durch den Zuckerboom in Gang gesetzte Inflation nicht ausgleichen.

Mehr noch: Regierungen, die Agrarexporte forcieren, sind Regierungen, die Ansätze von Agrarreformen erbarmungslos unterdrücken. Minimallohngesetze für Landarbeiter werden abgeschafft bzw. gar nicht erlassen, weil sie die Stellung des Landes im Exportwettbewerb „schwächen" könnten. Land, auf dem Exportprodukte angebaut werden, wird von Landreformen ausgeschlossen; Produzenten wechseln schneller von einheimischen Früchten auf Exportprodukte, um zu vermeiden, daß sie ihr Land verkaufen müssen. Auf den Philippinen etwa waren 1974/75 232000 acres mehr mit Zuckerrohr bepflanzt und insofern von der Landreform ausgenommen – als noch drei Jahre zuvor.

Schließlich erfordert die globale Produktion chemische Düngemittel und Insektenvernichtungsmittel, sowohl, um die Erträge zu maximieren, als auch, um den „Schönheitsnormen" des ausländischen Marktes und den Anforderungen für die Weiterverarbeitungen gerecht zu werden („Syndrom der unzerquetschbaren Tomate"). Die Landwirtschaft auf importierten Technologien aufzubauen, stellt sicher, daß, was auch immer produziert wird, ausgeführt werden kann, um die Importrechnung zu bezahlen – ein tückischer Kreislauf der Abhängigkeit.

DIE GRÖSSTEN AGROBUSINESS-FIRMEN DER USA

Latin American Agribusiness Corporation: ein Konsortium von 15 riesigen US-Konzernen (z.B. Borden, Ralston Purina und Gerber). Um Steuerzahlungen an die USA zu vermeiden, in Panama eingetragen, jedoch immer noch Empfängerin von US-Krediten. Exportiert Rindfleisch, Gemüse und Nelken aus Mittelamerika und Kolumbien für Safeway und Southland (amerikanische Supermarktketten, d.Ü.). Die Kosten für Land und Löhne betragen in Lateinamerika nur etwa 10 % von denen in den USA.

Cargill: weltgrößte Getreidehandelsfirma. Der in Minneapolis ansässige Multi ist der größte US-Konzern in Familienbesitz. Seine Nettogewinne stiegen nach dem sowjetischen Weizenkauf um mehr als 40 %. Zur Zeit dehnt Cargill in Pakistan und Taiwan seine Geflügelzucht aus. Außerdem stützt sich das Unternehmen immer stärker auf die brasilianischen Sojabohnenvorräte. Die Enteignung seiner peruanischen Fischmehlbetriebe überlebte Cargill unbeschadet.

Del Monte: der größte Agrobusiness-Konzern der Welt. Die Eigentümerschaft seiner Ananas- und Bananen-Plantagen auf den Philippinen wird von Bauern angefochten, die den Konzern beschuldigen, er habe ihnen gedroht, ihr Land einzuzäunen und ihnen jeglichen Zugang dazu zu versperren, wenn sie die Verträge nicht unterzeichneten. Im Firmenvorstand sitzt der ehemalige Kinderstar Shirley Temple Black. Kürzlich verlegte Del Monte seine Spargelproduktion von Kalifornien nach Mexiko, von wo 90 % dieses Spargels wieder ausgeführt wird.

Bud Antle: dieser Konzern beansprucht das beste Ackerland in Senegal, um Gemüse, Melonen und exotische Gewürze für den europäischen Markt zu produzieren. Das selbe Land wäre genauso geeignet für den Anbau von Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln, die für die Ernährung der einheimischen Bevölkerung dringend benötigt werden. In den frühen 70er Jahren steigerten sich die Exporte, während der Hunger sich ausbreitete.

Unilever: Stellt mehr als 1000 Produkte her. Der Name Unilever taucht auf keinem einzigen auf.

Was hat das alles mit uns zu tun?
Es ist verführerisch leicht zu glauben, unsere Ernährungsprobleme seien andere als die der armen Länder – ihr Problem sei Knappheit und unseres Überangebot. In Wirklichkeit jedoch stehen wir und die Hungernden dieser Welt einer gemeinsamen Bedrohung gegenüber: der sich verstärkenden Kontrolle über das grundlegende menschliche Bedürfnis – Ernährung – sowohl in unserem eigenen Land als auch auf Weltebene. Dieselbe zunehmende Konzentration der Kontrolle über Boden und Vertrieb von Nahrungsmitteln, die den Hunger in den Entwicklungsländern direkt verursacht, setzt sich hier bei uns genauso fort:
– Nur 5,5 % aller landwirtschaftlichen Unternehmen in den USA haben mehr als die Hälfte allen Farmlandes in ihrem Betrieb. Das Ergebnis: Landlosigkeit, Arbeitslosigkeit und gelegentlich sogar Hunger in den ländlichen Gebieten der USA.
– Fast 90 % der US-Gemüseproduktion sind vertraglich oder direkt unter der Kontrolle großer weiterverarbeitender Konzerne. Vielen Farmern bleibt schon keine andere Wahl mehr, als einen Vertrag mit Del Monte abzuschließen oder mit einem anderen Riesen, oder aus dem Geschäft zu fliegen.
– Weniger als 0,2 % aller US-Lebensmittelproduzenten besitzen etwa 50 % aller Industrievermögen. Die größten vier Firmen in einer beliebigen Branche kontrollieren durchschnittlich mehr als die Hälfte des Marktes. 1972 waren solche Oligopole in 13 Nahrungsmittelbranchen nach Schätzungen der Federal Trade Commission für überhöhte Preisforderungen in Höhe von 2,1 Mrd. $ verantwortlich. Für den einen von 10 Amerikanern, der durchschnittlich 69 % seines Einkommens für Nahrung ausgeben muß, bdeuten derartig inflationäre Preise Unterernährung.
Es sind viele eben dieser oligopolistischen Konzerne, die heutzutage, unterstützt von Regierungen und internationalen Organisationen, in die Länder der Dritten Welt eindringen. Bauern, Landarbeiter, Arbeiter in der Verpackungs- und Konservenindustrie verlieren ihre Arbeit, während das Agrobusiness das Ausland durchstreift. Die USA importieren schon Nahrungsmittel im Wert von etwa 14 Mrd. US-$ jährlich – mehr als die Hälfte dieser Importe konkurriert direkt mit den Produkten, die US-Farmen herstellen.

Die weltweite Farm und der weltweite Supermarkt bringen den amerikanischen Konsumenten *keine* billigeren Lebensmittel. Verkaufen Ralston Purina und Green Giant ihre in Korea und Taiwan produzierten Pilze den Amerikanern billiger als die in den USA hergestellten Pilze? Keinen Cent billiger, wie eine Studie der US-Regierung zeigt. Die Ananas von Del Monte und Dole's Philippines kosten die amerikanischen Verbraucher real mehr als die, die von einer kleinen Firma auf Hawai produziert wurden. Zuguterletzt macht es in einer ölknappen Welt nicht allzuviel Sinn, Nahrungsmittel von der weltweiten Farm in den großen Supermarkt einzufliegen.

Indem sie es als „Nahrungsverflechtung" anpreisen, schaffen die multinationalen Agrobusiness-Konzerne zur Zeit ein einziges, weltweites landwirtschaftliches System, in dem sie alle Stufen der Nahrungsmittelproduktion kontrollieren, vom Boden in Afghanistan bis zum Krämerregal in DesMoines, Iowa. Vielleicht das erste Mal werden sie in der Lage sein, Angebot und Preise auf weltweiter Ebene effektiv manipulieren zu können. Der Prozeß ist schon durchaus in Gang; die Folgen der steigenden Lebensmittelpreise, denen wir uns heute gegenübersehen, zeichnen sich bereits ab.

Die Alternative zu dieser verlogenen „Interdependenz" besteht nicht im Isolationismus, genau wie die Alternative zur betonten Produktion knapper Güter nicht Stagnation heißt. Wir müssen das Problem des Welthungers neu definieren als ein soziales, nicht als ein technisches Problem. Völker, die von der Ausbeutung durch Großgrundbesitzer, Elite-Regierungen und die Macht der Konzerne befreit sind – Völker, die wissen, daß sie gemeinsam für sich selbst produzieren – haben bewiesen, daß sie nicht nur ihr Land fruchtbar machen, sondern sogar, daß sie ihr Land noch fruchtbarer als zuvor machen können. Nach Jahrzehnten starker Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten produziert Kuba heute Reis, Rindfleisch, Molkereiprodukte und eine zunehmende Vielzahl von Obst und Gemüse. Die Chinesen haben sich selbst vom Hunger befreit, indem sie die Kontrolle über nahrungsmittelproduzierende Ressourcen gleich verteilen und lokalisierten. Und in Ländern wie Jamaica, wo die Hälfte des Proteinverbrauchs aus ausländischen Quellen kommt, können selbst kleinere Schritte in Richtung einer Landreform zu mehr Produktdiversifizierung und weniger Hunger führen.

Wenn Menschen ihr Land benutzen, um zunächst sich selbst zu ernähren, kann der Handel ein organischer Ausdruck der Entwicklung werden – nicht länger das zerbrechliche Scharnier, an dem das pure Überleben hängt. Kein Land kann hoffen, im internationalen Handel zu „gewinnen", solange sein simples Überleben vom Verkauf nur eines oder zweier Produkte jährlich abhängt. Ein Land ist einfach nicht in der Lage, für seine Exporte einen angemessenen Preis zu verlangen, wenn es verzweifelt auf Devisen angewiesen ist, um Lebensmittel einführen zu können. Sobald die Grundbedürfnisse der Bevölkerung jedoch erfüllt sind, kann Handel eine gesunde Ausdehnung der *einheimischen Bedürfnisse* darstellen und wird nicht mehr von der ausländischen Nachfrage bestimmt. Die Beispiele Cuba und China zeigen, daß Handel mit Nahrungsmitteln nicht zu Lasten einer mangelhaft ernährten Bevölkerung gehen muß.

Im Gegensatz dazu stellen die globale Farm und der weltweite Supermarkt jene Form von Verflechtung dar, die wir nicht brauchen. Sie sind eine Verschleierung für die Aneignung von Boden und Arbeit durch einige wenige zum Nutzen weniger.

übersetzt und gekürzt vom iz3w

Internationale Konzerne in der Landwirtschaft der Dritten Welt

1. Einleitung

Die Ära der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft vieler Länder der Dritten Welt wurde schon während der Kolonialzeit eröffnet.

Plantagen waren die typische agrarische Produktionseinheit dieser Epoche. Sie hatten zur Folge, daß den Bauern die Produktionsmittel entzogen wurden und sie vom Markt verdrängt wurden und somit gezwungen waren, sich den Plantagenbesitzern als Lohnarbeiter zu verkaufen.

Diese vorwiegend im ausländischen Besitz befindlichen kapitalistischen Großbetriebe führten Monokulturen ein, die für ausländische Märkte bestimmt waren. (2, S. 220) Dieser Prozeß der Agrarentwicklung wurde durch den Anfang der 50er Jahre einsetzenden Rückzug der Kolonialherren aus den von ihnen während Jahrzehnten ausgebeuteten Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens nicht gestoppt. Die zu dieser und früherer Zeit entstandenen internationalen Konzerne treten an ihre Stelle und sichern damit die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise in den unterentwickelten Landwirtschaften und darüber hinaus die Fortführung der Herrschaft der Industrieländer über die Dritte Welt.

Das Problem, das wir in diesem Artikel zu analysieren versuchen, ist das neue Eindringen der Industrieländer in die unterentwickelte Landwirtschaft der Dritten Welt. In diesem Prozeß spielen die internationalen Konzerne eine entscheidende Rolle.

Warum wurde diesem Problem bislang so wenig Aufmerksamkeit geschenkt? Dies liegt zunächst einmal wahrscheinlich daran, daß die Aktivitäten internationaler Konzerne im industriellen und finanziellen Sektor am sichtbarsten waren und zweitens in der verbreiteten Behauptung, die Landwirtschaft sei für internationale Konzerne oder Kapitalanleger nicht sehr attraktiv, „da Profite bei landwirtschaftlichen Investitionen 1) nicht spektakulär sind, und da die landwirtschaftlichen Erzeuger als Gruppe kein Massenmarkt für Verbrauchsgüter und für die landwirtschaftlichen Inputs (Einsatzgüter, d. Verf.) sind, die von den multimationalen Konzernen produziert und verkauft werden.“ (5, S. 103)

Dieser Artikel ist so aufgebaut, daß zuerst die hauptsächlichen Aktivitäten internationaler Konzerne in der Landwirtschaft und ihre Wirkungen auf diesen Sektor dargestellt werden und dies anhand von zwei Beispielen, Nestle und Unilever, verdeutlicht wird.

2. Was ist ein internationaler Konzern?

Ein solcher Konzern besteht aus einer Muttergesellschaft, welcher Tochtergesellschaften, die um die ganze Welt verteilt sind, angeschlossen sind. Die Muttergesellschaft sitzt meistens in dem Land, wo das Ursprungsunternehmen und das Stammkapital herkommen. Zur Definition eines Konzerns gehört die zentrale Steuerung von Unternehmen, die zwar organisatorisch, rechtlich und betriebswirtschaftlich selbständig sind, die aber durch das Mittel der Kapitalbeteiligung in allen Fragen der Geschäftspolitik von der Muttergesellschaft abhängig sind. Dies Kennzeichnen gilt auch für internationale Konzerne, unabhängig davon, wo die Tochtergesellschaften sind.

Nicht nur die Finanzstrategie sondern oft die Produktions- und Absatzplanung und die gemeinsame Technologie werden in der Konzernzentrale entwickelt, beraten und entschieden. (3, S. 28 ff.)

3. Internationale Konzerne in der Landwirtschaft der Dritten Welt

In diesem Abschnitt wird auf die Rolle internationaler Konzerne in der unterentwickelten Landwirtschaft eingegangen.

Die Frage, die wir zunächst in diesem Zusammenhang behandeln wollen, ist die der heutigen Orientierung der Agrarpolitik der Industrieländer für die Dritte Welt. Wie wir sehen werden, gibt sie den Rahmen an, in dem die Konzerne die Bedingungen für die Erfüllung ihrer Tätigkeiten finden. Eine Darstellung der neuen Strategie der Industrieländer, die ihren Ausdruck in den neuesten Programmen oder Plänen der Weltbank und anderer bekannter Weltorganisationen wie der FAO ihren Niederschlag findet, wird kurz angerissen.

Darauf aufbauend wird das Eindringen der internationalen Konzerne beschrieben und anschließend wird versucht, die Wirkungen solcher Konzerne auf die Landwirtschaft zu analysieren. Dabei wird allerdings nur der Aspekt des Technologietransfers berücksichtigt. 2)

3.1 *Neuorientierung der Strategien der Industrieländer für die Landwirtschaft der Dritten Welt.*

Für Industrieländer ist der Hunger eine Konsequenz zu knapper Lebensmittel. Dieser Behauptung nach wird der Hunger also dann beseitigt, wenn die Produktion von Nahrungsmitteln erhöht wird. Die Lösung des Welternährungsproblems wird

heute darin gesehen, die Produktion durch wirtschaftlicheres Wachstum, mehr Forschung, mehr Investitionen in die Infrastruktur und die Landwirtschaft der Entwicklungsländer, mehr Technologie, mehr Dünger, mehr Pestizide, mehr Entwicklungshilfe, zu steigern. Die Frage nach der Verteilung wird kaum angesprochen, es wird meistens nur über die Steigerung von Mengen diskutiert. So verlief beispielsweise die Welternährungskonferenz von 1974. (8, S. 174)

Diagnostiziert als Ursprung des Hungers, soll die Knappheit durch mehr Produktion beseitigt werden. Dies versprechen sich die Industrieländer durch die seit einem Jahrzehnt in die Landwirtschaft eingeführte Modernisierung. Nach der Meinung vieler westlicher Agrarexperten wird der Erfolg einer solchen Strategie dann gesichert, wenn internationale Konzerne diese neue Aufgabe übernehmen. Sie verfügen über das technische und organisatorische Know-how und können außerdem einen guten Beitrag zur Erziehung der Bauern leisten, da sie „nun einmal ausgezeichnete Ausbildungsinstitutionen sind". (6, S. 1; 5, S. 115)

Der Grund dafür, daß von staatlichen und überstaatlichen Institutionen der Industrieländer Programme zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion getroffen werden, liegt darin, daß die Industrieländer sich – zum einen von der Verschlechterung der Landwirtschaft in der Dritten Welt – und zweitens von den Erfolgen in den sozialistischen Landwirtschaften bedroht fühlen. (5, S. 103 ff.)

Der erste Punkt läßt sich dadurch begründen, daß die Industrienationen allmählich klar erkennen, „daß die schlechten Erträge dieser Landwirtschaften nicht nur diese Versorgungsquellen (billige Rohstoffe für die westliche Wirtschaft) und damit ihre Fähigkeit zur Kontrolle und Manipulierung der Verteilung der Produkte bedrohen, sondern daß diese schlechten Erträge auch zu einer Bedrohung ihrer eigenen Nahrungsbestände werden könnten, weil sie den unterentwickelten Ländern einen wachsenden Teil ihrer eigenen Nahrungsmittelerzeugung durch Verkäufe oder Schenkungen liefern müßten." (5, S. 105)

Eine Lösung wäre, die für die Unterentwicklung der Landwirtschaft verantwortliche Agrarstruktur zu reformieren. An so eine Agrarreform haben die Industrieländer gedacht. Die Gefahr könnte sich aber dabei ergeben, daß die Agrarreform in eine Revolution umschwenkt und daß damit ein unterentwickeltes Land zum sozialistischen Block übergeht. „Eine revolutionäre Agrarreform muß daher um jeden Preis vermieden werden." (5, S. 105) Aus diesem Grunde dürfte es wohl kein Zufall gewesen sein, daß einerseits Agrarreformen durchgeführt worden sind und andererseits Bauernbewegungen durch Militäreinsatz ausgerottet und stranguliert worden sind. Agrarreformen, die in kleinem Umfang durchgeführt wurden und „zu denen vereinzelt Siedlungspläne (euphemistisch Reformen genannt) in traditionellen ländlichen Gemeinden oder in Gebieten mit jungfräulichem Boden gehören" (5, S. 106), hatten und haben das Ziel, Ruhe in der Bauernschaft auf dem Lande zu sichern und die Herrschaft der Großgrundbesitzer in der Landwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Die Modernisierung der Landwirtschaft kann auch zum Ziel haben, die Elite der Großgrundbesitzer zu stärken, da diese die Bedingungen für eine Strategie der Steigerung der Produktion mittels westlicher Technologie im Gegensatz zu den Kleinbauern erfüllen. Die Großgrundbesitzer verfügen über Kapital und Boden.

3.2 *Modernisierung oder Durchdringung der Landwirtschaft durch internationale Konzerne*

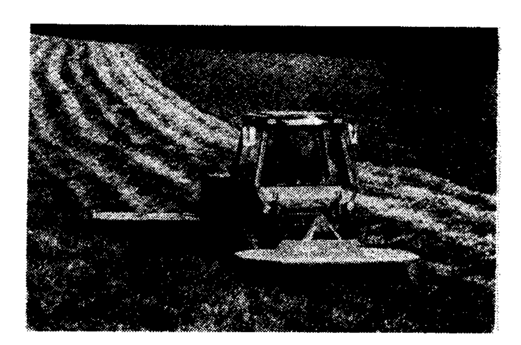
Die Modernisierung erfordert sehr hohe qualitative Einsatzgüter wie Bewässerungsanlagen, Maschinen, ertragreiches Saatgut usw.

Sie entspricht einer nach westlichem Muster entwickelten Technologisierung der Produktion 3). Demzufolge sind viele Länder der Dritten Welt gezwungen, fast alle Einsatzgüter zu importieren. „Die Folge (von intensiven Bewirtschaftungsmethoden hier am Beispiel Mexikos, d. Verf.) war eine regelrechte Invasion sowohl von Erzeugnissen,

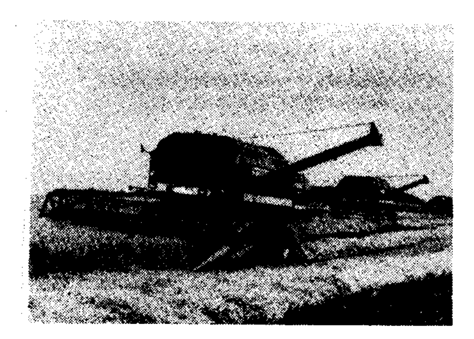
die hauptsächlich von multinationalen Konzernen hergestellt und von Mexiko eingeführt werden, wie auch von Multinationalen Konzernen selbst in vielen Bereichen der Volkswirtschaft. Ohne Übertreibung läßt sich bestätigen, daß der größte Teil der für den modernisierten Landwirtschaftssektor erforderlichen Inputs von den nicht-mexikanischen Firmen, hauptsächlich Unternehmen aus den Vereinigten Staaten geliefert wird." (5, S. 110)

Internationale Konzerne kontrollieren heute nicht nur Exportkulturen wie Kaffee, Zucker oder Tee, die schon in der Kolonialzeit als Monokulturen angebaut wurden, sondern auch weitere ebenfalls für den Export bestimmte Produkte, die bisher in den Heimatländern USA oder Europa angepflanzt wurden wie Erdbeeren, Tomaten, Pilze, Blumen (5, S. 111)

Der Technologiefaktor konzentriert sich nicht nur auf den Produktionssektor, sondern breitet sich auch auf fast alle Zweige der der Landwirtschaft zugeordneten Industrien und Dienstleistungsbetriebe aus. (Eine Ausnahme bildet die Düngemittelindustrie in einigen Ländern, die über Phosphatvorkommen verfügen). Somit wird eine Abhängigkeit erzeugt, die sich auf sämtliche Sektoren der Landwirtschaft erstreckt.







DIE „UNITED FRUIT COMPANY" (UFC)

Die UFC ist eine der großen nordamerikanischen Konzerne, die ihre Gewinne vornehmlich der Ausbeutung wirtschaftlich abhängiger unterentwickelter Länder verdanken. Sie ist für die Wirtschaftsbeziehungen mit Lateinamerika eines der wichtigsten Unternehmen der US-Wirtschaft.
Seit 1906 arbeitet die UFC in Guatemala. Die Regierung der USA erreichte für den Konzern zu diesem Zeitpunkt bedeutende Zugeständnisse von der Regierung Guatemalas, die den Erwerb von Ländereien am pazifischen Küstenstreifen des Landes ermöglichten. Ein weiterer Konzern, der Bananentrust CUYAMEL, der sich 1915 in Guatemala niederließ, wurde 1928 von der UFC gekauft. Sie griff häufig in die inneren Angelegenheiten des Landes ein. Nämlich immer dann, wenn einheimische Politiker den Versuch machten, ihren allgegenwärtigen und übermächtigen Einfluß einzudämmen. Dabei wurde sie häufig von der Regierung der USA unterstützt; allerdings liegen die Interessengemeinsamkeiten zwischen US-Regierung und US-Wirtschaft nicht immer so klar auf der Hand wie im Falle des US-Außenministers Dulles, der als Partner eines New Yorker Anwaltsbüros von den Geschäften der UFC direkt profitierte. Eklatante Beispiele für Interventionen sind: die Absetzung des Präsidenten Chacon und die Einsetzung des Diktators Ubico im Jahre 1930; der Kauf der Oppositionszeitung Excelsior in Santiago de Guatemala im Jahre 1931; die Kampagne gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Arevalo im Jahre 1945 (gegen den sie nach seinen Angaben im Laufe seiner Amtszeit 32 Verschwörungen anzettelte); der Sturz des sozialreformerischen Präsidenten Arbenz im Jahre 1954 durch ein von ihr und dem CIA finanziertes Söldnerheer unter Führung des Obersten Castillo Armas – und zwar während der Zeit, in der John Foster Dulles Außenminister der USA war. Das bietet ein besonders deutliches Bild von der Gemeinsamkeit der Interessen von US-Wirtschaft und US-Regierung. Die UFC genießt bis heute zahlreiche Steuer- und Zollvorteile.
Die UFC besitzt rund 10 Prozent des Plantagenboden in Guatemala. Sie kontrolliert nahezu die gesamte Ausfuhr, die zu rund 70 % aus Kaffee und zu 15 % aus Bananen besteht; die Bananenexporte kontrolliert sie sogar völlig, denn mehr als 95 % der Bananenkulturen gehören ihr. Insgesamt hat sie weit über 50 Millionen US-Dollar in Guatemala investiert. Durch Tochter-Gesellschaften kontrolliert sie auch die vom Staat „verpachteten" Eisenbahnlinien (etwa 820 km). Da die UFC zugleich als Importeur tätig ist, verdient sie doppelt. Sie erwirtschaftet jährlich Gewinne bis zu 70 % ihres Aktienkapitals, das sie schon mehrmals aus eigenen Gewinnen aufstocken konnte (z.B. von 11 Mill. Dollar im Jahre 1900 auf 205 Mill. Dollar 1930).

Sie beschäftigt rund 15 000 guatemaltekische Arbeitskräfte ständig. Hinzu kommen zahlreiche Saisonarbeiter. Sie pflegt Monokulturen und bemüht sich, die Industrialisierung zu verhindern, da sie auch von der Einfuhr industrieller Fertigprodukte profitiert. Die Arbeitsorganisation auf den Plantagen der UFC ist frühkapitalistisch; das heißt, daß sie auf der intensiven Ausbeutung der Arbeitskräfte beruht. Darüber hinaus verpachtet sie Kleinstbetriebe und kauft deren Ernten auf Grund ihrer monopolitischen Stellung zu den von ihr diktierten Preisen auf.

aus: Castano, C.
Und sei es mit Gewalt
Die Revolution in Guatemala.
Wuppertal 1968

Internationale Konzerne beschränken ihre Aktivitäten in der Landwirtschaft nicht nur auf die Produktion, sondern organisieren die Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die entweder von ihren Tochtergesellschaften selbst produziert werden oder den Kleinbauern abgekauft werden.

3.3 *Allgemeine Wirkungen des Technologietransfers in die unterentwickelte Landwirtschaft*

In Anlehnung an Feder 4), der die Folgen des Technologietransfers auf die unterentwickelte Landwirtschaft Mexiko's untersucht hat, werden wir uns jetzt diesem Aspekt der Aktivitäten internationaler Konzerne zuwenden, wobei andere Aspekte wie Kapitaltransfer oder Kulturtransfer außer Acht gelassen werden.

1) Die „technische Hilfe" an landwirtschaftliche Betriebe erfolgt über Verträge zwischen ausländischen und in Mexiko ansässigen Firmen. Die in Mexiko gegründeten Firmen sind meistens Tochtergesellschaften von US-Konzernen. Sie erhalten von diesen die Technologie (Lizenzen und Produktionsanlagen) und stellen landwirtschaftliche Einsatzgüter her, verarbeiten landwirtschaftliche Erzeugnisse oder vermarkten Fertigprodukte. Die Tochtergesellschaften werden je nach ihrer Funktion als „Lizenznehmerfirma" oder „Verarbeitungsbetriebe" bezeichnet.

2) Die „technische Hilfe" als Ergebnis dieser Verträge zwischen Ausland und Inland hat wichtige technologische und wirtschaftliche Folgen:

a) Tochtergesellschaften zum Zweck des Technologietransfers und der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte müssen gegründet werden.

b) Ausländische Fachleute aus der Muttergesellschaft werden zu Besuch der Tochtergesellschaften geschickt, um die den landwirtschaftlichen Erzeugern gewährte „technische Hilfe" zu überwachen.

c) Über den Technologietransfer werden Maschinen in die unterentwickelte Landwirtschaft eingeführt, die dem Zweck der Profiterhöhung der Maschinenhersteller dienen sollen und die mit dem Ziel der Einsparung von Arbeitskräften in den Industrieländern entwickelt worden sind.

d) Die „technische Hilfe" ist hauptsächlich an der Steigerung des Umsatzes der Firmen für landwirtschaftliche Inputs orientiert, die die Güter der technischen Hilfe liefern. Deswegen kommt die technische Hilfe meistens den Betrieben zugute, bei denen die höchsten Chancen einer Gewinnerzielung bestehen. Es sind also Großgrundbesitzer und Viehzüchter, die sich die Technologie finanziell leisten können.

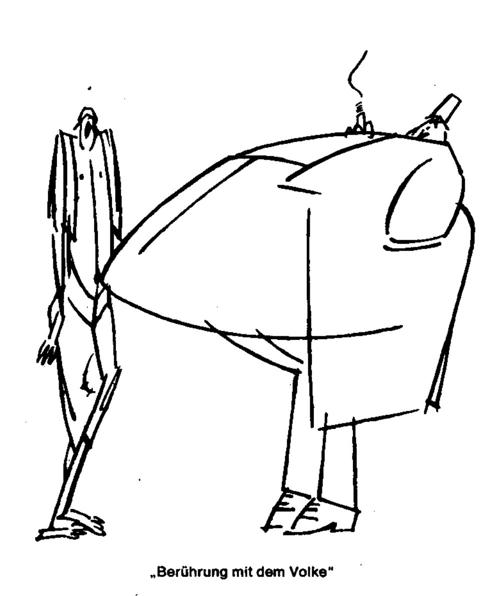
3) Verarbeitungsfirmen erhalten von ihren ausländischen Betrieben Ratschläge darüber, welche technischen Aspekte bei dem Kauf von landwirtschaftlichen Produkten beachtet werden sollen:

a) Entwicklung von Produktsorten, die für die Verarbeitung geeignet sind,
b) Qualitätskontrolle und Standardisierung der Erzeugnisse
c) Anbau, Gebrauch von Düngemitteln sowie Ernte- und Konservierungsmethoden
d) Schädlings- und Krankheitskontrolle,
e) Fütterungs- und Zuchtmethoden bei Vieh.

4) Die Produktsorten werden so gewählt, daß die Verarbeitungsfirmen ihre Kosten so niedrig wie möglich halten können. Eine andere Komponente bei der Produktwahl ist die des zu beliefernden Marktes. Es ist meistens der der Industrieländer. Es werden dadurch Produkte und Sorten gewählt, die es sonst ohne internationale Konzerne wahrscheinlich nicht gegeben hätte. Die Erzeuger passen sich der von Verarbeitungsfirmen getroffenen Produktwahl an, um ihren gesicherten Absatz bei diesen Firmen nicht zu verlieren. (Die Folgen dieser gesteigerten Exportorientierung für die Ernährungssituation der armen Massen werden in dem Artikel von Collins/Lappe untersucht.)

5) Die Abnahme landwirtschaftlicher Produkte durch die Tochtergesellschaft erfolgt meistens unter der Bedingung, daß Einsatzgüter und Dienstleistungen vom Abnehmer bezogen werden. Über die „technische Hilfe" sichern sich die internationalen Konzerne den Kauf von Produkten aus der Landwirtschaft.

6) Der direkteste Technologietransfer in die Landwirtschaft Mexiko's findet durch Verträge zwischen ausländischen und „inländischen" Firmen statt.



„Berührung mit dem Volke"

Die Lizenzgeber sind ausländische Firmen, die sich in der Entwicklung und im Verkauf verbesserter Saatgutarten betätigen, und die über die Lizenzverträge

a) ihr Saatgut verkaufen und übereinkommen, ihre Lizenznehmer mit neueren von ihnen entwickelten Sorten zu beliefern,
b) den „mexikanischen" Firmen und gelegentlich den mexikanischen Erzeugern von Saatgut Know-how und „technische Hilfe" liefern
c) gelegentlich einen Teil des in Mexiko erzeugten Saatgutes aufzukaufen.

Die Lizenzfirmen in Mexiko, die in der Regel Tochtergesellschaften der ausländischen Firmen sind, schließen Verträge mit mexikanischen Erzeugern über den Kauf ihrer Ernten (Baumwolle, . .) oder ihrer speziellen Saatproduktion.

7) Die Bezahlung für das Know-How und die technische Hilfe erfolgt entweder in der Form eines Prozentsatzes der Verkäufe, durch festgesetzte Zahlungen pro Tonne Saatgut, die erzeugt, verkauft oder verarbeitet wird, oder in anderer Form. Zusätzliche Kosten wie Reisekosten und Spesen für ausländische Fachleute werden dazu gerechnet. Die Zahlungen machen ungefähr 6 bis 10% der Nettoverkäufe an Saatgut aus. Sie liegen damit viel höher als die im industriellen Sektor.

Dieser neue Prozeß der Kontrolle über die mexikanische Landwirtschaft durch die in ausländischem Besitz befindlichen Betriebe ist für die Entwicklung typisch, die jetzt in vielen unterentwickelten Ländern auf der ganzen Welt sichtbar wird.

Die Cargill Company brachte also kleine Schweinchen nach Japan. Und sie machte die Japaner glauben, daß es sie glücklicher machen würde, wenn sie Fleisch äßen. Also begannen die Japaner, immer mehr Fleisch zu essen. Aber solche Schweinchen wollen gefüttert werden – und zwar mit Mais, den die Japaner nicht haben. Also importierten sie den Mais von amerikanischen Getreidegesellschaften.
Aber clever, wie die Japaner nun einmal sind, kapierten sie sehr schnell, wie dieses System funktionierte. Einmal wollten sie nicht von Importen nur von Amerikanern abhängig sein, und zum anderen brauchten sie neue Märkte für ihre Autos. Und deshalb wollten sie mit Kenia ins Geschäft kommen.
Wir wissen nun nicht, was die Japaner zuerst wollten: Mais für ihre Schweinchen kaufen oder ihre Autos loswerden. Das ist aber vielleicht auch nur dasselbe Problem, wie mit der Henne und dem Ei, oder dem Ei und der Henne, wie's beliebt. Ein glücklicher Zufall aber wollte, daß die Leute in Kenia Mais hatten u n d Autos wollten. Das heißt, sie glaubten, daß solche Autos sie glücklicher machen würde. Und, wie im Märchen, jedermann bekam, was er wollte.
Die Sache hatte nur einen Haken. Weißer Mais war schon immer ein Grundnahrungsmittel für Kenianer gewesen. Jetzt wurde der aber von den kleinen Schweinchen in Japan gefressen. Nur wenig blieb auf den Märkten in Kenia übrig, den die Leute kaufen konnten. Die Preise für den Mais stiegen ums achtfache.
Und es war ein sehr seltsamer Zufall, daß nur noch die reichen Leute ihn sich leisten konnten – eben die, die die Autos wollten.
Aber die gute Regierung, die konnte es sich nicht leisten, daß ihr Volk verhunderte. Deswegen begannen sie, Mais aus den Vereinigten Staaten zu importieren, und die großen Getreide-Gesellschaften hatten einen neunen Absatzmarkt. Ist der Freihandel nicht eine phantastische Erfindung,die jedermann glücklich macht! Also kümmert Euch gefälligst nicht zu viel darum, daß die Preise für Mais in Kenia stiegen und den Leuten dort der gelbe amerikanische Mais nicht schmeckte – selbst wenn sie sich ihn mal leisten konnten.

Anne-Marie Holenstein
Zürich



Dieses kleine Schwein schuf einen Markt

CARGILL ®

. . . in Japan. Für amerikanisches Getreide.
Denn CARGILL verkauft nicht einfach Getreide.
CARGILL vermarktet Getreide.
Das bedeutet, Märkte FINDEN oder sie schaffen.
Das bedeutet, Märkte entwickeln.
Und sie erweitern.
Aus diesem Grunde hat CARGILL Japan zur Entstehung neuer Fleisch- und Geflügelindustrien verholfen (heute ist Japan der Getreidekunde Nr. 1 unseres Landes). Und aus diesem Grunde baut jetzt CARGILL in Pakistan und Taiwan Geflügelindustrien auf . . . schafft neues Pflanzenölgewerbe in Spanien und Holland . . . verbessert Nahrungsqualität . . . weckt neue Nachfrage nach den Ernten amerikanischer Farmer.
CARGILL-Marketing ist wie Landwirtschaft: es dient der Kultivierung von Dingen, die es zuvor nicht gab.

Cargill Incorporated, Cargill Building, Minneapolis, Minnesota 55402

aus: einer Cargill-Anzeige im SOUTHWESTERN MILLER

abgedruckt in: rororo: Weizen als Waffe. NACLA-Report, S. 71

4. Beispiele

4.1 Nestle: Schweizer Lebensmittelkonzern

Nestle, zweitgrößter Lebensmittelproduzent der Welt nach Unilever und mit einem Umsatz von 18,3 Mill. der weitaus größte Konzern der Schweiz, steht auf der Rangliste der größten Konzerne der Welt an 36. Stelle. Nestle hat auf der ganzen Welt verteilt 299 Fabriken, davon 95 in 30 Entwicklungsländern. Dazu kommen noch 97 Verwaltungszentren und 748 Verkaufsbüros und Auslieferungslager (1975). In Nestle's Verwaltungsrat ist die Spitze der Finanzoligarchie der Schweiz vertreten.

1971 z. B. saßen Mitglieder der schweizerischen Kreditanstalt, des schweizerischen Bankvereins, der schweizerischen Bankgesellschaft auch im Verwaltungsrat von Nestle. (1, S. 51 ff.)

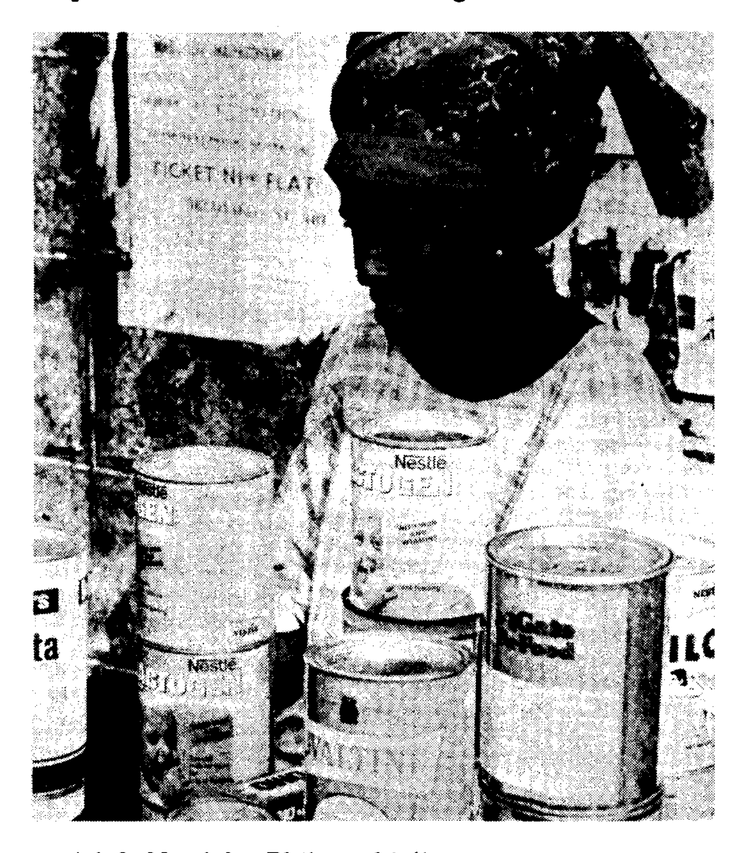
4.1.1 Die Entstehung von Nestle

1867 entwickelte Henry Nestle ein Präparat aus konzentrierter Milch, Weizenmehl und Zucker, das als Muttermilchersatz reißenden Absatz fand. 1878 wurde zusätzlich mit der Kondensmilchproduktion begonnen. 1882 begann die Anglo-swiss, die mit Nestle fusionierte, im Ausland zu produzieren, „da Zollschranken und Schwierigkeiten mit der Milchversorgung keine Ausweitung der Exporte mehr erlaubten." (1, S. 54) 1920 besaß die Gesellschaft 80 Produktionsstätten und über 300 Warenlager, Verkaufsbüros oder Agenturen in allen 5 Kontinenten. Diese Expansion kam damals weniger durch die Gründung von weiteren Tochtergesellschaften als durch den Ankauf von Konkurrenzunternehmen zustande. „Das Wachstum der Firma wurde somit von einer zunehmenden Monopolisierung der Märkte begleitet" (3, S. 54), dessen Umfang man als einfacher Konsument kaum überschauen kann. Nestleprodukte, die inzwischen von der Kondenzmilch bis zu Kosmetika reichen, erscheinen nämlich auf dem Markt unter den verschiedensten Namen wie Maggi, Thomy and Frank Libby's Findus, Chambourcy, Nescafe, etc. Die spätere Durchdringung der Märkte der Dritten Welt begann mit dem Absatz des Baby- und Kindernahrungsmittels Lactogen.

4.1.2 „Lactogen ist ebenso gut wie Brustmilch" „Lactogen macht stark und gesund"

Lactogen ist eine Pulvermilch, die vor dem Gebrauch mit einer der Pulvermenge entsprechenden Menge Wasser gemischt werden muß. Um als Kindernahrungsmittel gebraucht werden zu können, wird eine Saugflasche benötigt. Für Europäer ist dieser Gedanke selbstverständlich: Der Gebrauch der Saugflasche ist hier nicht gefährlich. In Entwicklungsländern herrschen jedoch andere finanzielle, klimatische und hygienische Bedingungen als in Industrieländern. Die Konsequenz der Einführung von Pulvermilch und Saugflaschen in Ländern der Dritten Welt war die rapide Verschlechterung der Ernährungssituation der Kleinkinder, die oft zu ihrem Tod geführt hat.

Wir werden zuerst die Nestle-„Philosophie" darstellen, sie mit ihren tatsächlichen Wirkungen konfrontieren und anschließend die Nestle-Milchproduktion am Beispiel Mexikos (Chonpalta) und ihre Konsequenzen für Kleinbauern aufzeigen.



4.1.3. Nestle's „Philosophie"

Wenn Nestle in der Dritten Welt nicht existieren würde, würden zahllose Kinder sterben. (1, S. 58) Nestle behauptet, Lactogen nur für die Mütter zu verkaufen, denen das Stillen überhaupt nicht oder nicht in ausreichender Menge möglich ist. (1, S. 84) Die Werbekampagnen in der Dritten Welt waren jedoch darauf ausgerichtet, das Stillen in großem Maße zurückzudrängen, um dadurch erst einen Markt für Nestles Produkte zu schaffen. So suggerierte die Werbung Gesundheit für das Kind, was angesichts der zahlreichen Kinderkrankheiten in der Dritten Welt eine sehr wirkungsvolle Werbung ist. Auch wurden direkt bei den Entbindungsstationen Probepackungen für Lactogen verteilt, um die Mütter vom Stillen abzubringen.

Aufgrund des Aufsehens, das der für Nestle erfolglose Prozeß gegen die Kritiker seiner Werbepraktiken in der Dritten Welt erzeugte, ist Nestle heute gezwungen, seine Werbeaktionen etwas vorsichtiger durchzuführen. Es wird heute in der Regel nicht mehr offen behauptet, Lactogen sei besser als Muttermilch. Einige Länder der Dritten Welt haben Nestle auch Werbeverbot erteilt.

Die Philosophie Nestle's ist die rassistische und reaktionäre Kaschierung einer aggressiven Vermarktungspolitik. Zwei Beispiele zur Erläuterung. So der Präsident des Verwaltungsrates von Nestle:

– „. . . und doch versuchen gewisse sensationsgierige Leute dies zu behaupten und zwar unter dem Vorwand, daß unsere Milcherzeugnisse schädlich seien, wie natürlicherweise jedes Medikament oder Nahrungsmittel, wenn es falsch dosiert oder mit verseuchtem Wasser zubereitet wird. Diese Leute übersehen zweifellos, daß wir auch die Mütter über die richtige Verwendung unserer Produkte aufklären und daß Nestle seit ihrem Bestehen immer mit dem Hinweis verkauft hat, daß die Muttermilch für den Säugling am zuträglichsten ist und nur in deren Ermangelung durch unsere Produkte ersetzt werden sollte." (1, S. 59)

– „Als Arzt mit bald 70 Jahren weiß ich genau, daß erst dank Nestle die riesige Säuglingssterblichkeit der letzten Jahrhunderte bei uns eingedämmt werden konnte. Ebenso wissen sie genau, daß auch dank Nestle nach dem Krieg 1914-1918 und 1939-1945 Millionen hungernder Kinder in der ganzen Welt über das rote Kreuz, Caritas, usw. gerettet werden konnten. Wenn nun heute die befreiten analphabetischen Niggerregierungen mit Nestlemilch Unfug treiben, ohne zunächst einmal sauberes Trinkwasser zu besorgen, ist das nicht die Schuld der multinationalen Konzerne." (1, S. 90)

Die vor kurzem unabhängig gewordenen Entwicklungsländer sind also selber daran schuld, wenn solche Verhältnisse dort herrschen, daß Pulvermilch kein richtiges Nahrungsmittel für Kinder sein kann und daß sie bei seinem Verbrauch auch dran sterben können. Die Realität muß so gesehen werden, wie man es für das Geschäft braucht.



4.1.4. Die Wirklichkeit

Die Realität ist aber die, daß die Mütter gezwungen sind, falsch zu „dosieren" und mit „verseuchtem Wasser" die Milch zuzubereiten. 80% der Bevölkerung der Dritten Welt lebt in Armut, d.h. in katastrophalen finanziellen, hygienischen und damit gesundheitlichen Verhältnissen.

Warum sind Pulvermilch und Saugflasche gefährliche Produkte für in der Dritten Welt lebende Kinder und inwiefern wird durch den Vertrieb von Pulvermilch eine neue Abhängigkeit vom Ausland erzeugt?

Bei der Zubereitung der Milchflasche muß für extreme Hygiene gesorgt werden. Die Milchflasche sollte vor jedem Gebrauch sterilisiert werden, um das Gedeihen von Kolibakterien in der Flasche zu verhindern. Eine solche Hygiene ist in bürgerlichen Familien der Dritten Welt zu finden, nicht in Slums und Barrackensiedlungen in Städten oder in Dörfern. Die direkte Konsequenz sind Infektionen und Diarrhoe.

Nicht nur der Mangel an Hygiene begründet, daß der Vertrieb von Pulvermilch in der Dritten Welt nur in Grenzfällen erlaubt sein sollte, sondern auch die Tatsache, daß dieses Nahrungsmittel sehr teuer ist. Demzufolge verdünnen die Mütter die Milch, damit sie für eine längere Zeit reicht. Kinder bekommen dadurch nicht das Notwendige an Vitaminen und Eiweiß. Die Unterernährung der Kinder führt entweder zu irreparablen Schäden des Gehirns oder sogar zum Tod. (1, S. 16) In einer Studie, die aus Chile stammt, wurde nachgewiesen, daß die Sterblichkeit der flaschenernährten Babies dreimal höher als der gestillten Kinder war. (1, S. 85) Diese Feststellung ist keine Neuigkeit.

Frauen, die in den ersten Wochen ihr Baby nicht stillen, werden immer weniger Brustmilch haben. Die Abhängigkeit von einem Milchersatz kann dann kaum behoben werden. Dieses Resultat wird von der Nestle-Werbung insofern angestrebt, als der Konzern kostenlose Muster in Kliniken an Frauen verteilt, die ein Baby bekommen haben.

Der Trend von Brustmilch zur Saugflasche hat andere Wirkungen, Wirkungen gesamtwirtschaftlicher Art. Die Pulvermilch wird meistens importiert. Es werden dazu Devisen gebraucht, deren Verausgabung im Ausland den Wirtschaften der Dritten Welt nicht zugute kommt. Diese Importe bedeuten eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz und damit eine Verstärkung der Abhängigkeit von Krediten.

Nestle produziert inzwischen auch in der Dritten Welt. Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Wirkungen sind deswegen nicht besser.

4.2 *Nestle's Milchproduktion in Chontalpa (Mexiko)* 5)

„Die Gegend von La Chontalpa (. . .) hat weder für Landwirtschaft noch für Viehzucht besonders gute Bedingungen. Monatelang liegt die Tagestemperatur bei 40 Grad Celsius. In dieser feuchten Tropenhitze können nur bestimmte Rassen von Rindvieh gedeihen. Monatelang regnet es wie aus Kübeln, das Land wird kilometerweit überschwemmt, Teile der Ernte können nicht eingeholt werden und verderben. Fast das ganze Jahr hindurch plagen Insektenschwärme Mensch und Tier.

Die mexikanische Regierung, die die Probleme eines schnellen Bevölkerungswachstums von etwa 3% pro Jahr und einer akuten Ernährungslage zu bekämpfen hat, denkt als Lösung an die Erschliessung von neuem Land und an die Steigerung der Erträge. So entstand der Chontalpa-Plan, dessen Durchführung 1966 über alle Einwände und Bedenken hinweg begann. Der Plan stieß gleich auf riesige Probleme. „Die Natur ließ sich kaum bändigen, die eingesessenen Bauern widersetzten sich der Bildung von Genossenschaften und mußten mit dem Einsatz der Armee gefügig gemacht werden; die neu gegründeten Ejidos (Genossenschaften) hatten mit tausend technischen und administrativen Problemen zu kämpfen . . . " Alle fragten sich, woher das Ganze kommen könnte!

1972 wurde eine Vereinbarung zwischen Nestle und der mexikanischen Regierung getroffen, daß der Konzern ein milchwirtschaftliches Projekt im Chontalpa-Gebiet entwerfen und ausführen sollte. Die wichtigsten Bewegungsgründe des schweizerischen Konzerns für dieses Projekt waren die folgenden:

1) das Einzugsgebiet eines wichtigen Rohstoffs für die eigene Industrie zu erweitern,
2) das hohe Niveau ihrer Technologie mit einer Pionierleistung – Milchwirtschaft im Tropenklima – unter Beweis zu stellen.

„Nestle fand in Chontalpa eine Bevölkerung vor, die in einem Zustand völliger Unterentwicklung dahinvegetierte, Bauern, die seit Jahrhunderten in den Tag hineinlebten, wie es im 1976 publizierten mit bestechenden Bildern und Statistiken ausgestaffelten Werbeband der Firma heißt.

Man beschloß sechs Ejidos in Modellfarmen zu verwandeln, wobei jede einzelne 300 Kühe halten sollte. Nestle verpflichtete sich, die gesamte Milchproduktion zu einem für ganz Mexiko festgesetzten Preis aufzukaufen. Die Ejidatarios, die alles erst lernen mußten, erklärten sich bereit, bei einer mexikanischen Privatbank (Banco de Commercio) diverse Kredite aufzunehmen. Nestle übernahm dabei eine Wechselbürgschaft in Form einer Bankgarantie und die gesamte Verantwortung für die technische und verwaltungsmäßige Durchführung des Projekts. Dank des behutsamen psychologischen Einfühlungsvermögens ihrer technischen Berater sollten die Bauern von Chontalpa bald in der Lage sein, auf den sechs Farmen ein jährliches Frischmilchaufkommen von 5 Mill. Litern zu stellen.

Zu diesem Zweck mußte man Weideflächen auflegen, Futtersilos errichten, medizinische Vorbeugungsmaßnahmen für das Vieh treffen und die künstliche Besamung einführen. Es mußten Ställe gebaut und landwirtschaftliche Geräte gekauft werden. Es standen also beträchtliche Investititionen auf dem Plan, wenn man bedenkt, in welcher Armut die Angehörigen der Ejidos lebten. Soweit Nestle's Bilderbuch.

Die Viehrasse war entscheidend für den Erfolg dieses Projekts. Die zuständigen Techniker des Unternehmens entschieden sich für den Import kanadischer Holsteinkühe und beeinflußten die rund hundert Landwirte unter ihrer Obhut in diesem Sinne.

Hochwertiges Vieh wurde somit aus einer sehr kalten Region in eine der heißesten Zonen des amerikanischen Kontinents überführt."

Die Kühe überwanden den Schock nicht. Statt 20 bis 25 Liter Milch pro Tag zu produzieren, waren es in Chontalpa nur noch 6 bis 10 Liter. Da sie die Hitze schon früh am Morgen nicht aushalten konnten, kehrten sie von selbst zu den Ställen zurück. „In der ersten Zeit kehrte das Vieh zurück, kaum war der Tag angebrochen. Jetzt hält es immerhin schon bis zehn Stunden oder elf Uhr aus." – entgegnet der Leiter von Nestle's Molkereiprojekt in Chontalpa.

1976 belief sich der Gesamtertrag der Milchproduktion auf 2,4 Mill. Liter oder 60% weniger, als die Firma Nestle in ihrer Rentabilitätsstudie, welche die Basis für die Verhandlungen mit den Ejido-Genossen bildete, in Aussicht gestellt hatte. Das Gravierenste an diesem Projekt ist die vollkommene Abhängigkeit der Bauern von dem Konzern. Nur ein geringer Teil der Finanzierung des Projekts wurde durch direkte Investitionen des schweizerischen Konzerns gedeckt. (1,5 Mill. Pesos).

Jeder einzelne der sechs Ejidos mußte dagegen bei der Banco de Commercio Kredite in der Größenordnung von je drei bis vier Mill. Pesos aufnehmen, die zu 7,6% verzinst wurden und für die Nestle die Bürgschaft übernahm.

„Laut Klausel 9 des Vertrags, der zwischen dem Nahrungsmittelkonzern und jedem der 6 Ejidos abgeschlossen wurde, ist der Ejido verpflichtet, Nestle die gesamte Milchproduktion zu verkaufen, solange die Kredite der genannten Privatbank nicht zurückgezahlt worden sind." Die Ejidobauern haben sich also verpflichtet, ihre Gesamtproduktion auf die vertragliche Dauer von 11 Jahren einem einzigen

Abnehmer zu verkaufen; dies als Gegenleistung für die Bürgschaft, die Nestle übernahm.

„Der Leiter des Projekts meinte, daß das Problem nicht an der Viehrasse liegen würde, sondern an der Beschaffung von billigem und gleichzeitig hochwertigem Futter. Nestle beschloß, den Viehbestand zu reduzieren und die überzähligen Tiere zu verkaufen." Wir konnten das Vieh nicht fristgemäß verkaufen, weil die Leute hierzulande ein Vorurteil gegen das Holsteinvieh haben," erklärt der zuständige Nestle-Funktionär. Strenge Vorschriften beim Transport der Tiere wurden vom Staat Tabasco erlassen. So sei ein hartes Stück Arbeit, diese Vorurteile „und Hindernisse zu überwinden", die „Lösung des Problems" sei aber nahe. Die Ejido-Genossen werden Mühe haben, solchen Optimismus zu schlucken. „Umsomehr Mühe, als Nestle ihnen immer noch 2,75 Pesos pro Liter gekühlter Milch zahlt (Anfang April 1977) während alle übrigen Händler und Firmen, die Frischmilch pasteurisieren oder verarbeiten, sie seit Mitte November letzten Jahres (ungekühlt) zu 3,30 aufkaufen". Nestle rechtfertigt diesen Tatbestand damit, „daß sich das betreffende Regierungsdekret ausdrücklich auf jene Unternehmen bezieht, welche die Milch pasteurisieren, also nicht auf Nestle".
„Das 60prozentige Ertragsdefizit infolge mangelnder Akklimatisierung der Kühe, die zusätzlichen Produktionskosten der Ejidos und der niedrige Milchpreis haben die 6 Betriebe in eine hoffnungslos scheinende Lage geführt. Seit 1973 hat keiner jemals Gewinn abgeworfen. So verdienen die Bauern nur den gesetzlichen Mindestlohn: 55 Pesos (6,25 DM) pro Tag. (. . .) Die Situation hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 in drei der sechs Farmen dermaßen verschlechtert, daß deren Bankrott unvermeidlich wurde. Der Schuldenberg von C 21 (einer der Farmen) beläuft sich zur Zeit auf rund vier Millionen Pesos, eine beträchtliche Summe, wenn man bedenkt, in welcher Armut die Angehörigen der Ejidos leben. (. . .)

Als Bürger war Nestle verpflichtet, die finanzielle Last der bankrotten Betriebe zu übernehmen. Aber auch die Ejidatarios kamen nicht schadlos weg; sie mußten zusehen, wie die Kühe, Traktoren, Melkmaschinen und andere Installationen abgeführt wurden. Zurück blieben nur die leeren Ställe, die sie selbst unter technischer Aufsicht der Firma errichtet hatten.

So oder so wird von den „Modellfarmen", die Nestles Bilderbuch wahrhaben will, nicht viel übrigbleiben."

4.2 *Unilever in Zaire*

4.2.1 Entstehungsgeschichte des Unilever-Konzerns

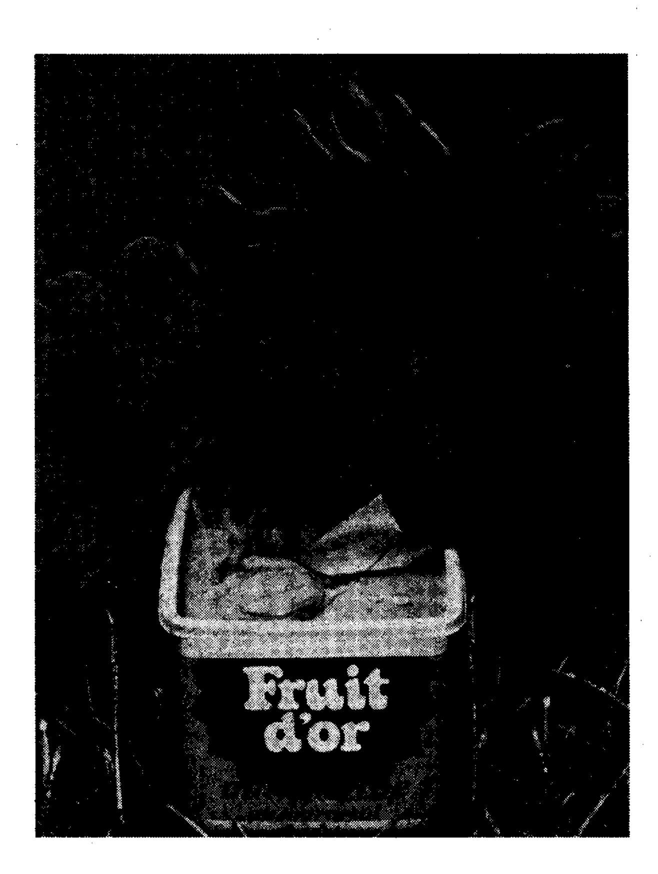
Die Geschichte Unilevers hat mit der industriellen Revolution begonnen. Um das Jahr 1860 waren zwei holländische Familien (Van den Bergh und Jurgens) aktiv am Buttermarkt im Norden Brabant beteiligt. Als Mege Mouries 1869 die Margarine, billigerer Ersatz für Butter, erfand, wurde die Produktion und Vermarktung dieses neuen Produktes von den Familien übernommen. Finanzieller Schwierigkeiten zufolge sahen sich diese Firmen gezwungen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu gründen, um sich einen Zugang zum Kapitalmarkt zu verschaffen. So entstand 1894 Van den Bergh Limites (England), 1919 Van den Bergh Fabricken (Holland) sowie 1905 M.V. Anton Jurgens Vercenigdi Fabricken Company. Nach einer Geheimabsprache zwischen den beiden Gesellschaften gründeten sie 1927 zwei neue Gesellschaften: die N.V. Margarine Union Limited in Holland und die Margarine Union Limited in England. Damit konnten sie eine Doppelbesteuerung umgehen und Zugang zum Kapitalmarkt in beiden Ländern erhalten. (9, S. 304)

Die europäische Seifenindustrie hat eine ähnliche geschichtliche Entwicklung durchgemacht wie die Margarineindustrie. Als die Seife noch in Form von Stangen angefertigt wurde, begann William Lever, eine Seife herzustellen, die nicht wie herkömmlich auf Pflanzenfett beruhte, sondern auf Öl: die später weltweit verbreitete Sunlight-Seife. (4, S. 2)



Durch die Anwendung neuer Technologien und aus Amerika importierter Vermarktungsmethoden konnte die Lever Firma schnell expandieren. 1894 gründete William Lever die Lever Brothers Limited. 1906 reichte sie bis Nordamerika, Australien und Südafrika. Zur gleichen Zeit begann jedoch die Nachfrage nach Seife zu sinken. So entschied Lever, seine Auslandsinvestitionen zu erhöhen und die

Seifenverkäufe in Industrieländern zu erweitern. Die Sicherung von Rohstoffen war der zweite Aspekt der Produktionspolitik von Lever. So begann z.B. die Ausbeutung der zairischen Landwirtschaft. Aufgrund der immer größeren Konkurrenz in den Monopolzentren fusionierten die holländische und englische Margarinefirma mit der Levergesellschaft. Der Unilever Konzern wurde gebildet.



Als Lever bei der britischen Regierung erfolglos versuchte, eine Erlaubnis für die Errichtung von Riesenplantagen im britischen Westafrika zu erhalten, wandte er sich an die belgische Regierung. 1911 wurde ein Vertrag zwischen Lord Leverhulme, Chairman of Lever Brothers Company Ltd., und der belgischen Regierung abgeschlossen: es wurde ihnen 750.000 ha Land zugestanden. 1938 wurde die Fläche auf 350.000 ha reduziert und 1956 als Eigentum des Unilever-Konzerns deklariert. Das Eigentum Unilevers ist auf 5 verschiedene Regionen verteilt. Als Gegenleistung ist Unilever verpflichtet worden, eine Ölmühle in jeder dieser Regionen zu bauen, die eine Kapazität von 6.000 Tonnen Ölfrüchte pro Jahr bearbeiten soll. Somit wurden die „Societe anonyme des Huileries du Congo belge" (HCB) gegründet. 1958 erwarb die HCB das Monopol auf dem Ankaufsmarkt für Palmfrüchte bei allen 5 Plantagen. Der Einfluß oder die Durchdringung Unilever's in Zaire beschränkt sich nicht nur auf den Landwirtschaftssektor, sondern breitet sich auch auf den Handels- und Industriesektor aus. Neben den Plantagen errichtete Unilever schon 1920 eine Handelsgesellschaft (SEDEC). Sie hatte die Aufgabe, Güter zu importieren und an die Läden zu verkaufen, die auf dem Land bei den Plantagen gebaut wurden.

Die andere und letzte Filiale von Unilever in Congo ist die „Societe des Margarines et des Savonneries Congolaises" (MARSAVCO).
Sie wurde 1922 gegründet mit dem Ziel, Margarine und Seife herzustellen. (Zum heutigen Produktionsprogramm von MARSAVCO vgl. Kasten.)

MARSAVCO - Produkte:

1. Nahrungsmittel:	Blue Band Axa Covo, Huildor, Simba
2. Toilettenseife:	Lux, Reward, Tres chic, Tango, Astral, Rexona
3. Haushaltsseife:	Sunlight, le Coq, Elephant
4. Toilettenartikel:	Pepsodent, Gibbs, Sunsilk, Tango, Delia
5. Waschmittel:	Omo, Vigor
6. Reinigungsmittel:	Vim, Sav

4.2.2. Unilever Plantagen in Zaire

Das Hauptziel Unilever's in Zaire ist die Sicherung von Rohstoffen. In Zaire pflanzt der Konzern an oder vermarktet hauptsächlich Ölprodukte wie Plamöl und diverse Güter wie Gummi, Kakao, Tee, Palmkern. (Siehe Kasten zu den Plantagen in den Distriken Zaires).
Die angebaute Fläche der Plantangen umfaßt 47.281 ha, die sich in 11 Plantagendistriken unterteilen läßt. Unilever ist der einzige Besitzer des Bodens und beherrscht den Markt für Ölprodukte. Diese Produkte werden von Kleinbauern auf den Markt gebracht und zu einem niedrigen Preis an Unilever verkauft. Sie sind für ausländische Märkte in Europa bestimmt. Die Wahl der Produkte verfolgt zwei Ziele. Unilever versucht zum einen, seine Seifenindustrie in Europa mit billigen Rohstoffen zu versorgen und damit die höchstmögliche Profitrate dort zu erzielen.

Durch eine Produktdiversifizierung kann Unilever einen Teil der negativen Effekte der Weltmarktnachfrageschwankungen auf die Gewinnhöhe auffangen, da diese nicht mehr nur von dem Verkauf eines Gutes abhängig ist, sondern von dem Verkauf mehrerer Produkte.

Für den Kleinbauern bleibt die Situation gleich. Er hat keine Möglichkeit, seine Abhängigkeit von Unilever durch eine bestimmte Strategie zu mindern. Würde er versuchen, sich mit anderen Bauern zusammenzuschließen und gegen das Monopol von Unilever anzukämpfen, würde die Regierung gleich eingreifen und die Bewegung unterdrücken. Die Monopolisten von Unilever in Zaire und auf dem Weltmarkt für Kernölprodukte drückt sich für den

Kleinbauern folgendermaßen aus:

1) Wenn die Weltmarktpreise für Ölprodukte steigen, steigert Unilever den Export durch Produktionsausweitung, indem mehr investiert wird und höhere Ankaufspreise den Kleinbauern gewährt werden,

2) wenn der Weltmarktpreis sinkt, reduziert Unilever seine Ankäufe bei den Kleinbauern.

Plantagen Unilevers in den Distrikten Zaires

Name	Funktion (Aktivität)
1. Kinshasa	Hafen
2. Lusanga (Kwilu)	7300 ha Palmen 10 Palmölmühlen 1 Raffinerie
3. Bongimba (Oshwe)	820 ha Palmen
4. Ingende	2513 ha Palmen, 2 Palmölmühlen
5. Ngwaka	3986 ha Gummibäume 1 Gummiverarbeitungsbetrieb und Verarbeitungsbetriebe für Kakao
6. Brabanta	5431 ha Palmen, 1 Palmölmühle
7. Yalingimba	9156 ha Palmen, 600 ha Kakao, 1 Palmölmühle
8. Mokarin	2535 ha Gummibäume 2074 ha Kakaobäume 1 Gummibetrieb, Verarbeitungsbetriebe für Kakao
9. Basako	7000 ha Palmen 3 Palmölmühlen
10. Bumba	4400 ha Palmen, 2 Palmölmühlen
11. Mueke	349 ha Teeplantagen

4.2.3 Wirkungen von Unilever auf die zairische Agrarstruktur

Gestern:

Die Zerstörung der zairischen Landwirtschaft durch die Durchdringung durch ausländische Konzerne wie Unilever fing vor knapp einem Jahrhundert an.

Während der Zeit des „unabhängigen Staates" Congo unter Leopold II, König der Belgier (ab 1885) wurden alle Landstücke „vakant" genannt und verstaatlicht, auf denen kein Zairer lebte oder keine Produkte angebaut wurden. Diese Maßnahme sollte keinem anderen Zweck dienen, als den Landbesitz des Staates zu vergrößern. Als der „unabhängige Staat" Congo Belgischer Congo - somit auch offiziell Kolonie wurde – (1907) blieb die Verstaatlichungsmaßnahme erhalten. Sie erstreckte sich diesmal aber auch auf gute Böden, die meistens bebaut wurden. Damit sollte den Interessen der ausländischen Firmen gedient werden. Die Landbevölkerung wurde von ihren Landstücken weggejagt und bildete dann gleichzeitig ein billiges Arbeitskräftereservoir für die Plantagen. Es waren die Anfänge der ursprünglichen Akkumulation in der Landwirtschaft Zaire's und der Proletarisierung der Landbevölkerung. Die Einführung der kapitalistischen Produktionsweise führte zur Zerstörung der vorkolonialen Gesellschaftsstruktur. Die andauernde Verjagung der Bauern, die niedrigen Löhne und die schwere Arbeit auf den Plantagen waren die Gründe für die Verelendung der Mehrheit der zu dieser Zeit in Zaire lebenden Menschen. Dort, wo sich die Landbevölkerung gegen diese Zerstörung gewehrt hat, reagierte die Regierung mit Zwangseinbeziehung der Bauern in die Plantagen oder mit Anbauvorschriften.

Heute:

Die heutige Ausbeutung der zairischen Landwirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß eine weitentwickelte Technologie in diesem Sektor angewendet wird. Sie zielt darauf ab, die Produktionskosten und insbesondere die Kosten für Arbeitslöhne zu senken. Forschungsinstitute von Unilever arbeiten an ertragreicheren Ölkernsorten und an für tropische Böden geeigneteren Düngemitteln. Sie versuchen, ein Modell zu entwickeln, wodurch der Ertrag jedes Arbeiters erhöht wird. Es werden auch Projekte für die Verbesserung der angebauten Flächen und der Modernisierung von Verarbeitungsbetrieben entwickelt.

Über eine weitere Entwicklung Unilever's in Zaire läßt sich keine eindeutige Aussage machen. Trotz seines Besitzes von 350.000 ha Land werden seit einem Jahrzehnt nur um die 17.000 ha bebaut. Die Reduzierung der Anbaufläche ist auf eine Senkung der Palmenplantagen zurückzuführen, die nach einem hohen Anstieg nach dem zweiten Weltkrieg in den sechziger Jahren langsam reduziert worden sind. Die Politik der Produktdifferenzierung hat bis jetzt die Senkung nicht kompensiert.

fbu

Literatur:

1. Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern (eine Dokumentation der): Exportinteressen gegen Muttermilch, Tötet Nestle Babies?, Hamburg 1976
2. Baumgärtner U.M., und O.H. Poppinga: Grundzüge der Agrarstruktur im peripheren Kapitalismus, in: B. Tibi und V. Brandes (Hg): Handbuch 2, Unterentwicklung, Frankfurt am Main, 1975, S. 207-240
3. G. Breidenstein: Internationale Konzerne, Hamburg, 1977, rororo 7080

4. CIS Anti Report No 11: Unilever's World, Produced in Collaboration with SOMA (Amsterdam) and in Cooperation with the transnational Institute
5. E. Feder: Die neue Penetration der Landwirtschaften der unterentwickelten Länder durch die Industrienationen und ihre Multinationalen Konzerne, in Senghaas und Menzel (Hg): Multinationale Konzerne in der Dritten Welt, Frankfurt 1975, S. 103-127
6. O.L. Freeman: „Multis" in die Pflicht nehmen, in: Forum, Zeitschrift für internationale Entwicklung, Jahrgang 4, Nr. 4, Aug.-Sept. 1977
7. F. Hemmerich: Die Rolle der westlichen Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer, Argumente zur Zeit, Sonderdruck aus: „Blätter für deutsche und internationale Politik" Heft 5/1971, Köln, 1971
8. A.M. Hollenstein und J. Power: Hunger, Welternährung zwischen Hoffnung und Skandal, Frankfurt a.M., 1976
9. M.K.K. Kasala Kabunda: Multinational Corporations and the Instaalation of Externally-oriented Economic Structures in Contempory Afrika: the Example of Unilever-Zaire Group, in: C. Widstrand (ed.) with an introduction by Samir Amin: Multinational Firms in Afrika, Scandinavian Institute of African Studie, Uppsala, Uppsala 1975, S. 303-322
10. Nacla (North American Congress Latin America): Weizen als Waffe, Hamburg 1976
11. Nestle Alimentana A.G. Vevey (Hg): Nestle in den Entwicklungsländern, Vevey, 1975
12. R. Rey: Die Holstein-Kühe sollten besser leben als die Bauern Mexikos; wie ein Schweizer Lebensmittelkonzern in Chontalpa ein Bilderbuch-Entwicklungsprogramm verdarb, Frankfurter Rundschau 20-06-77, Spiegel der Presse, 28-06-1977, No. 22
13. D. Senghaas und U. Menzel: Multinationale Konzerne in der Dritten Welt, Opladen, 1976.
14. D. Senghaas (Hg): Peripherer Kapitalismus, Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt am Main, 1974
15. 12. derselbe: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt am Main, 1977

Anmerkungen

1) Es werden darunter Direktinvestitionen verstanden. Bei Direktinvestitionen handelt es sich um Unternehmensgründungen oder den Erwerb von Beteiligungen durch Ausländer in Entwicklungsländern: Der Begriff 'Direktinvestition' bezeichnet Investitionen, die zum Zwecke der Schaffung oder Ausweitung eines längerfristigen Geschäftsinteresses vorgenommen werden; Direktinvestitionen schließen einen gewissen Grad von Kontrolle über die Unternehmungsführung mit ein, in: 7, S. 4, siehe auch dazu 3, S. 68

2) Zur Behandlung anderer Aspekte vgl. „Mechanisierung und Grüne Revolution" von Eisenburger und von Collins/Lappe in diesem Heft.

3) vgl. „Mechanisierung und Grüne Revolution" von Eisenburger in diesem Heft.

4) Feder, Professor am Institute of Social Studies in Den Haag, ist fast der einzige Autor, der sich mit der Tätigkeit von Multinationalen Konzernen in der Landwirtschaft der Dritten Welt bisher beschäftigt hat. Ausgehend von seiner Untersuchung der Wirkungen von Multinationalen Konzernen in der Landwirtschaft Mexikos versucht er die Konsequenz einer solchen neuen Agrarstrategie für die Dritte Welt herauszuarbeiten. Wir stützen uns im folgenden auf seine Untersuchung. vgl. 5, Sl. 112 f.

5) Auszüge aus dem Artikel von R. Rey über Nestle in Chontalpa, vgl. Literaturliste Nr. 12

Die Ausbreitung der Wüsten: Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten

Die Wüsten-Konferenz in Nairobi

Vom 29. August bis 9. September 1977 fand in Nairobi (Kenia) eine UN-Konferenz gegen das Vordringen der Wüste statt (UNCOD). Anwesend waren rund 1500 Delegierte von 96 UN-Mitgliedsstaaten und Vertreter 60 internationaler Organisationen.

Auf vier regionalen Konferenzen war zuvor ein Aktionsplan ausgearbeitet worden, der 28 detaillierte Empfehlungen gegen das weitere Vordringen der Wüste (Desertifikation) enthielt. Der Schwerpunkt der Aktionen zur Bekämpfung der Desertifikation lag auf Maßnahmen im nationalen Bereich, daneben wurde verstärkte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene vorgeschlagen.

Die wichtigsten Empfehlungen waren:

– quantitative und qualitative Erfassung des Desertifikationsvorganges.

– Verstärkte Behandlung der Desertifikation in Wissenschaft und Technologie.

– Schaffung nationaler Behörden und Erarbeitung nationaler Pläne gegen Desertifikation. Vorkehrungen gegen die Folgen von Dürrekatastrophen. Die Forderung nach Mitarbeit der unmittelbar Betroffenen an den Maßnahmen wurde besonders betont.

– Konsultation auf regionaler Ebene, Organisation und Koordinierung von transnationalen Projekten.

– Erstellung von Landnutzungsplänen unter Beachtung der ökologischen Gegebenheiten der Wüstenrandgebiete und unter Berücksichtigung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit.

– Steuerung der Viehhaltung, der Beweidung, des Wasserverbrauchs. Aufforstungsmaßnahmen, Stabilisierung von Sanddünen usw.

– Berücksichtigung der Desertifikations-Bekämpfung in den Programmen multilateraler Entwicklungsorganisationen (UN, Weltbank), Koordinierung durch UNEP (Umweltprogramm der UN).

– Zusätzliche internationale Finanzierung durch eine Erhöhung der bi- und multilateralen Entwicklungshilfe für Anti-Desertifikationsmaßnahmen.

– Errichtung eines Sonderkontos bei den Vereinten Nationen, auf das freiwillige Beiträge für die Desertifikations-Bekämpfung eingezahlt werden können.

Die zunehmende Verwüstung wurde nicht mehr, wie früher oft, als ein unvermeidbares Naturgeschehen verstanden. Z.B. infolge von Klimaverschlechterung, aufgrund der die Wüste unaufhaltsam in bisher fruchtbares Land vordringt, sondern der Mensch wurde als hauptsächlicher Verursacher der Desertifikation erkannt. Das wurde auch in der Generaldebatte in Nairobi erneut von allen Beteiligten bestätigt.

87 % der heute stattfindenden Verwüstungen sind dem Menschen zuzuschreiben, während nur 13 % auf natürliche Vorgänge wie z.B. aus dem Innern der Wüste kommende, vom Wind getriebene Wanderdünen zurückzuführen sind. Da Wanderdünen selten die Geschwindigkeit von 200 m jährlich übersteigen, bedeuten sie für an die Wüste angrenzende Landstriche eine relativ geringe Belastung. Hauptsächlich gefährden sie Oasen, die von Vollwüsten umgeben sind und ständig gegen Versandung geschützt werden müssen.

Die in der Folge der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts durch den Menschen auftretende Desertifikation in den Wüstenrandgebieten hat dagegen erhebliche Ausmaße. In manchen Gebieten der Erde „schreitet" die Wüste jährlich zwischen 5 und 10 km voran, 50 Millionen Menschen sind augenblicklich direkt davon bedroht, ihr Wohngebiet aufgeben zu müssen.

Wie kommt es zu Verwüstungen? Bevölkerungsexplosion?

Die zunehmende Dichte der Bevölkerung und das dadurch entstehende Mehr an Tierhaltung wird als Maßstab für die Belastung des fruchtbaren Landes, die von Menschen und Tieren ausgeht, benutzt.

Überkultivierung und Überweidung verhalten sich nach Meinung der meisten Wissenschaftler proportional zur Bevölkerungsdichte. Die Verelendung großer Menschenmengen in den Wüstenrandgebieten wird als unausweichliche Folge der Bevölkerungsexplosion in den Trockengebieten der Erde angesehen, deren Ursache angeblich die moderne Medizin sei.

Traditionelle Agrarwirtschaft?

In der Literatur findet man Darstellungen, nach denen die in Trockengebieten lebenden Menschen wegen ihrer Tradition, ihrer Vorurteile und ihrer Ängste nicht in der Lage sind, der immer größer werdenden allgemeinen Not zu entgehen.

Kurier 7/77, S. 12: „Die auf dem Brachfeld und der Monokultur gründende primitive Landwirtschaft, bei der der Boden jahrhundertelang eine maßlose Beweidung über sich ergehen lassen mußte, ist die Hauptursache seiner Fruchtbarkeitseinbuße und Verödung."

Die Versuche der Nomaden, ihre Herden zu erweitern, werden nur als blindes Prestigedenken dargestellt, daß in den vorkolonialen, vermeintlich barbarischen Sozialnormen seine Ursache habe.

Die traditionelle Agrarwirtschaft war der natürlichen Umwelt angepaßt!

Mit ihrer traditionellen Agrarwirtschaft hatten sich die Bewohner der Wüstenrandgebiete an ihre empfindliche Umwelt angepaßt. Meist herrschte extensive Feldwechselwirtschaft, d.h. der Boden wurde 2-3 Jahre genutzt und lag dann mehrere Jahre brach, so daß immer nur 10 - 20 % des Landes überhaupt genutzt wurden, was den Boden vor dauernder Auslaugung bewahrte. Die in der Brachezeit aufkommende Sekundärvegetation wurde abgebrannt, die Asche düngte den Boden.

Angebaut wurden verschiedene Getreidesorten wie Hirse, Mais, Sesam, Gerste und Weizen und in feuchteren Senken Reis, Obst- und Gemüsesorten.

Das traditionelle Arbeitsgerät war der Hackstock, bei dem es nicht wie beim Pflug zu einer Vermengung der hier dünnen Humusschicht mit dem darunterliegenden unfruchtbaren Boden kam.

Auch die Nomaden waren mit ihren Herden ursprünglich gut auf den besonders gegen Großvieh empfindlichen Boden eingestellt. Die Produktion war ebenfalls auf den Eigenbedarf ausgerichtet; sie wurde nur in geringem Maß durch Güteraustausch mit Ackerbauern ergänzt. Die Nomaden zogen ganzjährig in einem riesigen Areal von einem Weidegebiet zum nächsten.

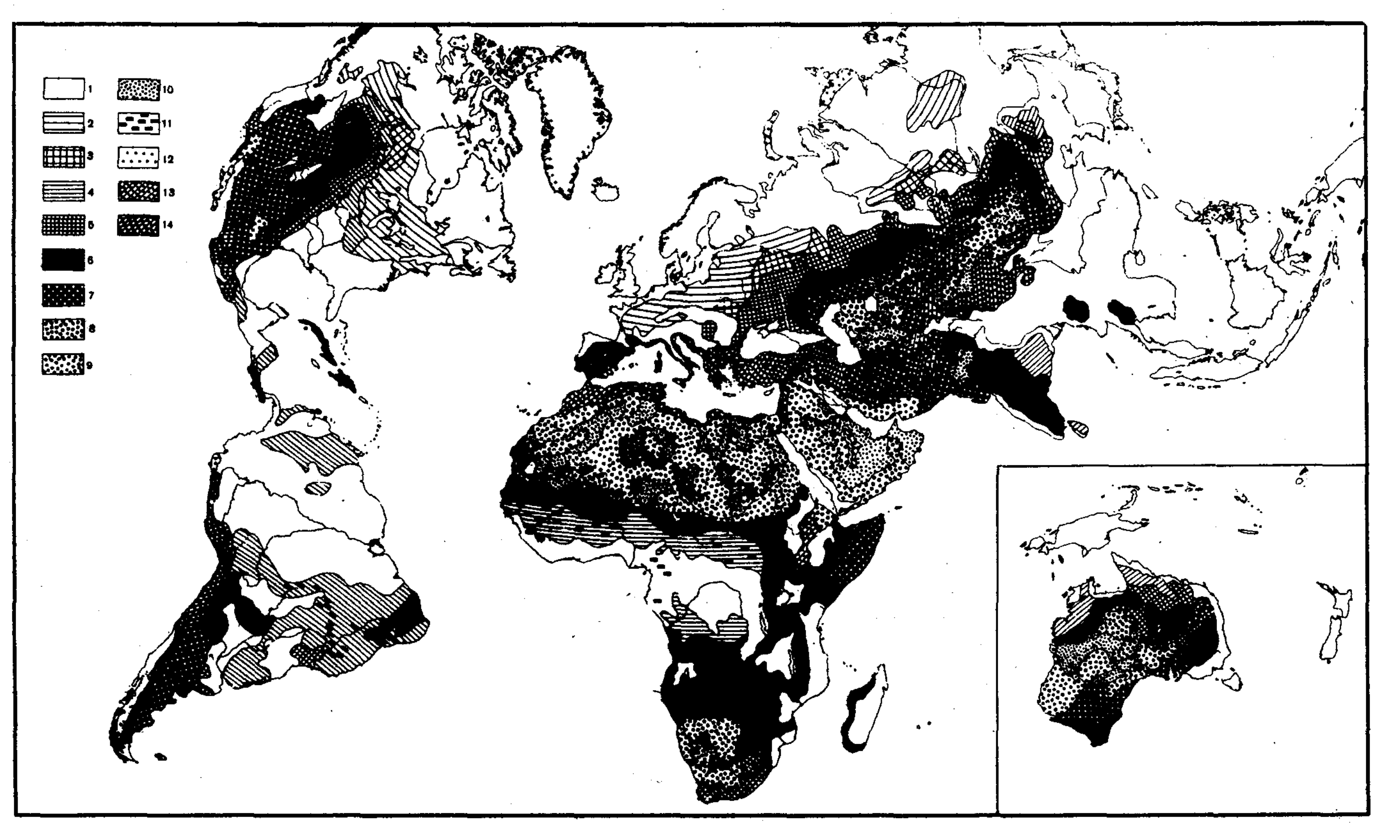
Anwachsen des marktwirtschaftlichen Sektors als Ursache von Überweidung

Konzentration von Viehbeständen, besonders auch von radikal alles abfressenden Ziegen, auf engem Raum, führt unweigerlich zur Zerstörung der dünnen Pflanzendecke. Aber zu einer Überweidung der Wüstengebiete durch die Herden der Nomaden kam es in der Regel erst, als in den Küstengebieten und Hauptstädten der Länder ein Wirtschaftssektor sich entwickelte, der die betreffende Bevölkerung nicht selbst mit Nahrungsmitteln versorgen konnte, so daß für Fleisch ein besonderer Markt entstand. Die schlechte Infrastruktur bewirkte, daß die Hirten nicht etwa auf qualitätsmäßig besseres Vieh umstiegen, das überdies oft den harten Umweltbedingungen nicht gewachsen ist. Es fehlten geeignete Triften mit Wasserstellen etc., auf denen das Vieh bis zu den Märkten getrieben werden konnte. So konnten die Nomaden dem Gewichts- und somit Wertverlust der Tiere auf dem beschwerlichen Weg zum städtischen Markt nur mit der Vermehrung ihres Viehbestandes antworten. Sie erhöhten einfach die Kopfzahl ihrer Herden. So ist auch zu erklären, daß die Größe des Viehbesitzes bereits in der Frühphase der kolonialen Inwertsetzung zu einem Maßstab für das Sozialprestige wurde, was oft fälschlich als „traditionale" Norm interpretiert wird. Zum folgenden vgl. auch blätter des iz3w, Heft 32/33, S. 44. Darüber hinaus hat in jüngerer Zeit z.B. in der Sahelzone das Bestreben der nationalen Regierungen, die Nomaden zu kontrollieren, sie behindert, Grenzen zu überschreiten und den Ort der optimalen Produktionsbedingungen aufzusuchen, so daß sich die Überweidung und die Strapazierung der in der Regel ohnehin unzulänglichen Brunnen (mit der Folge des Absinkens des Grundwasserspiegels) noch verschärften. „Die Ntwendigkeit, einen immer stärker anwachsenden, aber nicht unbedingt produktiven modernen Sektor –der fest in der Hand des Staates oder ausländischer Interessen ist– mittels Steuerabschöpfung auch bei den Nomaden zu finanzieren, tat ein Übriges; die nomadisierenden Viehhirten wurden gezwungen, sich selbst ihrer Produktionsvoraussetzung zu berauben." (a.a.O.)

Einführung von Exportkulturen – Weltmarktabhängigkeit

Auch die Situation der Ackerbauern in der 3. Welt änderte sich, als Kolonialherren für den Export bestimmte Kulturen einführten. Der traditionelle Erdnussanbau im Senegal und Niger wurde erheblich erweitert. Im Tschad, in Obervolta und Mali wurde Baumwolle angebaut, die von den in der Sahel-Sudan-Zone auch in der Kolonialzeit vorherrschenden kleinbäuerlichen Betrieben mit in ihre Feldwechselwirtschaft einbezogen wurde. Es wurde 4-Felderwirtschaft betrieben, wobei die in der bisherigen 3-Felderwirtschaft eingeschaltete Brache-Zeit ausgelassen wurde. Da der aus Europa eingeführte Dünger zu teuer war (Dung mußte wegen Holzmangel als Brennmaterial verwendet werden), war der Boden schnell ausgelaugt und die Anbauflächen mußten erweitert werden. Die Anbauflächen wuchsen immer stärker in die Wüstenrandgebiete hinein, in denen die natürliche Vegetation zugunsten von meist für diese Zone nicht mehr geeigneten Kulturpflanzen zerstört wurde. Während Dürrezeiten, die für Randwüsten eine unvermeidliche klimatische Erscheinung sind, veröden so weite Gebiete bebauten Lands und de Boden liegt ungeschützt da.

Wichtige Ursache für diese Entwicklung war auch, daß die Bauern gezwungen wurden, durch die erhobenen Kopfsteuern, deren Nichtentrichtung mit Gefängnis bestraft



Auf dieser Karte, die für die Konferenz der Vereinten Nationen über die Entstehung von Wüsten gezeichnet wurde, sind die verschiedenen Gebiete in 14 Kategorien eingeteilt, je nach dem Grad der Dürre oder der Feuchtigkeit.
1) Ausgeglichene Feuchtigkeit, Trockenheit unwahrscheinlich. 2) Trockenheit sehr selten (höchstens 5 %). 3) Trockenheit selten (5–10 %). 4) Öftere Trockenheit (10–25 %). 5) Viele Trockenheiten (25–30 %). 6) Sehr viele Trockenheiten (30–50 %). 7) Außerordentlich viele Trockenheiten (50–75 %). 8) Fortwährende Trokkenheit (75–90 %). 9) Vollständige Dürre (bis 100 %). 10) Wanderdünen, Treibsand. 11) Oberfläche durch Erosion entblößte Gesteinskruste ohne Vegetation. 12) Wüsten in der Arktis. 13) Gebirgszüge, offene Wälder, Sträucher und Steppen mit über 50 % Dürrezeiten. 14) Gebirgswüsten und Halbwüsten mit beinahe völliger Trockenheit.

wurde, ihre traditionelle Subsistenzwirtschaft immer stärker einzuschränken, also die Nahrungsmittelkulturen wie Reis, Hirse, Mais, Sesam usw. zugunsten der cash crops (Teil der landwirtschaftlichen Produktion, der am Markt verkauft wird) zu vernachlässigen. In 12 von 16 von der Desertifikation betroffenen Entwicklungsländern ging der Pro-Kopf-Ertrag an Getreide im letzten Vierteljahrhundert zurück, in Algerien, Irak, Jordanien, Libanon, Mali und Niger sogar um mehr als 40 %!

Der niedrig gehaltene Ankaufpreis für cash crops, schwankende und real sinkende Weltmarktpreise zwangen die Bauern dazu, immer neue und größere Flächen auch in wüstennahen Klimazonen (Halbwüsten) zu erschließen, wenn sie ihren Lebensstandard halten wollten.

Ungleiche Landverteilung

Auch die in der Kolonialzeit erzwungene Ungleichheit des Landbesitzes ist eine wichtige Ursache der Desertifikation.

Große Güter geben genug Raum für relativ gemäßigte Nutzung, aber die arme landbesitzende Bevölkerung z.B. in der Coquimbo-Region Chiles muß auf viel zu kleine ungeeignete Grundstücke zurückgedrängt, äußerst intensiv wirtschaften, was zur übermäßigen Nutzung des Bodens und damit zu seiner Auslaugung führt.

Wider solche Erfahrungen drängt z.B. die Regierung Südafrikas auch heute mit ihrer Homelandpolitik Schwarze in Gebiete mit schwacher Vegetation ab, die dann nach kurzer Zeit wegen der intensiven Nutzung zerstört sind.

Falsche Technologie

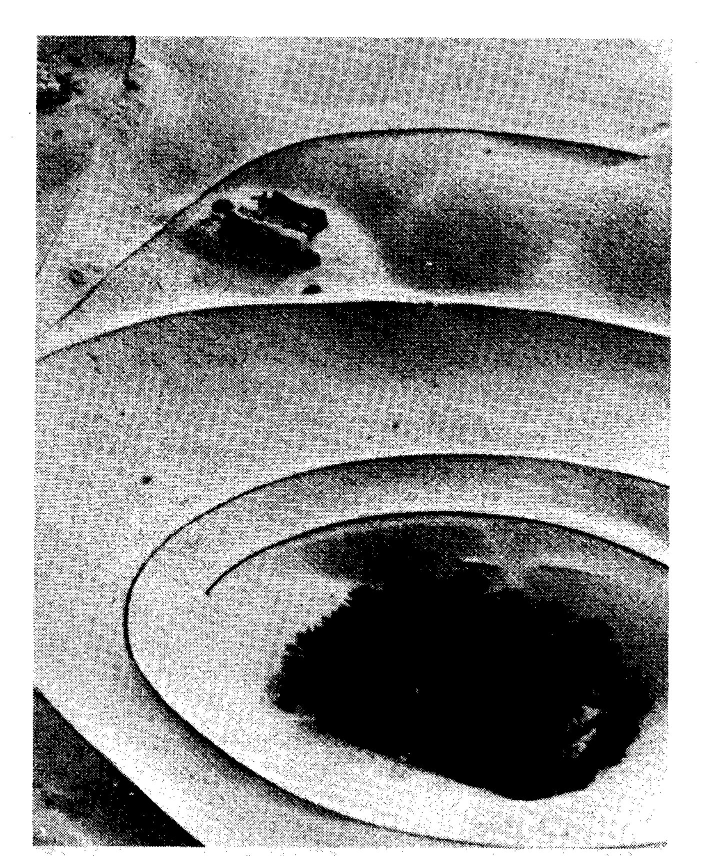
Doch liegt der Schaden, den die Kolonialisten brachten, nicht nur in dem Zwang auf die Bauern, Anbaugebiet oder -Art ändern zu müssen, sie trugen oft auch ganz konkret zur Verwüstung bei, indem sie zerstörerische Techniken anwendeten. Bei aus Europa oder den USA eingeführten Bewässerungssystemen wurde die geringe Entwässerungsfähigkeit der Bodens nicht berücksichtigt, so daß riesige Gebiete versalzten und unfruchtbar wurden. Schwere Traktoren haben ebenso wie Pflüge zum Raubbau erheblich beigetragen und die Erosion gefördert.

Holzeinschlag

Eine der Hauptursachen für die fortschreitende Verwüstung ist der Kahlschlag. Er bewirkt im betroffenen Gebiet selbst das Einsetzen von Erosion, da die Windschutzfunktion des Waldes zerstört wird und der Regen ungehindert die Humusschicht wegspülen kann. Übrig bleibt der nackte Grund, der das Wasser schlechter halten kann. Es läuft oberflächlich ab und verdunstet. Der Grundwasserspiegel sinkt. Außerdem wird angenommen, daß Entwaldung im großen Stil auch in einem ganz anderen Gebiet schwerwiegende klimatische Veränderungen bewirken kann. Um die Erforschung der genaueren Zusammenhänge haben sich Wissenschaftler noch kaum gekümmert, doch gilt als sicher, daß z.B. die über tropischem Regenwald aufsteigende relativ kühle Feuchtigkeit zu verstärkter Wolkenbildung führt, die auch in anderen Gebieten Regenfälle nach sich zieht.

Verursacher der Entwaldung sind zum einen meist ausländische Unternehmen, die in den sehr artenreichen Regenwäldern an bestimmte wertvolle Harthölzer für den europäischen oder amerikanischen Markt gelangen wollen.

Ein großer Teil des Raubbaus ist aber auch einheimischen Bauern zuzuschreiben, die oft keine andere Wahl haben, als den kurzfristigen Vorteil zu nutzen, der durch das Abbrennen von Busch zur Gewinnung neuen Landes entsteht. Außerdem wird das Holz und Gestrüpp dringend als Brenn-





Diese Inseln in der Wüste im Souf, der algerischen Sahara, müssen fortwährend gegen die Übermacht der Wanderdünen verteidigt werden. Lange Palisadenreihen von Palmblättern wehren den Treibsand ab und schützen die oft in einem tiefen Krater wachsenden Dattelpalmen. In der Sahara leben zwei Drittel der Einwohner in Oasen.

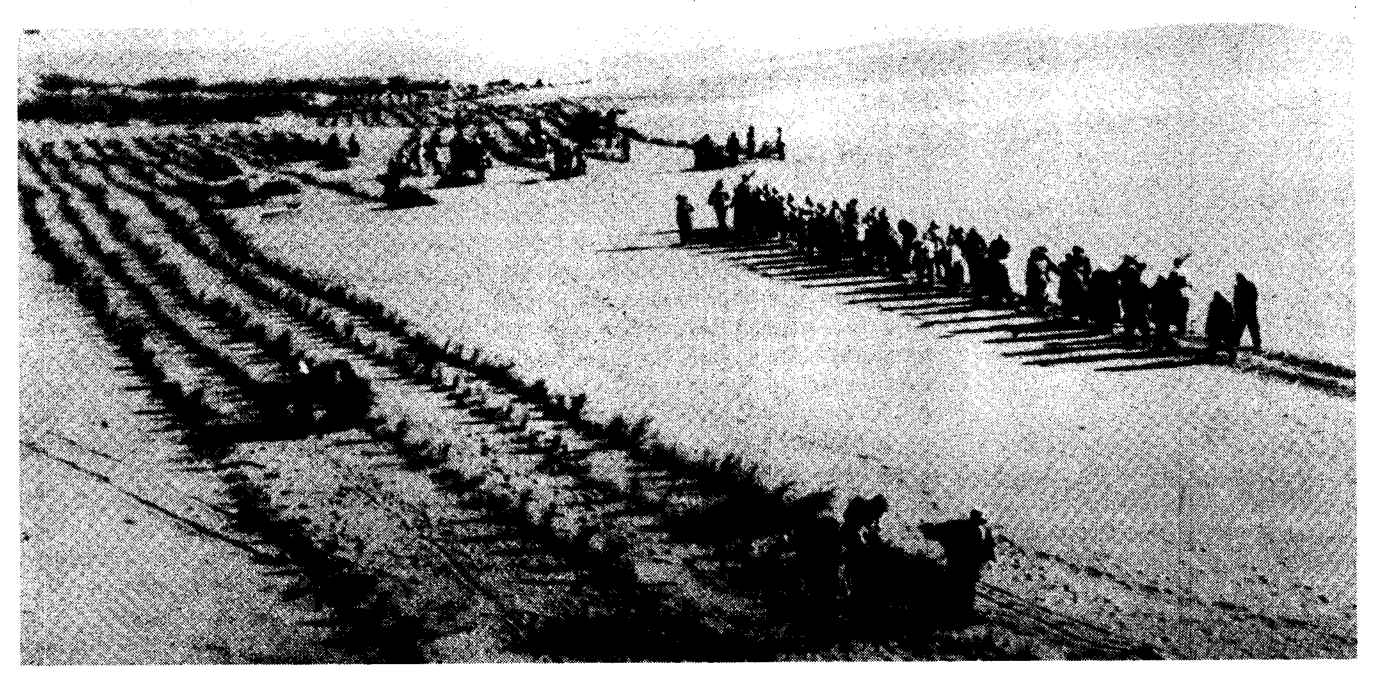
material benötigt, es herrscht inzwischen für die Bewohner in den meisten Ländern der Dritten Welt ein akuter Holz- und Holzkohlemangel. Der Rückgang dieser für die Landbevölkerung so wichtigen Energiequelle wird allerdings von Regierungen und Wirtschaftsfachleuten kaum beachtet.

Ursachen der Desertifikation

Zur Desertifikation führen also Überlastung und Zerstörung der Weidegebiete, Ausweitung des Ackerbaus auf ökologisch ungeeignete Standorte mit nachfolgendem Absinken der Bodenfruchtbarkeit und starker Erosion sowie zu starker Holzeinschlag.
Es hat sich gezeigt, daß es zur Desertifikation in Entwicklungsländern stets im Zusammenhang mit der Zerstörung traditioneller Lebensformen durch die Kolonialherren kam. In dem empfindlichen Umweltsystem wirkte die Politik der rücksichtslosen Extraktionswirtschaft mit allen ihren Folgen verheerend.
Auch heute ist Desertifikation durch die bestehenden internationalen politischen und ökonomischen Verhältnisse bestimmt. Diese Verhältnisse bedeutenfür die Bevölkerung Unterversorgung mit Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf bei gleichzeitiger Abhängigkeit von agrarischen Exporten und mit der daraus folgenden Abhängigkeit von den Handelsbedingungen des Weltmarktes.
Vergessen werden bei der Aufzählung der Ursachen meist die Folgen technologischer Großprojekte, z.B. des Baus eines Staudamms.
Als der Assuan-Staudmm fertiggestellt war, blieb der fruchtbare Schlamm aus, der sonst jährlich über die Ufer des Nils geschwemmt war. Bebautes Land verwandelte sich in Sand- und Salzwüste. Die Suche nach Uran und Diamanten, der Bergbau, vor allen Dingen der Tagebergbau, Straßenbau, und besonders der Einsatz chemischer und biologischer Waffen (z.B. auch im Kampf gegen Befreiungsorganisationen) fordern verheerende Verwüstungen.

Bekämpfung der Desertifikation

Mit der Desertifikation als natürlichem Prozeß könnten Geographen und Oekologen fertig werden. Es sind inzwischen genügend Methoden entwickelt worden, der weiteren Verwüstung Einhalt zu gebieten und sogar zerstörtes Land wiederzugewinnen. Wichtigstes Mittel ist das Wiederbepflanzen und das Aufforsten.
In ganz extremen Lagen werden tote Zweige in den Grund gesteckt, um dem Boden erst einmal Halt zu geben. Gegen die weitere Erosion können den extremen Bedingungen angepaßte Pflanzen mit langen unterirdischen Kriechwurzeln gesetzt werden, denen der Tau, der wegen der großen täglichen Temperaturschwankungen auch in Wüsten fällt, genügt.
Verschiedene Baumarten, wie z.B. die Dattelpalme, Eukalypthus, Brustbeerenbäume und Akazienarten können schlechte Böden und Trockenheit vertragen. Sie liefern gleichzeitig Bau- und Brennmaterial, Futtermittel für Ziege und Kamel und dienen als Windschutz.
Wurzeln und Pflanzen lassen den Boden wieder wasseraufnahmefähig werden, Blätter und Gesträuch schützen vor zu großer Erhietzung durch Sonneneinstrahlung. Mit diesen Anpflanzungen werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch die natürliche Vegetation sich wieder entwickelt.



In China werden gewaltige Anstrengungen im Kampf gegen die Wüsten gemacht. Hier pflanzen Mitglieder der Gemeinde Wuschentschou in der Inneren Mongolei einen Windschutz von Pflanzen, um den Sand zu befestigen.

In Schrifttum aus der Volksrepublik China, das auf der Konferenz vorgelegtwurde, wird beschrieben, wie die Chinesen verschieden hohe hintereinandergestaffelte Busch- und Strauchwerkringe zur Fixierung des Treibsandes angepflanzt und damit die Windgeschwindigkeit z.B. um fast ein Drittel gesenkt haben. Kulturland wurde mit einem Waldgürtel umzont, es wird von einer „neuen chinesischen Mauer" berichtet, einem 170 km langen Baumwall entlang der Wüste.
In China wurde auch eine neue Technik zur Befestigung von Wanderdünen entwickelt, dort wird der Sandboden mit Ton und Lehm vermischt beschwert. In Ägypten hat man Experimente mit dickflüssigen Erdöl-Abfällen gemacht. Der Belag wird auf den Sand gesprüht und befestigt so die Dünen. Außerdem hält er das Erdreich feucht und ist ein guter Nährboden für Pflanzen.
Die Forschung hat sich bis jetzt um die Verbesserung der Export-Kulturen gekümmert. Wichtig wäre die Entwick-

lung von Bodendeckern, die die Trockenzeiten wenigstens zum großen Teil überstehen und außerdem in der Landwirtschaft zur Gründüngung verwendet werden können. Außerdem müssen für die Nomadengebiete schnell nachwachsende Grassorten zur Erhöhung der Regenerationsfähigkeit des Grasbestandes gefunden werden.

Gegenwärtige Situation

In vielen Ländern beschränken sich die Maßnahmen gegen Desertifikation heute noch auf Gesetze zum Schutz der Vegetation, oder es werden Sperrgebiete festgelegt, in denen keine Landwirtschaft mehr betrieben und kein Holz gesammelt werden darf.

„Eines der erfolgreichsten Mittel ist das bloße Umzäunen von übernutzten Gebieten." (Neue Zürcher Zeitung, 16.7. 77). Hierin steckt ein völliges Mißachten der Beweggründe, die die Bevölkerung zur Übernutzung treibt. Obwohl alle Delegierten auf der Konferenz z.B. dem Punkt über die Partizipation der Bevölkerung an den Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Deserifikation zugestimmt oder dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit bei der Aufstellung von Landnutzungsplänen großes Gewicht zugebilligt haben, ist es fragwürdig, ob in vielen Ländern außer vielleicht einigen Notmaßnahmen tatsächlich etwas geschehen wird. In oekonomischer Hinsicht bedeutet der Plan gegen die Desertifikation nämlich eine Veränderung der Prioritäten in den staatlichen Wirtschaftsprogrammen. Der wirkungsvolle Kampf gegen die Desertifikation kann nur stattfinden, wo auch die Ursachen beseitigt werden, was den Abbau regionaler und sozialer Ungleichgewichte impliziert.

Aber selbst wenn das Bewußtsein für die Zusammenhänge zwischen der Not der Bevölkerung und der Desertifikation vorhanden ist, fehlt es meist an finanziellen Mitteln, die geplanten Projekte durchzuführen.

Der Sudan ist eines der Entwicklungsländer, das konkrete oekologisch und oekonomisch vernünftige Maßnahmen gegen die Desertifikation plant. Ein dort gefaßtes Entwicklungsprojekt sah vor: Stabilisierung von Wanderdünen, Ziehen von Feuerschutzgräben gegen großflächige Steppenbrände, Errichtung von Schutzwällen im Umkreis der Dörfer gegen weitere Versteppung, Steuerung der Nomadenwanderung durch temporäres Öffnen und Schließen einzelner Wasserstellen, kontrollierte Bewirtschaftung der Weidegebiete mittels eigens geschaffener Kooperativen, Verbesserung der Anbaumethoden und Wiederaufforstung zerstörter Waldgebiete.

Die dafür notwendigen Mittel konnten allerdings noch nicht aufgebracht werden, eine auf April einberufene internationale Konferenz zur Finanzierung des Entwicklungsplanes mußte mangels Interessierter und zu entsprechenden Entscheidungen Befugter wieder abgesagt werden.

Wie gering in den reichen Ländern die Betroffenheit über die Desertifikation tatsächlich ist, zeigte sich, als in Nairobi über den letzten Punkt des Programms diskutiert wurde, in dem die Einrichtung des Sonderkontos gefordert wird. Während alle anderen Punkte fast einstimmig beschlossen worden waren, wurde das Sonderkonto erst nach langen Debatten und gegen die Stimmen der Industrieländer in den Aktionsplan aufgenommen.

Ein wesentlicher Beitrag der Industrieländer zur Bekämpfung der Desertifikation ist kaum zu erwarten, da es keine Aussicht auf Profite eröffnet.

hfa

REPRESSION IN DER BRD

Polizeiaktion gegen pdw-Verlag: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Zu der folgenden Erklärung des Verlags „progress dritte welt" (pdw), der wir uns anschliessen, sind einige Zusatzinformationen von Interesse: Einen Durchsuchungsbefehl gab es bei der Polizeiaktion gegen das Haus in Rolandswerth nicht, da angeblich „Gefahr im Verzug" herrschte. Das Haus wurde allerdings drei Wochen lang intensiv observiert, das anweisende Fernschreiben von der Bundesanwaltschaft ging einen ganzen Tag vor der Massnahme beim zuständigen Landeskriminalamt in Koblenz ein. Zeit für einen richterlichen Durchsuchungsbefehl hätte es also gegeben.

Vordergründig galt die Invasion nicht den Publikationen und Aktivitäten des Verlags „progress dritte welt", denn es wurde von der Polizei nichts mitgenommen. Vielmehr wurde mit der absurden Vermutung operiert, in dem Haus werde ohne Wissen der Bewohner der entführte Hans Martin Schleyer versteckt gehalten. Im Endeffekt sollte das ganze dennoch der Einschüchterung kritischer Personen und Verlage dienen: der Einsatzleiter im Landeskriminalamt Koblenz wies die Betroffenen ausdrücklich darauf hin, daß die Akten über den Vorfall noch nicht geschlossen oder vernichtet sind. Die vor Ort handelnde Polizei hat offenbar andere Vorstellungen vom Sinn und Zweck ihres Tuns als die übergeordneten Stellen, auf deren Befehl sie handelt.

Red.

Mit eigenen Augen: wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.
Der Terrorismus macht's möglich. Im Gewand antiterroristischer Maßnahmen realisiert die Bundesregierung gegenwärtig Gesetzesneuheiten, deren Zuschnitt – mit den Kriterien der Rechtsstaatlichkeit gemessen – der Verfolgung, Unterdrückung und letztendlich kontaktgesperrten Verbannung hinter Gefängnismauern von Tausenden engagierter und zur Kritik fähiger Menschen Tür und Tor öffnet. Die Perspektiven sind beängstigend, warnende Stimmen im Inland vereinzeln zusehends, das Ausland reagiert mit wachsender Besorgnis auf Menschenrechtsverletzungen, die in diesem Land institutionalisiert zu werden drohen. Ein Beispiel unter vielen:

Am gleichen Tage, an dem die Verlage progress dritte welt (Bonn), Assoziation (Hamburg), edition etcetera (Basel) und Wagenbach (Berlin-West) im Rahmen der Frankfurter Buchmesse zu einer Podiumsdiskussion mit Felicia Langer (Tel Aviv, Rechtsanwältin), Erich Fried (London, Schriftsteller), Walter Hollstein (Basel, Professor für Soziologie) und Mario Offenberg (Berlin-West, Wissenschaftlicher Mitarbeiter) über anti-zionistische Literatur in der Bundesrepublik einladen, wird auf Weisung des Generalbundesanwalts Kaul eine Polizeiaktion gegen das Einfamilienhaus Wickchen 1, Rolandswerth bei Bonn durchgeführt:

Ein Hubschrauber mit Zivilbeamten landet auf einer Grünfläche neben dem Haus, cirka 80 mit Maschinenpistolen, Helmen und schußsicheren Westen ausgerüstete Polizisten riegeln die Straße ab, die Tür des Hauses wird aufgebrochen, das Haus durchsucht.



BETROFFENE:
Die Bewohner dieses Hauses gehen zu diesem Zeitpunkt ihrer Arbeit nach: Detlef Ziegert, Mitarbeiter des progress dritte welt Verlags, vertritt diesen auf der Buchmesse. Er ist gleichzeitig hauptamtlicher Mitarbeiter der Evangelischen Studentengemeinde in Bonn.

Ulrich Stewen, Mitarbeiter von pdw, ist ebenfalls auf der Messe, Barbara Geier arbeitet als Pressesprecherin der bundesdeutschen Sektion von amnesty international in deren Bonner Büro.

ZUR SACHE:
Es ist zu befürchten, daß sich diese Polizeiaktion gegen die Arbeit des pdw-Verlags und das von ihm

unterhaltene deutsch-afrikanisch-arabische Büro (daab) richtet. Thematischer Schwerpunkt unserer publizistischen Arbeit sind der Palästina-, der Südafrika- und der Westsahara-Konflikt, wie deren internationale Zusammenhänge mit besonderem Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland. Das Verhältnis der bundesdeutschen Außenpolitik zu den Staaten der Dritten Welt wird maßgeblich durch den Palästina- und den Südafrika-Konflikt bestimmt. 1975 veröffentlichte pdw im Auftrage der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC-SA (African National Congress of South Africa) eine erste Dokumentation über die militärische und nukleare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika. Sie führte zur Entlassung des bundesdeutschen Vertreters im Brüsseler Nato-Hauptquartier, General Rall, und zur Verurteilung der Bundesregierung durch die UNO-Generalversammlung. Die vor 14 Tagen erschienene Ausgabe unseres 3. Welt Magazins bringt eine Fortsetzung der 75er Dokumentation und weist nach, daß die Firma Siemens an der Aufrüstung einer gegen die Hauptstadt Mosambiks gerichteten südafrikanischen Raketenbasis beteiligt ist, während in einem weiteren Beitrag des gleichen Heftes der Hintergrund einer 100.000 qkm großen bundesdeutschen Raketenbasis in Zaire dargestellt wird.

**Die,
die ihre Wirbelknochen
biegen können wie die Rochen,
kommen heil
durch die Epochen.**

Diese harten politischen Realitäten und die Doppelbödigkeit bundesdeutscher Außenpolitik enthüllende Publikationsarbeit soll durch polizeiliche Maßnahmen, wie die am 14. 10. 1977 unterdrückt werden.

Geradezu amüsant mutet dagegen eine polizeiliche Miniaktion gegen den pdw-Verlag an, die sich einige Tage vor Eröffnung der Frankfurter Buchmesse ereignete. Beim Verladen der Verlagsmaterialien erschien eine Polizeistreife und bat – sichtlich verlegen – um Aufklärung über die eingegangene Denunziation, man beobachte Mitarbeiter des Verlages beim Verpacken „kommunistischer Literatur". Ein ebenfalls mit „K" beginnender Buchtitel (Das Beispiel: Kupfer) und ein roter Einband mag genügt haben, um nachbarschaftliche Aufmerksamkeit auf vermeintlich obskure Aktivitäten zu ziehen. Ein vernachlässigenswerter Einzelfall? Sicherlich. Und doch: die mediengerecht entfachte Hysterie, die offene Aufforderung zur gegenseitigen Bespitzelung als Teil des antiterroristischen Maßnahmekatalogs kann jedermann zu jeder Zeit unsanktionierten Verdächtigungen, Verleumdungen – aus schlichter Mißgunst oder politisch motivierter Feindseligkeit – aussetzen. Staatlich offerierte Annonymität macht vogelfrei. Eine Atmosphäre der Einschüchterung beginnt ihre Früchte zu tragen. Die Verinnerlichung von Eigenzensur und selbstauferlegter Schweigsamkeit in den Redaktionsstuben tragen das Ihre dazu bei, das Bewußtsein der Herrschenden als herrschendes Bewußtsein zu belassen.

Wir sehen diese Aktion gegen Mitarbeiter unseres Verlages daher in dem größeren Zusammenhang der zunehmenden Einschränkung des Grundrechts der Informations- und Pressefreiheit in der BRD.

Wir fordern die bundesdeutsche Öffentlichkeit nachdrücklich auf, sich für eine freie und sachliche Informationsarbeit in der Bundesrepublik und West-Berlin wie gegen die dargestellten Polizeiaktionen einzusetzen.

progress dritte welt

Solidarität mit den verhafteten AGIT-Druckern!

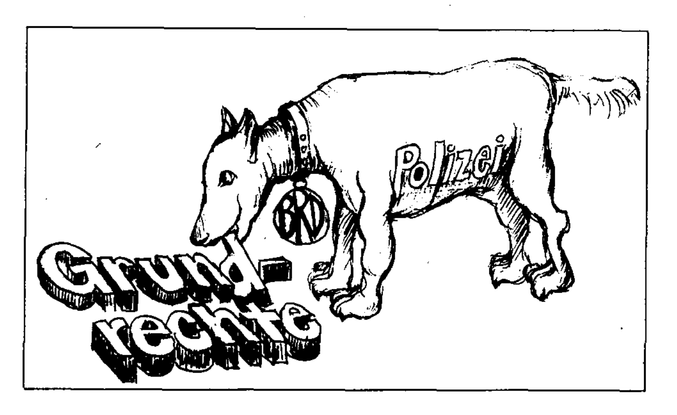
Was ist geschehen?
Im Zuge der Ermittlungen gegen das „Info-BUG", einem wöchentlich erscheinenden Informationsblatt der Berliner Undogmatischen Gruppen, durchsuchte am 17.10.1977 ein riesiges Polizeiaufgebot 38 „Objekte", u.a. die Druckerei Agit-Druck, den Buchvertrieb Maulwurf, linke Buchläden, das Büro des Info-Bug und der Roten Hilfe sowie zahlreiche Privatwohnungen. Alle Hausdurchsuchungen, Festnahmen, erkennungsdienstlichen Behandlungen etc., wurden mit dem Paragraphen 129a begründet, weil die betreffenden Personen an der Herstellung, dem Druck oder dem Vertrieb des Info-BUG beteiligt gewesen waren. Zwei Mitglieder der Druckerei wurden noch am selben Tag direkt am Arbeitsplatz verhaftet. Eine vierte Druckerin wurde am 26.10. verhaftet.

Gegen alle vier Beschuldigte besteht Haftbefehl fort, gegen zehn weitere Personen laufen Ermittlungsverfahren. Einer der Drucker wurde gegen eine Kaution von 10.000,– DM freigelassen.

Info-BUG und AGIT-Drucker
Den jetzigen bzw. ehemaligen Mitgliedern des Agit-Druck-Kollektivs wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, in der Zeit von April bis Oktober 1977 „terroristische Vereinigungen" dadurch unterstützt zu haben, daß sie als jeweils verantwortliche Gewerbeträger der Firma Agit-Druck das Info-BUG hergestellt haben. Das Info-BUG soll – laut Haftbefehl – seit April 1977 zum Sprachrohr der terroristischen Vereinigung RAF (Rote Armee Fraktion), Bewegung 2. Juni und der Revolutionären Zellen geworden sein, weil

im Info-BUG Stellungnahmen dieser Gruppen abgedruckt wurden.
In der Zeitschrift Info-BUG, das sich als Diskussionsforum versteht, sind in dem Zeitraum Februar bis Oktober ca. 400 Artikel erschienen. Davon enthalten ca. 12 Artikel Erklärungen oder Stellungnahmen der oben genannten Gruppen.
Das Agit-Druck Kollektiv hat in seinem 6-jährigen Bestehen neben der Zeitschrift Info-BUG für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin, Postgewerkschaft, Humanistische Union, Mieter-, Stadtteil- und Bürgerinitiativen, Rote Hilfe, Kneipen, Hochschul- und Frauengruppen, sowie auch für verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche Druckerzeugnisse hergestellt.

Auswirkungen der Anwendung des Paragraphen 129a
Daß Gewerbeträger einer Druckerei und Vertriebe wegen des Inhalts einer Publikation nach Paragraph 129a StGB (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) haftbar gemacht werden, ist in der Geschichte der BRD bisher ohne Beispiel. Aus der technischen Herstellung einer Zeitschrift,



die Äußerungen beispielsweise der RAF dokumentiert, wird die bewußte Unterstützung dieser Gruppe konstruiert. In diesem Fall wird gefolgert, daß die Drucker vorsätzlich den Fortbestand Terroristischer Vereinigungen unterstützt und – laut Haftbefehl – „für sie geworben haben" sollen. Durch die Anwendung des Paragraphen 129a wird die Höchststrafe von 3 (nach Paragraph 88a) auf 5 Jahre angehoben.

Ein Presserecht – Zweierlei Anwendung?
Während Presseorgane wie FAZ, Spiegel oder Die Welt Aufrufe der RAF und ihrer Kommandos nachdrucken, soll der Abdruck eben derselben Aufrufe in Zeitschriften einer bestimmten politischen Richtung für den Drucker mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden.
Dem Drucker wird eine Pflicht zur Zensur der Druckvorlage auferlegt, wenn er nicht mit seiner Inhaftierung rechnen will. Dies steht in bemerkenswertem Gegensatz dazu, daß gegen Drucker, die während des Druckerstreikes 1976 in Frankfurt das Erscheinen eines gegen den Streik gerichteten Artikels verhinderten, wegen Nötigung ermittelt wurde: Viele Vertreter der Zeitungsbranche und der Politik empörten sich. Drucker dürfen sich nicht das Recht anmaßen, Zeitungen zu zensieren, Drucker seien Drucker, keine Redakteure, keine Juristen.
Die staatlichen Maßnahmen gegen Druckereien und Vertriebe haben zur Folge, daß die Veröffentlichung jeder gesellschaftskritischen Äußerung verhindert wird, in dem sie strafrechtlich verfolgt und kriminalisiert werden soll. Genau in diesem Punkt aber wird das Freiheitsrecht des Art. 5 GG (Recht der freien Meinungsäußerung) in seinem Kern getroffen. Die Strafverfolgungsbehörden nehmen sich das Recht, zu entscheiden, wer in welcher Weise durch den Druck einer Zeitung Voraussetzungen für die politische Auseinandersetzung schaffen darf.

Die Ausmaße der Repression
Gegenwärtig sind es die Drucker des Agit-Druck-Kollektives. Nach der Logik der Strafverfolgungsorgane kann aber jeder – und stehe er den Zielen jener Gruppen wie RAF noch so fern – betroffen werden.

Daß dies bereits beste staatliche Praxis ist, zeigen die Maßnahmen in diesem Staat während und nach der Schleyer - Entführung. Wenn jetzt bereits Menschen wie Böll und Gollwitzer als „Wegbereiter des Terrors" angegriffen werden, wenn gegen Pfarrer Ensslin ermittelt wird, weil er bezweifelt, daß seine Tochter Selbstmord verübt hat, wenn ein Bremer Fraktionsvorsitzender der CDU zu den Gedichten Erich Frieds vorschlägt: „Solche Gedichte müssen verbrannt werden" (Frankfurter Rundschau vom 7.11.1977), dann sollte uns spätestens dies zeigen, daß es heute nicht nur um Agit oder Info-BUG geht, sondern um die elementarsten Rechte der Meinungs- und Pressefreiheit.

Die Verhaftungen von vier Druckern des AGIT-Kollektivs sind Beispiele für die Maßnahmen des Staates, die ein Klima von Angst und Unsicherheit erzeugen sollen.
Die Auseinandersetzung politisch Andersdenkender mit der gesellschaftlichen Realität wird kriminalisiert und soll auf immer brutalere Art und Weise verhindert werden. Gegen diese Entwicklung gilt es, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen!
Wir unterstützen die Forderung nach:
- sofortiger Freilassung der inhaftierten Agit-Drucker
- Einstellung aller in diesem Zusammenhang stehenden Ermittlungsverfahren
- uneingeschränktes Presse- und Meinungsrecht.

Aktion Dritte Welt/iz3w Freiburg

Befreiungsbewegungen sind keine „Terroristen"!

In den letzten Wochen wurde von großen Teilen der deutschen Presse und vom deutschen Fernsehen die Flugzeugentführung von Mogadischu zum Anlaß genommen, den Kampf und die Ziele des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO als menschenfeindlichen und isolierten Terrorismus zu diffamieren. Dies kam in besonders empörender Weise in einer vom ZDF am 18. 10. 77 zur Hauptsendezeit ausgestrahlten Sondersendung „Spirale des Terrors" zum Ausdruck. Kommentarlos wurde in dieser Sendung darüber berichtet, daß für die Israelis der Begriff Palästinenser mit dem Begriff Terrorist identisch ist. Ebenfalls wurde der Auftritt des PLO-Vorsitzenden Arafat vor der UNO, der die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Staaten der Welt erhielt, als „Ermutigung des internationalen Terrorismus" diffamiert. Nur am Rande oder nirgends wurde in den Zeitungen

berichtet, daß die Entführergruppe von Mogadischu mit keiner der in der PLO zusammengeschlossenen Befreiungsorganisationen etwas zu tun hat.

„Kampf gegen den Terrorismus“ – das ist in Israel nichts anderes als die seit Jahren angewandte Formel für die Unterdrückung des legitimen Kampfes des palästinensischen Volkes für die Verwirklichung seiner nationalen Rechte: Der bewaffnete Kampf der Palästinenser ist eine Antwort auf den Terror, der in der Vergangenheit von Seiten zionistischer Organisationen und heute vom israelischen Staat gegen ihre nationalen Rechte und ihre Existenz ausgeübt wurde und wird. Schon zu Zeiten der britischen Verwaltung in Palästina begannen zionistische Gruppen unter Führung von Leuten wie z.B. Begin und Dajan, die Palästinenser mit brutaler Gewalt (z.B. das Massaker von Deir Yassin) von ihrem Grund und Boden zu vertreiben. Der Staat Israel hat diese Verteibungspolitik, die zum heutigen Flüchtlingselend der Palästinenser im Libanon, Jordanien etc. geführt hat, durch seine Ausbreitung während den Kriegen gegen die arabischen Nachbarstaaten konsequent fortgeführt. Die in Israel lebenden Palästinenser werden unterdrückt und ins Gefängnis geworfen, wenn sie ihre Rechte wahrnehmen. Den Widerstand gegen Vertreibung und Unterdrückung mit den terroristischen Aktionen der RAF bzw. der Mogadischu-Entführer zu vergleichen, ist durch nichts gerechtfertigt. Die Palästinenser verfolgen das Ziel der Errichtung eines nationalen unabhängigen Staates, die PLO führt diesen Kampf mit breiter Unterstützung aus den palästinensischen Flüchtlingslagern und auch den Palästinensern in den durch Israel besetzten Gebieten an. Dieser Kampf verdient unsere volle Solidarität, die gezielten Verdrehungen der Presse müssen scharf kritisiert werden.

Red.

PERU

Spendet für entlassene Arbeiter!

Die Carretera Central ist das Rückgrad der in und um Lima angesiedelten Industrie. An der 30 km langen Straße vom Stadtrand Limas bis hin nach Chosica, wo die Anden anfangen, haben sich die größten Industriebetriebe angesiedelt. Hier arbeitet und lebt ein Großteil des peruanischen Industrieproletariats, denn 80 % der gesamten peruanischen Industrieproduktion befindet sich in und um Lima. Um die Industriefabriken sind Siedlungen der Industriearbeiter und ihrer Familien entstanden. Die Hungerlöhne, die die meisten Industrieunternehmen trotz enormer Gewinne an ihre Arbeiter zahlen, sind der Grund dafür, daß die Orte entlang der Carretera Central einem einzigen Elendsgürtel gleichen. Nur wenige Arbeiterfamilien leben in gut gebauten Steinhäusern, die Mehrheit muß sich in Lehmhütten ohne Licht und Wasser zusammenferchen. VITARTE und MANA sind die größten Ortschaften an der Carretera Central. Ihr proletarischer Charakter ist unübersehbar.

Nicht erst seit 1975, als die ökonomische Krise auf dem Rücken der unterprivilegierten Massen der peruanischen Bevölkerung ausgetragen wurde, begannen hier die Industriearbeiter ihre Kämpfe gegen Ausbeutung und Hungerlöhne. Bereits 1896 fand hier in einer schon damals produzierenden Textilfabrik der erste große Streik der peruanischen Arbeiterbewegung statt. 1918 erkämpften sich die Arbeiter von Vitarte zusammen mit anderen gewerkschaftlich organisierten Proletariern den 8-Stunden-Tag. Diese lange Kampftradition der Industriearbeiter an der C.C. reicht ununterbrochen bis zum Generalstreik vom 19.7.1977 in die jüngste Gegenwart.

Aus Arbeitskämpfen entstand 1976 das Comite de Lucha de la Carretera Central. Es ist ein regionaler Gewerkschaftszusammenschluß. Die Konzentration der Industrieproduktion an der C.C. und der offene Unternehmerboykott gegen jede gewerkschaftliche Aktivität gemeinsam mit der Offensive der Militärdiktatur verleihen dem Comite de Lucha wichtige Bedeutung. Die Betriebsgewerkschaften sind nicht in der Lage, gegen diese Offensive erfolgreich zu kämpfen. Ein regionaler Zusammenschluß der Gewerkschaften an der C.C. bedeutet einen deutlichen Fortschritt in den Kämpfen der Arbeiter an der C.C. und ist ein wichtiger Schritt zur gewerkschaftlichen Zentralisierung und Einigung

Nach dem 19. Juni 1977, dem Tag des Generalstreiks in Peru, muß das Comite de Lucha an der C.C. mehr als 800 Entlassene melden, die aufgrund des arbeiterfeindlichen Sondergesetzes DS 10-77 ihren Arbeitsplatz verloren. Mit diesem Sondergesetz wurden in ganz Peru mehr als 6.000 Arbeiter arbeitslos. An der C. C. verloren damit ca. 2.400 Menschen (die 800 Entlassenen und ihre Familien) jedes Einkommen. Das Comite de Lucha de la C. C. hat sich an die Peru-Komitees in der BRD mit der Bitte um solidarische Hilfe gewandt. Es geht um die Organisierung von kollektiven Formen der Verpflegung der 2.400 betroffenen, die Beschaffung von Kleidung und Medizin, Fahrtkosten, damit ein Teil der Arbeitslosen in ihre Heimatorte zurückkehren können, um dort von ihren Familien zunächst notdürftig versorgt zu werden. Außerdem muß die Strafverteidigung von 12 verhafteten Gewerkschaftsführern des Comite de Lucha finanziell aufgebracht werden. Und das Comite will eine Basiszeitung für die C.C. herausgeben, um die Basisorganisationen ständig über Kampfmaßnahmen etc. zu informieren und ein Kommunikationsnetz zu schaffen. Diese Aktivitäten sind deshalb so wichtig, weil sie verhindern, daß die betroffenen Arbeiter, die nun nicht mehr in der Produktion stehen, trotz der katastrophalen Lebensbedingungen nicht ihren Kampfgeist aufgeben und auch weiterhin für die Interessen der peruanischen Arbeiterklasse zu kämpfen bereit sind.

Wir erbitten Spenden auf das Konto:
Volksbank Heidelberg
Konto Nr. 130 1177 16 / Ernst Jarasch
Stichwort: C.C.



Massenkommunikation in Chile 1970–1973

Dietrich von Ruffer
Massenkommunikation und Wandlungsprozeß – Chile 1970 - 1973.
Zur Funktion und Bedeutung des Mediensektors. Ein Beitrag zum Problem der kulturellen Abhängigkeit, ihrer Auswirkungen und Grenzen.
Herausgeber: Medienladen, 2 Hamburg 1, Rostocker Str. 25
Preis: 8,–

Über die Regierungszeit der Unidad Popular (UP) wurde viel veröffentlicht, gerade nachdem der blutige Militärputsch dem erfolgversprechenden Weg der Unidad Popular ein Ende gesetzt hatte. Die Verquickung Militärjünta – internationale Konzerne (im besonderen ITT) sind inzwischen hinreichend untersucht worden. Bei der Analyse der ökonomisch-technischen Abhängigkeit Chiles von den kapitalistischen Metropolen blieb die k u l t u r e l l e Abhängigkeit Chiles so gut wie unberücksichtigt. Diese kulturelle Abhängigkeit, welche sich vorwiegend im Medienbereich (Fernsehen, Rundfunk, Zeitungs- und Buchproduktion) manifestiert, darzustellen und in den Kontext der politischen Veränderungen Chiles einzuordnen, hat sich der Autor Dietrich von Ruffer zur Aufgabe gemacht.
Dargestellt wird in den ersten Kapiteln der vorliegenden Studie (vom publizistik-wissenschaftlichen Standpunkt aus) das Wesen der heutigen 'Massenkommunikation' und deren potentielle Möglichkeiten eines Kommunikationskreislaufes, einer a k t i v e n Einbindung der Rezipienten (Hörer, Leser Zuschauer). Hinterfragt wird der Begriff der 'Massenkommunikation', welcher an sich die Möglichkeit des Austausches von Mitteilungen zwischen einem Sender (Kommunikator) und einem Empfänger (Adressat, Rezipient) einschließt. Im Gegensatz zu diesem möglichen Austausch steht die einkanalige, ein-Weg-gerichtete Kommunikationspraxis, die künstlich durch ökonomische und administrative Vorkehrungen aufrechterhalten wird. In vielen unterentwickelten Ländern kommt dem Begriff der 'ein-kanaligen Kommunikation' eine weitere Bedeutung zu: So wurden z.B. in Chile 1968 Transistorradios mit nur e i n e m Frequenzbereich g r a t i s an die (meist lese- und schreibunkundige) Bevölkerung verteilt. Welche bewußtseins- und verhaltensmäßige Abhängikeit damit geschaffen wurde, soll später noch gezeigt werden. Daß die starr ein-Weg-gerichtete Kommunikation, welche nur hier: Produzent, dort: Konsument kennt, nur bedingt technologisch begründet ist, haben schon Bertolt Brecht („Radiotheorie", 1932) und Hans M. Enzensberger („Baukasten zu einer Theorie der Medien", 1970) erkannt.
Nach diesem medientheoretischen Exkurs, welcher nicht nur den betrüblichen Zustand der herkömmlichen eindimensionalen Massenkommunikation aufzeigt, sondern auch Perspektiven einer befreienden Massenkommunikation, beschreibt der Autor die spezielle Situation auf dem chilenischen Mediensektor vor und während der Regierungszeit der Unidad Popular. – Für diese Zeit ist die absolute Dominanz us-amerikanischer Firmen im chilenischen Unterhaltungs- und Nachrichtensektor charakteristisch. Diese Dominanz erstreckte sich nicht nur auf die rein technische Versorgung (Sendeanlagen, Fernseheinrichtungen ...) sondern im besonderen auf die i n h a l t l i c h e Belieferung. Die Beherrschung durch die us-amerikanische 'Kulturindustrie' verteilt sich in den einzelnen Sektoren wie folgt:

– N a c h r i c h t e n a g e n t u r e n: 1971 oblag die Versorgung aller großen lateinamerikanischen Zeitungen und Magazine zu 40,8 % der us-amerikanischen Agentur UPI (Miteigentümer: Hearst); 31,3 % entfielen auf die Agentur 'Associated Press' (AP).
– F e r n s e h e n: 50 % der Fernsehprogramme Chiles stammten 1972 aus den USA.
– F i l m: 1970 wurden 80 % des gesamten chilenischen Kinogeschäftes von amerikanischen Importen abgedeckt. Der in die Vereinigten Staaten transferierte Reingewinn der Filmgesellschaften betrug 1969 1,6 Millionen Dollar.
– Z e i t s c h r i f t e n: Große Bedeutung gewinnen in unterentwickelten Ländern sogenannte Fotonovelas (mit Fotos unterlegte Romane) und Comics, ist doch die Analphabeten- bzw. Semianalphabetenrate sehr hoch. (Analphabetenrate in Lateinamerika 1970: 23,6 %(. Von US-Firmen übernommene Comicsserien erreichten eine tägliche Auflage bis zu 400 000.
– W e r b e a g e n t u r e n: Bei der totalen Verflechtung bzw. Identität der ökonomisch Mächtigen mit den über die Massenmedien Verfügenden kommt den Werbeagenturen eine besonders wichtige Rolle zu; 4 der 5 größten Werbeagenturen Chiles waren 1970 in US-Besitz.

Am 4.9.1970 wurde Salvador Allende mit 36,3 % der Stimmen zum neuen chilenischen Präsidenten gewählt; der chilenischen Verfassung gemäß mußte Allende sich durch das Parlament bestätigen lassen. Da die Unidad Popular jedoch in den beiden Häusern des Parlaments über keine Mehrheit verfügte, war sie auf die Unterstützung durch die Christdemokraten angewiesen. Diese pochten auf verschiedene Garantien und Zugeständnisse Allendes: die 'Legalitätsgarantie' umschloß im wesentlichen die Unantastbarkeit bestehender Institutionen, so z.B. auch die der Opposition mitsamt ihrer Massenmedien.
Das Hauptziel der UP (Unidad Popular) lag in den ersten Jahren ihrer Regierungszeit in der Nationalisierung der Schlüsselindustrien; auf dem Mediensektor hingegen wurden kaum Veränderungen vorgenommen. Der Unidad Popular war es nur vereinzelt gelungen, durch Aufbau von eigenständigen, den nationalen Traditionen verbundenen Kommunikationsformen dem immensen Einfluß der amerikanischen 'Kulturindustrie' entgegenzutreten. Während die Parteien der Unidad Popular rein theoretisch die Bedeutung der Massenmedien erkannt hatten und in ihrem Programm forderten, die Kommunikationsmittel müßten in die Hand der gesellschaftlichen Organisationen gelegt werden, um der erzieherischen Aufgabe gerecht zu werden, übernahmen in der Praxis die von der Unidad Popular be-

herrschten Medien die Normen des bürgerlichen Kulturapparates. Die Verantwortlichen der Unidad Popular – so die Meinung des Autors D. von Ruffer – verstrickten sich selbst in ein Wertesystem, zu dessen Ablösung sie angetreten waren. Bewußtseinsmäßig fielen die Planer der Unidad Popular zum Teil sogar weit hinter die 'Comandos Communales' (Räte auf Gemeindeebene) zurück. In den Basisorganisationen entstanden vielerlei Kommunikationsformen, welche an die Tradition anknüpften, jedoch aktuelle Inhalte vermittelten:

– Wandmalereien,
– aktualisierte Volkslieder,
– Straßentheater,
– Stadtviertel-, Betriebs-, Landarbeiterzeitungen, welche zum Teil über eigene Volkskorrespondentennetze verfügten.

So war es (kommunikationstheoretisch gesprochen) in Ansätzen gelungen, eine Identität zwischen 'Sender' und 'Empfänger' herzustellen. Diese rudimentär entwickelten Kommunikationskreisläufe wären eine direkte Antwort auf das Mobilisierungskonzept der oppositionellen Massenmedien gewesen. Die Opposition verstand es sehr schnell, ihren publizistischen Apparat zu koordinieren und auszubauen, um diesen dann für ihre politischen Ziele einzusetzen; Obstruktion der von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen und Schüren von Widersprüchen gehörten zu den wichtigsten Funktionen der oppositionellen Presse. Eine gewichtige Rolle im Rahmen der oppositionellen Massenmedien gewann die Zeitung „El Mercurio", das Sprachrohr des chilenischen Besitzbürgertums. Diese Zeitung ist in ihrer 'seriösen' Nachrichtengebung und in ihrem konservativen Meinungsteil durchaus mit der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung' vergleichbar.



Im vorliegenden Buch gelingt es dem Autor Dietrich von Ruffer in anschaulicher Weise, einen wesentlichen Abschnitt der chilenischen 'Mediengeschichte' nachzuzeichnen.
Die exemplarische Darstellung metropolenorientierter Kulturpolitik am Beispiel Chiles läßt Analogieschlüsse zur Mediensituation anderer 'Entwicklungsländer' zu. Der nach den verschiedenen UNCTAD-Sitzungen eingerichtete Medienpool der Dritten Welt (vorläufiger Sitz: Tunis) zeugt von zunehmendem Problembewußtsein. Ein Bewußtsein, das in den Industrieländern ebenfalls im Wachsen begriffen ist, wie die rasche Zunahme der 'Alternativpresse' zeigt. Diese verständlich geschriebene, mit vielen Fotos und Dokumenten versehene Buch (dessen drucktechnische Qualität leider zu wünschen übrig läßt) ist eine wertvolle Grundlage zur Diskussion einer sozialistischen Medienpolitik.
Hinweis für im pädagogischen Bereich Tätige: das vorliegende Buch eignet sich gut zur Aufarbeitung des Problembereichs 'Massenkommunikation – kulturelle Abhängigkeit' (in der Sekundarstufe II). Erfreulich ist, daß der Autor die Massenmedien nicht als isolierte Größe darstellt, sondern auch auf außermediale Zusammenhänge eingeht. Die Vielschichtigkeit der Massenkommunikation legt eine fächerübergreifende Behandlung des Themas nahe. Die ähnlich strukturierte Medienlandschaft in der BRD (Monopolisierung, Aufteilung der Nachrichtenmärkte, Kartellabsprachen...) sollte Anlaß genug sein, Ursachen und Folgen der Medienmisere auf dem Hintergrund der Ereignisse in Chile zu diskutieren.

uk

Die Kultur spielt eine wichtige Rolle im Befreiungskampf!
„Zweifellos geht die imperialistische Herrschaft Hand in Hand mit kultureller Unterdrückung und dem Versuch, die wesentlichen Kulturelemente der unterdrückten Völker auf direktem oder indirektem Weg zu zerstören. Aber ein unterdrücktes Volk ist nur dann in der Lage, einen Befreiungskampf zu führen, wenn es trotz der permanenten und organisierten Unterdrückung seine Kultur lebendig erhält, wenn es, obgleich sein politisch – militärischer Widerstand längst ausgelöst ist, auf kultureller Ebene weiterhin Widerstand leistet. Und der kulturelle Widerstand kann dann zu einem gegebenen Zeitpunkt neue Formen annehmen (politische, wirtschaftliche, bewaffnete), um gegen die Fremdherrschaft zu kämpfen ... Die Kultur hat sich sogar als das Fundament der Befreiungsbewegungen erwiesen. Nur die Völker, die ihre Kultur bewahren, sind in der Lage, ihre Kräfte zu mobilisieren, sich zu organisieren und den Kampf gegen die Fremdherrschaft aufzunehmen. Welches auch immer ihre ideologische Ausrichtung oder ihre Ideale sein mögen, die Kultur stellt ein wesentliches Element des historischen Entwicklungsprozesses dar. Sie besitzt die Fähigkeit, diejenigen Elemente weiterzuentwickeln und zur vollen Entfaltung zu bringen, welche die Kontinuität der Geschichte sichern und zugleich bestimmend für den Fortschritt oder die Rückentwicklung der Gesellschaft sind. So stellt die imperialistische Herrschaft ein Hemmnis für den historischen Entwicklungsprozeß des beherrschten Volkes dar und bedeutet damit zwangsläufig auch ein Hemmnis für seinen kulturellen Entwicklungsprozeß. Gelingt es einer Gesellschaft, sich völlig vom Joch der Fremdherrschaft zu befreien, so treibt sie gleichzeitig ihre eigene kulturelle Weiterentwicklung voran, wobei sie aus der lebendigen gesellschaftlichen Wirklichkeit schöpft und sowohl schädliche Einflüsse als auch jegliche Unterwerfung unter fremde Kulturen ablehnt. Folglich ist der Befreiungskampf vor allen Dingen auch ein kultureller Akt."

(Amilcar Cabral, aus „Le role de la culture dans la lutte pour l'independance". UNSESCO – Expertenbericht, Paris Juli 1972).

AKTIONSGRUPPEN

Bericht von der Bundeskonferenz in München

Bericht von der Bundeskonferenz entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vom 7. - 9. Oktober 1977 in München

Zur Vorgeschichte der Bundeskonferenz: *Die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zum Zwecke des Informations- und Erfahrungsaustauschs, zur Koordinierung von Aktionen und Projekten ist ein uraltes Interesse der Gruppen im Dritte-Welt-Bereich. Ergebnisse solcher Koordinierungsbemühungen sind die seit einigen Jahren entstandenen und noch entstehenden regionalen Zusammenschlüsse / Foren von Gruppen (z.B. Bayern, Baden-Württemberg, Nord, Berlin, Köln). Logischerweise ergab sich daraus auch das Bestreben nach bundesweiter Koordination. (Formal)ähnliche Interessen hatte seit einiger Zeit auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), dem die seit einigen Jahren gewährten Zuschüsse an Dritte-Welt-Gruppen anscheinend zu unübersichtlich in ihren Wirkungen, daher für das BMZ unkontrollierbar und uneffektiv im Sinne seiner Politik wurden (Darauf deuten auch andere Vorgehensweisen des BMZ in der letzten Zeit, so das „Merkblatt zur Finanzierung von Einzelmaßnahmen entwicklungspolitisch tätiger Informations- und Aktionsgruppen", siehe dazu die Stellungnahme der Berliner Gruppe (Kasten)). Ende Juni 1976 hatte das BMZ 20 Gruppen zu einem Gespräch (in Anwesenheit von Minister Bahr) eingeladen. „Es entstand die Forderung nach einem Treffen aller entwicklungspolitischen Gruppen zu einem Informationsaustausch und einer Diskussion über die Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit. Das BMZ ist ebenfalls an einem solchen Treffen interessiert und hat seine Teilnahme zugesagt. Die 'Aktion Dritte Welt-Handel', das 'Informationszentrum Dritte Welt' in Dortmund und das 'Aktionskomitee Afrika' haben die Vorbereitung zu dem Treffen am 25./26. Februar 1977 in Frönsberg übernommen." (Aus dem Einladungsschreiben zu dem Treffen in Frönsberg). Auf diesem Treffen, zu dem 28 Gruppen erschienen, wurde ein Vorbereitungsausschuß gewählt mit der Aufgabe, für Herbst '77 die nun abgelaufene Bundeskonferenz vorzubereiten.*
Wir haben uns an dieser Konferenz beteiligt, weil wir das Anliegen einer besseren Koordination (stärkerer Informationsaustausch, gemeinsame Aktionen/Projekte/Kampagnen) für richtig halten, weil wir glauben, daß unsere Arbeit dadurch wirkungsvoller werden kann, und auch, daß wir als „große" und alte Gruppe mit viel Informationen und Erfahrungen auch viele andere Gruppen unterstützen können.

Welche Fragen standen in München an?
An der Bundeskonferenz nahmen 180 Personen teil, unter ihnen Vertreter von 110 Aktionsgruppen. Die Tagesordnung hieß:
1. *Was wollen wir?*
2. *(evtl. zusammen mit 1.) Wozu brauchen wir welchen Minimalkonsens?*
3. *Welche Organisationsform soll das haben?*
4. *Wo kommt das Geld her?*
(Die folgenden Diskussionen ließen allerdings eine klare Trennung nach den 4 Tagesordnungspunkten nicht zu)
Das Bedürfnis der meisten Gruppen war recht konkret und wurde auch ziemlich schnell artikuliert; Es sollte eine verstärkte Zusammenarbeit der Gruppen stattfinden, um Informationen und Termine breiter bekannt, d.h. zugänglich zu machen, um zu gemeinsamen Aktionen und zu gemeinsamer Unterstützung von Projekten zu kommen. Leider kam durch die rasche Konkretisierung der Themen und die anschließende Besprechung eher „formal-technischer" Einzelheiten die Diskussion über die inhaltlichen Grundlagen der Zusammenarbeit zu kurz.
Verständlicher Grund dafür war, daß die Bundeskonferenz auf jeden Fall p r a k t i s c h e Ergebnisse bringen sollte, die Gruppen wollten nicht ohne einen gewissen Fortschritt gegenüber der Zeit vor München auseinandergehen. Eine ganze Reihe von Gruppen erkannte den o.g. Mangel wohl, versuchte aber, die inhaltliche Diskussion um die kontroversen Fragen nicht zu forcieren, um das junge Pflänzchen Zusammenarbeit nicht schon vorzeitig zu zertreten. Die Anregung der inhaltlichen Diskussion wurde deshalb dem Koordinierungsausschuß als Aufgabe aufgetragen.
Daß kein Dachverband mit Mitgliedschaft, Vorstand, Außenvertretung und festem Sitz möglich war, wurde sehr bald klar. Die Angst um die Autonomie der Gruppen, die fehlende inhaltliche Grundlage und die Frage der Finanzierung (eine größere Bundesstelle war nur von BMZ und/ oder Kirchen finanziert vorstellbar, diese Abhängigkeit wollten die Gruppen aber nach abschreckenden Beispielen der letzten Zeit – siehe Kasten, nicht eingehen) ließen dieses Konzept bald als illusorisch erscheinen. Der Vorschlag eines festen Bundesbüros (als Informations- und Kontakt-/ Anlauf-Stelle) wurde länger diskutiert, schließlich aber – aus denselben Gründen wie der Dachverband – fallengelassen. Wir haben uns auf dieser Bundeskonferenz gegen die Bildung eines Dachverbandes mit Außenvertretung und die Einrichtung einer Bundesstelle gewandt. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Für diesen Schritt gab und gibt es keine ausreichende gemeinsame politische Grundlage, das Spektrum der anwesenden Gruppen reichte von Dritte Welt-Läden über Liga gegen den Imperialismus, Informationszentren und Aktionsgruppen bis zu kirchlichen Gruppen und amnesty international. Eine Vereinheitlichung, die für einen Dachverband/ Bundesstelle notwendig wären, erscheint nicht möglich.
2. Finanziell wäre eine solche Bundes-Arbeit stark von Fremdmitteln abhängig, da die bestehenden Gruppen eine solche Einrichtung kaum tragen könnten. Personell könnten es sich wohl nur die wenigen großen Gruppen leisten, Mitarbeiter für eine solche Arbeit abzustellen, ohne die lokale Arbeit der Gruppe zu gefährden.
Dagegen halten wir die in München beschlossenen Einrichtungen für sinnvoll – auch für die Zukunft:
Einig wurde man sich nämlich über einen Rundbrief der Gruppen (Aufgaben und Technisches s.u.), ein Koordinierungsausschuß wurde gewählt und mit klaren Aufgaben versehen (s.u.). Diese Ergebnisse sind eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit der Gruppen.
Am Schluß der Tagung wurden noch einige Resolutionen verabschiedet (s.u.).

Aktion Dritte Welt, Freiburg

Beschlüsse und Wahlen der Bundeskonferenz + Gruppenrundbrief

1. Der Rundbrief (RB) ist gruppenintern
2. Er soll folgenden Inhalt haben:
   a) inhaltliche Diskussion
   b) Vorstellung von Projekten
   c) Informationen und Arbeitshilfen
      – Neuerscheinungen
      – Rezensionen
      – Termine
      – aktuelle Adressen und Selbstdarstellungen
   d) Forum (Artikulationsmöglichkeit für die Gruppen)
      – Erfahrungsaustausch
      – Aktionsberichte (Kritik, Vorschläge)
      – Konfliktdarstellungen
      – Anforderungen/Notrufe
   e) Übersicht über spezielle Kooperationsinfos
3. Eine Zensur findet nicht statt. Jeder eingesandte Artikel muß veröffentlicht werden. Wenn wegen eines Überangebots an Artikeln die Veröffentlichung einiger Artikel verschoben werden muß, liegt die Verantwortung dafür bei der Redaktion.
   Bei einem ständigen Überangebot an Artikeln ist der Umfang ode die Häufigkeit des Erscheinens zu ändern bzw. sind Sonderhefte herauszugeben.
4. Nimmt das Angebot derart Überhand an, daß keine anderen Möglichkeiten mehr bestehen, erhalten die Herausgeber die Möglichkeit, fürdie Länge der veröffentlichten Artikel eine generelle Höchstgrenze vorzuschreiben.
5. a) Der RB wird so konzipiert, daß er sich grundsätzlich durch den Abopreis selbst tragen kann.
   b) Für Sonderprojekte können Fremdmittel in Anspruch genommen werden.
6. Redaktion und Herausgeber sind getrennt, wobei die Redaktion inhaltlich und die Herausgeber technisch verantwortlich sind.
7. Die Herausgabe (Versand, Konto etc.) übernimmt die Initiativgruppe Dritte Welt (Kiel).
8. Die Redaktion wechselt von Heft zu Heft.

Koordinierungsausschuß:

– Aufgaben: Erstellung eines Handbuchs für die Arbeit der Aktionsgruppen. Vorbereitung der nächsten Bundeskonferenz (in etwa einem Jahr) und Anregung der inhaltlichen Diskussion über Minimalkonsens etc.
  Vorbereitung von Seminaren zu wichtigen Themen
  Funktion als internationale Kontaktadresse
  Diskussion über bundesweite Aktionen
– Die Finanzierung dieser Aufgaben soll über Beiträge der Gruppen geschehen. Anträge auf Fremdfinanzierung sollen gestellt werden, sie werden nur ohne Bedingungen akzeptiert.
– Adresse des Koordinierungsausschusses ist vorläufig das iz3w, 46 Dortmund, Weißenburger Str. 23, 0231 /574057 (Dietrich Woelki).
– Mitglieder des Koordinationsausschusses: iz3w Dortmund, Siegfried Pater (ILA), Edda Stelck (ehem. A3WH), Weltmarkt Nürnberg, IG3W Kiel, ASÖP/ Köln, Alexander Gregory

Resolution zu den Vorgängen in der Aktion Dritte Welt Handel

1. Wir verurteilen den Versuch der konfessionellen Jugendverbände AEJ und BDKJ, mit dieser Form der Erpressung, wie sie in der außerordentlichen MV der A3WH e.V. am 24.9. versucht worden ist, eine Satzungsänderung, wie sie vorgeschlagen wurde, durchzusetzen.
2. Wir fordern die Jugendverbände AEJ und BDKJ auf, weiterhin in der A3WH e.V. auf der bisherigen Basis mitzuarbeiten und die augenblickliche Zusammensetzung der MV zu erhalten.
3. Wir fordern die beiden kirchlichen Hilfswerke und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dazu auf, die Arbeit der A3WH nach Vorlage einer geprüften Bilanz weiter finanziell zu unterstützen und die Fortsetzung der bisherigen pädagogischen Arbeit der Geschäftsstelle zu gewährleisten.
4. Wir fordern den Vorstand der A3WH e.V. auf, so schnell wie möglich die bisherigen hauptamtlichen Mitarbeiter wieder einzustellen.

(Mehrheitlich angenommen)

Resolution zur Anzeigenkampagne des BMZ

Der Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in München fordert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) auf, die derzeitige Anzeigenkampagne zur Entwicklungshilfe sofort einzustellen bzw. inhaltlich zu verändern.

Begründung:
1. Die Anzeigen enthalten einige Falschmeldungen (siehe Anhang).
2. Die Anzeigen sind teilweise so gestaltet, daß Vorurteile gegen Völker der Dritten Welt verstärkt werden. Bestenfalls helfen die Anzeigen mit, Vorurteile gegen das BMZ abzubauen.
3. Es ist zweifelhaft, ob die Anzeigen geeignet sind, den unflätigen Anschuldigen Todenhöfers gegen die Entwicklungshilfe zu begegnen.

(Mehrheitlich angenommen)

Anhang : Zu den Falschmeldungen des BMZ

> Zitat: „Aus dem Westen bekommen viele Entwicklungsländer Geld für Staudämme, Kraftwerke, Schulen, Straßen. Und aus dem Osten bekommen viele Entwicklungsländer Geld für Panzer, Gewehre, Bomber. Wo ist da die Logik?"

Diese Darstellung ist falsch, denn westliche Länder liefern Waffen, z.B. die BRD nach Südafrika mit seiner weißen Minderheitsregierung. Somit ist auch die Aussage des folgenden Zitats falsch:

> „Die Bundesregierung will dazu beitragen, daß die schwarze Mehrheit in Rhodesien und Südafrika auf friedliche Weise ihr Recht bekommt, ohne einen Rassenkrieg. Deshalb liefert sie keine Waffen, weder an die eine noch an die andere Seite."

Resolution zu den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML

Die auf dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in München anwesenden Vertreter entwicklungspolitischer Gruppen in der BRD und Westberlin sprechen sich über politische Differenzen hinweg entschieden gegen das von der CDU geplante Verbot von KBW, KPD und KPD/ML aus. Wir sehen darin einen schweren Angriff auf demokratische Grundrechte, von dem wir wie alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen eines Tages selbst betroffen sein können.

(Mehrheitlich angenommen)

München, den 9. Oktober 1977

Forum entwicklungspolitischer Gruppen in Westberlin zur Mittelvergabe durch das BMZ

Liebe Freunde,
Im September 1977 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ein „Merkblatt zur Finanzierung von Einzelmaßnahmen entwicklungspolitisch tätiger Informations- und Aktionsgruppen " herausgegeben.
Dieses „Merkblatt" haben wir auf der letzten Vollversammlung des FeG am 1.10. diskutiert. Die Vollversammlung hat einstimmig dem Vorschlag des Sekretariats zugestimmt:
Was sind die entscheidenden Aussagen dieses „Merkblatts"?
1.1. „,... fördert entsprechend der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung..."
„ ... damit die Informations- und Bildungsarbeit des BMZ unterstützen"
1.2. „Dies setzt eine Offenlegung der Inhalte der Aktivitäen .. voraus."
Zum Antragsverfahren heißt es:
4.1. „Der Antrag muß Angaben enthalten, die eine Beurteilung der Zielsetzung der Aktion ... ermöglichen"
4.1.1. Für Publikationen
„ ... eine detaillierte Zweckbestimmung (einschließlich Empfängerkreis) und Inhaltsangaben (soweit vorhanden das Manuskript)"
4.2. „Um die unter 1.1. beschriebene Zielsetzung einer möglichst wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Trägern der politischen Willensbildung zu fördern, muß der Antrag grundsätzlich von einem der im deutschen Bundestag vertretenen Parteien angehörenden Mandatsträger (Gemeinde-, Stadtrats-, Kreistags-, Landtags-, Bundestagsabgeordnete) schriftlich befürwortet werden."
Hierzu hat das BMZ gleich ein eigenes Formblatt geschrieben, in dem es heißt:
„Leider ist es für das BMZ nicht immer einfach, zu beurteilen, welchen Beitrag die geplanten Maßnahmen (für die eine Förderung beantragt wird, d.V.) tatsächlich zur entwicklungspolitischen Information leisten. Wir denken, daß es richtig ist, sich hierbei auf das Urteil von Abgeordneten zu verlassen, die die Arbeit der Gruppen aus der Nähe beurteilen können ..."
Das ganze nannte sich dann „das in diesem Merkblatt festgelegte vereinfachte Verfahren". (1.2.)
Was hat sich für wen denn hier vereinfacht?
Will jetzt also eine Aktionsgruppe einen Finanzantrag stellen, so geht es doch wohl nicht schneller, wenn man zuerst zu einem „Mandatsträger" laufen muß und ihn um seine Unterstützung fragen muß.
Warten sie etwa nur darauf, daß Dritte -Welt-Gruppen zu ihnen wegen solcher Anträge kommen? Mal ganz abgesehen davon, daß man sie doch nicht trifft, wer kennt denn schon einen „Mandatsträger"? Die meisten kleineren Gruppen – und die Mehrzahl der Dritte-Welt Gruppen sind doch relativ klein – hat weder einen Mandatsträger als aktives Mitglied in den eigenen Reihen, noch engere Kontakte zu ihnen.
Soll etwa z.B. ein Chile-Komitee zu einem „Mandatsträger" gehen, der immer wieder betont, wie „stabil" doch die neue Regierung in Chile ist, der offen die faschistische Militärjunta Pinochets lobt?
Soll etwa ein Indonesienkomitee zu einem „Mandatsträger" gehen, der die Waffen und U-Boote an das faschistische Suharto Regime Indonesiens zur Bekämpfung des Volkes der unabhängigen demokratischen Republik Ost-Timor im Bundestag befürwortet hat?
Oder soll eine Afrika-Solidaritätsgruppe zu einem „Mandatsträger" gehen, der mit daran arbeitet, daß die Bundesregierung die UNO-Botschaftsbeschlüsse gegen Rhodesien und Südafrika unterläuft?
Solche und ähnliche Beispiele ließen sich noch viele finden. Kann das im Ernst das Ziel dieses Merkblatts sein?
Geht es nach dem BMZ, dann ist genau das geplant. Denn es heißt doch, das BMZ „fördert entsprechend der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung".
Das aber ist die „entwicklungspolitische Konzeption" dieser Regirung, genau das ist ihre tägliche Praxis. Diese Konzeption und diese Praxis ist nicht im Interesse der Dritten Welt. Die Dritte Welt verurteilt sie immer wieder. So anläßlich der UNCTAD IV in Nairobi, oder wegen der Zusammenarbeit mit den Rassisten im südlichen Afrika.
Gerade deshalb lehnen die Dritte-Welt-Gruppen diese Konzeption und Politik ab. Manche dieser Gruppen verurteilen sie besonders scharf oder haben sich sogar aus Ablehnung hiergegen gegründet.
Jetzt aber müssen sie eine „Offenlegung der Inhalte der Aktivitäten" für das BMZ machen, bei Publikationen das Manuskript vorlegen und immer die Befürwortung eines „Mandatsträgers" nachweisen, der ein „Urteil" über „die Arbeit der Gruppen aus der Nähe" geben soll.
Das ganze Merkblatt sieht doch sehr stark nach politischer Auswahl aus, nach Disziplinierung.
Das BMZ kann damit mißliebige Gruppen von der Förderung ganz ausschließen oder zumindest einzelne Aktivitäten dadurch vorläufig zum Scheitern verurteilen, indem es Gelder nicht bewilligt, und solche Aktivitäten unterstützt, die in ihrem Interesse sind. Das ist also der Kern „des einfachen Verfahrens". Vereinfacht schon, aber nicht für die Dritte-Welt-Gruppen, sondern für das BMZ bei der politischen Auswahl. Dieses ganze Merkblatt steht also nicht im Interesse unserer Gruppen, sondern im Interesse der Bundesregierung, es steht nicht im Interesse der Unterstützung der Dritten Welt.
Es fallen bei dem gründlichen Studium dieses Merkblattes aber noch einige weitere Punkte auf, die zwar nicht so ganz so bedeutend sind, aber doch noch hervorgehoben werden sollten.

– Kleine Gruppen haben weniger Möglichkeiten, solche „Mandatsträger" anzusprechen, als größere Gruppen. Also werden die kleineren Gruppen, die finanzielle Unterstützung häufig dringender brauchen, eindeutig benachteiligt.
– Gruppen, die die Politik des BMZ oder einer „der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien" gutheißen – die also sowieso schon häufig von diesen „gefördert" werden – sollen noch mehr Geld bekommen können.

Aber Gruppen, die diese Politik ablehnen, haben ▶

keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung.

- Warum müssen es eigentlich „Mandatsträger" „der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien" – also SPD, FDP, CDU, CSU – sein, obwohl es doch, wie z.B. in Zehlendorf (Bürgerinitiative), noch andere Mandatsträger gibt.

Diese Kriterien des BMZ scheinen uns nicht geeignet, „alle Gruppen oder Organisationen, die der Dritten Welt helfen wollen, ihre alte Abhängigkeit abzuwerfen und keine neuen Abhängigkeiten zu schaffen" (Präambel des FeG) in ihrem Wunsch der „Unterstützung der Völker der Dritten Welt in ihrem Streben nach Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit" finanzielle Unterstützung zu gewährleisten. Diese Kriterien sind nicht im Interesse der Dritten Welt. Sie sind auch nicht im Interesse des Zusammenschlusses aller Dritte-Welt-Gruppen. Wir lehnen dieses Merkblatt deshalb ab.
Sekretariat des FeG
(Forum entwicklungspolitischer Gruppen in West-Berlin)

LESERBRIEFE

Liebe Freunde,
da der in der Nr. 64 vom September '77 abgedruckte Leserbrief eines peruanischen Verfassers nicht nur ein allgemeines Problem praktischer Solidaritätsarbeit anspricht, sondern sich auch direkt an uns wendet, möchten wir dazu Stellung nehmen.

Es besteht kein Zweifel, und da stimmt uns der Leserbriefschreiber ja auch zu, daß die peruanischen Militärs durch ihr brutales und menschenverachtendes Vorgehen internationale Solidarität geradezu herausfordern. Von Anfang an hat es daher das Peru-Komitee Berlin als eine seiner wichtigsten Aufgaben angesehen, diese Solidarität nicht nur zu fordern, sondern sie auch zu praktizieren. Daß dabei Probleme auftreten, liegt sozusagen in der Natur der Sache. Sie können hier jedoch – aus verständlichen Gründen – nicht im Einzelnen durchleuchtet werden.

Wir wissen, daß es Kräfte gibt, die uns und der internationalen Solidarität nicht wohlgesonnen sind und die mit unterschiedlichen Methoden unsere Arbeit zu behindern ode zu zerstören suchen. Aber wir wissen auch, daß unsere Ziele nur erreichbar sind, wenn wir offen die Zustände in den Gefängnissen, polizeilichen Verhörzellen und Konzentrationslagern angreifen, alle Möglichkeiten nutzen, die hiesige Öffentlichkeit über die Lage in diesem lateinamerikanischen Land zu informieren und sie zur vielfältigen Solidarität aufrufen. Das Vorgehen der Militärs, Tatsachen wie Verhaftungen, Folter und den Aufenthalt von politischen Gefangenen, Gewerkschaftern und sozialen Kämpfern in den Gefängnissen des Landes nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, darf nicht geduldet werden. Geheimes Vorgehen darf nicht mit Zurückhaltung oder gar Schweigen unsererseits beantwortet werden.

Es ist Bestandteil der praktischen Gefangenenarbeit von ai, den von ihnen betreuten politisch Verfolgten sowohl moralische als auch materielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Dies geschieht auf vielfältige Weise und schließt auch die Übergabe von Gegenständen des dringenden persönlichen Bedarfs ein. Wir sehen es daher keineswegs als falsch an, unter Beachtung notwendiger Sicherheitsvorkehrungen einzelnen Gefangenen auf dem Wege über ihre Angehörigen und Freunde z.B. Medikamente oder Decken zukommen zu lassen. Daß politische Gefangene in Peru, bei denen Gegenstände des persönlichen Bedarfs aus dem Ausland gefunden wurden, dafür Strafen erzielten, ist uns nicht bekannt. Nach unseren Erfahrungen ist der peruanische Markt – nicht zuletzt wegen der Abhängigkeit Perus vom kapitalistischen Ausland – sehr stark mit Produkten aus fremden Staaten überschwemmt. Da die ganze Gesellschaft davon durchsetzt ist und da man kaum annehmen kann, daß deren Ausbreitung vor den Gefängnistoren halt macht, scheint eine Bestrafung wegen des Besitzes einer Hose, einer Zahncreme oder von Vitamintabletten aus der BRD kaum wahrscheinlich.

Wir sind aus eigener Kraft heraus kaum in der Lage, den vielfältigen Anforderungen unserer Partner in Peru gerecht zu werden. Auch aus diesem Grunde sind wir an der Verbreitung von Aufrufen zur Unterstützung der von uns indirekt betreuten politischen Gefangenen interessiert. Von den Spenden, die uns nach solchen Kampagnen eingehen, ist zwar der überwiegende Teil Bargeld (zweifelsohne die beste Spendenform, da sie die geringsten Transferprobleme schafft und die Empfänger oder Verteiler damit optimal den sich



auch häufig wandelnden Erfordernissen gerecht werden können); erfahrungsgemäß gibt es aber auch Leute, die nur Sachgüter (insbes. Medikamente von Ärzten) weggeben. Diese werden von uns nach Nützlichkeit und Notwendigkeit sortiert und nur solchen Personen mitgegeben, die entweder aus unserem Komitee sind, die wir lange kennen und/oder die unser Vertrauen genießen. Von daher ist – und das kann als Richtigstellung betrachtet werden – nur der erste Teil des beanstandeten Satzes („Wer solche Sachen spenden...") an alle gerichtet, während der zweite Teil („ ... oder bei einer Reise nach Peru mitnehmen kann, ...") eigentlich einen von vornherein stark begrenzten Personenkreis betrifft.

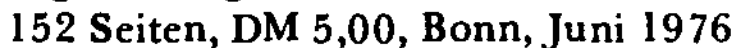
Weiterhin muß deutlich gemacht werden, daß entsprechende Sachspenden auch nur dann und in solcher Zusammensetzung den Überbringern mitgegeben werden, wenn ihnen daraus aller Wahrscheinlichkeit nach keine Schwierigkeiten beim Zoll entstehen. Wenn Koffer mit einer Minimalausstattung für den persönlichen Bedarf eines politischen Gefangenen zusammengestellt werden, so geschieht das nicht hier, sondern allenfalls in Peru. Die zugegebenermaßen aus dem Aufruf entnehmbare Vorstellung, uns unbekannte Leute würden einen Koffer in die Hand gedrückt bekommen, den sie dann einem bestimmten Empfänger überreichen sollen,ist daher falsch. Den dahinter erkennbaren Vorwurf, leichtfertig und unverantwortlich im Umgang mit Spenden oder gar Boten zu verfahren, weisen wir ebenfalls von uns.

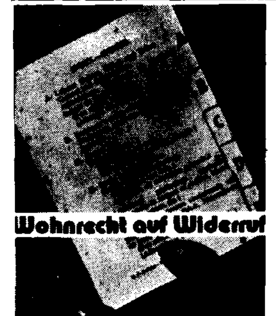
PERU-Komitee
c/o FDCL
Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Albie Sachs, Hilda Bernstein:
Die Gesetze der Apartheid



Die politische Herrschaft der weißen Minderheit in Südafrika ist nur durch repressive Gesetzgebung, polizeistaatliche Methoden, Bespitzelung und Ausschaltung der Opposition des Landes aufrechtzuerhalten. Dementsprechend werden in dem Buch politische Prozesse geschildert, die Funktion der Gerichte aufgezeigt, die Behandlung der Angeklagten in Gefängnissen und Lagern beschrieben – in Verbindung mit den zugrundeliegenden Gesetzen.
152 Seiten, DM 5,00, Bonn, Juni 1976





Alan Baldwin:
Wohnrecht auf Widerruf

Die Volksaufstände in Soweto seit Juni 1976 haben erneut deutlich gemacht, daß die größte Bedrohung des südafrikanischen Unrechtsstaates heute von den Städten kommt. In den städtischen Ghettos der Schwarzen Südafrikas treffen die verschiedenen Strömungen des Widerstands zusammen.
Die Wohn- und Lebensbedingungen, die in der Studie beschrieben werden, können die Faktoren erklären, die zum offenen Protest der Schwarzen geführt haben.
40 Seiten, DM 1,50; Bonn, Dezember 1976

Das Schwarze Wort

Diese Anthologie zeitgenössischer, zumeist schwarzer Literatur aus Südafrika, enthält Erzählungen und Gedichte von Mongane Wally Serote, Alex La Guma, Can Themba, Casey Motsisi, Muriel M. Tlali, Basil February, Bessie Head, James Matthews, Mafika Pascal Gwala, T.H. Gwala, Jack Cope, James Molobe und Webster Makaza.
Drei Essays machen grundlegende Aussagen zur Rolle der Literatur im Befreiungskampf und zur Situation kritischer Autoren unter dem Apartheid-System.
101 Seiten, DM 6,00; Bonn, Juni 1977



—NEU—

SÜDAFRIKA
Max Koranyi
Weihnachten in Soweto
Unterrichtseinheit für Sozialkunde und Religion



edition südliches afrika

Max Koranyi, Frank Overhoff:
Weihnachten in Soweto – eine Unterrichtseinheit

Während die bisherigen, nicht gerade zahlreichen Unterrichtseinheiten und Lehrmaterialien zum Rassismus in Südafrika sich in der Regel an Schüler und Lehrer der Sekundarstufe wenden, wird hiermit erstmals eine – bereits erprobte – Unterrichtseinheit für Hauptschüler vorgelegt, die für den Sozialkunde- und Religionsunterricht geeignet ist. Thema ist das Leben der schwarzen Jugendlichen und Kinder in den städtischen Ghettos Südafrikas. Die Arbeit vermittelt Betroffenheit, weil sie den Bezug zur Situation des Schülers auch in der Bundesrepublik vermittelt.
ca. 82 Seiten, DM 3,00; Bonn, Dez. 1977

issa
Informationsstelle Südliches Afrika e.V.
Buschstraße 20
5300 Bonn 1
Tel.: 02221/213288

Ich bestelle hiermit:
___Die Gesetze der Apartheid
___Wohnrecht auf Widerruf
___Das Schwarze Wort
___Weihnachten in Soweto
O eine Bücher- und Materialliste der issa (kostenlos!)

Name

Adresse

Unterschrift

Falls Sie Ihre Zeitung nicht zerschneiden wollen: Postkarte an issa genügt! Absender nicht vergessen!

Bestellschein für Geschenkabonnement

Aktion für Abonnenten:

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

....
Name des Schenkers

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

FRISCH ANS WERK!

blätter des iz3w

Abonnierzettel

Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres
☐ ab der letzten erschienenen Nummer
☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / öS 200,00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin ....
und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. vor DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr.

Ich bitte um Nachlieferung – soweit lieferbar – des Jahrgangs

☐ 1972 (Nr. 15 – 20) DM 11,25)
☐ 1973 (Nr. 21/22 – 30 DM 18,00)
☐ 1974 (Nr. 31 – 40 DM 18,00)
☐ 1975 (Nr. 41/42 – 50 DM 25,– / Schüler etc. DM 18,–)

Absender



informationsstelle südliches afrika e.v.
information centre on southern africa

Zimbabwe

61 Dokumentation zum Rhodesienproblem – **Bericht der Pearce Kommission**
Hrsg.: afrika heute – III. Welt
Bonn 1972, 52 S. DM 1,00

102 Bettina Decke/Abisag Tüllmann:
betrifft: Rhodesien – Unterdrükkung und Widerstand in einer Siedlerkolonie.
mega press, Frankfurt 1974
rd. 240 S. DM 9,80
Umfangreichste und korrekteste Darstellung in deutscher Sprache

171 **Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst**
Dokumente und Materialien der ZANU
Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt
Freiburg, Oktober 1976
52 S. DM 1,50

136 **Die Vereinten Nationen und Südrhodesien**
Dokumentation der bisherigen UN-Resolutionen zur Rhodesien-Frage
Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Bonn 1975, 48 S. DM 2,50

Namibia

154 **Namibia Zeitung**
Zum Verteilen und zur ersten Information für Uninformierte
Hrsg.: Ökumenische Projektgruppe Namibia-Woche
Hamminkeln 1975
4 S. DIN A 3, 100 Stück DM 2,50

12 **Namibia**
Übersichtliche Darstellung der Geschichte und Gegenwart Namibias
Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt, Dortmund
September 1974 DM 1,50

159 **Handbuch des entwicklungspolitischen Films**
Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (Hrsg.)
Bonn 1976 320 S. DM 4,00

Schallplatten

UHURU WA AFRIKA
Langspielplatte mit Liedern von Longfellow Martin Maragula
Hrsg.: African National Congress und Vereinigung Internationaler Kulturaustausch
30 cm LP DM 18,00

A VITORIA E CERTA
Lieder des Volkes in Angola
Aufnahme der Jugendorganisationen der MPLA
Hrsg.: Angola Comite, Amsterdam
Textheft deutsch und portugiesisch
30 cm LP DM 13,00

Revolutionäre Lieder aus Mosambik
Im Befreiungskampf Mosambiks entstandene Lieder
Hrsg.: Verlag Neue Welt
LP DM 22,00

Kämpfendes Afrika
Südafrikanische Lieder des Befreiungskampfes.
Übersetzung vor den Liedern.
Hrsg.: Pläne Verlag, Dortmund DM18,50

Die SWAPO hat eine Schallplatte mit Liedern des Befreiungskampfes in Namibia zusammengestellt, die bei ISSA für DM 12,80 zu beziehen ist.



Ich (Wir) bestelle(n) hiermit:

Anzahl	Titel

○ **Ich bitte um kostenlose Zusendung einer Bücherliste**

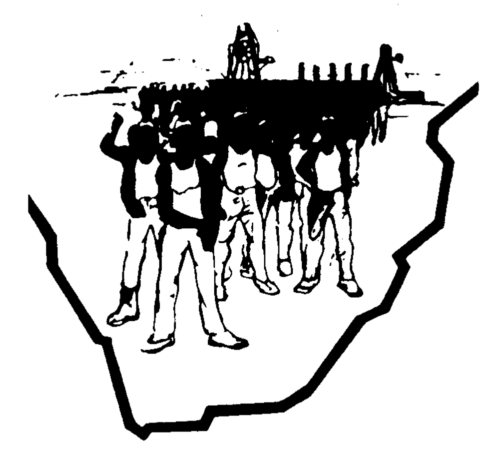
Name ....

PLZ ..... Ort .... Datum. ....

....
Unterschrift

BÜCHER-&MATERIALLISTE

issa
informationsstelle südliches afrika e.V.
information centre on southern africa



5300 bonn 1, buschstrasse 20
telephon: 02221/21 32 88
postscheckkonto köln 281210-504
sparkasse bonn nr. 119 000 222

Südliches Afrika

6 Eduardo de Sousa Ferreira
Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa
Klare und umfassende Analyse des portugiesischen Kolonialismus
Aktion Dritte Welt Freiburg/issa
Freiburg/Bonn 1972
232 S. DM 6,00

21 Peter Guinee: **Portugal, Afrika und die Europäische Gemeinschaft**
(Eine Studie für den Weltkirchenrat)
issa Wissenschaftliche Reihe 2
Hrsg.: Eduardo de Sousa Ferreira
Bonn 1974, 106 S. DM 5,00

22 Amilcar Cabral u.a.: **Rasse, Kultur und nationale Befreiung**
Beiträge eines UNESCO-Seminars
issa Wissenschaftliche Reihe 3
Hrsg.: Eduardo de Sousa Ferreira
Bonn 1975, 100 S. DM 5,00

90 Hans W. Florin (Hrsg.)
Gewalt im Südlichen Afrika
Verlag Otto Lembeck
Frankfurt/M. 1973,
150 S. DM 7,50

91 **Zur Frage der Investitionen im Südlichen Afrika**
Hrsg.: ÖRK-Programm zur Bekämpfung des Rassismus
1973, 26 S. DM 1,50

133 akafrik report 9
Der Angola-Konflikt und das Südliche Afrika
Bielefeld 1976, 57 S. DM 3,80

149 Zdenek Cervenka, Hans Detlev Laß u.a.:
Botswana – Lesotho – Swaziland
Ländermonographien – Neue Reihe
Deutsche Afrika Gesellschaft e.V.
Bonn 1974, 188 S. DM 22,00

166 **Ecumenical Research Exchange (ERE), NL**
Beziehungen westeuropäischer Länder zum Südlichen Afrika – zur Verantwortung der Kirchen im Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung
Hrsg.: AGDF
Bamberg 1976 DM 4,00

181 **ZAIRE**
Broschüre mit ausführlichen Berichten, Analysen und Dokumenten zu den jüngsten Kämpfen, der Geschichte des Freiheitskampfes, seiner Träger und Hintergründe.
Hrsg.: AKAFRIK-Bielefeld, AK-Göttingen, KB-Afrika-Kommission, African Study Group-Hamburg, Aktion Selbstbesteuerung-Stuttgart.
Göttingen, Mai 1977, 32 S. DM 2,00

Südafrika

4 **Südafrika: Macht, Armut und Privilegien.**
Deutsche Übersetzung der Wirtschaftskommission des Study Project on Christianity in Apartheid-Society (SPROCAS). Pflichtlektüre zur Einführung.
Hrsg.: Peter Randall, issa, DÜ
Bonn/Stuttgart 1973, 112 S.
DM 3, 50

5 Barbara Rogers:
Südafrikas „Bantustans" – Anspruch und Wirklichkeit
ISSA/POGROM – Bonn Hamburg
1974, 40 S. DM 2, 50

50 **Der African National Congress (ANC)**
Ein Profil
Hrsg.: Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK) Genf 1971, 28 S.
DM 1,00

106 **Dokumentation zum Kulturabkommen BRD-RSA**
Hrsg.: amnesty international – Sektion der BRD.
Wiesbaden/Hamburg 1974, 20 S.
DM 1,00

157 Alexander Kirby:
Welche Unabhängigkeit für die Transkei?
Sonderheft 1976 der ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN KORRESPONDENZ
Hamburg, 19 S. DM 2,50

177 **Südafrika – ein Polizeistaat?**
Deutsche Übersetzung einer gleichlautenden Broschüre des Christlichen Instituts im Südlichen Afrika
Hrsg.: epd
Frankfurt, November 1976
66 S. DM 8,50

178 **Investitionen im Land des Apartheid-Systems**
Eine epd-Dokumentation
Frankfurt, April 1977
130 S. DM 8,50

Publikationen der Befreiungsbewegungen

—Bei issa im Abonnemnt bestellbar—

Peoples Power
Hrsg.: Mozambique and Guinea Information Center
Erscheint zweimonatlich
Bezugspreis/Jahr DM 16,00

SECHABA (ANC)
(monatlich) je Heft DM 1,50

Namibia News (SWAPO)
(unregelmäßig) je Heft DM 1,50

Zimbabwe Review (ZAPU)
(unregelmäßig) je Heft DM 1,50

Zimbabwe News (ZANU)
(unregelmäßig) je Heft DM 4,50

Viktor Lütertz
Königsstr. 97

4150 Krefeld 1

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg